

Forschungsbericht

Motive, Erfahrungen und Eskalations- bedingungen

Helmut Willems

Roland Eckert

Harald Goldbach

Toni Loosen

Die anhaltenden Auseinandersetzungen um technische und militärische Großprojekte stellen die Frage, wie solche Konflikte und Auseinandersetzungen von den an ihnen freiwillig oder unfreiwillig Beteiligten verarbeitet werden. Im Kontext politischer Praxis interessiert, welche Bedingungen zur Eskalation von Feindbildern und physischer Gewalt führen und welche Bedingungen zum friedlichen, geregelten oder gar institutionalisierten Konfliktaustrag beitragen. Im Kontext der soziologischen Theoriebildung interessiert hier, welche Bedeutung bestimmte Weltbilder, also Realitätsannahmen, Werte, Normen und Interessen, für Handlungsbereitschaften und konkrete Formen der Konfliktaustragung haben und umgekehrt, wie durch unmittelbare Konflikterfahrung, z.B. physische Gewaltanwendung, bestehende Weltbilder befestigt, modifiziert oder polarisiert werden.

Demonstranten und Polizisten

Helmut Willems

zusammen mit:

Roland Eckert

Harald Goldbach

Toni Loosen

Demonstranten und Polizisten

Motive, Erfahrungen
und Eskalationsbedingungen

DJI Forschungsbericht

Das Deutsche Jugendinstitut e.V. (DJI) ist ein zentrales sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut auf Bundesebene mit den Abteilungen Jugendhilfe/Jugendpolitik, Jugend und Arbeit, Familie/Familienpolitik, Dokumentation, Sozialberichterstattung, Medien und neue Informationstechnologien, Elementarerziehung sowie Mädchen- und Frauenforschung. Es führt sowohl eigene Forschungsvorhaben als auch Auftragsforschungsprojekte durch. Die Finanzierung erfolgt überwiegend aus Mitteln des Bundesministeriums für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit und im Rahmen von Projektförderung aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft. Weitere Zuwendungen erhält das DJI von den Bundesländern und Institutionen der Wissenschaftsförderung.

Alleinauslieferung: Juventa Verlag, Weinheim und München
© 1988 DJI Verlag Deutsches Jugendinstitut e.V., München
Umschlagentwurf: Klaus Meyer, Susanne Erasmi, München
Druck: MaroDruck, Augsburg
Printed in Germany
ISBN 3-87966-293-2

INHALT

1	EINLEITUNG	9
1.1	Nichtinstitutionalisierte Konflikte und Verständigungsprobleme in modernen Gesellschaften: Studien zur Perspektivität	9
1.2	Strukturelle Bedingungen der neuen sozialen Bewegungen	13
1.3	Politischer Protest und die Rolle der Polizei	19
1.4	Theoretischer Hintergrund und Grundannahmen der Untersuchung	23
2	VORGEHENSWEISE	27
2.1	Von Nutzen und Nachteil der Gruppendiskussion	27
2.1.1	Begründung des qualitativen Vorgehens	27
2.1.2	Gruppendiskussion als qualitatives Instrument	28
2.1.3	Das Objektivitätsproblem	28
2.1.3.1	Zuverlässigkeit	
2.1.3.2	Gültigkeit und Gegenstandsbereich	
2.1.4	Forschungsziel und Wahl des Gruppendiskussionsverfahrens	30
2.2	Die Erhebung	31
2.2.1	Die Durchführung der Gruppendiskussionen	31
2.2.1.1	Die Polizeiuntersuchung	
2.2.1.1.1	Gesprächsleitfaden	
2.2.1.1.2	Die Konzeption der Untersuchung	
2.2.1.2	Die Aktionsgruppenuntersuchung	
2.2.2	Die Gruppendiskussion als soziale Situation - die Reliabilitätskontrolle in den Untersuchungen	38
2.2.3	Probleme der Konsistenzproduktion in der Erhebung	44
2.3	Die Auswertung	46
2.3.1	Zielsetzung	46
2.3.2	Vorgehensweise und Auswertungstechnik	47
2.3.3	Probleme der Konsistenzproduktion in der Auswertung	49

3	HINTERGRÜNDE UND MOTIVATION	51
3.1	Die Polizisten	52
3.1.1	Berufsmotivation und Berufsbild junger Polizeibeamter	52
3.1.1.1	Berufsmotivation und Gründe für die Berufswahl	
3.1.1.2	Die Enttäuschung beruflicher Erwartungen	
3.1.1.3	Aspekte des Berufsbildes und des beruflichen Selbstverständnisses	
3.1.1.4	Berufsrollenstress und außerdienstliche Belastung	
3.1.1.5	Meta-Identität und Berufsidealität	
3.1.2	Sozialisation im Berufsalltag	62
3.1.2.1	Heimatferne und Motivationsprobleme	
3.1.2.2	Die Ausbildung	
3.1.3	Das Verhältnis zu den Vorgesetzten	65
3.1.3.1	Anonymität und Entpersönlichung	
3.1.3.2	Demotivierung und Erziehung zur Kritiklosigkeit	
3.1.3.3	Persönliche Autorität und Amtsauctorität	
3.1.3.4	Erwartungshaltung und Anpassungsdruck	
3.1.4	Polizei im politischen Konflikt: Interpretation und Selbstverständnis der Polizeibeamten	71
3.2	Die Aktionsgruppen	78
3.2.1	Blockadeaktionen der Friedensbewegung - Gewaltfreie Aktion und Bezugsgruppenmodell	79
3.2.2	Aktionsvorbereitung und Protestinfrastruktur	84
3.2.3	Die Differenzierung der Gruppen und die Entwicklung des Aktionskonzeptes	88
3.2.4	Soziale Netzwerke und politischer Protest - Fragen zur Entstehung der Aktionsgruppen	91
3.2.5	Motive und politische Zielsetzung	97
3.2.5.1	Politische Perspektiven	
3.2.5.2	Persönlichkeitsbezogene Motive des Engagements	
3.2.5.3	Aspekte der Legitimation	

4	HANDLUNGSORIENTIERUNG IM KONFLIKT	105
4.1	Die Polizisten	105
4.1.1	Einsatzvorbereitung, Information und ihre Auswirkungen in Konfliktsituationen	105
4.1.2	Einsatzbedingungen als Eskalationsfaktor	114
4.1.3	Konflikterfahrung, Handlungsunsicherheit und Eskalationsgefahr	117
	4.1.3.1 Das Verhalten der Demonstranten	
	4.1.3.2 Das Verhalten der Vorgesetzten	
	4.1.3.3 Das Verhalten der Kollegen	
	4.1.3.4 Einstellungs- und Wissenskonflikte	
	4.1.3.5 Konfliktverhalten und Emotionen	
4.1.4	Handlungsunsicherheit und Legitimationsmuster	140
	4.1.4.1 Recht als Legitimationsmuster	
	4.1.4.2 Der Verweis auf Hierarchie und fehlende Handlungsspielräume als Legitimationsmuster	
	4.1.4.3 Die Erhaltung von Handlungsspielräumen und individueller Verantwortung	
	4.1.4.4 Reziproke Legitimation: das Faustrecht	
	4.1.4.5 Solidarität und Gruppenzwang als Legitimationsmuster	
	4.1.4.6 Attribuierung von Schuld und die Diskreditierung des Konfliktgegners	
4.1.5	Das Bild von den Demonstranten	153
4.1.6	Sozialisatorische Effekte der Einsatzerfahrung: Zynismus, Routine und Zweifel	157
4.1.7	Eskalation und Deeskalation von Konflikten	162
	4.1.7.1 Konfliktvermeidung als politische Aufgabe	
	4.1.7.2 Eskalationsvermeidung im Vorfeld von Protestaktionen	
	4.1.7.3 Das Verhalten in Konfliktsituationen	
	4.1.7.3.1 Äußeres Erscheinungsbild, Ausrüstung und Einsatzkonzepte	
	4.1.7.3.2 Kommunikation mit den Demonstranten	
	4.1.7.4 Technische Ausstattung und Eskalation	
	4.1.7.5 Der Glaube an die Unvermeidbarkeit von Eskalation	

4.2. Die Aktionsgruppen	176
4.2.1 Der Verlauf der Blockadeaktion	176
4.2.2 Beschreibung der einzelnen Gruppen	179
4.2.2.1 Organisationsgruppe	
4.2.2.2 Aktionsgruppe A	
4.2.2.3 Aktionsgruppe B	
4.2.2.4 Aktionsgruppe C	
4.2.2.5 Aktionsgruppe D	
4.2.2.6 Aktionsgruppe E	
4.2.2.7 Aktionsgruppe F	
4.2.2.8 Aktionsgruppe G	
4.2.3 Struktur und Dynamik der Aktionsgruppen	195
4.2.3.1 Die Organisation der Gruppen	
4.2.3.2 Rekrutierung und Motivation	
4.2.3.3 Gruppeninterne Differenzierung und Rollenausbildung	
4.2.3.4 Kollektive Identität und Differenzierungsprozesse zwischen den Aktionsgruppen	
4.2.3.5 Konsensunterstellung und Dissensausklammerung in den Aktionsgruppen	
4.2.3.6 Die Herstellung von Handlungssicherheit und die Entwicklung handlungsregulierender Normen	
4.2.4 Die Blockadeaktion: Konfliktinteraktion und Eskalationsgefahren	215
4.2.4.1 Grenzen der Plan- und Steuerbarkeit von Konfliktsituationen	
4.2.4.2 Definitions- und Regelungsbedarf von Konfliktsituationen und die Reaktionen der Blockadeteilnehmer	
4.2.4.3 Veränderte Handlungsorientierung und die Dynamik der Konfliktinteraktion	
4.2.4.4 Die Entstehung von Interaktionsnormen im Konflikt	
4.2.5 Das Bild von der Polizei	222
4.2.6 Erfolgsbewertung und Enttäuschungsverarbeitung	228
4.2.7 Gruppenzerfall und das Problem der Kontinuität sozialer Bewegungen	238

5	PERSPEKTIVITÄT UND KONFLIKT	241
5.1	Die Ausrichtung polizeilichen Handelns	241
5.1.1	Die Orientierung an der Legalität	241
5.1.2	Die Unvorsehbarkeit von Handlungskonsequenzen	242
5.1.3	Erfüllung des gesetzlichen Auftrags versus Eigenschutz und Eskalationsvermeidung	244
5.2	Konfliktinteressen und Handlungsorientierung der Protestgruppen	245
5.2.1	Das Entscheidungsdilemma der Protestgruppen: Aufmerksamkeit versus Akzeptanz	245
5.2.1.1	Das Interesse an Aufmerksamkeit	
5.2.1.2	Akzeptanz- und Legitimationsprobleme	
5.2.2	Das Bedürfnis nach Unberechenbarkeit und die Gefahr der Konflikteskalation	247
5.3	Differentielle Wahrnehmung und Realitätsdefinitionen der Konfliktbeteiligten	248
5.3.1	Die Definition des Konflikts	248
5.3.2	Gewalt- und eskalationsauslösende Ereignisse	253
5.3.3	Aspekte der Selbstdarstellung	254
5.3.4	Wahrnehmung von Über- und Unterlegenheit	255
6	SCHLUSSFOLGERUNGEN: LERNFELD KONFLIKT	258
6.1	Pädagogische Schlußfolgerungen: Auswirkungen der Konflikterfahrung auf die Beteiligten	258
6.2	Politische Schlußfolgerungen: Nichtinstitutionalisierte Konflikte als Gefährdung und Chance der Demokratie	260
	LITERATURVERZEICHNIS	265

1 EINLEITUNG

1.1 Nichtinstitutionalisierte Konflikte und Verständigungsprobleme in modernen Gesellschaften: Studien zur Perspektivität

Unter den Bedingungen der sich bildenden Weltgesellschaft geraten immer mehr Menschen in Abhängigkeit voneinander und suchen sich durch immer gewagtere technische, ökonomische und politische Konstruktionen zu sichern. Gleichzeitig aber wachsen die Verständigungsprobleme: Fachsprachen sind nicht mehr in Alltagssprache zu übersetzen, historische Erfahrungen trennen Generationen, Ideensysteme schließen einander aus und ganz allgemein weitet sich die Kluft zwischen der persönlichen Lebenswelt, in der jeder Einzelne sich auskennt, und den Konstruktionsnotwendigkeiten (oder Konstruktionsfehlern - wer weiß das?) der großen Politik.

Wie gehen wir mit diesen Widersprüchen um? Unsere natürliche egozentrische Perspektive ist nicht ungefährlich: Wenn wir andere Menschen nicht verstehen, sagen wir rasch, ihr Verhalten sei irrational. In einem zweiten Schritt erklären wir sie für krank. Der dritte Schritt ist dann die Anstalt. Wenn wir anonyme Prozesse und Konflikte, die aus diesen rühren, nicht verstehen, weisen wir die Schuld den Drahtziehern zu, den Bösewichten, dem bösen Prinzip oder gar dem Prinzip des Bösen. Der dritte Schritt ist hier der "Heilige Krieg". Verständigungsprobleme sind also nicht einfach bedauerlich, sondern zuhört riskant. Es bedurfte immer wieder schmerzhafter historischer Erfahrungen, um die ursprüngliche Egozentrik unserer eigenen Sicht wahrzunehmen und Humanität auf dem Versuch zu gründen, andere Menschen von ihren eigenen, anderen Voraussetzungen her zu begreifen.

Gerade am Fundamentaldissens in der Rüstungs- und Friedensdebatte wird die Diskrepanz der Perspektiven deutlich: eine Generation mag unter dem Eindruck des Korea-Krieges, der Berlin-Blockade und der Berlin-Ultimeaten, der Flüchtlinge aus dem Osten die Hauptbedrohung des Friedens in der Sowjetunion sehen und sich darum nach langer Kontroverse mit der Wiederbewaffnung abfinden und schließlich die Amerikaner als Schutzmacht von Berlin preisen. Eine andere Generation sieht seit dem Vietnamkrieg die Hauptbedrohung - und jetzt nicht nur des Friedens -, sondern des Fortbestandes

der Menschheit insgesamt in der Systemkonkurrenz selber, in dem Vorgang nämlich, daß zwei Systeme, die miteinander konkurrieren, immer mehr Waffen anhäufen, um einander zu bedrohen. Man kann nicht sagen, daß die Sicht der einen Generation rational sei, die der anderen irrational. Niemand kann leugnen, daß eine einseitige Abrüstung angesichts der offenkundigen Eingreifbereitschaft von Großmächten gefährlich ist, und erst recht wird niemand leugnen, daß Rüstungseskalation die Menschheit insgesamt apokalyptisch bedroht. Zum wechselseitigen Verständnis würde beitragen, wenn wir akzeptieren, daß es hier nicht um eine mühelos entscheidbare Streitfrage geht, in der der jeweilige Gegner lediglich von "irrationalen Ängsten" oder aber "Machtgelüsten" bestimmt wird, sondern um eine Frage, in der Gefahren abgewogen werden müssen und unterschiedliche Lebenserfahrungen und historische Interpretationen die Gewichtung mitbestimmen. Dabei geht es hier nicht um abstrakte politische Perspektiven, sondern um Grundlagen politischen Bewußtseins, die durchaus Handlungskonsequenzen haben. Die Friedensbewegung ist kein Einzelfall. Unsere innenpolitischen Auseinandersetzungen stehen mehr und mehr unter dem Zeichen fundamentaler Dissense, weil die Erfolgsrezepte der fünfziger und sechziger Jahre - manchmal gerade aufgrund ihres Erfolges - korrekturbedürftig geworden sind. Dies ließe sich gleichermaßen an der Wirtschaftspolitik, der Umweltpolitik, der Bildungspolitik und schließlich der Entwicklungspolitik deutlich machen.

Es spricht einiges dafür, daß in steigendem Maße politische Grundsatzfragen nicht nur durch Wahlen und Parlamentsabstimmungen oder Verbandsinterventionen entschieden werden, sondern daß bereits im Vorfeld einzelne Gruppen öffentliche Aufmerksamkeit und Unterstützung durch spektakuläre Protestaktionen einzuwerben suchen. Die Reaktion der Gesellschaft auf den öffentlichen Protest und der Verlauf der Konfrontationen zwischen staatlichen Institutionen und protestierenden Jugendlichen sind von hervorragender politischer Bedeutung. Sie beeinflussen zentrale Fragen einer jeden Gesellschaft, die a) die moralische Qualität und politische Legitimität, b) die Problemlösungskapazität der Gesellschaft im Umgang mit sozialem Wandel und c) die Integrations- und Sozialisationskraft der Gesellschaft im Hinblick auf die junge Generation betreffen.

Demokratische Gesellschaften unterscheiden sich von anderen Gesellschaften gerade darin, daß sie ein bestimmtes Maß an offenem

Dissens und Protest tolerieren können. Darin gründet ihre moralische Überlegenheit und höhere Legitimität. Aber auch der Effektivitätsvorsprung bei der Lösung von 'Anpassungsproblemen', der demokratischen Gesellschaften in der Regel zugesprochen wird, gründet auf ihrer Fähigkeit, Abweichungs- und Protestpotentiale als 'Signalgeber' und als notwendiges Korrektiv gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse zu nutzen und so rascher und angemessener auf die Probleme, Aufgaben und Herausforderungen der Zukunft zu reagieren. Vor allem hochentwickelte, komplexe Gesellschaften sind zur Bewältigung der vielfältigen, oft unvorhersehbaren Konsequenzen eines rapiden, ökonomisch-technischen und sozial-kulturellen Wandels und der sich daraus ergebenden Anpassungsleistungen und Steuerungsaufgaben verstärkt auf Informationen angewiesen, die auf die Kosten, die ungeplanten Nebenfolgen sowie auf die ökologischen, sozialen oder psychischen Grenzen gegenwärtiger Entwicklungen aufmerksam machen.

In den verschiedenen Formen des Jugendprotestes artikulieren sich neben jugendspezifischen Ängsten und Hoffnungen zumeist auch solche systematischen Defizite, neue Konfliktlagen und veränderte Problemstellungen moderner Gesellschaften. Jugendprotest muß daher auch als Spiegelbild der ungelösten gesellschaftlichen und politischen Fragen und der typischen Probleme und Widersprüche einer hochentwickelten, komplexen Industriegesellschaft verstanden werden. Ob und in welchem Maße freilich demokratische Gesellschaften Jugendprotest als "Signalgeber" und Indikator für neue, zukünftige Problemlagen ansehen und diese Chance auch zu nutzen verstehen, in diesem Sinne also über eine höhere Problemlösungskapazität verfügen, ist eine offene Frage. Sie betrifft vor allem die politischen Institutionen der Gesellschaften und die Art und Weise ihrer Wahrnehmung, Interpretation und Verarbeitung des Jugendprotestes.

Der politische Handlungsbedarf, der im Zusammenhang mit dem Jugendprotest entstanden ist, bezieht sich schließlich auch auf die Frage, ob es gelingt, die Jugendlichen sowohl von der höheren Problemlösungskapazität als auch von der höheren Legitimität des politischen Systems zu überzeugen. Dies wird ganz entscheidend durch die Art und Weise bestimmt, in der die Gesellschaft auf den Protest der Jugendlichen reagiert. Hier werden politische Einstellungen und Grundüberzeugungen entscheidend geformt. In diesem Sinne ist es Aufgabe der Politik, Instrumente und Maßnahmen zum

Umgang mit dem Jugendprotest zu entwickeln, die zu einer Rationalisierung der Konflikte und entsprechend zu einer Integration der Jugend in die Gesellschaft beitragen.

Im Herbst 1983 haben Gruppen der Friedensbewegung versucht, ihren Protest gegen eine 'neue Rüstungsrunde' durch symbolische Blockaden von Zufahrten von amerikanischen Militärbasen in der Bundesrepublik öffentlichkeitswirksam zu demonstrieren. Sie haben sich zu diesem Zweck in sogenannten Bezugsgruppen organisiert und viel Zeit und Arbeit investiert, um sich auf diese Aktionen vorzubereiten. Im Rahmen eines Forschungsprojektes haben wir Gruppendiskussionen mit verschiedenen Bezugsgruppen der Friedensbewegung durchgeführt, die im September 1983 an der Blockade der US-Air-Base in Bitburg beteiligt waren. Wir haben mit ihnen über ihre Motive und Ziele, über ihre Erfahrungen in den Gruppen und in der Konfrontation mit der Polizei, über ihre Hoffnungen, Ängste und Enttäuschungen geredet.

Außerdem haben wir Gruppendiskussionen mit Polizeibeamten durchgeführt, die durch ihren Beruf häufig mit Demonstrationen, Protestveranstaltungen und Blockaden konfrontiert waren. Leider war es uns nicht möglich, Gruppendiskussionen mit denjenigen Beamten zu führen, die bei der Blockade in Bitburg zum Einsatz kamen, und somit die unmittelbare Gegenüberstellung der Perspektiven anhand eines Konfliktfalles darzustellen.

Statt dessen haben wir Polizeibeamte befragt, die ihre Erfahrungen in Einsätzen vor allem an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens, aber auch in Brokdorf in den Jahren 1981 bis 1983 gemacht haben. Auch mit ihnen haben wir über ihre Erfahrungen bei den Demonstrationen, über ihre Ängste und Hoffnungen, ihre Einstellung zum Protest und ihr Bild von den Demonstranten gesprochen.

Mit der vorliegenden Veröffentlichung wollen wir die Ergebnisse dieser Studien darstellen und die Perspektiven von Protestgruppen und Polizeibeamten einander gegenüberstellen. Die Darstellung der divergenten Perspektiven vermittelt wichtige Informationen über die unterschiedlichen Wirklichkeitssichten, Handlungsbereitschaften und Handlungszwänge der Konfliktbeteiligten, ohne die ein Verständnis der Eskalation von Konflikten nicht möglich ist.

Die Präsentation der Ergebnisse folgt weitgehend einem symmetrischen Muster. Wir sind nur dann davon abgewichen, wenn dies aus

inhaltlichen Gründen erforderlich schien. So ist es nach unserer Überzeugung notwendig, die Ursachen und gesellschaftliche Relevanz von Protestbewegungen zu thematisieren, da wir es hier mit einem relativ jungen und weitgehend unbegriffenen Phänomen zu tun haben. Im Vergleich dazu ist die gesellschaftliche Rolle und Funktion der Polizei recht einfach aufgrund der konstitutionellen Ordnung bestimmbar.

Die Untersuchungen wurden unter Leitung von Prof. Dr. R. Eckert an der Universität Trier durchgeführt und weitgehend aus eigenen Mitteln finanziert. Von daher war der finanzielle Rahmen eng begrenzt. Lediglich die Auswertung des Datenmaterials zur Untersuchung der Aktionsgruppen der Friedensbewegung wurde durch das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit unterstützt.

Wir hoffen, daß sowohl Protestgruppen aus der Ökologie- und Friedensbewegung, als auch Polizeibeamte, Politiker, Richter und Journalisten daraus Anregungen ziehen können und ein Verständnis für die subjektive Realität der jeweils Anderen entwickeln können.

1.2 Strukturelle Bedingungen der neuen sozialen Bewegungen

Protestbewegungen von Jugendlichen sind seit Ende der fünfziger Jahre in fast allen Industriegesellschaften entstanden. Die jeweiligen Anlässe und die unmittelbaren Aktionsziele waren höchst unterschiedlich. Vermittelt durch die weltumspannende Kommunikation bildete sich rasch ein gemeinsames Bewußtsein, ähnliche Aktionsformen und Handlungsziele heraus. Den Anfang machten die "Halbstarken". Es folgten politische Gruppen, die die Formen der Wirtschaft und der Herrschaft in der Gesellschaft ändern wollten, daneben auch eher unpolitische Bewegungen wie Gammler, Hippies, Therapie- und Meditationsgruppen. Zwischen beiden Polen etablierten sich Gruppen, die Selbstveränderung und Gesellschaftsveränderung miteinander verbinden wollen wie die Alternativbewegung, die Frauenbewegung und andere mehr. Das Zentrum der Bewegung war zunächst das Bildungssystem: Studenten, Schüler und Lehrlinge, Lehrer und Pädagogen, Journalisten, Wissenschaftler und Künstler waren führend. In einzelnen Fällen gelang die Verbindung zu Gruppen außerhalb des Bildungssystems, die von ökonomischen und

politischen Entwicklungen betroffen waren: So bei den Maiunruhen in Frankreich mit der Arbeiterschaft, in der ökologischen Bewegung zu den durch Kernkraft bedrohten Bauern und Winzern, im Sanierungsprotest zu den Bewohnern spekulationsbedrohter Häuser und Stadtviertel. Seit der Mitte der siebziger Jahre strömen in die Protestbewegungen zunehmend Jugendliche ein, die in der verschärften Konkurrenz um Lehrstellen, schulischen Aufstieg, Arbeitsplätze und Wohnungen erfolglos waren. Sie übernehmen weitgehend Aktionsformen und Wertmuster, die von Studenten, Schülern und Sozialarbeitern entwickelt wurden, ohne allerdings deren Theoriearbeit nachzuvollziehen.

Wie läßt sich diese Entwicklung erklären? Was sind die Bedingungen der Mobilisierbarkeit der Jugendlichen? Von welchen Erfahrungen gehen sie aus, und wodurch sind die gesellschaftlichen Problemlagen gekennzeichnet, aus denen sie ihr Handeln begründen?

- a. Die Mobilisierbarkeit von Jugendlichen ist eine Konsequenz der zunehmenden Verschulung und der Entwicklung der Massenkommunikation

Der Bildungsbereich ist in der modernen Gesellschaft kontinuierlich angewachsen, und zwar sowohl im Hinblick auf die Zahl der Schüler und Studenten als auch im Hinblick auf die Dauer des Schulbesuchs. Dies hat Konsequenzen:

Jugendliche werden zunehmend in Gruppen von Gleichaltrigen zusammengefaßt. Wesentliche Erziehungseinflüsse gehen so im Gegensatz zu früher nicht von traditionellen Institutionen wie der Familie, der Nachbarschaft oder dem Betrieb aus, sondern verlaufen - gleichsam horizontal - in den Gruppen der Altersgleichen. Damit wird die Wahrscheinlichkeit größer, daß Jugendliche eigene Werte ausbilden und Werte der Erwachsenen nicht ohne weiteres an die jeweils nächste Generation weitergegeben werden. In dem Maße, wie Jugendliche zudem an das Netz der Massenkommunikation angeschlossen sind, unterliegen sie Einflüssen, die von dem traditionellen Erziehungskartell aus Familie, Schule und Kirche nicht mehr kontrolliert werden können.

Solange Jugendliche in unmittelbarer Zusammenarbeit mit Erwachsenen (Gesellen und Meistern) ausgebildet wurden, erfuhren sie an diesen eine Autorität, die sowohl "natürlich" altersbedingt als auch sachlich durch "Können" ausgewiesen war. Damit war Autorität

schlechthin vorgegeben. In den altersgleichen Gruppen von heute dagegen muß Autorität immer neu erkämpft oder begründet werden. Damit gewinnen Gleichheitsnormen an Bedeutung, und es schwindet die Bereitschaft, 'Amtsautorität' als solche zu akzeptieren. Autorität muß unter diesen Bedingungen durch die Eigenleistung des Lehrers, des Ausbilders oder des Vorgesetzten immer erst hergestellt und begründet werden.

Die Protestbewegungen lebten auf, als eine Generation in das Jugendalter einrückte, die den Krieg und die Nachkriegszeit nicht mehr bewußt erlebt hat. In der Kriegsgeneration waren - nicht nur in Deutschland - Sicherheitsbedürfnisse dominant. Die Erweiterung der unmittelbaren Lebensmöglichkeiten beanspruchte die Aufmerksamkeit der Menschen und zentrierte ihre Bedürfnisse. In der Generation, die nach dem Krieg geboren ist, waren dagegen physische Sicherheit und die gebotenen materiellen Lebensmöglichkeiten bereits selbstverständlich. Damit konnte sich das generelle Anspruchsniveau anheben und konnten andere, z.B. ideelle Orientierungen dominant werden. Zynisch könnte man Erich Fromm abwandeln: Wer "hat", will "sein". Wenn aber das Anspruchsniveau im Hinblick auf die eigene Lebenslage oder die Verwirklichung von Werten ansteigt, werden auch die Widersprüche, die zwischen den verschiedenen Werten (etwa Freiheit und Gleichheit) bestehen, offenkundig. Auch Familienverhältnisse, Ausbildungs-, Arbeits- und Wohnbedingungen, die einer früheren Generation mehr oder minder selbstverständlich erschienen waren, wurden unter gesteigerten Ansprüchen als Entfremdung erfahren.

Die Jugend der siebziger Jahre machte neue Erfahrungen. Die Expansion des Bildungswesens, die in den sechziger Jahren im Zeichen der Chancengleichheit vorangetrieben wurde, hat zu verschärfter Konkurrenz um Schulnoten geführt. Auch die drastische Lehrstellenverknappung in der ersten Hälfte der achtziger Jahre sowie die Jugendarbeitslosigkeit, die durch das Aufeinandertreffen von wirtschaftlicher Rezession und geburtenstarken Jahrgängen entstand, führte zu verstärkten Selektionsprozessen. Zweifellosgab es erfolgreiche und/oder anpassungsfähige Jugendliche. Daneben aber wuchs die Gruppe der Erfolglosen, deren Gefühle zwischen Resignation und Aggression schwanken. Nicht mehr die Hoffnung auf die revolutionäre Veränderung des Gesamtsystems wie in den sechziger Jahren, sondern eher auf die Eroberung und Verteidigung von "Freiräumen" leitet nun den Kampf.

b. Abweichendes Verhalten wird verstärkt wahrgenommen
Jugendliche können unter wesentlich geringeren Risiken an sozialen Bewegungen teilnehmen als etwa Erwachsene, die durch Beruf, Familie, Nachbarschaft und Besitz "etwas zu verlieren haben". Gleichzeitig sind Jugendliche durch unser Ausbildungssystem besonders auf die Verinnerlichung allgemeiner Werte verwiesen. Sie sind so der geeignete Träger von "idealistischen" Rebellionen. Auch wenn ihre Gruppen klein sind, können sie kulturelle und politische Bedeutung gewinnen. Dies hängt mit der Eigengesetzlichkeit der Massenkommunikation zusammen, die zwar lokale und traditionelle Unterschiede nivelliert, aber es gleichzeitig möglich macht, daß sich Sonderkulturen interessenspezifisch diversifizieren und überlokal organisieren. Das Kommunikationssystem selektiert. Nicht die Regel, sondern die Ausnahme hat Nachrichtenwert. Abweichendes Verhalten wird darum verstärkt wahrgenommen und wiedergegeben. Kleine und sogar marginale Gruppen können daher gesamtgesellschaftliche Bedeutung gewinnen, wenn sie durch demonstrative Abweichung das Kommunikationssystem mobilisieren und gleichzeitig durch Berufung auf zentrale Werte das gesellschaftliche Selbstverständnis in Frage stellen. Auf dem Resonanzboden der Medien können sie sich dann als kulturelle und politische Repräsentanten höherer Ideale etablieren. Sind sie einmal als schlechtes Gewissen anerkannt, üben sie moralischen Druck auf Institutionen und Personen aus, die die Werte konkret nicht verwirklichen können oder wollen, die sie generell akzeptiert haben.

c. Parteipolitische Willensbildung ist unsensibel gegenüber Problemen, die (noch) nicht mehrheitsfähig sind

Welche Themen, welche Probleme Politiker auch immer aufgreifen - sie müssen fragen, was sie ihnen an politischer Unterstützung bringen und was an Zustimmung sie ihnen kosten. Parteien - und zwar nicht nur "Volks"parteien - stehen immer unter dem Zwang, eine Vielzahl von Interessen von lokalen und funktionalen Gruppen vertreten zu müssen und sich gleichzeitig und darüber hinaus noch als Anwalt eines Gesamtinteresses möglichst glaubhaft zu machen. Sie müssen darum immer unterschiedliche Einzelinteressen in sich vermitteln und darüber hinaus Kompromisse zwischen den in ihnen vertretenen Einzelinteressen und dem - wie immer jeweils definierten - "Gesamtinteresse" eingehen. Gerade unter Bedingungen

oligopolistischer Konkurrenz haben Parteien daher nur eine beschränkte Transportfähigkeit im Hinblick auf Interessen und sind jeweils zu Kosten-Nutzen-Rechnungen gezwungen. Was kostet die Vertretung eines Interesses an Organisationszeit; welche Einbußen an Unterstützung sind für die Verfolgung dieser Interessen in Kauf zu nehmen; welche Unterstützung ist zusätzlich zu erwarten? Parteien bieten so zwar die Chance, ein Problem oder gar bestimmte Lösungsvorstellungen durch den ganzen Willensbildungsprozeß hindurchzutragen, können dies aber nur, indem sie Kompromisse eingehen, Koalitionen bilden, Unterstützung aushandeln und damit eine gewisse Intransigenz gegen neue und "wenig einträgliche" Interessen ausbilden. Das Instrument der parteilichen Willensbildung hat seine Grenzen, die nicht (oder nicht notwendigerweise) in der Korruption der Funktionsträger, sondern in den Rahmenbedingungen liegen, unter denen sie arbeiten müssen. Die Funktionen der Interessenartikulation und der Interessenaggregation stehen vielmehr teilweise im Widerspruch zueinander. So ist die Parteiendemokratie grundsätzlich unsensibel gegenüber nicht oder noch nicht mehrheitsfähigen Problemlagen. Die Unsensibilität der Willensbildung verstärkt sich in dem time-lag der Ausführung: Politische Entscheidungen von vorgestern sind gestern in Planungen umgesetzt worden, die heute auf veränderte gesellschaftliche Bedingungen stoßen und morgen Konsequenzen zeigen, von denen die Urheber sich nichts träumen ließen. In die "ökologische Nische", die die oligopolistische Konkurrenz der politischen "Konzerne" läßt, stoßen politische "Kleinanbieter": Bürgerinitiativen, die sich auf ein beschränktes Thema spezialisieren. Solange sie sich nicht um parlamentarische Mehrheiten bemühen, können sie soziale Probleme ohne Rücksicht auf Gegenkoalitionen und Stimmenverluste aufgreifen. Sie haben nichts zu verlieren. Damit sind ihre Chancen, die öffentliche Meinung zu mobilisieren, größer. Ist die öffentliche Meinung einmal mobilisiert, geraten auch die Parteien unter Druck. Es kann jetzt für sie teurer werden, ein Problem zu ignorieren, als es aufzugreifen.

d. Die gesellschaftliche Entwicklung führt zu wachsenden Widersprüchen

Wenn man sich die vielfältigen Themen der Protestbewegungen vom Beginn der sechziger Jahre bis heute vor Augen führt, scheint zunächst kein durchgehendes Prinzip erkennbar. Ablehnung des

Leistungsprinzips, Imperialismuskritik, Therapie und Meditation, Frauenbewegung - was ist ihnen gemeinsam? Sicherlich kann das erhöhte Reflexionspotential, das im Umkreis des Bildungssystems entstanden ist, das Verhältnis von Mensch, Gesellschaft und Umwelt in ganz unterschiedlichen Problembereichen thematisieren. Vielleicht ist es aber doch nicht ganz zufällig, was aufgrund dieser gesteigerten Sensibilität spürbar wird. Neben den Emanzipationsforderungen, z.B. von Jugendlichen, von Frauen, von Homosexuellen usw., neben den therapeutischen und religiösen Bewegungen, die alle als unmittelbare Konsequenz der Selbstthematisierung angesehen werden können, scheint auch ein Grundmuster in den Konfliktthemen erkennbar zu sein, das von der subjektiven Wahrnehmung unabhängig ist und Regelungsdefizite der Industriegesellschaft anzeigt.

Gerade die Ergebnisse des Wirtschaftswachstums haben gezeigt, daß Wachstum nicht nur Knappheiten beseitigt, sondern neue Knappheiten schafft, daß also ein kurzfristiger Nutzen möglicherweise durch langfristigen Schaden erkaufte wird. Ungelöst ist dabei bisher, wie langfristige volkswirtschaftliche Kosten in die kurzfristigen konkurrenzorientierten Kalkulationen der Betriebe eingebracht werden können und wie die langfristigen weltwirtschaftlichen Kosten in den kurzfristig konkurrenzorientierten Kalkulationen der Nationalökonomien berücksichtigt werden können. Konkreter: Durch die Hebung des Lebensstandards und der Energieansprüche werden Gesellschaften erpreßbar und wird die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen potentiell gefährdet; durch wirtschaftliche Entwicklung gerät die Bevölkerung der Dritten Welt in Abhängigkeit von den Schwankungen des Weltmarktes und der Energieversorgung; durch die medizinische Versorgung entstehen dort Bevölkerungsexplosionen und u.a. als deren Folge Hungersnöte; durch Pflanzenschutzmittel werden resistente Schädlinge gezüchtet und durch industrielle und agrarische Produktionssteigerungen werden Schadstoffe akkumuliert; durch die Erschließung der Erholungsräume, durch Straßenbau und Tourismus werden die Landschaften selbst bedroht. Allenthalben geraten überlokale Interessen an Energie, Produktion und Verkehr in Widerspruch zu lokalen Interessen an unversehrtem Leben.

Auch die weitere Ausdehnung der Staatstätigkeit hat gezeigt, daß planerische Eingriffe an Grenzen kommen können, wo ihre Nebenfolgen ihren Zweck vernichten. So tragen Verkehrsplanung und Stadt-

sanierung zur Verödung und zur Ghattobildung in den Innenstädten bei; so verstärkt die Ausweitung der Chancengleichheit die Konkurrenz im Schulsystem und reduziert den Unterricht auf Meßbares und die Notengebung auf Justiziables; so verallgemeinert die Produktion von wissenschaftlich ausgebildeten Spezialisten die Ohnmacht der Laien; so führt die Verteidigung von Freiheit zur Einschränkung von Freiheitsrechten, die Friedenssicherung zur Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen. Sicherlich lassen sich diese Widersprüche nicht einfach auf den "Grundwiderspruch" zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung im Sinne von Marx zurückführen. Zumindest scheinen sie weitgehend systemneutral zu sein und eher Grenzen der Selbststeuerungskapazität der gegenwärtigen Gesellschaft überhaupt anzuzeigen. Damit stellt sich in der Tat das Problem der "Regierbarkeit". Wenn aber die Gesellschaften der gegenwärtigen Welt gerade aufgrund der überlokalen Verflechtung und der zentralisierten Planungen Defizite der Selbstregulierung aufweisen, können diese kaum durch weitere Zentralisierung der Kompetenzen bewältigt werden.

Insofern also Protestbewegungen und Bürgerinitiativen Anwälte von Interessen sind, die von den Nebenfolgen wirtschaftlicher Entwicklung und staatlicher Planung betroffen werden, zeigen sie Steuerungsdefizite an. Wenn es aber gelingen könnte, neue Formen der geregelten Konfliktaustragung zu entwickeln, würde in ihnen bereits ein neuer Steuerungsmechanismus sichtbar werden.

1.3 Politischer Protest und die Rolle der Polizei

Nach dieser kurzen Skizze der Entstehung und gesellschaftlichen Relevanz neuer sozialer Bewegungen ist nun in einem zweiten Schritt danach zu fragen, welche Bedeutung den Kontrollinstanzen, und hier insbesondere der Polizei, in diesem Kontext zukommt.

In der soziologischen Literatur, die sich mit der Entstehung von Protestbewegungen und öffentlichen politischen Konflikten beschäftigt, findet man bisher kaum eine systematische Analyse und theoretische Integration der Rolle der Kontrollinstanzen. Dies liegt zum einen sicherlich daran, daß sogenannte 'Bewegungsforscher' sich häufig selbst zu sehr mit den untersuchten sozialen Bewegungen identifizieren und daher eher aus dem Selbstverständnis der Bewegungen heraus argumentieren - wobei dann allzu oft

die Bedeutung der Kontrollinstanzen für die Entwicklung sozialer Bewegungen bei Erfolg derselben unterschätzt, bei Mißerfolg hingegen dramatisiert wird. Zum anderen aber haben sich die theoretischen Konzepte, die zur Analyse von Protest und Protestbewegungen entwickelt worden sind, häufig nicht geeignet erwiesen, die Rolle der Instanzen sozialer Kontrolle adäquat zu beschreiben - obwohl die Idee allgemein akzeptiert ist, daß viele Aspekte politischen Protests durch das Verhalten der Instanzen sozialer Kontrolle beeinflußt werden.

So verweist SMELSER darauf, daß Tempo und Richtung der Entwicklung kollektiven Protests ganz entscheidend durch das Verhalten der Kontrollorgane mitbestimmt werden. Die großen ideologischen Revolutionen etwa seien das Ergebnis einer reduzierten Kontrolle nach Zeiten permanenter Repression. Soziale Bewegungen würden durch die Schwäche oder Zerschandenheit der Kontrollinstanzen in ihrer Entwicklung gefördert und radikalisiert. SMELSER leitet daraus Überlegungen zur 'besten Strategie' der Kontrollorgane ab. Sein Ansatz bleibt jedoch einer deterministischen Perspektive verhaftet. Die Interaktionssequenzen zwischen Protestgruppen und Kontrollorganen, die das zentrale dynamische Element kollektiven Protests ausmachen und die in ihrem Ausgang nicht vorhersehbar sind, werden damit vernachlässigt.

Ein adäquateres Verständnis der Bedeutung der Kontrollorgane für die Entwicklung von Protestbewegungen ist aus dem Ansatz von OBERSCHALL abzuleiten. Er betont den rationalen, an der Durchsetzung politischer Interessen orientierten Charakter des Protesthandelns und untersucht Protestaktionen als Konfliktkalkül, als Strategie der Machtgewinnung und Zielerreichung. Sowohl das Verhalten der Protestgruppen wie auch das Verhalten der Kontrollorgane werden dann als Wettbewerb um Ressourcen verstanden. Damit wird der politische Konflikt als Interaktionsprozeß zwischen Protestgruppen einerseits und dem politischen System bzw. seinen Kontrollorganen andererseits begreifbar.

Den vielfältigen wechselseitigen Einflüssen zwischen den Interaktionspartnern wird jedoch ein einfaches Reiz-Reaktions-Modell, "in dem auslösender Protest und abschreckende Reaktion den Interaktionsprozeß vorantreiben," nicht gerecht (KARSTEDT/HENKE, S.198). Eine Vielzahl von Untersuchungen haben deutlich werden lassen, daß die Reaktionen und Maßnahmen der Kontrollorgane und hier vor allem der Polizei ganz unterschiedliche Effekte haben

können, die häufig nicht intendiert waren. So können etwa die gleichen Maßnahmen in der einen Situation repressiv und abschreckend wirken, in einer anderen Situation jedoch Mobilisierungs- und Solidarisierungseffekte haben. Denn durch das wechselseitige, aufeinander bezogene Handeln von Polizei und Protestgruppen werden jeweils neue Konfliktsituationen geschaffen. Mit ihnen werden für die Beteiligten neue Interpretationsmuster plausibel, die wiederum neue Handlungen und Aktionen geboten erscheinen lassen. Konflikte sind daher weithin durch die Unvorhersehbarkeit von Handlungskonsequenzen gekennzeichnet. Dies gilt umso mehr für Konflikte, die wie im Falle nicht-institutionalisierter politischer Konflikte über keinen festen Katalog von generell akzeptierten "Spiel"regeln verfügen.

Verlauf und Eskalation politischer Konflikte können somit nicht allein aus 'Eigenschaften' der Protestgruppen einerseits oder aus der Struktur des politischen Systems und seiner Kontrollorgane andererseits abgeleitet werden (Strukturanalyse). Hinzukommen muß vielmehr eine genaue Untersuchung der Interaktionssequenzen und -prozesse zwischen den Konfliktbeteiligten, sowie die Analyse der permanenten Modifikation von Realitätsannahmen, Zielen und Handlungsbereitschaften im Laufe der Konflikte (Perspektivenaufarbeitung).

Zu den Interaktionspartnern von Protestgruppen gehören in der Regel neben dem politischen System und den staatlichen Kontrollorganen noch verschiedene Zielgruppen der sozialen Bewegungen wie z. B. politische Parteien, Verbände, Industrieunternehmen und auch Gegenbewegungen. Die Polizei spielt als Interaktionspartner von Protestbewegungen eine besondere Rolle. Sie tritt immer dann den sozialen Bewegungen und Protestgruppen als staatliches Kontrollorgan entgegen, wenn die unkonventionellen Formen politischen Engagements durch das politische System als deviant oder illegal definiert sind.

Darüber hinaus können jedoch auch die Protestgruppen ein Interesse an dem 'Mitwirken' der Polizei haben. Regelverletzende Aktionen zielen gerade auf eine (freilich begrenzte) Konfrontation mit der Polizei ab, um den Aufmerksamkeitswert des Protests für die Medien zu erhöhen. Schließlich ist mit der gewaltsamen Eskalation von Konflikten dann oft auch eine Verengung des ursprünglich komplexeren Interaktionssystems auf eine Konfliktduade zwischen Protestgruppe - Polizei (Kontrollorgane) verbunden.

Die Analyse von politischen Protesten muß aus diesen Gründen der besonderen Bedeutung der Polizei als konfliktbeteiligtem Kontrollorgan Rechnung tragen.

Welche Rolle spielt nun in diesem Zusammenhang die Aufarbeitung der Perspektive der Polizei, die im hier vorliegenden Buch im Vordergrund steht?

Entscheidungen und Verhalten der Polizei als Instanz sozialer Kontrolle werden - zumindest idealtypisch - durch Konditionalprogramme gesteuert. In diesen ist festgelegt, welche Ereignisse für die Polizei handlungsauslösend sind und mit welchen Handlungen darauf zu reagieren ist. Durch ein hierarchisch organisiertes System von Positionen, die durch klar definierte Befehls- und Gehorsamsregeln und festgelegte Weisungsbefugnisse verbunden sind, sollen polizeiinterne, organisationsspezifische und individuelle Einflüsse auf die Durchführung dieser Konditionalprogramme eliminiert werden. Die Polizei ist aus dieser Perspektive keine unabhängige Kraft im Interaktionsfeld des politischen Konflikts: ihr Auftreten und ihre jeweiligen Reaktionen und Handlungen sind vielmehr davon abhängig, ob die Aktionen der Protestbewegungen als deviant oder illegal eingestuft werden und sind dann in den entsprechenden Programmen vordefiniert. Insofern ist die Polizei als Kontrollorgan Teil des politischen Systems. Könnten wir uns auf diese Aufgabendefinition beschränken, dann würde sich eine Aufarbeitung der Perspektive der Polizei, der Wahrnehmungsmuster, Erfahrungen und Interpretationen von Polizeibeamten erübrigen.

Nun sind jedoch die Konditionalprogramme keineswegs hinreichend differenziert und eindeutig: nicht alle Ereignisse, mit denen die Polizei konfrontiert wird, können in ihnen definiert oder gar eindeutig bereits vorprogrammierten Sachverhalten zugeordnet sein. Handlungsfreiräume und Ermessensspielräume sind daher für polizeiliches Handeln notwendig. In ihnen erst werden konkrete Ereignisse nach formalrechtlichen Vorgaben interpretiert und definiert. Hier erst wird entschieden, welche Ereignisse und welche Bedingungen zu welchen Reaktionen führen. Die "Ausgangslage", in der die Einsatzbedingungen für polizeiliches Handeln definiert werden, ist immer eine produktive Leistung. Damit aber kommen jene Faktoren polizeilichen Handelns ins Blickfeld, die durch Konditionalprogramme nicht mehr erfaßt werden:

- a) organisationsspezifische Ideologien, Wahrnehmungsmuster, Handlungsnormen etc.
- b) situative Bedingungen (Opportunitätsgesichtspunkte, taktisches Kalkül etc.);
- c) individuelle Interpretationsmuster, Handlungspräferenzen und Emotionen;

Polizeiliches Handeln kann dann nicht mehr verstanden werden als rein mechanisches, situations- und personenunabhängiges Verhalten, das alleine aus seiner Rechtbindung zu erklären sei. Vielmehr wird deutlich, daß Elemente der individuellen und kollektiven Wahrnehmung und Interpretation eine ganz zentrale Rolle spielen. Dies kann nun zu erheblichen Unterschieden und Inkonsistenzen in den Reaktionen der Polizei auf Aktionen von Protestgruppen führen. Sie haben, wie wir wissen, erhebliche Folgen für die Interaktion zwischen Polizei und Protestgruppen, für die Entstehung, Entwicklung und Differenzierung von Protestbewegungen und für die Eskalation von Konflikten.

Die Polizei stellt also im Rahmen der Untersuchung von Protestverläufen und Protestinteraktionen einen unabhängigen Faktor dar. Sie ist nicht allein aufgrund ihrer legalen Orientierung als Teil des politischen Systems verstehbar. Um das Handeln der Polizei in öffentlichen politischen Konflikten zu erklären, reicht es daher nicht, lediglich die typischen Merkmale ihrer Strukturen und ihrer institutionellen Verfaßtheit im Rahmen des politischen Systems zu analysieren. Dazu bedarf es vielmehr einer systematischen Aufarbeitung der Perspektive der Polizei, der Konflikterfahrungen, der Wahrnehmungs- und Interpretationsmuster von Polizeibeamten.

Aus diesen Gründen ist die Darstellung und Analyse der Polizeiperspektive ein notwendiger und wichtiger Schritt hin zu einem besseren Verständnis der Dynamik und Eskalation politischer Konflikte.

1.4 Theoretischer Hintergrund und Grundannahmen der Untersuchung

Die anhaltenden Auseinandersetzungen um technische und militärische Großprojekte stellen die Frage, wie solche Konflikte und Auseinandersetzungen von den an ihnen freiwillig oder unfreiwillig Beteiligten verarbeitet werden. Im Kontext politischer

Praxis interessiert, welche Bedingungen zur Eskalation von Feindbildern und physischer Gewalt führen und welche Bedingungen zum friedlichen, geregelten oder gar institutionalisierten Konfliktaustrag beitragen. Im Kontext der soziologischen Theoriebildung interessiert hier, welche Bedeutung bestimmte Weltbilder, also Realitätsannahmen, Werte, Normen und Interessen, für Handlungsbereitschaften und konkrete Formen der Konfliktaustragung haben und umgekehrt, wie durch unmittelbare Konflikterfahrung, z.B. physische Gewaltanwendung, bestehende Weltbilder befestigt, modifiziert oder polarisiert werden.

Die vorliegenden Untersuchungen gehen von den im Theoriezusammenhang des "symbolischen Interaktionismus" explizierten Annahmen der sozialen Konstruktion von Wirklichkeit aus (BERGER/LUCKMANN 1969). Menschlichen Handlungen liegen Realitätsannahmen, Werte, Normen und Interessendefinitionen zugrunde, die in sozialen Prozessen kommunikativ hergestellt, aufrechterhalten oder revidiert werden. In Krisensituationen, so auch in Konflikten, werden alltägliche routinisierte Orientierungen durch die Explikation von Wahrheiten, Werten oder Interessen gestützt oder gar ersetzt. Aus diesem Grunde ist Konfliktverhalten mit herkömmlichen Mitteln der nomologischen Sozialforschung solange kaum prognostizierbar, wie diese Realitätskonstrukte und die daraus abgeleitete Begründung des eigenen Handelns selbst nicht erforscht sind.

Da Werte, Normen und Annahmen über Wirkliches und Mögliches in Konflikten über die Alltagsroutine hinaus zur Steuerung und Rechtfertigung des Handelns in Anspruch genommen werden, können Konfliktverhalten und Handlungsbereitschaften nur mit Rückgriff auf sie verstanden werden. Sie bilden gleichwohl nicht fixe, unveränderbare Vorgaben, sondern werden in einer aktiven Leistung in konkreten Konfliktsituationen herangezogen, aktualisiert und reinterpretiert.

Die Analyse konkreter Konflikte hat demzufolge die Perspektive der Akteure zu rekonstruieren. Dabei ist zu beachten:

1) Der Prozeßcharakter

Gesellschaftliche Konflikte sind als Prozeß der Entwicklung von politischem Bewußtsein und (daraus folgend) der Produktion von Handlungsbereitschaft zu verstehen, wobei die Veränderung der Konfliktsituation als Folge bestimmter Handlungsweisen sich wie-

der modifizierend auf Bewußtsein, Zielsetzung und Handlungsbereitschaft auswirkt.

2) Der Interaktionsaspekt

Politisches Handeln in Konflikten orientiert sich wesentlich auch an den perzipierten Werten, Interessen, Realitätsannahmen, Zielen und Handlungsbereitschaften des Konfliktgegners.

A's Annahmen und Vorstellungen darüber, welche Ziele B verfolgt, welche Handlungsformen dieser bereit ist einzusetzen und welche Ressourcen ihm zur Verfügung stehen, beeinflussen die Zielsetzung, Handlungsbereitschaft und konkreten Handlungsformen von A.

3) Die Perzeption der Ressourcen der Konfliktgegner

Der Handlungsrahmen der Konfliktbeteiligten wird abgesteckt durch den (strukturell vorgegebenen) Zugang zu Ressourcen. Das jeweils zur Verfügung stehende Ressourcenpotential ist in dieser Untersuchung objektiv nicht feststellbar. Entscheidend für den Konfliktverlauf sind auch mehr die Annahmen der Beteiligten über die eigenen und beim Konfliktgegner vermuteten Ressourcen sowie über die Wahrscheinlichkeit, mit der der Gegner davon Gebrauch machen wird. Wir haben uns darauf beschränkt, die Verteilung der Ressourcen, wie sie von den Beteiligten selbst wahrgenommen wird, und die daraus resultierende Einschätzung von Unter- oder Überlegenheit nachzuzeichnen. Es erscheint uns aber notwendig darauf hinzuweisen, daß die Konfliktbeteiligten, hier Protestgruppen und Polizei, natürlich nicht mit vergleichbaren Machtmitteln und Ressourcen ausgestattet sind. Insofern haben die Konflikte stets eine asymmetrische Struktur, sowohl in technischer, organisatorischer wie auch in legitimatorischer Hinsicht. Soziale Bewegungen versuchen ja gerade, ihre Defizite hinsichtlich technischer, organisatorischer und finanzieller Ressourcen dadurch wettzumachen, daß sie sich öffentliche Aufmerksamkeit und Unterstützung verschaffen.

4) Die Stellung des Konfliktes im Zusammenhang institutionalisierter Entscheidungsverfahren

Institutionalisierte politische Legitimation vollzieht sich z.B. in Wahlen, in Gesetzgebungsverfahren, Verwaltungsentscheidungen und Tarifverhandlungen. Nichtinstitutionalisierte Konflikte können darauf hinweisen, daß (a) gängige Rechtfertigungs- und Erklär-

runnungsmuster ihre legitimatorische Kraft verlieren (vgl. Toleranzgrenzen in der Akzeptanz von institutionalisierten Verfahren; LUHMANN 1975); (b) strukturelle Verfestigungen der Gesellschaft als gleichsam verdinglichte Herrschaft thematisiert, somit aus ihrer Selbstverständlichkeit herausgelöst und alsbald legitimationsbedürftig werden; (c) neue, nicht geregelte Konfliktformen (Demonstration, passiver Widerstand, Kampf) sich zur Propagierung von Ideen effizienter erweisen als herkömmliche Mittel (vgl. ECKERT 1982).

Die hier untersuchten Konflikte werden als nichtinstitutionalisierte bezeichnet. Dies könnte mißverständlich sein, denn Protestbewegungen kennen und benutzen meist unterschiedliche Kanäle und Foren, um ihren Protest vorzutragen. Dabei stehen institutionalisierte Formen wie Petitionen, öffentliche Diskussionen und gerichtliche Klagen neben unregelmäßig und unkonventionellen Formen wie Besetzungen, Blockaden, gezielten Regelverletzungen und Auseinandersetzungen mit der Polizei. Unsere Ausführungen beziehen sich vor allem auf die nichtinstitutionalisierten Formen des Konfliktaustrags. Wie wir wissen, gewinnen diese mit zunehmender Dauer der Konflikte an Gewicht. Darin drückt sich sowohl ein Glaubwürdigkeits- und Legitimitätsverlust der institutionalisierten Instanzen der Konfliktregelung in der Wahrnehmung der Protestgruppen aus, wie auch die höhere Effizienz unkonventioneller Methoden für soziale Bewegungen und Protestgruppen. Aus diesen Gründen erscheint die Bezeichnung nichtinstitutionalisierte Konflikte angemessen.

2 VORGEHENSWEISE

2.1 Vom Nutzen und Nachteil der Gruppendiskussion

2.1.1 Begründung qualitativen Vorgehens

Zielsetzung der beiden Studien, die diesem Bericht zugrundeliegen, war zunächst die Sammlung von Informationen über Teilbereiche der sozialen Wirklichkeit, über die wir bisher wenig wissen. Die Untersuchung zielte darauf ab, die Realität der Untersuchten, ihre Wahrnehmung und Interpretation aufzuarbeiten und darzustellen sowie die Bedeutung dieser Perspektiven für das Handeln bei Demonstrationen herauszuarbeiten.

Eine solche Untersuchung muß sich an den 'Relevanzstrukturen' der Untersuchten orientieren. Für unsere Vorgehensweise bedeutet dies, daß wir uns nicht mit vorformulierten, aus sozialwissenschaftlichen Theorien deduzierten Hypothesen unserem Gegenstand nähern, sondern Verfahren suchen, die in besonderem Maße offen sind für Unbekanntes und Unvorhersehbares.

Die durchgeführten Untersuchungen haben daher explorativen Charakter (Vgl. BLUMER 1979). Ihr Ergebnis sind Deskriptionen von Teilbereichen sozialer Wirklichkeit, so wie sie sich für Polizeibeamte und Protestgruppen darstellen.

Erst in einem weiteren Schritt versuchen wir, vom singulären Ereignis zu abstrahieren und Zusammenhänge aufzuzeigen. Hier wird der Rückbezug auf sozialwissenschaftliche Theorie wichtig. Allerdings soll sie, wie BLUMER fordert, nicht dem aus der Exploration gewonnenen Bild übergestülpt werden. Vielmehr müssen ihre Kategorien sorgfältig darauf hin überprüft werden, wieweit sie den empirischen Daten angemessen sind. Ein solches Vorgehen fordert vom Forscher Distanz zur Lehrmeinung der eigenen 'Schule' und die Bereitschaft, empirische Ergebnisse von verschiedenen theoretischen Standpunkten zu betrachten. Ein Tribut, der für ein solches Vorgehen entrichtet werden muß, ist, daß wir keine in sich abgeschlossene Theorie präsentieren können. Wir sind aber der Auffassung, daß unsere Ergebnisse fruchtbare Impulse für eine theoretische Weiterentwicklung und Generierung neuer Hypothesen liefern können. Aus den angeführten Erwägungen haben wir uns zur Anwendung qualitativer Untersuchungsmethoden entschieden.

2.1.2 Gruppendiskussion als qualitatives Instrument

Das hier vorgestellte Material haben wir mit Hilfe von Gruppendiskussionen erhoben. Da dieses Verfahren in der methodologischen Diskussion innerhalb der Sozialwissenschaften nicht unumstritten ist, erscheinen uns einige Erläuterungen hierzu angebracht. Obwohl das Gruppendiskussionsverfahren seit mehr als 30 Jahren in der Forschung benutzt wird, steht es nur selten im Zentrum einer Untersuchung. (Zur ausführlicheren Diskussion dieses Verfahrens siehe etwa Nießen 1977 und Mangold 1960 und 1973). Meist wird die Gruppendiskussion mit anderen Methoden empirischer Sozialforschung kombiniert verwandt. Dieser Methodenpluralismus ist auf eine Reihe von methodischen und wissenschaftstheoretischen Schwierigkeiten zurückzuführen, die mit der Anwendung des Verfahrens verknüpft sind und, wenn sie nicht explizit berücksichtigt werden, Unklarheiten bezüglich der Aussagekraft des so erhobenen Gesprächsmaterials verursachen. Wenn wir daher in der hier vorgestellten Studie Diskussionsmaterialien zusammenfassen und interpretieren, die mit Hilfe von Gruppendiskussionen erhoben wurden, so bedarf die Auswahl des Erhebungsinstruments einer ausführlichen Begründung, die nicht in der methodischen Qualität des Instruments im Sinne der empirischen Sozialforschung bestehen kann. Denn vom Standpunkt einer der Objektivität verpflichteten Sozialforschung kann die Gruppendiskussion einigen wissenschaftstheoretischen und methodischen Kriterien nicht genügen. Ihr Einsatz kann daher nur durch das konkrete Erkenntnisziel der Forscher und deren wissenschaftstheoretisches Verständnis legitimiert werden.

2.1.3 Das Objektivitätsproblem

2.1.3.1 Zuverlässigkeit

Forschungsergebnisse gelten nur dann als objektiv, wenn sie unabhängig sind von den spezifischen Bedingungen der Erhebungssituation und der Person des Forschers und damit für andere Forscher nachprüfbar sind. Die Reproduzierbarkeit, d.h. die intersubjektive Nachprüfbarkeit von Forschungsergebnissen, wird in der Regel dadurch gewährleistet, daß die Erhebungssituation durch präzise

Regeln standardisiert wird und nur die Ergebnisse berücksichtigt werden, die präzise erfassbar, nämlich meßbar sind. Wollte man etwa entsprechend dieser Regel die individuellen Einstellungen der Mitglieder einer Untersuchungsgruppe zu einem bestimmten Thema erheben, so müßten Einflüsse wie das Verhalten der Diskussionsleiter, die Zusammensetzung der Gruppe, das Verhalten der Diskussionsteilnehmer zueinander etc. vollkommen kontrollierbar sein. Dies wäre jedoch nur möglich, wenn alle diese Elemente standardisierbar wären und wenn man von der Annahme ausginge, die Meinungsäußerungen der Diskussionsteilnehmer seien nicht durch die Äußerungen jeweils anderer Teilnehmer mitbeeinflußt. Diesen Forderungen aber kann die Gruppendiskussion nicht gerecht werden. Der Einfluß von Gruppenprozessen, wie etwa der wechselseitigen Verhaltensorientierung der Teilnehmer, kann aus Gruppendiskussionen nicht eliminiert werden. Sie bilden vielmehr ein zentrales konstitutives Element von Gruppendiskussionen und verweist damit auf den instrumentenspezifischen Gegenstandsbereich des Verfahrens. Eine Verwendung des Gruppendiskussionsverfahrens im Sinne einer Befragung, d.h. zur Erhebung individueller Einstellungen, die den Objektivitätskriterien wissenschaftlicher Forschung gerecht wird, erscheint mit den strukturellen Bedingungen der Gruppendiskussion unvereinbar.

2.1.3.2 Gültigkeit und Gegenstandsbereich

Neben der Zuverlässigkeit des Erhebungsinstruments, durch die eine forscher-unabhängige Nachprüfbarkeit der Ergebnisse möglich sein soll, wird als zweite Objektivitätsbedingung die Forderung gestellt, daß Forschungsinstrumente auch das messen bzw. erheben, was sie zu messen bzw. zu erheben beanspruchen. Die Diskussion um einen spezifischen Gegenstandsbereich der Gruppendiskussion hat bisher allerdings nicht zu konsensfähigen Ergebnissen geführt. Die Erwartungen bezüglich des Gegenstandsbereichs sind weit gespannt: von der Offenlegung tieferliegender Bewußtseinsschichten über die Erfassung individueller oder kollektiver Meinungen und Einstellungen bis hin zur Rekonstruktion von Handlungskontexten gesellschaftlicher Gruppen aus der Sicht der Betroffenen. Die Bestimmung des Gegenstandsbereichs, die Bedeutung des Gruppendiskussionsverfahrens im Forschungsdesign sowie die konkrete Konzep-

tion des Forschungsinstruments wird daher letztlich vom Erkenntnisziel und von den theoretischen Annahmen der Forscher abhängig sein.

2.1.4 Forschungsziel und Wahl des Gruppendiskussionsverfahrens

Unsere Überlegungen hinsichtlich der Anwendung der Gruppendiskussion wurden von zwei Gedanken bestimmt, die freilich miteinander verknüpft sind.

- a) Unter forschungstechnischen Gesichtspunkten galt uns die Gruppendiskussion als geeignetes Instrument mit starken heuristischen Qualitäten. Primäres Ziel dieser Studie ist, wie bereits oben angedeutet, nicht die Überprüfung von Hypothesen, von Kausalzusammenhängen zwischen isolierten Variablen, sondern vielmehr die Sammlung von Informationen über einen wenig bekannten Teilbereich sozialer Wirklichkeit. Das Gruppendiskussionsverfahren als offenes, nicht-standardisiertes qualitatives Verfahren vermag diesen Aufgaben gerecht zu werden.
- b) Diese explorative Orientierung der Studie legt die Verwendung eines qualitativen Verfahrens nahe, erklärt aber noch nicht die Auswahl des Gruppendiskussionsverfahrens als eines unter vielen qualitativen Verfahren. Diese Entscheidung resultiert aus dem hier gewählten thematischen Zugang und der spezifischen Definition des Untersuchungsgegenstands. Gegenstand unserer Studie sind die Bewußtseinsinhalte, d.h. die Meinungen, Einstellungen, Realitätsinterpretationen einmal von Polizeibeamten in Bezug auf Demonstrationseinsätze und zum anderen von Protestgruppen hinsichtlich ihrer Beteiligung an einer Blockadeaktion. Meinungen und Einstellungen sind allerdings nicht Ergebnis je individueller Interpretation, sondern ein soziales Produkt, d.h. sie bilden sich auch im Alltag in sozialen Zusammenhängen, werden also kommunikativ hergestellt. Gruppendiskussionen sind deshalb ein adäquates Forschungsinstrument, weil in ihnen jene kommunikativen Prozesse und Gruppennormen wirksam werden können, die auch außerhalb der Erhebungssituation die subjektiven Erfahrungen, Sichtweisen und Interpretationen der Konfliktbeteiligten konstituieren und

strukturieren. Die Ergebnisse von Gruppendiskussionen können somit als relevante, d.h. auch im Alltag der Diskussionsteilnehmer vorkommende Aspekte sozialer Wirklichkeit gewertet werden. Dies allerdings nur unter der Bedingung, daß die an der Diskussion teilnehmenden Gruppen auch realen Gruppen des Berufsalltags oder des politischen Lebens entsprechen bzw. daß die Diskussionsthemen für die Teilnehmer auch dort relevant sind. Dann, und nur dann, sind Gruppendiskussionen ein geeignetes Instrument, um die Prozesse einer sozialen Konstitution von kollektiven Erfahrungen, Meinungen, Interpretationsmustern und Weltbildern zu rekonstruieren. Darüber hinaus erlauben sie einen Blick auf jene Handlungszusammenhänge und Handlungskontexte von Demonstrationssituationen, wie sie von den Beteiligten selbst erfahren werden, und bieten damit die Gelegenheit zu einer umfassenderen Analyse von Konfliktsituationen.

2.2. Die Erhebung

2.2.1 Die Durchführung der Gruppendiskussionen

2.2.1.1 Die Polizeiuntersuchung

Die Gruppendiskussionen mit Polizeibeamten wurden im Sommer 1983 durchgeführt. Sie fanden statt im Rahmen einer eigens dafür konzipierten Seminarreihe für Beamte der rheinland-pfälzischen Bereitschaftspolizei, die von der "Katholischen Akademie Trier" und vom "Ministerium des Inneren und für Sport Rheinland-Pfalz" unterstützt wurden.

Die Gruppendiskussionen wurden in drei voneinander getrennten Seminaren durchgeführt. Teilnehmer waren jeweils 30 Polizeibeamte aus verschiedenen Bereitschaftspolizeiabteilungen des Landes Rheinland-Pfalz. Die Seminargruppen waren so zusammengesetzt, daß sie sich nach Dienstalter und Konflikterfahrung unterschieden. Teilnehmer des ersten Seminars waren junge Polizeischüler der ersten Ausbildungsphase mit durchschnittlich eineinhalb Dienstjahren in der Bereitschaftspolizei. Alle Teilnehmer an diesem ersten Seminar hatten bis dahin noch keine Erfahrung mit Demonstrationseinsätzen gemacht.

Die Polizeibeamten des zweiten Seminars hatten zwischen drei und

vier Dienstjahren Berufserfahrung in der Bereitschaftspolizei. Die meisten von ihnen befanden sich zur Zeit der Untersuchung in der Fachausbildung. Da zudem die Teilnehmer aus verschiedenen Hundertschaften kamen, konnten wir nicht in gleichem Maße wie im ersten Seminar Diskussionen mit Gruppen durchführen, die auch außerhalb der Diskussion - nämlich im Berufsalltag - so bestehen, obwohl viele der Teilnehmer bereits gemeinsame Ausbildungs- oder Einsatzerfahrungen gemacht hatten. Alle Beamten, die an diesem zweiten Seminar teilnahmen, hatten eine Vielzahl von Demonstrationseinsätzen mitgemacht.

Am dritten Seminar nahmen ausschließlich Polizeibeamte teil, die zum Stammpersonal der Bereitschaftspolizei gehörten. Es waren Beamte der nächst höheren Hierarchieebenen, nämlich Gruppen- und Zugführer, die über eine Vielzahl von Einsatzerfahrungen in ihrer Eigenschaft als Vorgesetzte verfügten. Auch hier hatten wir keine realen, außerhalb der Diskussion existierenden Gruppen als Basis.

Die Auswahl der Teilnehmer erfolgte durch die entsprechenden Dienststellen innerhalb der Polizei. Die Beamten wurden zur Seminarteilnahme im Rahmen ihrer Dienstzeit freigestellt. Kriterium der Teilnahme waren neben dem persönlichen Interesse an der Thematik vor allem dienstliche Belange, vorrangig Dienstzeitregelungen.

2.2.1.1.1 Gesprächsleitfaden

Im Vordergrund der Gruppendiskussionen standen die Erfahrungen von Polizeibeamten in den Demonstrationseinsätzen. Wie Demonstrationseinsätze und gewaltsame Auseinandersetzungen mit Demonstranten vom Einzelnen erlebt werden, wie sie gedeutet und verarbeitet werden, welche Veränderungen sie bewirken, hängt aber von einer Reihe von Faktoren ab, die u.a. im polizeilichen Ausbildungssystem, in der Vorbereitung auf die Einsätze sowie in der Information über Konflikte und Konfliktgegner zu suchen sind. Die folgenden Themenbereiche haben dem Leitfaden für die Gruppendiskussion zugrundegelegen. Dieser sollte den Diskussionsleitern als inhaltliche Orientierung dienen, ohne damit bereits Struktur und Ablauf der Diskussion vorherzubestimmen.

Struktur des Gesprächsleitfadens

- (1) Sozio-demographische Merkmale der Gruppe
- (2) Probleme der Ausbildung und des Berufsbildes
- (3) Zum polizeilichen Selbstbild
- (4) Das Bild von den Demonstranten
- (5) Zur Meta-Identität (wahrgenommene Einschätzung durch Demonstranten, Öffentlichkeit etc.)
- (6) Einschätzung von Themen und Ursachen der Konflikte
- (7) Konfliktvorbereitung und antizipierte Konflikterfahrung
- (8) Konkrete Konflikterfahrungen und Konfliktverarbeitung
(nur für Polizeibeamte mit Einsatzerfahrung)

Erweiterung des Gesprächsleitfadens für Seminar III (Gruppen- und Zugführer)

- (9) Handlungsressourcen der Vorgesetzten
- (10) Verhältnis zu Vorgesetzten und Untergebenen
- (11) Informationsvermittlung und Einsatzvorbereitung
- (12) Führungsprobleme im Einsatz
- (13) Strategien und Einsatzkonzepte
- (14) Einsatznachbereitung

2.2.1.1.2 Die Konzeption der Untersuchung

In allen drei Seminaren gab es einen konstanten Rahmenablauf. Drei Tage lang bestand, vornehmlich in Gruppengesprächen von fünf bis zehn Personen, Gelegenheit zum Erfahrungsaustausch und zur Diskussion. Der erste Tag (Nachmittag) war als Vorbereitung auf die eigentliche Gruppendiskussion vorgesehen und hatte vor allem unter gruppendynamischen und forschungsmethodischen Gesichtspunkten eine wichtige Funktion. Die Seminarteilnehmer wurden zunächst im Plenum (30 Teilnehmer und Gesprächsleiter) mit Inhalt und Form der Gespräche vertraut gemacht und über die Ziele der Veranstalter und die Aufgaben der Gesprächsleiter informiert. Sie hatten ihrerseits die Möglichkeit, eigene Vorstellungen, Erwartungen und Befürchtungen bezüglich der Seminare zu thematisieren. Dieses

Abklären von Erwartungen und Befürchtungen diene vor allem dazu, ein gemeinsames Verständnis der Seminare zu erarbeiten und somit Unsicherheiten der Teilnehmer bezüglich der Seminare und Absichten der Seminarleiter zu reduzieren.

Im Anschluß an diese Plenumsphase wurden dann die eigentlichen Diskussionsgruppen zusammengestellt. Die Gruppenmitglieder konnten einander nun in kleiner Runde (je fünf Polizisten und ein Gesprächsleiter) persönlich kennenlernen und Mißtrauen bzw. Distanz überwinden. Dies gilt im besonderen für das Verhältnis zu den jeweiligen Gruppenleitern, die vor den eigentlichen Gruppendiskussionen mit den Teilnehmern bekannt und vertraut sein sollten.

Über diese vertrauensbildende Funktion der vorgeschobenen Gruppenphase hinaus konnte gerade in der Kleingruppe durch die Verknüpfung von Seminarthema mit Persönlichem ein zusätzliches Interesse und eine zusätzliche Motivation zur Teilnahme an den Seminaren aufgebaut werden.

Am zweiten Seminartag fanden die eigentlichen Gruppendiskussionen statt. Je zwei Kleingruppen wurden zu einer Zehnergruppe zusammengefaßt. Es wurde ganztägig diskutiert, wobei die Gesprächsschwerpunkte innerhalb der vorgegebenen Themenstellung von den Teilnehmern selbst bestimmt werden konnten. Die Aufgabe der Gesprächsleiter bestand daher nur in der Gesprächsbegleitung und Strukturierung der Diskussion in bezug auf das Thema. Sämtliche Gespräche wurden auf Tonband aufgezeichnet, um so die Auswertung zu ermöglichen.

Das Tonband wurde bereits in den Vorbereitungsgesprächen des ersten Tages benutzt, so daß die Teilnehmer sich auch mit diesem Aspekt der Diskussion vertraut machen konnten. Es konnte von den Teilnehmern jederzeit abgeschaltet werden (wovon kaum Gebrauch gemacht wurde).

Der dritte Tag diene der gemeinsamen Zusammenfassung und Reflexion des Seminars. Die thematischen Schwerpunkte der Diskussionen vom Vortage in den jeweiligen Gruppen wurden auf Wandzeitungen festgehalten und im Plenum den anderen Seminarteilnehmern vorgetragen, so daß Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Gruppen herausgearbeitet werden konnten. Schließlich wurden in einer gemeinsamen Seminarkritik die Erfahrungen der Teilnehmer während der Seminare festgehalten.

2.2.1.2 Die Aktionsgruppenuntersuchung

Im Sommer 1985 führten wir Gruppendiskussionen mit acht Gruppen aus der Friedensbewegung durch, die sich alle an der Blockade eines Militärflughafens im Herbst 1983 beteiligt hatten. Sieben der untersuchten Gruppen waren Aktionsgruppen, die sich nach dem Konzept der 'Bezugsgruppe' (siehe Abschnitt 3.2.2) konstituiert hatten. Die achte Gruppe war die Organisationsgruppe, die wesentliche Teile der Aktionsvorbereitung getragen hatte.

An der Blockade hatten insgesamt rund vierzig Aktionsgruppen teilgenommen. In unsere Untersuchung einbezogen werden sollten diejenigen, die aus Trier und der näheren Umgebung der Stadt stammten. Diese Auswahl umfaßte 15 Gruppen.

Der Zugang zum Forschungsfeld gestaltete sich insgesamt recht schwierig. Angesichts der Tatsache, daß für die meisten der Gruppenmitglieder noch Strafverfahren anhängig waren, stießen wir zunächst auf erhebliche Vorbehalte und Mißtrauen. Einige Gruppen verweigerten daher ihre Mitarbeit. Auch gab es Versuche, durch eine öffentliche Erklärung andere Gruppen von ihrer Teilnahme an den Gesprächen abzubringen. Erst nach ausführlicher Darlegung der Forschungsinteressen und Zusicherung absoluter Anonymität der erhobenen Aussagen konnten wir die ersten Gruppendiskussionen durchführen. Einige der angesprochenen Gruppen waren aus unterschiedlichen Gründen (Wegzug von Mitgliedern, Desinteresse, persönliche Konflikte usw.) soweit zerfallen, daß es nicht mehr möglich war, auch nur eine relevante Teilgruppe zu einer Gruppendiskussion zu versammeln. Insgesamt beteiligten sich schließlich acht Gruppen an unserer Untersuchung. Es muß deutlich gemacht werden, daß die in dieser Studie dargestellten Überzeugungen und Perspektiven nicht repräsentativ sind für die Friedensbewegung oder für alle an der Blockade beteiligten Gruppen. In unserer Auswahl sind insbesondere die politisch radikaleren Gruppen unterrepräsentiert.

Die Kontaktaufnahme erfolgte über Schlüsselpersonen aus den (ehemaligen) Gruppen, die uns größtenteils persönlich bekannt waren. An den Gruppendiskussionen beteiligten sich zwischen drei und fünfzehn Mitglieder der ehemaligen Aktionsgruppen, so daß eine - wenn auch unvollständige - Realgruppensituation gegeben war.

Die Motivation der Teilnehmer, an der Untersuchung mitzuwirken, leitete sich im wesentlichen aus zwei Gründen her: Zum einen

versprachen sie sich von einer systematischen und gruppenübergreifenden Analyse des Aktionsgeschehens und der Gruppenprozesse durch die Forscher Erkenntnisse für ihre zukünftige politische Praxis; zum anderen - und das war das weitaus häufiger genannte Motiv - sahen die Teilnehmer in den Gruppendiskussionen einen willkommenen Anstoß zu einer in vielen Gruppen bislang unterbliebenen gemeinsamen Reflexion der Aktionserfahrungen. Sie zeigten sich denn auch in der Diskussion sehr offen und an der untersuchten Fragestellung interessiert.

Gegen die Aufzeichnungen der Gespräche gab es keine prinzipiellen Einwände. In einzelnen Fällen wurde die Abschaltung des Tonbandgerätes während bestimmter Gesprächssequenzen verlangt, was dann auch erfolgte. Diese Sequenzen betrafen meist Sachverhalte, von denen befürchtet wurde, daß sie zur Identifizierung einzelner Personen benutzt werden könnten.

Die Dauer der Gruppendiskussionen war jeweils auf einen Nachmittag bzw. Abend, d.h. drei bis vier Stunden, festgelegt. In der Regel waren es einmalige Gespräche, mit zwei Gruppen wurde die Diskussion an einen zweiten Termin fortgesetzt. Zur Durchführung wurden außeruniversitäre Räume angemietet.

Die Gruppendiskussionen wurden von jeweils zwei Diskussionsleitern durchgeführt. Eingeleitet wurden sie mit der Erläuterung der Forschungsabsichten durch die Diskussionsleiter. Der thematische Einstieg wurde durch die Aufforderung vollzogen, von der Entstehung der Gruppe zu berichten. Von da an wandte sich der Gesprächsverlauf unterschiedlicher Themen zu; Reihenfolge und Ausführlichkeit ihrer Behandlung blieben weitgehend den Gruppenmitgliedern überlassen. Interventionen der Diskussionsleiter beschränkten sich auf gelegentliche Nachfragen, das Anschneiden neuer Themenkreise bei stockendem Gesprächsverlauf und die Rückführung auf das Thema. Nachfragen an Schweiger oder die Begrenzung von Monologen wurden von den Diskussionsleitern nur selten vorgenommen, sie blieben ebenfalls weitgehend der Selbstregulation der Gruppen überlassen.

Bei der Gesprächsführung orientierten sich die Diskussionsleiter an einem Gesprächsleitfaden, der die für die Untersuchung relevanten Dimensionen enthielt. Dieser Leitfaden war bereits zuvor den Kontaktpersonen zur Erläuterung der Absicht des Projektes zugeschickt worden. Aufgabe der Diskussionsleiter war es entsprechend der explorativen Ausrichtung der Untersuchung, die im Leit-

faden genannten Themen zur Sprache zu bringen, nicht jedoch auf ihrer Behandlung zu bestehen oder die Diskussion auf diese Themen zu begrenzen. So konnten auch Themenbereiche, die für die Gruppenmitglieder bedeutsam waren, jedoch nicht im Leitfaden erfaßt werden, in die Untersuchung eingeführt werden.

Der Leitfaden umfaßte die folgenden Themenbereiche:

- A) Prozesse wechselseitiger Wahrnehmung, der Realitätseinschätzung und Handlungsorientierung im Konflikt
 - a) Selbstbild und Selbstverständnis der Aktionsgruppen
 - b) Fremdbilder:
Wahrgenommene Charakteristika der anderen Konfliktbeteiligten, unter anderem der Polizei
 - c) Wahrgenommenes Selbstbild:
Vermutete Einschätzung der Gruppen durch Öffentlichkeit, Politiker, Polizei
 - d) Konflikteinschätzung:
Definition der Konflikte; Kern bzw. Thema der Konflikte
 - e) Konflikterfahrungen:
Konkretes Handeln; Erfahrungen u.a. im Umgang mit der Polizei und mit den eigenen Gruppenmitgliedern; Konsequenzen der Aktionen für die Beteiligten, z.B. Strafbefehle
 - f) Konfliktverarbeitung:
Veränderung von Einstellungen und Realitätsinterpretationen durch die Konflikterfahrung; Thematisierung der Konflikterfahrungen in den Gruppen; Bewertung von Erfolg und Mißerfolg; Auswirkung der Erfolgsbewertung auf künftige Engagementsbereitschaft und Gruppenbestand
- B) Organisationskonzept, politische "Ideologie" und Rechtfertigungsmuster in den Bezugsgruppen
 - a) Organisationskonzept der Gruppe
 - b) Verhältnis zwischen Individuum und Gruppe
(z.B. basisdemokratische Aspekte, Konsensprinzip, Selbstbestimmung und Verantwortlichkeit etc.)
 - c) Politische Zielsetzungen und Aktionsformen
 - d) Legitimation der Aktionsformen; Verhältnis von Legalität und Legitimität

C) Konstitution und Zerfall der Gruppen - Aspekte der Enttäuschungsverarbeitung

- a) Anstoß und Verlauf der Gruppenbildung
- b) In den Gruppen geleistete Arbeit und interne Aufgabenverteilung
- c) Konflikte in den Gruppen
- d) Rolle der persönlichen Beziehungen, politischen Überzeugungen und Erfolgsaussichten etc. für den Bestand der Gruppe
- e) Bewährung der Organisationsmodelle in der Praxis
- f) Bedeutung der Vorbereitung in der Gruppe für die konkrete Konfliktsituation
- g) Verarbeitung der Konsequenzen der Aktionen, politischer Mißerfolge und Enttäuschungen in der Gruppe
- h) Gründe für den Zerfall der Gruppen

2.2.2 Die Gruppendiskussion als soziale Situation - die Reliabilitätskontrolle in den Untersuchungen

Wir haben im Abschnitt 2.1 methodische Probleme der Objektivität von Gruppendiskussionen angeschnitten und auf die Bedingungen verwiesen, unter denen die Ergebnisse als relevant und übertragbar gelten können. Ergänzend dazu soll nun auf einige Aspekte hingewiesen werden, die auf eine mögliche Situationsverhaftung der hier erhobenen Gesprächsinhalte verweisen. Denn nur wenn Elemente einer möglichen situativ begrenzten Gültigkeit von Aussagen explizit gemacht werden, ist eine Kontrolle und realistische Einschätzung der Übertragbarkeit von Gesprächsinhalten möglich. Um daher die möglichen Einflüsse der Gruppendiskussion als sozialer Situation auf die Ergebnisse der Diskussion zu verdeutlichen, sollen hier Aspekte der Situationsdefinition, so wie sie von den Diskussionsteilnehmern vorgenommen wird, näher betrachtet werden. Es ist nämlich zu vermuten, daß Mechanismen der Meinungskontrolle und Wirklichkeitsdefinition variieren mit der je spezifischen Situationsdeutung, d.h. hier mit der Einschätzung der Erhebungssituation durch die Diskussionsteilnehmer; daß also in der Erhebungssituation wirksame Meinungskontrollen und Mechanismen der Selbstdarstellung nicht unbedingt identisch sind mit den in der Realität wirksamen Gruppenkontrollen und Verhaltensweisen, son-

dern von einer Vielzahl von situativen Variablen abhängen. Dies betrifft vor allem die vermutete Zielsetzung der Diskussion, das Verhältnis zu den Seminarleitern und das vermutete Interesse der Seminarleiter. Aus diesem Grunde haben wir versucht, Aspekte der Situationswahrnehmung als notwendige Kontrolle für Gültigkeit und Übertragbarkeit von Ergebnissen in die Methodik der Gruppendiskussion mit einzubauen. Wir haben deshalb verschiedene Techniken der Reliabilitätskontrolle angewandt.

In der Polizeiuuntersuchung waren dies:

- a) der doppelte Vergleich: einmal zwischen den Seminaren, zum anderen innerhalb eines Seminars zwischen den einzelnen Diskussionsgruppen. So können gruppen- und seminarspezifische Besonderheiten in der Diskussion erfaßt werden. Die Darstellung der Ergebnisse trägt diesem Vergleich Rechnung. Nachdem die getrennt voneinander arbeitenden Diskussionsgruppen zu relativ ähnlichen Ergebnissen gekommen sind, können wir annehmen, daß diese nicht rein zufällig sind. Zudem haben die Gruppen ihre Ergebnisse am dritten Tag einander vorgetragen, so daß auch hier Abweichungen von den Teilnehmern gemeinsam diskutiert werden konnten;
- b) Einzelgespräche, um die Differenz zwischen gruppenspezifischen und individuellen Erwartungen und Einstellungen zu prüfen (Problem der Schweiger in der Gruppendiskussion).

Ähnliche Kontrollen wurden auch bei den Gruppendiskussionen mit den Aktionsgruppen angewandt:

- a) Der Vergleich zwischen den einzelnen Aktionsgruppen ergab weitgehend Übereinstimmung hinsichtlich der Berichte des faktischen Geschehens. Abweichende Bewertungen und Interpretationen waren aufgrund der weltanschaulichen Heterogenität und der Differenzierung der Gruppen zu erwarten und zeigten sich auch in der Gruppendiskussion. Unberührt von der Herausbildung von jeweils spezifischen Gruppencharakteren lassen sich jedoch auch hier gruppenübergreifende Muster aufzeigen.
- b) Einzelgespräche wurden zusätzlich außerhalb der Gruppendiskussionen geführt.
- c) Die Beteiligung von Projektmitarbeitern an der Blockadeaktion und ihre teilnehmende Beobachtung im sozialen Netzwerk, aus dem heraus sich die Gruppen rekrutierten, erlaubte eine weitere Überprüfung der Gesprächsergebnisse. Ihre Anwesenheit bei

den Gruppendiskussionen mag zusätzlich als Korrektiv gegen allzu starke situative Abweichungen der Gruppen von ihrer sonstigen Selbstdarstellung gewirkt haben.

Den Teilnehmern aus der Friedensbewegung waren vor den Gruppendiskussionen die Forschungsabsichten und der Leitfaden bekannt. Ihre freiwillige Teilnahme an den Diskussionen darf deshalb als Interesse an der Behandlung der diskutierten Themen interpretiert werden. Befürchtungen der Aktionsgruppen, das erhobene Material könnte von Polizei, Staatsanwaltschaft oder Geheimdiensten mißbraucht werden, sind vermutlich verantwortlich für einen Reihe von Nichtteilnahmen. Soweit darartige Befürchtungen in den Gruppendiskussionen geäußert wurden, konnten sie von den Diskussionsleitern zwar nicht ausgeschlossen werden, durch die Zusage der Anonymisierung aber entschärft werden.

Im Gegensatz dazu erwies es sich bei der Polizeistudie als sinnvoll und notwendig, die wichtigsten Aspekte der Situationsdefinition, nämlich die Erwartungen und Befürchtungen der Teilnehmer systematisch zu erhellen und als potentielle Verzerrungsfaktoren zu berücksichtigen. Die Teilnehmer hatten aufgrund spärlicher Vorabinformationen nur ein vages, oft verzerrtes Bild von den Seminaren und den Interessen und den Absichten der Forscher.

Ein Vergleich der drei Seminargruppen der Polizeibeamten zeigt deutliche Unterschiede bezüglich der Einschätzung des Seminarcharakters und der Erwartungen an die Diskussionen. Diese Unterschiede lassen sich vor allem an den Merkmalen Dienstalter und Stellung in der Hierarchie festmachen. Allen drei Seminargruppen war zunächst das Mißverständnis über die Form der Seminare gemeinsam. Die Polizeibeamten waren in der Erwartung gekommen, wie aus der Polizeiausbildung gewohnt, auch hier Vorträge, Unterweisungen und Belehrungen zum Thema Demonstrationen zu hören. Von den Seminarleitern wurde ihnen dann eine völlig neue, ungewohnte Definition der Seminare vorgegeben, wonach die Teilnehmer selbst nicht passive Zuschauer, sondern aktive Mitgestalter sein sollten. Anstelle der üblichen Informationen über organisatorische, strategische, rechtliche oder technische Aspekte von Demonstrationseinsätzen sollten hier eigene Erfahrungen im Vordergrund stehen. Die Reaktion der Teilnehmer auf diese neue Situation zeigt deutliche Unterschiede zwischen den jungen Bereitschaftspolizisten in Seminar 1 und 2 und der Gruppe der Vorgesetzten, den Gruppenführern und Zugführern in Seminar 3. Die jungen Poli-

zeibeamten der Seminare 1 und 2, die sich noch in der Ausbildung befanden, konnten sich schnell von der ursprünglichen Erwartungshaltung lösen und diese neue Form der Seminare annehmen. Sie sahen in den Seminaren nun einen Gelegenheit, ihre persönlichen Erfahrungen und Probleme im Polizeialltag zu thematisieren, Kollegen näher kennenzulernen und die im Berufsalltag beklagte Anonymität abzubauen. Diese Erwartungen resultierten aus Erfahrungen, Frustrationen und Unsicherheiten, die mit der Ausbildung und Sozialisation in den Beruf verbunden sind.

So waren für die jungen Polizeibeamten des Seminars 1 die hohen Anforderungen und der starke Leistungsdruck in der Ausbildung einerseits sowie das Gefühl des Alleingelassenseins und der Unpersönlichkeit in der Bereitschaftspolizei andererseits die wichtigsten Merkmale, mit der sie ihre berufliche Situation kennzeichneten. Eine Aussprachemöglichkeit zu haben, über persönliche Probleme reden zu können und die Kollegen besser kennenzulernen wurde daher übereinstimmend von allen Teilnehmern als Erwartung an das Seminar thematisiert. Hierzu sei im Polizeialltag keine Gelegenheit. Darüber hinaus wünschten sich die Polizeibeamten Gespräche mit Demonstranten oder zumindest Informationen über Demonstranten, um die eigene Unkenntnis und daraus resultierende Unsicherheit in Diskussionen mit Demonstranten oder mit Freunden zu überwinden. Schließlich erhoffte sich eine Reihe von Teilnehmern Hilfen für ihre Gewissenskonflikte, bezogen vor allem auf das antizipierte Verhalten als Polizeibeamte bei Demonstrationen ("Einsatzgewissen"). Die Orientierungslosigkeit der Polizisten bezüglich ihrer zukünftigen Aufgaben und eine deutliche Unsicherheit hinsichtlich ihrer eigenen Verhaltensweisen und Gefühle im späteren Einsatz sind der Hintergrund dieser inneren Konflikte, über die man endlich einmal zu reden hoffte.

"Was mache ich, wenn mein Beruf von mir verlangt, etwas gegen meinen Überzeugung zu tun?"

"Wie gehe ich mit persönlichen Gewissenskonflikten um?"

"Wie kann ich vermeiden, die Kontrolle über mein Verhalten zu verlieren?"

(Seminar 1)

Besonders die Vorstellung, in Konfliktsituationen tatsächlich selbst einmal Gewalt anzuwenden, wurde als Gewissensfrage ausführlich diskutiert.

"... und ich glaube, man hat auch ganz schön viel Angst,

wenn man in der ersten Reihe steht, vorne, und soll dann von wegen 'Schlagstock frei' loslegen ... Und dann hat man, glaube ich, sehr viel Angst, denjenigen, den man da bearbeitet, ernst zu verletzen. Da hätt' ich echt Probleme, das Ding zu benützen."

(Seminar 1)

Fehlende berufliche Praxis und ein noch unklares Berufsverständnis werden in dieser Erwartungshaltung deutlich.

Im Vergleich dazu waren die Teilnehmer am zweiten Seminar vor allem durch bereits enttäuschte Berufsvorstellungen gekennzeichnet, die in erster Linie bedingt sind durch einen längeren Verbleib in der Bereitschaftspolizei, als für sie beim Eintritt in den Polizeidienst absehbar war. Der langjährige Dienst in einer geschlossenen Einheit, die damit verbundenen privaten Einschränkungen und persönlichen Belastungen (gerade auch in vielfachen Demonstrationseinsätzen) und die Probleme der Anonymität und Unpersönlichkeit des Berufsalltags waren Hintergrund eines hohen Mitteilungsdrucks und des Wunsches nach einer Aussprachemöglichkeit, die im beruflichen Alltag nicht existiere.

"Wir reden im dienstlichen Bereich nicht oder nur gering über die persönlichen Konflikte; deshalb ist es gut, wenn wir hier einmal drüber reden können."

(Seminar 2)

"Das hier ist die erste Hilfestellung dieser Art, die ich in den drei Jahren erfahren habe. Von meinem Beruf her habe ich erfahren, 'du machst jetzt das und das, du gehst jetzt da und da hin' ... Ich habe bisher die Erfahrung gemacht, daß man sich wenig um einen Polizisten als Mensch kümmert."

(Seminar 2)

Als Erwartungen bezüglich des Seminars wurden daher genannt: (a) die Möglichkeit, über persönliche Konflikte und private Probleme sprechen zu können; (b) die Kollegen kennenzulernen und so Anonymität untereinander abzubauen; (c) und damit einen Beitrag für zukünftige Einsatzplanungen leisten zu können. Die Reduktion von Handlungsunsicherheit und die Möglichkeit zur Thematisierung innerer Konflikte, die bei den berufsunerfahrenen Polizisten des ersten Seminars von Bedeutung waren, spielten bei den Teilnehmern des zweiten Seminars keine zentrale Rolle mehr. Gleichzeitig war jedoch die Illusionslosigkeit bezüglich Veränderungsmöglichkeiten innerhalb der Polizei stärker ausgeprägt. Beide Seminargruppen

sahen also in den Diskussionen eine Möglichkeit, persönliche Probleme und Schwierigkeiten besprechen zu können und die Erfahrungen, Gefühle, Einstellungen der Kollegen kennenzulernen. Sie konnten sich daher relativ leicht das Thema und die Form der Seminare zu eigen machen.

Deutlich anders als diese beiden Gruppen reagierten die Gruppen- und Zugführer (Seminar 3) auf die Neudefinition der Seminare. In ihren Augen sollte das Seminar vor allem informatorische Hilfe zur Bewältigung der beruflichen Aufgaben geben. Gegenseitiges Kennenlernen, Erfahrungsaustausch und Diskussion von Problemen als Vorgesetzte waren nach ihren eigenen Angaben sekundär. Aus dieser anderen Erwartungshaltung bezüglich der Seminare ergaben sich in der Diskussion auch von den anderen Gruppen verschiedene inhaltliche Schwerpunkte. Politische, technische und rechtliche Aspekte der Demonstrationseinsätze und des Führungsverhaltens dominierten die Diskussion.

Diese unterschiedliche Bedeutung der Seminare für die Vorgesetzten ist Ausdruck eines festen Berufsverständnisses und einer routinisierten Einstellung zum Beruf als Folge langjähriger Berufserfahrung. Für die Vorgesetzten, die ihren Beruf eher joborientiert betrachten, sind Informationen zur problemlosen Bewältigung ihrer Aufgabe von Bedeutung. Eher intrinsisch motivierte und engagierte Vorgesetzte aber sind um eine möglichst gute Ausgestaltung ihrer Rolle bemüht und deshalb an relevanten Informationen interessiert.

Für beide Teilgruppen aber waren persönliche Probleme und Konflikte kein Thema; auch dies aus unterschiedlichen Gründen: Um seinen Job als Vorgesetzter zu machen, bedarf es nicht unbedingt der Reflexion eigenen Verhaltens. Durch strikte Regelerorientierung und Opportunismus ist die Aufgabe des Vorgesetzten risikolos und kostengünstiger zu bewältigen. Jene Vorgesetzte aber, die sich um eine vorbildliche und reflektierte Ausgestaltung ihrer Führungsrolle bemühten, werden gerade durch ihre eigene Rolleninterpretation als Vorgesetzte und durch den Selbstdarstellungsdruck vor der Konkurrenz der Kollegen an der Thematisierung individueller Probleme gehindert. Dies gilt für den Berufsalltag wie für die Diskussionssituation gleichermaßen.

"Wer nimmt mich denn dann im Dienst noch ernst, wenn ich hier meinen Probleme auspacke?"

(Seminar 3)

Das Nichtthematisieren von persönlichen Konflikten und Problemen in diesem Seminar hat hier seinen Grund.

Die dargestellte unterschiedliche Bereitschaft der verschiedenen Seminargruppen, den Gesprächs- und Diskussionscharakter des Seminars zu akzeptieren, drückt sich also in unterschiedlichen Erwartungen und Gesprächsbereitschaften aus und hat Konsequenzen für die realisierten Gesprächsthemen. Was thematisiert wird, richtet sich nach der Relevanz des jeweiligen Themas für die Gruppe einerseits und nach der unterschiedlichen beruflichen Lage, den Erfahrungen, der sozialen Kontrolle und den Selbstdarstellungszwängen der Gruppen andererseits. Die Differenzen bezüglich der Betroffenheit durch das Seminarthema, also bezüglich der Thematisierung von Erfahrungsinhalten, entsprechen also tatsächlichen Differenzen der realen Gruppen und der Art und Weise, wie sich für sie im beruflichen Alltag soziale Wirklichkeit konstituiert. Diese Hinweise verdeutlichen, wie wichtig die Berücksichtigung der Situationseinschätzung und Erwartungshaltung der Seminarteilnehmer für die Interpretation der Diskussionstexte ist. Als weitere situationsspezifische Faktoren, die die Gruppendiskussionen beeinflusst haben könnten, im begrenzten Rahmen unseres Projektes jedoch nicht systematisch kontrolliert werden konnten, wären hier zu nennen:

- (a) die Zusammensetzung der Diskussionsgruppen
- (b) die Anzahl der Schweiger in einer Diskussionsrunde
- (c) die Dominanz einzelner Gesprächsteilnehmer
- (d) der unterschiedliche Verlauf gruppendynamischer Prozesse, die das Verhältnis der Teilnehmer untereinander sowie zum Gesprächsleiter betreffen, und
- (e) Unterschiede zwischen Gesprächsleitern hinsichtlich Alter, sozialem Status, Persönlichkeit und der Art der Gesprächsleitung.

Diese Faktoren beeinflussen die Atmosphäre, in der ein Gespräch stattfindet, d.h. die situative Offenheit bzw. die Kontrolle von Äußerungen werden durch sie mitbestimmt.

2.2.3 Probleme der Konsistenzproduktion in der Erhebung

In den Gruppendiskussionen ergab sich ein hohes Maß an inhaltlicher Übereinstimmung zwischen den Mitgliedern der jeweiligen

Gruppen. Zu vielen diskutierten Themen ergab sich ein konsistentes Meinungsbild: kontroverse Diskussionen fanden nur wenige statt. Diese Konsistenz entspricht zu einem gewissen Maße sicherlich der tatsächlichen Verteilung der Meinungen in den Gruppen. Die Wahl der Aktionsgruppen durch ihre Mitglieder, die ja nach Kriterien wie persönliche Bekanntschaft und gemeinsame politische Überzeugung stattfand, bzw. die gemeinsame berufliche Sozialisation und Erfahrung der jungen Polizeibeamten lassen dies plausibel erscheinen. Dennoch kann die hohe Übereinstimmung nicht ausschließlich darauf zurückgeführt werden. Es müssen vielmehr zusätzliche Faktoren in Rechnung gestellt werden, die von der Erhebungssituation geprägt sind.

Einer dieser Faktoren ist mit einem generellen Problem der Gruppendiskussion verbunden: die Bedeutung der Schweiger. POLLOCK hat gezeigt, daß die Intensität der Gesprächsteilnahme abhängig ist von den Majoritätsverhältnissen in der Gruppe. Er fand heraus, daß diejenigen Teilnehmer, die sich nur zu bestimmten Themen nicht äußerten, "zu rund zwei Dritteln eine der Majorität der Gruppe entgegengesetzte Meinung hatten" (POLLOCK 1955, S. 527f). Obwohl fraglich ist, ob dieser Befund auch auf Realgruppen übertragen werden kann (POLLOCK untersuchte experimentell zusammengesetzte Gruppen), können wir eine mögliche Verzerrung in Richtung Konsistenz nicht ganz von der Hand weisen, da wir keine systematische, sondern lediglich eine punktuelle Überprüfung der Einzelmeinungen durchgeführt haben. Da es uns aber um die Erhebung der Gruppenmeinung ging und uns die Annahme berechtigt erscheint, daß sich die Bedeutung der 'dissidenten' Schweiger in der Untersuchungssituation wenig von Realsituationen unterscheidet, erschien uns dieser Faktor vernachlässigbar.

Ein anderer Aspekt potentieller Konsistenzproduktion in der Erhebung ist das Selbstdarstellungsbedürfnis der Gruppen. Für die Polizei haben wir diesen Aspekt bereits weiter oben veranschaulicht. Für die Aktionsgruppen der Friedensbewegung müssen wir in Rechnung stellen, daß sie möglicherweise aus politischen Motiven (Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit mittels der Studie) ein geschlosseneres Bild gezeigt haben, als eine Befragung der einzelnen Mitglieder erbracht hätte. Auch Abgrenzungs- und Profilierungsbedürfnisse gegenüber den anderen Gruppen sind hier zu berücksichtigen. Neben derartigen Aspekten der Präsentation und Wahrung der Gruppenidentität sind interne gruppendynamische Pro-

zesse mitzubedenken. So waren in der Zusammensetzung der Diskussionsgruppen die Gründungsmitglieder der jeweiligen Aktionsgruppen meist stärker vertreten als die später Aufgenommenen. Es ist zu vermuten, daß die schwächere Integration von Mitgliedern in die Aktionsgruppe, die sich auch im höheren Prozentsatz von Ausfällen niederschlug, einhergeht mit potentiell abweichenden Meinungen. Die Gesprächssituation war zudem beeinflußt von der Verteilung von Machtpositionen innerhalb der Gruppen und der unterschiedlichen Ausdrucksfähigkeit ihrer Mitglieder, Faktoren, die wir nicht systematisch kontrollieren konnten. Ein weiteres Feld von Verzerrungsfaktoren ist in der zeitlichen Distanz zwischen den diskutierten Ereignissen und der Erhebung zu sehen. Sowohl die individuelle als auch die kollektive Verarbeitung von Ereignissen neigen im Nachhinein zur Einebnung von Widersprüchen, etwa durch differentielles Vergessen oder Modifikation von Bewertungen. Wenn auch keine Gruppe vor unserer Untersuchung eine systematische Reflexion der Aktionserfahrungen unternommen hatte, so müssen wir doch annehmen, daß es in der Interaktion zwischen einzelnen Mitgliedern bereits zu einer Modifikation von Widersprüchen gekommen ist.

Die zeitliche Distanz zum Geschehen könnte auch mitverantwortlich dafür sein, daß die Gesprächsteilnehmer stärkeres Gewicht auf die Darstellung von Konsens und Übereinstimmung legten, als uns Einblick in die vorangegangenen Konflikte zu gewähren.

2.3 Die Auswertung

2.3.1 Zielsetzung

Wie bereits dargelegt, verfolgten wir mit unseren Studien in erster Linie eine explorative Absicht. Erstes Ziel war die Gewinnung von Informationen über einen Teilbereich sozialer Wirklichkeit. Im Auswertungsprozeß schlug sich diese Absicht nieder in einer beschreibenden Darstellung. Das Ordnungsprinzip, dem diese Deskription folgte, war die Identifizierung von Aspekten der Handlungsorientierung, so wie sie sich für die Untersuchten selbst darstellten.

Das zweite Ziel galt der Erschließung charakteristischer Merkmale der beiden Konfliktparteien. Hierzu diente bei den Aktionsgruppen

der Friedensbewegung eine vergleichende Analyse der einzelnen Bezugsgruppen, bei der Polizeistudie ein Vergleich von konflikt-erfahrenen und konfliktunerfahrenen Beamten. Während sich die Deskription ausschließlich am Textmaterial zu orientieren hatte, soweit es sich auf das Thema der Untersuchung bezog, erfolgte die Herausarbeitung der Gemeinsamkeiten und Unterschiede unter einem stärker theoretisch orientierten Blickwinkel. Ohne uns einer bestimmten Theorierichtung anzuschließen, setzten wir die erhobenen Daten in Bezug zu sozialwissenschaftlichen Erkenntnisbeständen. Dabei griffen wir u.a. auf berufssoziologische und gruppensoziologische Ansätze zurück, auf die Kommunikationstheorie, Theorien kollektiven Verhaltens und sozialpsychologische Ansätze zur Wahrnehmung. Ihre Anwendung erfolgte eklektisch und diente der Verdichtung und Erklärung der erhobenen Aussagen, nicht der Überprüfung der Theorien. Die abschließende Interpretation der Ergebnisse, zum einen auf das Handlungsfeld hin, zum anderen auf mögliche Konsequenzen für die theoretische Weiterentwicklung, hat dem Rechnung zu tragen.

2.3.2 Vorgehensweise und Auswertungstechnik

Das Rohmaterial unserer Auswertung bestand aus Tonbandaufzeichnungen von Gruppendiskussionen. Sie hatten bei der Untersuchung der Aktionsgruppen der Friedensbewegung einen Umfang von rund 30 Stunden und bei der Polizeiuntersuchung circa 50 Stunden. In einem ersten Arbeitsschritt wurden die Bänder abgehört und zur Transkription vorbereitet. Aus Zeit- und Kostengründen sollten nur die Gesprächsanteile übertragen werden, die sich in einem weiten Sinne auf die Fragestellung unserer Untersuchung bezogen. So wurden die einleitenden Erläuterungen der Diskussionsleiter ebenso aussortiert wie Nebengespräche, die nicht das Thema der Untersuchung betrafen (etwa Gespräche über Hobbies, Freizeitaktivitäten oder tagespolitische Themen). Bei dieser Vorselektion wurden etwa 10 - 15 Prozent der Aufzeichnungen ausgeschieden. Das restliche Material wurde in schriftliche Form gebracht. Aus Gründen der Anonymisierung verzichteten wir dabei auf eine Kennzeichnung der Sprecher; lediglich Beiträge der Diskussionsleiter wurden als solche gekennzeichnet. Es war uns daher nicht möglich, die genauen Gesprächsanteile und Gesprächsinhalte einzelner Dis-

kussionsteilnehmer zu identifizieren und auf diese Weise nachträglich zu kontrollieren, inwiefern die hohe Konsistenz innerhalb der Diskussionsgruppen möglicherweise durch die starke Gesprächsbeteiligung und Dominanz von Einzelpersonen erzeugt wurde. Soweit es die Verständlichkeit der Aussagen zuließ, bemühten wir uns bei der Transkription, die Diktion der Sprecher beizubehalten; auch Dialekteinfärbungen wurden übernommen. Sinnbezüge, die durch die Nichtübertragbarkeit von Gesten und Betonungen verloren zu gehen drohten, wurden durch Beobachtungsprotokolle der Diskussionsleiter erhalten.

Um das nun in schriftlicher Form vorliegende Material handhabbar zu machen, sortierten wir es zunächst nach den Dimensionen des Gesprächsleitfadens. Wie wir erwartet hatten, lagen zu einigen Dimensionen nur äußerst spärliche Äußerungen vor. Bei anderen Themen legte die Fülle des Materials eine weitere Differenzierung nahe. Und letztlich verlangte das Material, das sich einer Zuordnung zum Gesprächsleitfaden entzog, die Bildung neuer Kategorien, wollten wir nicht auf die Vorteile explorativen Vorgehens verzichten.

Aus dem Abgleich des Textmaterials mit den Leitfäden entwickelten wir ein Auswertungsraster, das den Anforderungen des erhobenen Materials Rechnung trug. Auf seiner Grundlage wurden die Gesprächsprotokolle systematisiert. Die einzelnen Elemente, die kategorisiert wurden, differierten in ihrem Umfang. Kleinste Analyseeinheiten waren einzelne Sätze, teils waren es aber auch ganze Gesprächssequenzen mit dem Umfang mehrerer Protokollseiten. Häufig waren Mehrfachzuordnungen erforderlich, etwa wenn in einem Satz über den Kontrast vorgängiger Erwartungen und tatsächlicher Erfahrungen gesprochen wurde.

Auf der Grundlage des so geordneten Materials wurden Gruppenberichte verfasst, die die Perspektive der einzelnen Aktionsgruppen bzw. der einzelnen Gruppen der Polizeiseminare wiedergaben. Die Kategorisierung der Daten und ihre Auswertung auf der Ebene der Gruppenberichte wurden in der Regel von der selben Person vorgenommen. Eine andere übernahm die Kontrolldurchsicht hinsichtlich der Vollständigkeit des ausgewerteten Materials. Die Stichhaltigkeit der Interpretation wurde anschließend im Diskurs der Forschungsgruppe überprüft und die Berichte gegebenenfalls revidiert. Die einheitliche Gliederung der Gruppenberichte erlaubte die Analyse auf einer zweiten Ebene, der des Gruppenvergleichs. Diese

Zusammenfassung läßt Gemeinsamkeiten und Unterschiede der untersuchten Gruppen jeweils einer Konfliktpartei zutage treten. Die in dieser Veröffentlichung wiedergegebene Darstellung stützt sich vor allem auf diese vergleichende Analyse. Aus den Gruppenberichten wurden zusätzlich Sequenzen übernommen, um die Ergebnisse zu veranschaulichen und zu verdeutlichen.

2.3.3 Probleme der Konsistenzproduktion in der Auswertung

Wir haben bereits weiter oben auf den möglichen Einfluß der Untersuchungsmethode auf die Ergebnisse hingewiesen. Wir wollen dies hier ergänzen durch einige Überlegungen zur Gefahr der Konsistenzproduktion in der Auswertung.

Hier sind drei Bedingungen zu nennen, durch die die Aufbereitung der Daten einen zusätzlichen 'bias' in Richtung Konsistenz erhalten haben könnte.

Um eine Verzerrung der Ergebnisse durch die subjektive Interpretation des einzelnen Mitarbeiters zu kontrollieren, wurden die Ergebnisse durch den internen Diskurs der Forscher einer Überprüfung unterworfen. Daraus ergibt sich aber die Gefahr einer Vereinheitlichung der Interpretation, die auf den gemeinsamen theoretischen Hintergrund der Forschungsgruppe zurückzuführen ist. Dies wäre nur durch eine zusätzliche Auswertung durch externe Forscher zu überprüfen gewesen. Diese Möglichkeit stand uns angesichts des engen finanziellen Rahmens der Forschungsprojekte nicht zur Verfügung.

Auch die Verwendung standardisierter Auswertungstechniken hätte ein Korrektiv gegen subjektive Einflüsse einzelner Forscher bilden können. Leider ist aber das Instrumentarium qualitativ-explorativer Sozialforschung noch zu wenig entwickelt, sodaß wir hier auf keine erprobten Verfahren zurückgreifen konnten. Bekannte Beispiele hermeneutischer Sozialforschung, etwa die 'Objektive Hermeneutik' von OEVERMANN (siehe dazu MATTHES-NAGEL 1982) oder die Vorgehensweise von LEITHÄUSER und VOLMERG (1979), stützen sich zudem stark auf psychoanalytische Grundpositionen, denen wir uns bei unserer Fragestellung nicht anschließen konnten. Außerdem hat sich gerade die 'Objektive Hermeneutik' noch nicht als praktikabel erwiesen, wenn es darum geht, derart umfangreiches sprachliches Material einer Analyse zu unterziehen.

Ein weiteres Feld von möglichen Verzerrungen eröffnet sich durch die Vergleichsperspektive, die von Anfang an unserer Untersuchung zugrunde lag. Es ist zu fragen, wieweit die Absicht des Gruppenvergleichs in die Auswertung der einzelnen Gruppen hineingewirkt hat. Letztlich lassen sich verzerrende Einflüsse hier nicht völlig ausschließen. So ist auch ein gewisser Informationsverlust bei der Zusammenfassung und Gegenüberstellung der Gruppenberichte unvermeidlich. Wir versuchten jedoch, die vereinheitlichende Tendenz, die durch den geplanten Vergleich bedingt war, zu kontrollieren, indem wir zunächst die Charakteristik der einzelnen Gruppen erfaßten und ihre spezifische Realitätskonstruktion nachzeichneten. Die Differenzen, die zwischen den einzelnen Diskussionsgruppen auch in der vorliegenden Darstellung noch deutlich aufscheinen, lassen uns darauf vertrauen, daß es uns weitgehend gelungen ist, der Versuchung allzu vereinfachender und nivellierender Analyse zu widerstehen.

3 HINTERGRÜNDE UND MOTIVATION

Im folgenden Kapitel soll der Rahmen näher betrachtet werden, innerhalb dessen die untersuchten Gruppen, Polizisten wie Demonstranten, an Protestereignissen und damit verbundenen Konfrontationen beteiligt waren.

Bei der Polizei sind hier vor allem Aspekte der polizeilichen Organisation, der Ausbildung junger Polizeibeamter und der Berufsrolle und -motivation zu untersuchen. Diese Aspekte der Berufssozialisation haben prägenden Einfluß auf den polizeilichen Alltag, nicht nur auf die Erfahrungen mit Demonstrationen und ihre Verarbeitung.

Anders stellt sich die Situation bei den Demonstranten dar. Die Gruppen unserer Untersuchung konstituierten sich auf eine bestimmte Aktion hin. Die Ausbildung ihrer Aktionsformen und Entwicklung von kollektiven Realitätsannahmen stehen in engem Zusammenhang mit diesem Anlaß. Der Vorbereitung dieser Aktion wird deshalb hier breiterer Raum eingeräumt. In der Organisation des Protestes und der Mobilisierung von Teilnehmern wurde aber auch auf bereits vorhandene Ressourcen wie organisatorische Kompetenzen, Informationskanäle und Kontakte einerseits, auf politische Vorerfahrungen, geteilte Realitätsinterpretationen und Elemente einer kollektiven Identität der Teilnehmer andererseits zurückgegriffen. Damit rückt das politische und soziale Umfeld, in dem die Aktion vorbereitet wurde und das wir als 'Protestinfrastruktur' bezeichnen, in das Blickfeld.

Bei der Darstellung der Hintergründe stützen wir uns nur zum Teil auf Ergebnisse der Gruppendiskussionen. Vor allem in der Untersuchung der Aktionsgruppen wurde zusätzliches Material erhoben, das hier Eingang gefunden hat.

3.1 Die Polizisten

3.1.1 Berufsmotivation und Berufsbild junger Polizeibeamter

Im folgenden sollen die Ergebnisse der Gruppendiskussionen zusammengefaßt werden, die sich mit organisatorischen, sozialen und psychischen Zusammenhängen befassen. Sie bilden den Hintergrund für die Organisation und Strukturierung von Demonstrationserfahrungen. Die Verarbeitung dieser Erfahrungen wird wesentlich beeinflusst vom eigenen Rollenverständnis und seiner institutionellen Verankerung. Fragen der Berufsmotivation und des Berufsbildes sowie der Erfahrung des beruflichen Alltags stehen deshalb im Mittelpunkt der folgenden Abschnitte.

3.1.1.1 Berufsmotivation und Gründe für die Berufswahl

In unseren Gruppendiskussionen haben wir danach gefragt, wie die Polizeibeamten sich selbst sehen, welches Bild sie von ihrem Beruf haben und warum sie diesen Beruf gewählt haben. Die Motive und Gründe für die Berufswahl lassen sich in drei Motivgruppen unterscheiden:

- (1) Eine eher funktionelle Berufsmotivation: hier stehen finanzielles und berufliches Sicherheitsdenken im Vordergrund angesichts einer unsicheren Arbeitsmarktlage und Perspektivlosigkeit in vielen Berufen.
- (2) Inhaltliche Motivation durch konkrete berufliche Aufgaben: die Vielfalt beruflicher Möglichkeiten, der abwechslungsreiche berufliche Alltag, die vielen Kontakte mit unterschiedlichen Menschen, Abenteuerlust und sportliche Interessen werden gegenüber der "Stumpfsinnigkeit" anderer Berufe hervorgehoben. Viele Polizeibeamte können sich nicht vorstellen, "den ganzen Tag auf der Schreibstube zu hocken" oder "in einem Büro zu arbeiten, stundenlang" (Seminar 1), und versprechen sich vom Polizeiberuf eine vielseitige Arbeit, in der die Abwechslung, das Unregelmäßige, das "Ungewisse" und die ständige Herausforderung durch neue Situationen und Probleme dominieren.
- (3) Idealistische Motivation. Vor allem bei den jungen Beamten des Seminars 1 war diese Motivgruppe deutlich ausgeprägt.

Viele sahen in ihrer zukünftigen Arbeit einen Dienst für die Gerechtigkeit und sahen ihre eigene Aufgabe als eine Art soziales Helfen. Sie wollten Ansprechpartner für den Bürger sein.

Diese Motivationstypen schließen einander nicht aus, sondern treten in unterschiedlichen Kombinationen auf.

3.1.1.2 Die Enttäuschung beruflicher Erwartungen

Die zum Teil sehr konkreten inhaltlichen Vorstellungen über den Polizeiberuf beziehen sich allesamt auf die Zeit nach der Ausbildung. Nahezu für alle Teilnehmer der Seminare 1 und 2 war der Einzeldienst das erklärte Ziel und der eigentliche Beruf.

"Wir arbeiten alle auf den Tag hin, wo wir rauskommen in den Einzeldienst."

(Seminar 1)

Die Ausbildung in der Bereitschaftspolizei wird eher als Vorbereitungszeit und Übergangszeit angesehen, die man notwendigerweise durchlaufen muß, wenn man in den gewünschten Polizeiberuf will. Sie wird daher zum "notwendigen Übel", zur Belastung, die nur dann zu ertragen ist, wenn ihr Ende absehbar ist, wenn für die Polizeibeamten klar ist, wie lange diese Phase andauert und wann der Übergang in den Einzeldienst stattfindet.

An diesem Punkt nun gibt es erhebliche Diskrepanzen zwischen den Erwartungen und Informationen der Polizeischüler und der tatsächlichen Verwendungsdauer in der Bereitschaftspolizei. Viele Polizeibeamte verwiesen in den Gesprächen darauf, daß sie sich hier falsche Vorstellungen gemacht hatten, daß sie schlecht informiert waren über die tatsächliche Dauer der Ausbildungszeit in der Bereitschaftspolizei und daß die polizeiinterne Stellenplanung ihre Zukunftsaussichten und beruflichen Karrierepläne zunächst einmal zunichte gemacht habe.

Die Konsequenzen so enttäuschter Erwartungen für die Einstellung der jungen Polizeibeamten liegen auf der Hand: Frustration und Enttäuschung aufgrund der ungeplant langen Zeit in der Bereitschaftspolizei werden von den Seminarteilnehmern als Gründe dafür angegeben, warum viele von ihnen desinteressiert und gleichgültig werden und bereits in der Ausbildung demotiviert werden.

Was die jungen Polizeibeamten hier vorwegsehen und in ihren

ersten Auswirkungen bereits erfahren haben, wird von den Teilnehmern des zweiten Seminars mit längerer Berufserfahrung in eindringlicher Weise bestätigt. Die beruflichen Erwartungen haben sich nicht erfüllt.

"Ich bin zur Polizei gegangen, dachte, das wär' eventuell eine bessere Möglichkeit, was Ausgefülltes zu arbeiten im Leben, aber das war ein Trugschluß. Also die Vorstellungen, die ich von der Polizei hatte, sind bisher nicht eingetreten."

(Seminar 2)

3.1.1.3 Aspekte des Berufsbildes und des beruflichen Selbstverständnisses

Neben den beruflichen Erwartungen und den Erfahrungen in der Bereitschaftspolizei hat uns die Frage interessiert, wie die jungen Polizisten sich selbst sehen und wie sie ihre Aufgabe als Polizisten verstehen.

Die Diskussion um das Berufsbild war zunächst wenig kontrovers. Die Vorstellungen der Polizeibeamten waren geprägt von der offiziellen polizeilichen Aufgabe, Sicherheit und Ordnung in der Gesellschaft zu garantieren. Neben diesem an der gesellschaftlichen Funktion der Polizei orientierten Berufsverständnis war noch ein anderer Gedanke stark vertreten, daß nämlich die Polizei vor allem im Dienste der Politiker stehe und "Handlangerdienste" für die Politik und im Staatsinteresse verrichte.

Das Berufsverständnis der Seminarteilnehmer zeigte jedoch deutliche Unterschiede auf, wenn es an der Art der Umsetzung polizeilicher Aufgaben orientiert war. Hier stand den Gedanken, Aufpasser- und Kontrollfunktion auszuüben, die Vorstellung gegenüber, als Polizist eher erzieherisch tätig zu sein und den Bürger zur Einhaltung von Gesetz und Ordnung anzuhalten.

Insgesamt waren die Vorstellungen über die polizeiliche Aufgabe und die polizeiliche Funktion bei den jungen Polizeibeamten in Seminar 1 wenig reflektiert. Bei ihnen hatte sich noch kein klares Berufsbild herausgebildet. Zudem erschienen Fragen nach der gesellschaftlichen Funktion und Aufgabe der Polizei weniger bedeutsam für das Berufsbild und Berufsverständnis zu sein als die konkreten subjektiv erlebbaren Auswirkungen des Berufs. Der

für die Teilnehmer zentrale Aspekt der Berufsrolle bezog sich daher auf die unmittelbare Betroffenheit des einzelnen Beamten durch den Beruf. Die Ausübung des Polizeiberufs verlangt in ihren Augen nämlich von jedem einzelnen ein hohes Maß an Verantwortungs- und Pflichtgefühl. Da sie im Blickpunkt der Öffentlichkeit stehen, müssen Polizisten "stärker kontrollierte Menschen sein", die in gewisser Weise ein Vorbild darstellen. Die berufliche Verpflichtung des Polizeibeamten bezieht sich also in den Augen der Seminarteilnehmer nicht allein auf das regelorientierte Rollenverhalten im Dienst, sondern betrifft darüber hinaus die ganze Person und bezieht auch außerberufliche Lebensbereiche mit ein.

Im Gegensatz zu den jungen Polizeibeamten aus Seminar 1 war für die berufserfahreneren Kollegen des zweiten Seminars die Frage nach dem beruflichen Selbstbild nicht mehr in gleichem Maße offen. Diese Frage hatte sich anscheinend im Laufe der Zeit selbst beantwortet, jedoch oft in einer eher resignativen Weise. Das Selbstverständnis der Beamten war gekennzeichnet durch Ohnmachtserfahrungen des einzelnen im "Polizeiapparat" und von der Vorstellung, als Polizist gut funktionierendes Werkzeug politischer Interessen zu sein, aber als Person, als Mensch kaum wahrgenommen und berücksichtigt zu werden.

"Von meinem Beruf her habe ich erfahren: 'Du machst jetzt das und das, du gehst jetzt da und da hin.' Ich bin skeptisch ... Ich habe bisher die Erfahrung gemacht, daß man uns irgendwo hinstellt, um politische Zwecke durchzusetzen, und sich weniger um einen Polizeibeamten als Mensch kümmert."

(Seminar 2)

3.1.1.4 Berufsrollenstress und außerdienstliche Belastung

Neben enttäuschten Berufsvorstellungen und hohen Belastungen durch den langjährigen Dienst in der Bereitschaftspolizei wurde eine weitere zentrale Erfahrung der Polizeibeamten diskutiert: die Erfahrung nämlich, als Polizeibeamter "immer im Dienst zu sein" und, im Vergleich zu anderen Berufen, auch in der Freiheit mit berufsspezifischen Erwartungen konfrontiert zu werden. Dieser für den Polizeiberuf typische Rollenstreß ist durch folgende Faktoren bedingt:

a) Soziale Kontrolle als Folge der Dauerpräsenz von berufsspezifischen Bezugsgruppen

Berufliche Anforderungen und Erwartungen werden nicht allein durch die vorgesetzte Behörde (als Arbeitgeber) formuliert, sondern ebenso durch die Öffentlichkeit als "Klient" polizeilicher Arbeit. Im Vergleich zu anderen Berufen existiert für die Polizei daher ein prinzipiell offenes, nicht auf bestimmte Personengruppen beschränkbares Feld beruflicher Bezugsgruppen. Mit der Öffentlichkeit als Bezugsgruppe der Polizei ist man auch über den Dienst hinaus im Freizeit- und Privatbereich permanent konfrontiert. Diese ständige Konfrontation mit dem eigenen Beruf etwa durch Freunde, Verwandte, Bekannte etc. hat zur Folge, daß sich die Polizeibeamten in ihrer Freizeit besonders aufmerksam beobachtet und kontrolliert fühlen. Von ihnen als Vertreter einer Organisation, die gegenüber dem einzelnen Bürger Sanktionsmacht hat, verlangt man besonders korrektes Verhalten. Diese Erwartungen decken sich mit den Vorstellungen der Polizeibeamten, die glauben, aufgrund ihres Berufes eine besondere Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit zu haben und auch außerhalb des Dienstes ihrem Beruf verpflichtet zu sein.

Zudem erleben sich die Beamten bereits als durch den Beruf verändert. Viele "polizeitypische Eigenschaften" lassen sich nach Dienst nicht einfach ablegen, sondern sind bereits Teil der Persönlichkeit und werden auch im Verhalten unter Freunden und Bekannten aktualisiert. Dies kann als zusätzliche Belastung empfunden werden, etwa wenn das "berufsbedingte Mißtrauen" auch im privaten Bereich verhaltenswirksam wird.

"Man ist insgesamt mißtrauischer. Auch in seinem Privatleben, daß einem also die Ausbildung nicht in den Kleidern steckenbleibt, sondern daß man mit Vorbehalt und gleich immer das Schlimmste vermutet."

(Seminar 1)

Soziale Kontrolle und Verhaltensdruck sind also auch im außerdienstlichen Bereich des Polizeibeamten besonders stark.

b) Die Divergenz der Erwartungen

Als weiteres Element dieses polizeitypischen Rollenstressses kommt hinzu, daß die Polizeibeamten oft stellvertretend für die Polizei insgesamt kritisiert werden. Ihre Erfahrungen

zeigen, daß zwischen dem Verhalten des einzelnen Polizisten und dem Vorgehen der Polizei als Organisation oft nicht mehr getrennt wird und Verantwortlichkeit sowie Kritik pauschalisiert werden.

"Wir haben herausgefunden, daß die Leute innerhalb des Bekanntenkreises sagen: 'Ja, du warst mit dabei, du bist auch einer von denen, die drauf knüppeln wie die Verrückten.'"

(Seminar 1)

Zudem bedeutet die Vielfalt polizeilicher Bezugsgruppen zugleich eine Divergenz hinsichtlich der Anforderungen und Erwartungen: Rollenkonflikte aufgrund unterschiedlicher Erwartungen sind daher unvermeidlich, die Kritik an der Polizei (und an den einzelnen Polizisten) wird permanent. Eine solche ausweglose Lage prädestiniert daher geradezu verschiedene Formen der Distanzierung als Konfliktbewältigungsmechanismen. Vor allem von Teilnehmern der Seminare 1 und 2 wurden die Erfahrungen im außerdienstlichen Bereich als außerordentlich belastend beschrieben. Auf zunehmende soziale Kontrolle, Kritik und Sanktionen reagiert man häufig mit Rückzug: Isolation und eine Veränderung des Freundes- bzw. Bekanntenkreises sind die Folge.

3.1.1.5 Meta-Identität und Berufsidentität

Aspekte der Meta-Identität, der vermuteten Wahrnehmung durch andere, sind für unsere Untersuchung von doppelter Bedeutung.

- a) Die Ausbildung beruflicher Identität ist auch davon abhängig, welche normativen und faktischen Erwartungen von außen an die Polizei gerichtet werden. Aus diesem Grund haben wir danach gefragt, was die Seminarteilnehmer glauben, wie Freunde, Bekannte, die Öffentlichkeit etc. von ihnen denken. Diese berufsspezifischen Erwartungen und die Identitätszuschreibungen von Dritten sind vor allem für die Polizeischüler und jüngeren Polizeibeamten mit einem noch unklaren bzw. vorläufigen Berufsverständnis von Bedeutung. Sie orientieren sich bei ihrer Suche nach beruflicher Identität daher an der Reaktion und Einstellung relevanter Bezugsgruppen. Dies ist sowohl aus der stärker idealistischen Berufsmotivation abzuleiten als

auch aus der Erfahrung, in Ausbildung und Berufsalltag keine befriedigende Motivation und Selbstbestätigung zu erfahren.

In der Literatur wird die Meta-Identität der Polizei häufig pauschal auf das Verhältnis zur Öffentlichkeit bezogen; wobei die Untersuchungen zeigen, daß die vermutete Beurteilung häufig negativer war als die tatsächliche. Wir haben in unserer Untersuchung auf verschiedene Bereiche getrennt angesprochen: neben der Öffentlichkeit (Bevölkerung allgemein) die Medien und Demonstranten sowie Freunde, Nachbarn und Verwandte als nähere soziale Umwelt.

- b) Die Meta-Identität spielt vor allem in Konfliktsituationen eine wichtige Rolle. Da Konfliktsituationen stets anders und unvorhersehbar sind, können sie nicht durch standardisierte Verhaltensprogramme und Routinehandeln bewältigt werden. Sie verlangen vielmehr situationsangepaßtes Verhalten, eine Orientierung an den spezifischen Bedingungen der Situation. Dazu gehören neben dem eigenen Bild vom Gegenüber und dessen Absichten auch die Vorstellung über das Bild, das die Gegenüber, etwa Demonstranten, von der Polizei haben; oder Vorstellungen darüber, wie die Medien und die Öffentlichkeit das Vorgehen der Polizei sehen. Polizeiliches Handeln in Konfliktsituationen ist stets auch ein Akt der Selbstdarstellung und daher bezogen auf das vermutete Polizeibild der anderen.

In den Gruppendiskussionen waren vor allem die Teilnehmer der Seminare 1 (Polizeischüler) und 2 (Bereitschaftspolizisten mit Einsatzerfahrung) mit den Fragen nach ihrem Bild in der Öffentlichkeit beschäftigt. Teilnehmer der Seminargruppe 3, also die Zug- und Gruppenführer, diskutierten diese Frage dagegen nur kurz und schienen auch in der Einschätzung wenig kontrovers. Hier überwog eine vermutete negative Einschätzung durch die Öffentlichkeit ebenso wie durch die Demonstranten. Für das eigene Selbstverständnis und Berufsbild der Vorgesetzten aber schien die Öffentlichkeit als relevante Bezugsgruppe insgesamt weniger Bedeutung zu haben, als dies noch bei jungen Polizeibeamten der Fall war.

Dies bestätigt die Erfahrungen der beruflichen Sozialisationsforschung, daß die Orientierung an der eigenen Berufsgruppe mit der Berufsdauer an Bedeutung gewinnt. Andererseits ist diese

Umorientierung Zeichen der Distanzierung von den Erwartungen der polizeilichen "Klienten" und damit Ausdruck dessen, was in der Fachsprache als "burn-out-Syndrom" bekannt ist.

Die vermutete Einschätzung durch die jungen Polizeischüler zeigte sowohl größere Differenzierungen zwischen einzelnen Gruppen der Öffentlichkeit, aber auch stärkere Ambivalenzen hinsichtlich der Art der Einschätzung. Diese Ambivalenzen werden besonders deutlich im unmittelbaren sozialen Umfeld, also in der vermuteten Einschätzung durch Freunde, Verwandte, Nachbarn etc. Pauschale Kritik, Unverständnis und soziale Sanktionen werden hier ebenso erfahren wie Zustimmung, Bestärkung und positives Ansehen.

"Mit meinen Freunden, Kameraden - gar keine Probleme. Die sagen höchstens: 'Bist ganz schön bescheuert, so viele Wochenenden ranzuhängen. Ich hätt' mir schon längst was anderes gesucht'. Aber so der Beruf des Polizisten wurde nie angezweifelt, daß das also negativ sein sollte. Mit der Nachbarschaft auch nicht."

(Seminar 1)

Und die gegenteilige Erfahrung:

"Mich haben sie öfters in der Kneipe so angemacht: 'Sag, macht dir das Spaß, so drauf zu hauen?'"

(Seminar 2)

Die Ambivalenz in der Einschätzung durch Gruppen im sozialen Nahfeld wird lediglich bei den Jugendlichen etwas aufgehoben: Hier vermuten die meisten Polizeibeamten eine stärkere Affinität zur kritischen Haltung gegenüber der Polizei. Orientierungsprobleme, die sich angesichts divergierender Einstellungen und Erwartungen ergeben, werden noch verstärkt durch die Erfahrung der Polizeibeamten, daß sowohl negative aber auch positive Einstellungen zur Polizei auf undifferenzierten pauschalen Vorstellungen beruhen. Während ein Teil der Freunde und Bekannten die Polizei generell der Gewalttätigkeit verdächtigen, bestätigen andere das Vorgehen der Polizei und fordern gar ein noch entschlosseneres und härteres Durchgreifen gegenüber Demonstranten.

"Mannschaftskameraden im Fußball, die sagen einfach: 'Mensch, schlag drauf! Was soll denn das? Wenn die euch angreifen, also drauf! Was seid Ihr denn für lasche Kerls?' Dafür haben die kein Verständnis, wenn man sagt: 'Also, das kann man doch nicht machen.'"

(Seminar 2)

Diese extreme Polarisierung in den vermuteten Einstellungen zur Polizei steht einer Identifikation eher entgegen und ist einer sicheren Verhaltensstabilisierung und Identitätsfindung der Polizeibeamten nicht förderlich.

Während diese Beurteilung der Meta-Identität im unmittelbaren sozialen Umfeld von Teilnehmern der Seminare 1 und 2 gleichermaßen vorgenommen wurde, zeigen sich Unterschiede zwischen den Seminargruppen hinsichtlich ihrer vermuteten Einschätzung durch die Öffentlichkeit bzw. die Bevölkerung allgemein. Die jungen Polizeischüler hofften, als Berufsgruppe in der Bevölkerung insgesamt relativ gut angesehen zu sein, wenn auch einzelne Merkmale des Polizeibildes der Bevölkerung eher negativ seien: etwa die "Unmenschlichkeit" und Nüchternheit der Organisation sowie die Gewalttätigkeit und Dummheit, die einzelnen Beamten zugeschrieben werde.

In der Einschätzung der erfahrenen Polizeikollegen des Seminars 2 gerät das Bild der Polizei in der Öffentlichkeit jedoch deutlich negativer. Diese Beamten vermuten, eher als "Wachhunde" und "Aufpasser" angesehen zu werden, denn als "Menschen in Uniform". Aus ihrer Erfahrung im Beruf wissen sie, daß sie mit vielfältigen, widersprüchlichen Erwartungen konfrontiert werden und es "jedem recht machen sollen". Die Einstellung zur Polizei richte sich bei vielen Menschen danach, wie sie gerade durch polizeiliche Maßnahmen in ihren eigenen Interessen betroffen seien.

"Sobald es einen selbst betrifft, der negative Erfahrungen mit der Polizei gemacht hat, dann sind es die Scheißbullen."
(Seminar 2)

Darüber hinaus trage aber auch eine schlechte polizeiliche Selbstdarstellung in der Öffentlichkeitsarbeit sowie die polizeiliche Ausrüstung, etwa bei Demonstrationen, dazu bei, daß die Polizei das Image der unpersönlichen, entmenslichten Organisation sozialer Kontrolle habe. Beeinflußt wird das Bild der Öffentlichkeit natürlich auch und vor allem durch die Medien. Die Medien (und darin sind sich alle Seminarteilnehmer einig) haben ein einseitiges negatives Bild von der Polizei und versuchen, durch selektive Auswahl und Verallgemeinerung von Einzelfällen die Polizei "schlecht zu machen", als "Buhmann darzustellen". Ein ähnlich hohes Maß an Übereinstimmung zwischen den Seminarteilnehmern hinsichtlich des wahrgenommenen Selbstbildes gab es nur noch in bezug auf die Politiker. Von diesen wird angenommen,

daß sie an der Situation in der Polizei und an den einzelnen Polizeibeamten nicht interessiert seien und die Polizei lediglich als Instrument ansähen, mit dessen Hilfe sie ihre eigenen politischen Interessen und Entscheidungen durchsetzten.

Als abschließenden Aspekt der Meta-Identität, der in den Seminaren diskutiert wurde, sei hier die vermutete Einschätzung durch die Demonstranten dargestellt. Was aufgrund der fehlenden unmittelbaren beruflichen Erfahrung mit Demonstranten für die jungen Polizeischüler noch kein Thema war, spielte für die Teilnehmer des zweiten Seminars und z.T. auch für die Teilnehmer des Seminars 3 eine wichtige Rolle. Auch hier überwog zunächst die Vermutung, daß die Demonstranten ein negatives Bild von der Polizei hätten; in ihren Augen sei die Polizei lediglich eine Verkörperung der Staatsgewalt, ein Instrument politischer Interessendurchsetzung gegen den Willen der Bevölkerung und damit ohne Legitimation ("auf der Seite des Unrechts"). Für viele Demonstranten sei zudem klar, daß man mit der Polizei nicht reden könne, da die Polizei stets mit Gewalt vorgehe. Sie dächten:

"Die Polizei kommt dahin, um etwas Unrechtes zu schützen, was überhaupt nicht gesetzmäßig ist und daß die Prügeleien halt in jedem Fall dabei sind. Das macht denen irgendwie Spaß."

(Seminar 2)

"... und dann haben die so erzählt: 'Die Polizisten schlagen sowieso sofort drauf, mit denen kann man nicht diskutieren ...'"

(Seminar 2)

Andererseits sind es aber gerade auch Demonstrantengruppen, von denen man erfahren hat, daß sie ein sehr differenziertes Bild von der Polizei haben und vorsichtig mit Verallgemeinerungen sind.

"Die Demonstranten unterscheiden zwischen uns als denjenigen, die da vorne stehen in der ersten Reihe, als denjenigen, die müssen."

(Seminar 2)

"Es war in diesem Zusammenhang interessant, daß man bei Demonstranten mehr Verständnis findet für die Rolle der Polizei, daß die eher akzeptiert wird als im Bekanntenkreis."

(Seminar 2)

Angeichts der Erfahrung von eher unpersönlichen innerdienstli-

chen Beziehungen und der Vermutung eines instrumentellen Interesses von seiten der Politiker war diese Erfahrung mit den Demonstranten für die Polizeibeamten besonders wichtig.

3.1.2 Sozialisation im Berufsalltag

3.1.2.1 Heimatferne und Motivationsprobleme

Trotz einer heftig geführten Diskussion um das neue Laufbahnrecht und die Möglichkeit des Direkteinstiegs in höhere Laufbahngruppen ist es weiterhin der Regelfall, daß die berufliche Sozialisation und die Ausbildung als Polizeianwärter mit einer einjährigen Grundausbildung beginnen, die in zentralen Polizeischulen zu absolvieren ist.

Diese Organisation der Ausbildung stellt für die Mehrzahl der jungen Polizeianwärter eine große Belastung dar. Sie werden von ihrer gewohnten Umgebung, von Freundeskreis und Familie getrennt und internatsmäßig in Mehrbettstuben untergebracht. In dieser "ghettoisierten" Situation sind sie zudem einer Vielzahl von Dienst- und Unterkunftsordnungen und einem streng geregelten, stark kontrollierten Tagesablauf unterworfen, der uniformierende Züge trägt. Die Isolation in der Polizeischule, das Herausgelöstsein aus einer vertrauten Umwelt und die sozialen und psychischen Belastungen der gemeinschaftlichen Unterbringung werden übereinstimmend als schwerwiegendes Problem thematisiert, das auch Auswirkungen hat auf die berufliche Einstellung und die persönliche Motivation der jungen Polizeianwärter. Dies gilt insbesondere für den Fall, wenn die jungen Polizeibeamten länger, als sie es vorgesehen oder erhofft hatten, weit weg von ihrem Heimatort verbleiben müssen.

Dies wird auch von den Polizeibeamten der beiden anderen Seminare bestätigt, die den heimatfernen Einsatz gleichermaßen frustrierend erfahren haben, sich jedoch zum Teil resignierend damit abfinden. Allerdings betonen auch sie, daß die eigene Motivation darunter leide. Zudem sei es für die Führungskräfte besonders schwierig, die Polizeischüler zu motivieren, die aufgrund dieser Situation eher desinteressiert und allein auf das Wochenende hin orientiert seien.

Diese problematischen Konsequenzen heimatferner Ausbildung werden

um so deutlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, wie die jungen Polizeibeamten die sozialen Kontakte und Beziehungen innerhalb der Polizei wahrnehmen und wie eindringlich der Wunsch geäußert wird, daß persönliche Beziehungen auch im Dienst Raum haben sollten.

3.1.2.2 Die Ausbildung

Vor allem die jungen Polizeibeamten in der ersten Ausbildungsphase waren übereinstimmend der Meinung, die Ausbildung sei vom Umfang und den Leistungsanforderungen her sehr belastend und überfordere die Beamten. Dies gelte insbesondere für die fachtheoretische Ausbildung mit dem Schwerpunkt von fast zwei Dritteln der Unterrichtszeit auf der Rechtskunde. Diese Überforderung wird auch von seiten der Vorgesetzten bestätigt, die zudem auf mögliche Konsequenzen verweisen.

"Die sind nämlich manchmal echt überfordert. Wenn die in der Grundausbildung stehen, ist das gar kein Wunder. Die werden also so zugestopft, die haben auch gar kein Interesse mehr daran."

(Seminar 3)

Neben der Kritik an einer überfrachteten Ausbildung wurde als zweites das Verhältnis zwischen Theorie und Praxis diskutiert. Für viele Teilnehmer der Seminare 1 und 2 (Polizisten in der Grund- bzw. Fachausbildung) waren manche Ausbildungsinhalte schlicht irrelevant und praxisfern.

"Die Theorie und Praxis hält sich während der Ausbildung nicht die Waage. Wir kriegen das alles so theoretisch eingeblut ... aber trotzdem, die Situation, wenn man in die herein gerät (und) man soll das theoretische Wissen anwenden, dann ist das schlecht zu machen, weil wir überhaupt keine praxisbezogene Erziehung in dieser Hinsicht haben."

(Seminar 1)

"Ich glaub', in der Praxis handelt man mehr so nach dem Menschenverstand."

(Seminar 1)

Statt dessen sei es womöglich sinnvoller, sich über das konkrete Verhalten und Auftreten Gedanken zu machen, um in der Praxis mehr Sicherheit im eigenen Handeln zu haben.

Dieser Vorschlag der jungen Polizeibeamten wird ergänzt von Teilnehmern des Seminars 2, die in ihren vielen Einsatzerfahrungen erlebt haben, daß sie zwar mit dem notwendigen "rechtlichen Werkzeug" ausgestattet sind, aber mit ihren inneren Konflikten und Problemen alleingelassen werden:

"Aber wie es innen drin aussieht, da wird man dann total vernachlässigt."

(Seminar 2)

Das eigene Erleben, die eigene Erfahrung spielen in der Ausbildung keine Rolle. Dies gilt im besonderen auch für die Vorbereitung auf Demonstrationen: Hier werde weder gezielt über die Ziele und Absichten der Demonstranten informiert, noch würden die Polizeibeamten auf die psychische Belastung in der Konfliktsituation vorbereitet.

Ein weiterer Aspekt der Ausbildung wurde von den Teilnehmern des ersten Seminars hervorgehoben. Die Ausbildung verändere, wie bereits erwähnt, die Persönlichkeit des Beamten, indem sie systematisch zu Mißtrauen anhalte. Dies wird nicht nur als problematisch etwa im Hinblick auf das Verhalten bei Demonstrationen angesehen, sondern darüber hinaus als globale Veränderung der Person aufgefaßt, die auch im Privatleben spürbar ist; eine Erfahrung, die auch andere Seminarteilnehmer bestätigen.

Von den berufserfahrenen Polizeibeamten und den Vorgesetzten wird schließlich noch auf ein Dilemma hingewiesen, das strukturell in der Ausbildung angelegt ist. Die Ausbildung soll auf den Einzeldienst vorbereiten und müßte von daher vor allem zu Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit erziehen. Statt dessen sei sie in der Grundausbildung auf Gehorsam und Unterordnung angelegt und unterbinde gerade jede Eigenständigkeit. Dies sei auch für das innerbetriebliche Verhältnis, für Kritikfähigkeit und Veränderungschancen von Bedeutung. Denn nur mehr Selbständigkeit vermag Interesse und Engagement zu wecken und die zum Teil vorherrschende Konsumhaltung der Auszubildenden zu verhindern.

"Die Leute zur Selbständigkeit erziehen - das passiert nicht -, und deshalb kann man auch nicht erwarten, daß sie plötzlich Verantwortung übernehmen."

(Seminar 3)

3.1.3 Das Verhältnis zu den Vorgesetzten

Besonders ausführlich, mit vielen Erlebnissen gefüllt und von hoher emotionaler Beteiligung gekennzeichnet wurde die Diskussion über die Erfahrungen im Umgang zwischen Vorgesetzten und Untergebenen in den Seminargruppen 1 und 2 geführt. Daß dieses Thema den Beteiligten besonders wichtig war, machten auch die Erwartungen, die an das Seminar gerichtet waren, deutlich. Sie bezogen sich auf die Möglichkeit, etwas verändern, etwas bewirken zu können im dienstlichen Umgang miteinander, indem man über diese Probleme spricht und Kritik daran nicht zurückhält. Darüber hinaus ist das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen für unsere zentrale Frage nach den Erfahrungen bei Demonstrationseinsätzen von Bedeutung. Aus diesem Grund soll hier in der nötigen Ausführlichkeit auf dieses Thema eingegangen werden. Die Darstellungen der beiden Seminargruppen ergänzen sich in sachlicher Hinsicht, wenngleich die Dringlichkeit und subjektive Zentralität des Themas sicherlich für die jungen Polizeibeamten in der ersten Ausbildungsphase (Seminar 1) größer waren.

Obwohl die Teilnehmer des dritten Seminars dem Verhältnis Vorgesetzten - Untergebenen keine besondere Aufmerksamkeit schenkten, bestätigten sie in den zentralen Punkten die Erfahrungen der anderen Seminargruppen.

3.1.3.1 Anonymität und Entpersönlichung

Die Sozialisation im Beruf des Polizeibeamten und die Situation in den Polizeischulen werden nahezu einstimmig von den jungen Beamten als Erfahrung von entpersönlichten, aufs Dienstliche beschränkten Beziehungen zwischen Vorgesetzten und Untergebenen beschrieben. Der Dienstweg klammere persönliche Belange systematisch aus und produziere Entfremdung und Anonymität innerhalb der Bereitschaftspolizei. Dies zeigt sich für die jungen Beamten etwa in dem befremdlichen Verhalten einer Führungskraft, die selbst unter eng befreundeten Polizeibeamten das "Sie" als dienstliche Anrede befiehlt, wenn ein Vorgesetzten-Untergebenen-Verhältnis zwischen beiden besteht. Für die jungen Beamten ist dies völlig unverständlich:

"... das ist doch das letzte, was es gibt, meiner Ansicht

nach. Das find' ich dermaßen traurig, das kann ich gar nicht sagen, wie traurig ich das find."

(Seminar 1)

"In meinen Augen ist das Schwachsinn. Das ist paradox."

(Seminar 1)

Die Vorgesetzten halten sich in aller Regel an die Dienstvorschrift und versuchen, persönliche Kontakte zu Untergebenen zu vermeiden und stets Distanz zu halten. Dies gilt nicht nur für den Dienst, sondern auch für die Pausen und die Freizeit. Ein junger Polizeibeamter:

"Wenn von uns irgendeiner irgendwo sitzt, der kommt net, der kommt ums Verrecken net. Da sitzt du morgens beim Frühstück ganz allein am Tisch. Meinst, der setzt sich dazu? Nee, der setzt sich ganz hinten ins aner Eck. Das find' ich dermaßen traurig, von der persönlichen Seite macht mich das unheimlich nachdenklich."

(Seminar 1)

Die Dominanz des strikten Rollenhandelns im Verhältnis zwischen den Polizeibeamten hat zur Folge, daß Gesprächsmöglichkeiten mit Vorgesetzten etwa über persönliche Probleme oder ein Erfahrungsaustausch mit "Dienstälteren" nicht stattfinden können. Viele junge Polizeibeamte fühlen sich allein gelassen in einer Organisation, die für sie noch völlig fremd und undurchschaubar ist. Die Isolation in der Polizeischule bedeutet einen Bruch mit ihrer gewohnten sozialen Umwelt und damit auch in wesentlichen Aspekten der sozialen Identität junger Polizeischüler. Mit der Reglementierung des Polizeialltags werden zudem Freiräume beschnitten, in denen eine individuelle Identitätssuche möglich wäre. Durch fehlende persönliche Kontakte und Gesprächsmöglichkeiten mit "erfahrenen" Vorgesetzten wird ihnen auch die Auseinandersetzung mit der Rolle als Polizist erschwert. Orientierungslosigkeit und Unsicherheit sind die Folge. Viele Polizeischüler reagieren mit Desinteresse und Rückzug und sehen die Ursache für ihre Enttäuschung und für die Anonymität in der Polizei vor allem in der Person des Vorgesetzten. Dessen Verhalten wird als Beweis mangelnder Führungsqualität und fehlender Persönlichkeit interpretiert. Deshalb ist es nicht erstaunlich, wenn die unmittelbaren Vorgesetzten in der direkten Beurteilung schlecht abschneiden. Dazu folgende Zitate:

"Bei uns, da ist es ein King in der Mitte, un' außerdem sin'

alles so Witzfiguren, die sind doch alle austauschbar, oder net?"

(Seminar 1)

"Wenn ich jetzt mal von unseren Vorgesetzten ausgehe, die ich also hab': Der erste ... der will seit zwei Jahren versetzt werden. Der ist mit sich unzufrieden und der Welt. Kommt Druck vom Hundertschaftsführer, wenn irgendwas nicht läuft, so gibt er das an uns weiter ... Ja, dem trau' ich schon mal gar net. Der zweite (ist) ziemlich launisch. Manchmal kommt man mit dem hervorragend aus, manchmal geht's überhaupt net. Der dritte Führer, den können wir total verbrennen. Der hat nämlich nicht die geringste Persönlichkeit von sich aus, ist mit lauter Minderwertigkeitskomplexen beladen, fühlt sich angegriffen bei allem, was man sagt. Da ist es meiner Meinung nach überhaupt nicht sinnvoll, daß der eine Ausbildungstätigkeit ausübt. Der vierte, der ist grade dabei, sich in seiner Persönlichkeit aufzubauen, das ist der beste von der ganzen Einheit; der sieht also noch den Menschen in einem, die Menschlichkeit, und nimmt auch mal darauf Rücksicht, was die anderen net machen."

(Seminar 1)

Die Kritik richtet sich also vor allem auf die fehlende Souveränität der Beamten im Dienst und das mangelnde persönliche Engagement im Verhalten der Vorgesetzten.

3.1.3.2 Demotivierung und Erziehung zur Kritiklosigkeit

In einer Phase der Unsicherheit und Orientierungslosigkeit werden den jungen Polizeibeamten wenig persönliche Hilfestellungen gegeben, die eine Identifikation mit dem Beruf fördern könnten sowie Motivation und Interesse am Beruf zu vermitteln vermögen. Berufliche Identifikation und Engagement aber können nicht dienstlich verordnet oder theoretisch vermittelt werden und stellen sich auch nicht automatisch mit der Berufserfahrung ein. Sie sind vielmehr auf Erfahrungen im sozialen Kontext, in sozialen Beziehungen zu Berufskollegen angewiesen.

Durch fehlende persönliche Beziehungen und persönliches Engagement der Vorgesetzten werden Motivation und Identifikation der

jungen Polizeibeamten daher erschwert. Zudem werden informelle Kritikmöglichkeiten weggenommen, die relativ risikolos (das heißt: ohne dienstliche Konsequenzen im Vergleich zur offiziellen dienstlichen Kritik) sind und daher gerade für den jungen unerfahrenen Polizeischüler wichtig wären. Dies hat zur Folge, daß nur noch offizielle Kanäle zur Kritik zur Verfügung stehen, Kritik jedoch aus Angst vor beruflichen Konsequenzen und Sanktionen dann eher unterdrückt wird.

"Wenn man etwas sagen will, dann wird der Vorgesetzte gleich wieder dienstlich und sagt dann auf gut deutsch: 'Wenn du das Maul aufmachst, kriegst du eins druff.' Der wird da direkt dienstlich und sagt: 'Das schlägt sich in Ihrer Beurteilung nieder.'"

(Seminar 1)

Wird Kritik dennoch geäußert, was dann meist eruptiv geschieht, dann zeigen sich die Vorgesetzten häufig unfähig, mit der Kritik der Schüler umzugehen und darauf zu reagieren. Sie versuchen vielmehr auszuweichen, sich der Situation zu entziehen, sich nicht angesprochen zu fühlen oder die Kritik weiterzuleiten. Für die Untergebenen entsteht der Eindruck, "als wenn die Vorgesetzten vor ihnen weglaufen würden" aus Angst vor Kritik und Unannehmlichkeiten. Diese Einschätzung des Verhältnisses zwischen Vorgesetzten und Untergebenen in der Polizei wird auch von Teilnehmern des Seminars 3, also von den unmittelbaren Vorgesetzten, geteilt. Auch sie stellen deutlich heraus, wie sehr die Hierarchie und der Dienstweg kommunikative Schranken errichten und so nicht allein persönliche Gespräche und Offenheit verhindern, sondern auch "Mitläufertum" und "Opportunismus" unterstützen.

Für die jungen Polizeibeamten stellt sich angesichts dieser Erfahrungen die Frage, ob sie sich in Konfliktsituationen auf solche Vorgesetzten verlassen können, ob sie darauf vertrauen können, daß diese das Richtige tun und ob sie sich unter deren Führung sicher fühlen können.

3.1.3.3 Persönliche Autorität und Amtsautorität

Wir wollen nun danach fragen, wie für die jungen Polizeibeamten ein Vorgesetzter sein sollte, was ihn auszeichnen sollte. Wie wir bereits aus der Kritik ablesen können, wird von den Vorgesetzten

weit mehr als nur fachliche Kompetenz gefordert. Diese ist zweifelsohne von Bedeutung. Denn die bloße Autorität des Amtes, qua Dienstrang, reicht für die Orientierung der jungen Polizeibeamten oft nicht aus.

"Für mich wär's besser, wenn die (die Vorgesetzten) net nur Vorgesetzte wären aufgrund von ihrem Stern, sondern aufgrund von der ganzen inneren Einstellung. Denn irgendwann hört's mal auf, daß man sich nur an den Stern klammert. Mir reicht es auch net, nur deswegen genau das zu tun, was der will."

(Seminar 1)

Von den Vorgesetzten wird vor allem Engagement, Motivation und persönliche Autorität erwartet. Persönliche Autorität oder einfacher: Persönlichkeit und Überzeugungskraft besitzt nun in den Augen der Polizeischüler nicht derjenige, der sich stur und unflexibel an die Dienstvorschriften klammert und sein Verhalten allein danach ausrichtet, sondern derjenige, der es versteht, persönliche Beziehungen, Kontakte und Kritik zu ermöglichen. Er darf sich nicht nur auf die Macht seines Amtes berufen, um seinen Gehorsamsanspruch zu begründen, sondern muß in seinem ganzen Verhalten überzeugen können.

"Der Zugführer müßte die besseren pädagogischen Fähigkeiten und die bessere Bildung haben. Deshalb kann ich auch mit den Leuten reden, ohne immer überheblich zu sein und auf den Dienstgrad zu verweisen. Was dabei herauskommt, ist Vertrauen, und das brauchen wir für unsre Arbeit. Ohne Vertrauen, nur mit Hierarchie kommen wir nicht weiter."

(Seminar 3)

Gerade in Konfliktsituationen, so wird noch zu zeigen sein, hat die Personalisierung von Handlungsbezügen im Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen eine wichtige verhaltensstabilisierende Funktion.

Dieser Umgang mit der Autorität und das Verhältnis zu den Vorgesetzten stellen sich natürlich nicht für alle gleichermaßen dar. Sie sind vielmehr von unterschiedlichen Vorerfahrungen der Polizeibeamten im Umgang mit Autorität abhängig; etwa von der Erfahrung im jugendlichen Freundeskreis, in Gleichaltrigencliquen, in Vereinen etc., wo Autorität erworben werden muß und über individuelle Leistungen begründet wird. Oder aber in der Schule, wo das Verhältnis zum Lehrer das Verständnis von Autorität prägen kann. Diese Vorerfahrungen mit Autorität bestimmen nun, wie das

Verhältnis zu den Vorgesetzten in der Polizei bewertet wird.

"Ich war dreizehn Jahre in der Schul' gewesen, ich hab' so ziemlich alle Lehrer gesiezt, aber man hat zumindest was von denen gewußt, und man konnte jederzeit kommen und konnte mit denen sprechen."

(Seminar 1)

3.1.3.4 Erwartungshaltung und Anpassungsdruck

Gerade die Probleme im Umgang mit der Ausübung von Autorität verdeutlichen, wie sehr der Berufseintritt mit individuellen Anpassungsschwierigkeiten und Orientierungsproblemen verknüpft ist.

Aus soziologischer Sicht sind sie Ausdruck eines Widerspruchs zwischen individuellen Einstellungen und Erwartungen einerseits und den strukturell vorgegebenen, organisations- und rollenspezifischen Anforderungen des Berufs andererseits.

Diese Diskrepanz kann sehr unterschiedliche Elemente des Berufsbildes und des Berufslebens betreffen:

- (a) Vorstellungen bzgl. der konkreten Arbeitsinhalte
- (b) Vorstellungen bzgl. der Arbeitsbelastung und Organisation
- (c) Vorstellungen über die Dauer unterschiedlicher Phasen des Berufes bzgl. unterschiedlicher Verwendungsmöglichkeiten und Erfolgchancen
- (d) Vorstellungen über adäquate Rollenausübung und Verhaltensweisen
- (e) Erwartungen hinsichtlich des Verhaltens zu den Kollegen
- (f) Erwartungen bzgl. der Ausübung von Autorität
- (g) die allgemeine Berufsauffassung
(etwa idealistisches oder funktionelles Verständnis des Berufes).

Obwohl das Berufsbild insgesamt ebenso wie die relative Bedeutung einzelner dieser Elemente etwa ausbildungs- und schichtspezifisch variieren und einem andauernden Wandel unterliegen, sind sie auf individueller Ebene unerläßliche Grundlage für die Ausbildung berufsrelevanter Motivation und für die Fähigkeit zur Identifikation mit dem Beruf.

Am Umgang mit der Ausübung von Autorität wurden diese Zusammen-

hänge deutlich gemacht. Gleichzeitig verweist dieses Beispiel darauf, wie die Diskrepanz von Verhaltenserwartungen polizeiein-tern wahrgenommen und "gelöst" wird; denn die dargestellten Probleme - vor allem der Polizeischüler mit der Autorität - bezogen sich nicht allein auf unterschiedliche Erwartungen und Vorstellungen über "richtiges" Verhalten der Vorgesetzten, also auf Anpassungskonflikte; sie waren auch Ausdruck einer Orientierungslosigkeit, die durch den Berufseintritt erzeugt wird, für die aber im Polizeialltag wenig Anpassungs- und Orientierungshilfen angeboten werden: weder systematisch in Form speziell ausgearbeiteter pädagogischer Betreuung, noch informell durch die Möglichkeit zur persönlichen Kommunikation und zum sozialen Kontakt zwischen Vorgesetzten und Untergebenen, wie es etwa eine weniger starre Rollendefinition und ein verändertes Führungsverständnis möglich machen würden. Diese Tabuisierung bzw. Nichtwahrnehmung von Erwartungsdiskrepanzen oder deren einseitige Auflösung als individuelle Fehleinstellung und individuelle Anpassungsprobleme des einzelnen Beamten sind aber kontraproduktiv für eine Organisation, die von ihren Mitgliedern ein hohes Maß an Identifikation mit der Aufgabe, an beruflicher Motivation und persönlichem Engagement und Verpflichtung erwartet.

3.1.4 Polizei im politischen Konflikt: Interpretation und Selbstverständnis der Polizeibeamten

In den Gruppendiskussionen wurde die Frage gestellt, welche Ursachen es nach Ansicht der Polizeibeamten für die Vielzahl politischer Proteste und Demonstrationen gibt und welche besondere Funktion der Polizei in diesen öffentlichen Auseinandersetzungen zukommt. Wie die Ergebnisse der Diskussionen zeigen, hängen beide Fragen eng miteinander zusammen. Darüber hinaus wird deutlich, daß die Vorstellungen und Annahmen der Polizeibeamten über Themen und Ursachen von Konflikten wesentlich durch konkrete Erfahrungen mit aktuellen Demonstrationen geprägt waren und sich weniger auf allgemeine theoretische Erklärungen oder Informationen gründeten. Die Mehrzahl der Polizeibeamten hatten ihre Einsatzerfahrungen an der Startbahn West sowie in Brokdorf gesammelt. Als Diskussionsstimuli wurden außerdem in den Seminaren Filme über diese beiden Konflikte gezeigt, so daß sich die Diskussion um diese

Protestaktionen zentrierte. Mögliche andere Konfliktthemen wurden daher auch nicht weiter diskutiert. Erstaunlich war dennoch, daß die Beamten relativ wenig inhaltliche Informationen besaßen über die Motive der Demonstranten und deren Gründe für den Protest (dies wird noch im Kapitel 'Das Bild von den Demonstranten' zu verdeutlichen sein). Die Seminarteilnehmer hatten lediglich eine vage Vorstellung davon, daß viele Bürger mit ihren Lebensbedingungen unzufrieden seien und ein verändertes Umweltbewußtsein mit Ursache für die Entstehung von Protestbewegungen sei. Ökonomische oder soziale Zusammenhänge wurden nicht thematisiert. Die Diskussion um die Ursachen der Konflikte wurde jedoch übereinstimmend dominiert von dem Gedanken, Proteste seien die Reaktion der Bevölkerung auf politische Entscheidungen.

"Das Problem liegt eher bei den Politikern wie bei uns und den Demonstranten. Die Probleme liegen eher weiter oben als unten."

(Seminar 2)

"Ich mein', die Startbahn West, das war da eher ein politisches Problem."

(Seminar 2)

Die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit politischen Entscheidungen, die sich im Protest ausdrückt, kann nach Ansicht der Polizeibeamten nun verschieden bedingt sein:

- 1) Politiker entscheiden häufiger aus eigenen machtpolitischen Interessen heraus oder im Sinne partikularer wirtschaftlicher Interessengruppen gegen die Interessen und den Willen der Bevölkerungsmehrheit bzw. großer Teile der Bevölkerung.

"Die Politiker sind ja die Vertreter des Volkes, ... und die Politiker entscheiden dann so, und die Masse des Volkes (ist) dann praktisch dagegen."

(Seminar 1)

Besonders augenfällig wurde diese Vermutung, Konflikte würden durch Eigeninteressen der Politiker verursacht, für eine Teilgruppe von Beamten durch einen Einsatz, bei dem sie den Abriß eines "schönen, alten Hauses" sichern mußten, das bisher als Schule oder Kindergarten genutzt wurde und nun durch Parkplätze für Kommunalpolitiker ersetzt werden sollte.

"... Da mußten wir die Interessen der Kommunalpolitiker und nicht der Allgemeinheit schützen ..."

(Seminar 2)

Solche konkreten Erfahrungen beeinflussen das Meinungsbild der Polizeibeamten und sind Basis für Generalisierungen. So vermuteten sie, daß politische Entscheidungen in vielen Fällen durch wirtschaftliche Interessen beeinflußt würden. Dies war für viele von ihnen an der Startbahn West deutlich geworden.

"... daß manchmal Mißbrauch mit dem Rechtsstaat betrieben wird, wie jetzt in puncto Startbahn West - das ist meiner Meinung nach nur noch Geldmacherei ..."

(Seminar 2)

Die Politiker richten sich selbst zu sehr nach den Interessen der Wirtschaft, haben andererseits aber auch wenig Freiraum in ihren Entscheidungen, da die Macht der Wirtschaft in unserem Staat besonders groß sei:

"Man sollte die Politiker auch nicht allein dastehen sehen ... Dazu ist die Lobby der Industrie ... zu groß in unserem Staat ..., daß die noch sagen könnten, wir können freie Entscheidungen treffen."

(Seminar 1)

- 2) Politische Entscheidungen werden häufig ohne Berücksichtigung der Meinungen und Bedürfnisse der betroffenen Bevölkerung getroffen. Die Politiker werden als anonyme, von der Basis der Bevölkerung entfremdete Technokraten der Macht dargestellt, die keine Informationen über die Einstellungen der Bevölkerung berücksichtigen. Sie treffen nach Ansicht vieler Seminarteilnehmer daher Entscheidungen, die Protest und Widerstand provozieren müssen:

"... so denken sie immer nur an die obersten Entscheidungen ..."

(Seminar 2)

"... die Berufspolitiker ... die gehen über Leichen drüber ... das Menschliche geht da weg ... also das Gefühl zu der Basis. Die Kluft wird immer größer."

(Seminar 2)

"... die orientieren sich nur an ihren Machtbefugnissen, nicht mehr am Bürger selber."

(Seminar 2)

"Ich glaub' auch, daß viele Bürger gegenüber der Regierung und den Politikern ziemlich mißtrauisch geworden sind."

(Seminar 1)

Diese Vorstellungen von den Politikern, die falsche Entscheidungen treffen, weil sie die Belange der Bürger nicht berücksichtigen, wird ergänzt durch die Vermutung, selbst bei fehlerhaften Entscheidungen seien diese nicht an der Vermeidung der dadurch verursachten Konflikte und Demonstrationen interessiert, sondern allein an der - dann meist polizeilichen - Durchsetzung ihrer Politik.

"Die Politiker, die haben sich da (um den Startbahn-Konflikt) viel zu wenig drum gekümmert, die haben sich gar nicht drum gekümmert."

(Seminar 1)

"Denn die Politiker, die lachen doch da drüber (über die Demonstrationen)."

(Seminar 1)

Anonymität und Bürgerferne sind in den Augen der Polizeibeamten also typische Merkmale des Berufspolitikers, deren Selbstverständnis von einem der Seminarteilnehmer so charakterisiert wurde:

"Die gehen davon aus, daß die Bevölkerung für sie da sind und net umgekehrt."

(Seminar 2)

- 3) Als drittes schließlich wird auf Versäumnisse und Fehler im Entscheidungsprozeß selbst hingewiesen. Politische Parteien seien in der Regel nicht in der Lage, rechtzeitig auf neu entstehende Probleme einzugehen, und provozierten damit die Entstehung von Bürgerinitiativen und Protestbewegungen. Darüber hinaus versäume es der Staat, frühzeitig zu informieren und mit Plänen an die Öffentlichkeit zu gehen, so daß die Interessen der Bevölkerung berücksichtigt werden könnten. Schließlich sei dies auch ein Problem der Bürgerinitiativen selbst, die eine frühe Artikulation ihrer Interessen im Vorfeld von Entscheidungen unterließen und erst dann reagierten, wenn die Entscheidung gefällt sei und nun durchgeführt werden solle.

Diese Aussagen verdeutlichen, welches Bild die Polizeibeamten von den Politikern haben und in welchem Ausmaß sie der Politik Schuld am Entstehen von Protest geben.

Die Externalisierung und eindeutige Attribuierung der Schuldfrage

nach oben, d.h. zu den Politikern (aber auch zu den eigenen oberen Führungskräften), bedingen nun auch die Wahrnehmung und Darstellung der Funktion der Polizei in politischen Konflikten. Natürlich wurde in den Diskussionen zunächst eine Reihe polizeilicher Aufgaben und Funktionen diskutiert, die aus dem offiziellen polizeilichen Auftrag abgeleitet sind und die in den Augen der Polizeibeamten allein Legitimation für den polizeilichen Demonstrationseinsatz sein können: Die Polizei schütze die Ausübung des Demonstrationsrechts; sie schütze den Staat und Dritte vor Gewalttätigkeiten und Übergriffen der Demonstranten; sie Sorge für den Schutz des Eigentums und gewährleiste die Wahrung von Recht und Ordnung. In dieser allgemeinen Beschreibung polizeilicher Aufgaben konnten sich die Beamten daher eher in einer Mittlerfunktion sehen, die sie (unabhängig von ihren eigenen privaten Meinungen) zwischen verschiedenen Interessengruppen und allein dem Gesetz verpflichtet wahrnehmen. Ein solches Selbstverständnis drücken folgende Texte aus:

"Wir sind halt dafür da, daß eine Demonstration im Rahmen bleibt, was das Gesetz zuläßt, und das heißt gewaltfrei."

(Seminar 3)

"Auf der anderen Seite seh' ich mich schon in einer Vermittlerrolle, um die Ordnung aufrecht zu erhalten ..."

(Seminar 2)

"Ich steh' ja nicht da, weil ich durchsetzen möchte, daß die Startbahn gebaut wird, sondern es geht ja darum, Gewalttätigkeiten zu verhindern."

(Seminar 2)

Ihre konkreten Einsatzerfahrungen sowie die von ihnen wahrgenommenen Legitimationsdefizite der Politik lassen aber an diesem Selbstverständnis zunehmend Zweifel aufkommen. Wenn Protestaktionen und öffentliche Konflikte durch falsche, an Partialinteressen gebundene Entscheidungen, durch ein fehlerhaftes Selbstverständnis der Politiker und durch Fehler im Entscheidungsprozeß verursacht werden und auch die Konfliktregelung nicht von den Politikern wahrgenommen wird, dann wird die Polizei selbst zu einem politischen Instrument, mit dessen Hilfe Entscheidungen ohne hinreichende Legitimation durchgesetzt werden und Konflikte kontrolliert werden sollen.

"An den Ursachen der Konflikte wird wenig gemacht, und für die Folgen müssen wir unsere Köpfe hinhalten."

(Seminar 2)

"Daß wir also nur dastehen als Rammbock, damit die net gleich die Regierung stürzen."

(Seminar 1)

"Ich bin doch nur der verlängerte Arm der Politiker."

(Seminar 2)

Die Polizeibeamten machen die Erfahrung, daß sie in konkreten Konfliktsituationen vom Vermittler zur Konfliktpartei werden, weil sie immer bestimmte Interessen vertreten müssen.

"Wenn ich nach Frankfurt geschickt werde, dann beziehe ich, ob ich will oder nicht, Partei für die Flughafengesellschaft. Jetzt ist nicht die Frage angesprochen, was jetzt legal ist oder illegal. Aber faktisch stellt es sich so dar der Bevölkerung, daß nämlich die Polizei immer wieder Partei für bestimmte Interessen bezieht, die dann gegensätzlich gegen (andere) Interessen sind ... die Leute fühlen das so."

(Seminar 3)

Diese Erfahrung wird für die Polizeibeamten dann problematisch, wenn sie Interessen vertreten und Entscheidungen durchsetzen müssen, deren Legitimität etwa durch massiven Widerstand und Protest von der Bevölkerung in Frage gestellt wird und die sie dann nicht mehr als Interessen der Allgemeinheit interpretieren können. In diesen Fällen wird der Einsatz zum individuellen Konflikt für den einzelnen Beamten, der ohne hinreichende Legitimation gegen die Meinung der Demonstranten und eventuell gegen seine eigenen Überzeugungen handeln muß.

"Da fühlt man sich schon ein bißchen verlassen (von den Politikern), weil man da selbst nicht mehr einsieht, warum das jetzt so sein muß (Startbahn West)."

(Seminar 2)

Für diesen Konflikt muß der Beamte seine eigene Lösung finden. Gewaltanwendung von seiten der Demonstranten kann eine solche Funktion erfüllen, denn:

"Wo diese Grenze überschritten wird, da ist das für mich psychisch überhaupt kein Problem."

(Seminar 3)

Die grundlegende Frage aber bezüglich der Legitimität von Entscheidungen und der Funktion der Polizei im politischen Konflikt wird so nicht gelöst.

Wir haben in diesem Kapitel bisher einige spezifische Bedingungen

des Polizeiberufs dargestellt, die für das Verständnis polizeilichen Konflikthandelns von Bedeutung sind. Wir wollen dies nun ergänzen durch die Darstellung von Ausgangsbedingungen und spezifischen Hintergründen der politischen Protestaktion der hier untersuchten Gruppen.

3.2 Die Aktionsgruppen

Die Aktionsgruppen unserer Untersuchung hatten sich alle an der Sitzblockade des US-Militärflugplatzes Bitburg am 2. und 3. September 1983 beteiligt. Diese Aktion war Teil des Protestes der Friedensbewegung gegen die Stationierung neuer nuklear bestückter Mittelstreckenwaffen im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses. Die Wahl des Aktionsortes war dadurch bestimmt, daß Bitburg in Presseveröffentlichungen eine zentrale Funktion bei der Stationierung zugeschrieben worden war; US-Militäreinrichtungen nahe der Stadt waren als Stationierungsort der bundesdeutschen Cruise-Missile-Marschflugkörper wie auch als geplante Test- und Reparaturbasis aller europäischen Cruise-Missiles genannt worden.

Die Aktion sollte nach einem Organisationsmodell durchgeführt werden, das den Zusammenschluß der Teilnehmer in sogenannten 'Bezugsgruppen' vorsah; Entscheidungen während der Aktion sollten von einem 'Sprecherrat' getroffen werden. Dieses Organisationsmodell, das in den sozialen Bewegungen der siebziger und achtziger Jahre eng verknüpft ist mit dem Konzept der 'Gewaltfreien Aktion', soll im folgenden etwas ausführlicher vorgestellt werden, um so die spezifischen Konstitutionsbedingungen der Aktionsgruppen zu verdeutlichen.

Die Mitglieder der befragten Aktionsgruppen kamen überwiegend aus Trier; sie rekrutierten sich aus einem sozialen Feld zwischen linken politischen (Hochschul-) Gruppen, kirchlichen Jugendorganisationen und Initiativgruppen der Friedens- und Ökologiebewegung. Dieses Feld bot eine Reihe von Ressourcen, die die Organisation und Durchführung der Blockadeaktion ermöglichte oder zumindest erleichterte. Darüber hinaus ist seine Betrachtung für unser Vorhaben aber auch wichtig, da es den Kontext abgibt, in dem die Aktionsteilnehmer einen Teil ihrer politischen Vorerfahrungen machten und dort sich auch die Muster der Realitätsinterpretation formten, die die Teilnahmemotivation wie auch die Aktionserfahrung prägten.

3.2.1 Blockadeaktionen der Friedensbewegung - Gewaltfreie Aktion und Bezugsgruppenmodell

Die Organisatoren der Bitburger Blockade hatten in Flugblättern und Rundschreiben potentielle Teilnehmer aufgefordert, sich in sogenannten 'Bezugsgruppen' zusammenzuschließen und sich gemeinsam auf die Aktion vorzubereiten. Entscheidungen über das Vorgehen in der Aktion sollten durch Gruppenvertreter im 'Sprecherrat' getroffen werden. Mit dieser Organisationsform und der angestrebten Vermeidung einer gewalttätigen Konfrontation mit der Polizei gleicht die Bitburger Aktion einer Reihe ähnlicher Protestveranstaltungen, wie sie von der Friedensbewegung v.a. 1982 und 1983 vor Kasernen und anderen militärischen Einrichtungen abgehalten wurden. Im folgenden soll dieses Konzept und seine Anwendung in der Friedensbewegung kurz skizziert werden.

Die Friedensbewegung hatte mit den Bonner Großdemonstrationen im Oktober 1981 und im Juni 1982 die zahlenmäßig größte Mobilisierung von Teilnehmern erreicht, die es in der Bundesrepublik bis dahin gegeben hatte.

Im Sommer 1982 verschärfte sich die Auseinandersetzung in der Friedensbewegung hinsichtlich der weiter einzuschlagenden Strategie. Ein Teil der im Bonner Koordinationsausschuß vertretenen Organisationen setzte auf weitere Demonstrationen und 'Massenmanifestationen'. Die Friedensbewegung sollte ihre politische Wirksamkeit steigern, indem sie weitere Bevölkerungsteile für ihre Hauptforderung gewann, den Verzicht auf die Stationierung der neuen Waffensysteme Pershing II und Cruise Missile. Diesem Flügel der Friedensbewegung, dem 'traditionellen' Spektrum, gehörten sozialdemokratische Organisationen, Gewerkschaften und der DKP nahestehende Vereinigungen an. Ein anderer Flügel, der als 'unabhängig' charakterisiert wurde, wollte eine Radikalisierung der Aktionsformen. Der Schritt vom Protest, der durch Demonstrationen geäußert worden war, zum Widerstand sollte vollzogen werden. Diesem Spektrum gehörten im wesentlichen Grüne, christliche Organisationen, Gruppen mit anarchistischer Ausrichtung und ökologische Initiativen an.

Die von diesem Spektrum vertretene Strategie lehnte sich an das Konzept der 'Gewaltfreien Aktion' und des 'Zivilen Ungehorsams' an. Das Konzept der Gewaltfreien Aktion, im wesentlichen von M.

K. Gandhi begründet und von M. L. King in der Bürgerrechtsbewegung weiterentwickelt, legitimiert die Übertretung 'ungerechter' Gesetze unter bestimmten Bedingungen. Dazu gehört, daß zuvor alle legalen Protest- und Widerstandformen ausgeschöpft wurden, die eingesetzten Mittel dem Ziel entsprechen und der Gegner nicht verletzt wird. Das Konzept, das im deutschsprachigen Raum v.a. von EBERT (u.a. 1980) dargestellt wurde, sieht ein Eskalationschema vor, wonach dem (legalen) Protest die (legale) Nichtzusammenarbeit und schließlich der Zivile Ungehorsam (civil disobedience - eigentlich 'bürgerlicher Ungehorsam') als kollektive Weigerung, ungerechte Gesetze einzuhalten, folgt. In der Tradition Gandhi's und King's ist der Zivile Ungehorsam an die Bedingung geknüpft, die Konsequenzen der Regelverletzung zu tragen, also auch Strafen hinzunehmen.

Die Methode der Gewaltfreien Aktion wurde v.a. in der Bürgerrechtsbewegung und in der amerikanischen Ökologiebewegung mit der Organisationsform der "Bezugsgruppe" (affinity group) verknüpft. "Bezugsgruppen sind kleine autonome Einheiten von 6 - 20 Menschen mit gemeinsamen Zielen. Die Mitglieder kennen sich gegenseitig, bereiten ihre Vorhaben gemeinsam vor und führen sie gemeinsam durch. Sie beschränken sich nicht auf politische Ziele, sondern haben oft Gemeinsamkeiten im privaten Bereich, essen und spielen miteinander und leben eventuell sogar miteinander in Wohngemeinschaften." (ERCHINGER 1984, S.160). Bezugsgruppen, die ihre Vorläufer in der Organisationsform der Anarchisten im spanischen Bürgerkrieg haben, sollen dem einzelnen emotionalen Rückhalt in Aktionen geben und ein koordiniertes Vorgehen vieler bei möglichst hoher Beteiligung aller an Entscheidungen ermöglichen. Gleichzeitig sollen sie den gewaltfreien Charakter von Aktionen sichern, indem sie Verhaltenskontrolle über die Teilnehmer ausüben und die Wirkungsmöglichkeiten von Provokateuren einschränken.

Das Konzept der gewaltfreien Bezugsgruppen wurde in der Bundesrepublik schon lange vor den Aktionen der Friedensbewegung v.a. vom christlichen "Versöhnungsbund" und der "Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen" aufgegriffen. Praktiziert wurde es in einigen Aktionen der Ökologiebewegung. Ebenfalls aus den USA übernommen wurde die Einrichtung der "Trainings für gewaltfreie Aktion", die Aktionsgruppen in die Strategie der Gewaltfreien Aktion einführen und auf Aktionen vorbereiten sollten.

Im August 1982 führten rund 700 Menschen eine einwöchige Blockade der Zufahrtsstraße eines Atomwaffenlagers bei Großengstingen (Baden-Württemberg) durch. Der gewaltfreie Charakter der Aktion sollte sich nach der Absicht der Organisatoren nicht allein auf den Verzicht auf Gewalttätigkeit beschränken, sondern auch ein Aufarbeiten persönlicher Einstellungen einschließen. Feindbilder sollten aufgegeben und 'gewaltfreier Umgang' im gleichzeitig stattfindenden Zeltlager eingeübt werden. Ebenfalls ein Element der Gewaltfreiheit sollte der Verzicht auf Geheimhaltung sein: Die Polizei sollte über Sprecher vor und während der Aktion über die Absichten der Blockierer unterrichtet werden. Damit sollte Verständnis für die Ziele geweckt werden und die Gefahr einer Eskalation durch Mißverständnisse ausgeschlossen bleiben. Bedingungen für die Teilnahme war die Mitgliedschaft in einer "Bezugsgruppe" und ein vor der Anreise absolviertes "Training für gewaltfreie Aktion". Begründet wurden diese Bedingungen mit dem Verweis auf das hohe Maß an Selbstdisziplin, das die Aktion den Teilnehmern abverlangte. Die Gruppe sollte dem einzelnen eine Vertrauensbasis bieten und ihm die Äußerung von Gefühlen erleichtern. Im Blickpunkt stand dabei nicht nur die reibungslose Durchführbarkeit der Aktion, sondern auch die Möglichkeit persönlicher Veränderung.

Alle Entscheidungen im Zeltlager und bei der Blockadeaktion sollten nach dem Konsensprinzip getroffen werden. Zunächst wurden anstehende Fragen in den Gruppen diskutiert, bis ein Konsens aller Mitglieder erzielt war. Gruppenvertreter sollten sich im Sprecherrat über die Gruppenstandpunkte austauschen, das dort erzielte Meinungsbild in der eigenen Gruppe zur Diskussion stellen, darauf wiederum in den Sprecherrat zurückkehren usw., bis allgemeiner Konsens erzielt wäre. Mehrheitsentscheidungen wurden kategorisch als "Spiel mit Gewinnern und Verlierern" abgelehnt. Jedem einzelnen Teilnehmer wurde das Recht eingeräumt, mittels Veto eine Entscheidung zu blockieren. Dieses Entscheidungsverfahren sollte im Zeltlager bereits vor der Aktion eingeübt werden. Mit diesem Entscheidungsverfahren sollten basisdemokratische Verhaltensweisen erlernt werden. "Es kommt darauf an, Erfahrungen und Fähigkeiten auszutauschen, Verantwortung zu teilen, sowie mit Geduld und gegenseitigem Respekt Meinungsverschiedenheiten auszugetragen und einen Konsens herbeizuführen" (ERCHINGER 1984, S.160). Damit sollte über den Protest gegen die atomare Rüstung hinaus

die Realisierung der Utopie einer gewaltfreien basisdemokratischen Gesellschaft vorbereitet werden.

Bei der Blockade des Atomwaffenlagers Großengstingen wurden weit über 100 Teilnehmer bei Räumungen durch die Polizei festgenommen, ohne daß es zu Gewalttätigkeiten gekommen wäre.

Mit dem "Modell Großengstingen" hatte die Friedensbewegung eine Aktionsform gewonnen, die geeignet schien, "symbolischen Widerstand" auszudrücken. Nach diesem Vorbild fanden zum Jahrestag des NATO-Doppelbeschlusses am 12.12.1982, verteilt über die ganze Bundesrepublik, bereits eine Reihe von Blockaden von Militäreinrichtungen statt. Noch weitere Verbreitung fand die Aktionsform Blockade anlässlich der Ostermärsche 1983. Bei einer dieser Osteraktionen, der Blockade des Munitionslagers Kellinghusen bei Hamburg, wurde das Organisationskonzept gegenüber Großengstingen verändert: Die Teilnahme sollte nicht nur vorbereiteten Bezugsgruppen offenstehen, sondern ebenso kurzentschlossenen Gruppen und Einzelpersonen. Damit sollte eine möglichst hohe Teilnehmerzahl erreicht werden. Entscheidungen während der Aktion sollten nach dem Bezugsgruppen-Sprecherrats-Modell getroffen werden. Die Planungsgruppe gab die Empfehlung, möglichst konsensuell zu verfahren; allerdings sollten auch Entscheidungen möglich sein, die nicht von allen Gruppen getragen waren. Damit sollte verhindert werden, daß einzelne Gruppen den Ablauf der Aktion bestimmen konnten. Ein Vetorecht von Gruppen und einzelnen wie im Großengstinger Konzept war nicht vorgesehen. Sollte aber im Sprecherrat keine breite Übereinstimmung zu erzielen sein, so sollte die Meinungsverschiedenheit an die Bezugsgruppen zurückverwiesen werden. Die Blockade sollte so effektiv wie möglich den Zugang zum Munitionslager verhindern. Es wurden alle Zufahrten des Geländes blockiert. Der Begriff "symbolische Aktion" wurde abgelehnt. Anders als in Großengstingen gab es auch keine vorbereitenden Absprachen mit Polizei und Militär.

Die Kellinghusener Aktion trug die Bezeichnung "gewaltfreie Blockade". Wie aus den Erklärungen der Teilnehmer aber hervorgeht, wurde der Begriff der Gewaltfreiheit nicht als generelles Prinzip privaten und politischen Handelns interpretiert, sondern auf konkretes Verhalten, d.h. den Verzicht auf Gewalttätigkeit während der Aktion bezogen.

Der Darstellung der Organisatoren der Blockade nach war es diesem 'offenen Konzept' zu verdanken, daß sich eine unerwartet hohe

Zahl an Blockierern (ca. 1300) an der Aktion beteiligt hatten. Durch den Verzicht auf weltanschauliche Festlegungen, wie etwa eines Bekenntnisses zum Pazifismus, sei es gelungen, nahezu das ganze Spektrum der Friedensbewegung in der Aktion zusammenzuführen.

Die Aktionskonferenz der Friedensbewegung beschloß in April 1983 vom 15. - 22. Oktober 1983 eine Aktionswoche durchzuführen. Sie sollte der Höhepunkt der Aktionen der Friedensbewegung sein, da für den Herbst endgültig die Entscheidung über die Stationierung der neuen Waffen erwartet wurde. Das Konzept der Aktionswoche sah Schwerpunkte für die einzelnen Tage vor, mit denen bestimmte gesellschaftliche Gruppen angesprochen werden sollten (Kirchen, Gewerkschaften, Frauen usw.). Als Abschluß sollten drei "Volksversammlungen" in Bonn, Hamburg und Stuttgart/Ulm (Menschenkette) stattfinden. Die Ausgestaltung der übrigen Tage blieb regionalen und lokalen Initiativen überlassen.

Mit diesem Konzept war der Rahmen so weit gesteckt, daß sowohl den politischen Differenzen zwischen den verschiedenen Strömungen in der Friedensbewegung Rechnung getragen wurde, wie auch den lauter werdenden Stimmen, die sich gegen eine 'Bevormundung' der Friedensbewegung durch Aktionskonferenzen und Koordinationsausschuß wandten. Die Forderung nach mehr 'dezentralen', d.h. regional vorbereiteten und durchgeführten Aktionen ging meist einher mit Vorschlägen für symbolische oder direkte, in jedem Fall aber 'regelverletzende' Widerstandsaktionen.

Im Sommer 1983 spitzte sich die Frage, ob die Friedensbewegung bereit und in der Lage sei, die von ihr proklamierte Gewaltfreiheit einzuhalten, in der Öffentlichkeit zu. Dazu trugen die Ereignisse in Krefeld bei, wo es anläßlich des Besuchs des amerikanischen Vizepräsidenten Bush zur gewalttätigen Konfrontation zwischen Polizei und Demonstranten gekommen war. Konservative Politiker prägten daraufhin den von den Medien und z.T. auch von der Friedensbewegung aufgegriffenen Begriff des bevorstehenden "Heißen Herbstes".

Als Auftakt der Herbstaktionen und gleichzeitig als Versuch, die Gewaltfreiheit der Friedensbewegung unter Beweis zu stellen, wurde die Blockade des für die Stationierung von Pershing-II-Raketen vorgesehenen US-Flugplatzes Mutlangen vorbereitet. Die Aktionsplanung folgte dabei dem Großengstinger Modell. Einen zusätzlichen Mobilisierungseffekt und gleichzeitigen Schutz vor

massiven polizeilichen Reaktionen versprach man sich von der Teilnahme zahlreicher Prominenter.

In anderen Teilen der Friedensbewegung war das Großengstinger Konzept zunehmend unter Kritik geraten. Schon früher war der ethisch begründete Pazifismus und die moralische Verpflichtung zur Gewaltfreiheit auf Ablehnung gestoßen. Die Gespräche zwischen profilierten Vertretern dieses Aktionskonzeptes und hohen Polizeibeamten über die Prävention eskalierender Konfrontationen (Loccumer Gespräche) diskreditierten dieses Konzept weiter. Man wollte sich die 'Unberechenbarkeit' der Bewegung nicht durch Aktionen nehmen lassen, die mit staatlichen Stellen abgestimmt waren.

Auf diesem Hintergrund wurde eine Reihe weiterer Blockadeaktionen geplant, die sich am "Kellinghusener Modell" orientierten. Zu diesen gehört auch die Blockade in Bitburg.

3.2.2 Aktionsvorbereitung und Protestinfrastruktur

Das Hauptgewicht der Planung und Vorbereitung der Bitburger Blockadeaktion lag in Trier. Auch ein großer Teil der Teilnehmer (etwa 15 von 40 - 50 Aktionsgruppen) stammte von dort. Im folgenden wollen wir die sozialstrukturellen und politischen Zusammenhänge, in denen die Aktion vorbereitet wurde, näher betrachten. Sie lassen sich am ehesten als soziales Netzwerk fassen. Das entspricht auch der Perspektive der Angehörigen dieses Feldes, die das Geflecht von Organisationen, Gruppen und Einzelpersonen selbst als 'Szene' bezeichnen.

Ein wesentlicher Bestandteil dieses Feldes sind Gruppen mit Bürgerinitiativcharakter. Die Entstehung dieser verschiedenen Gruppen ist, soweit sie keine spezifischen lokalen Themen bearbeiten, im Zusammenhang mit der bundesweiten Entstehung der neuen sozialen Bewegungen zu sehen. Wenn auch mit zeitlicher Verzögerung, so haben sich entsprechend der Entwicklung in der Bundesrepublik auch in Trier Gruppen zu den aktuellen politischen Themen gebildet, so z.B. Anti-AKW-Gruppen und verschiedene Friedensgruppen, die jeweils durch regionale Gegebenheiten, wie die Standortbestimmung für Atomanlagen, verstärkt wurden. Die personelle Basis bildete v.a. das studentische Umfeld der Universität Trier. Unterstützt wurden diese bei bestimmten regional bedeut-

samen Themen aus dem Kreis des 'links-liberalen' Bürgertums, vor allem in der Anti-AKW-Bewegung, und von christlichen Gruppen bei der Friedensbewegung.

Die Mitgliederzahl in den verschiedenen Gruppen variiert sehr stark, je nach Aktualität der Themen. Während ein kleiner Kern von Personen auch über mehrere Jahre hinweg in den einzelnen Initiativen kontinuierlich weiterarbeitete, wechselte der Großteil der Mitglieder zwischen den verschiedenen Initiativen.

Neben den Gruppen der Friedens- und Anti-AKW-Bewegung haben sich seit Mitte der 70er Jahre auch immer wieder verschiedene Frauengruppen gebildet, die sich nicht nur mit frauenspezifischen Themen, sondern auch mit allgemeinpoltischen Themen wie Fragen der Friedenspolitik beschäftigten. Mitglieder dieser Frauengruppen engagierten sich in anderen politischen Initiativgruppen und beteiligten sich auch an den verschiedenen Protestaktionen.

Einen wesentlichen Beitrag zur Vernetzung der oben beschriebenen Initiativen bilden die verschiedenen Studentenkneipen und Kultureinrichtungen in Trier. So verfügen die Kneipen zum Teil über Räume, die von den verschiedenen Arbeitsgruppen genutzt werden. Im Anschluß an die Arbeitsgruppensitzungen trifft man sich häufig in den Gasträumen, wo die Diskussion auch mit Mitgliedern anderer Gruppen fortgesetzt werden kann.

Neben den oben erwähnten, meist von Kollektiven geführten Gaststätten konnten sich in Trier vor allem im Dienstleistungsbereich weitere Alternativbetriebe etablieren, so verschiedene Bioläden und eine 'linke' Buchhandlung. Die Bedeutung dieser Betriebe liegt ähnlich wie bei den Kneipen in der Verbesserung der Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten. Darüber hinaus können sie mit zur Wahrung und Festigung einer kollektiven Identität der Szene beitragen.

Die Informationsmöglichkeiten versuchen die meisten Initiativgruppen durch die Herausgabe eigener Zeitungen und Broschüren zu verbessern. Diese Zeitungen werden in der Regel kostenlos, in ähnlicher Form wie Flugblätter, in der Stadt verteilt und auch in den entsprechenden Szenetreffs (Kneipen, Alternativbetriebe) sowie an der Universität ausgelegt. In den letzten Jahren wurden in dieser Form eine Reihe von Zeitungen veröffentlicht. So erscheint seit mehreren Jahren monatlich ein alternatives Stadtmagazin, das sich selbst durch Werbung und Verkauf tragen kann.

Zu einem wichtigen Informationsmedium der politischen Initia-

tiven zählt auch die Vermittlung bestimmter politischer Inhalte in Form von Theater, Kabarett, Pantomime und Musik. In Trier haben sich zum Teil aus ehemaligen Arbeitsgruppen der Bürgerinitiativen verschiedene Kulturgruppen gebildet. Für die Aufführung ihrer Programme stehen den Gruppen meist nur die verschiedenen Studentenkneipen und Jugendzentren zur Verfügung.

Weitere Kristallisationspunkte der Trierer Szene bilden die verschiedenen Wohngemeinschaften. Die meisten Trierer Wohngemeinschaften werden von Studenten bewohnt. Die Bewohner von Wohngemeinschaften sind häufig in verschiedenen politischen Initiativen und Arbeitskreisen engagiert. Von daher bieten die Wohngemeinschaften ein wichtiges Forum für den Austausch von Informationen. Darüberhinaus motivieren sich die Mitglieder oft gegenseitig zur Teilnahme an bestimmten Veranstaltungen und Aktionen. Zwischen einzelnen Wohngemeinschaften bestehen ebenfalls häufig Kontakte. Vor allem für die Mobilisierung zu spontanen Aktionen können diese Kontakte in Form von Telefonketten genutzt werden.

Entsprechend der Einwohnerzahl der Stadt Trier (etwa 95 000 Einwohner) und vor allem auch entsprechend der Studentenzahl (im Sommersemester 1985 waren 10 000 Studenten an der Universität und der Fachhochschule Trier eingeschrieben) ist die Trierer 'Szene' von ihrer Mitgliederzahl her begrenzt. Andererseits wird gerade durch die begrenzte Mitgliederzahl und durch die räumliche Struktur der Stadt, also der relativ geringen Ausdehnung der Stadt und der Konzentration der meisten Kommunikations- und Kultureinrichtungen auf den Innenstadtbereich, die Herausbildung eines eng geknüpften Netzwerkes begünstigt. Ein Großteil der Mitglieder der verschiedenen politischen Gruppen kennt sich untereinander, sei es aus der gemeinsamen Mitgliedschaft in anderen politischen Gruppen, durch gemeinsame Teilnahme an Veranstaltungen an der Universität oder aus den verschiedenen Szenekneipen.

Im Vergleich zu der politischen Szene in vielen anderen bundesdeutschen Städten konnten sich bisher in Trier keine 'militanten' Gruppen etablieren. Einzelne Personen, die eher 'militantere' Aktionsformen oder politisch radikalere Vorstellungen vertreten, unterliegen aufgrund der hohen Kommunikationsdichte einem starken Konsensdruck. Wenn sie sich politisch engagieren wollen, müssen sie sich gemäßigten Gruppen anschließen.

Dem Fehlen von 'militanten' Gruppen steht ein relativ starker

Einfluß von christlich orientierten Gruppen gegenüber. Insbesondere in der Friedensbewegung wurde der Einfluß dieser Gruppen deutlich.

Mit der Zunahme friedenspolitischer Aktivitäten der verschiedenen Trierer Initiativen und Organisationen, kam es Anfang der 80er Jahre häufig zu Koordinationsproblemen bei der Planung und Durchführung von Veranstaltungen zu friedenspolitischen Themen. Deshalb beschlossen Vertreter einzelner Gruppen, ein Koordinationsgremium zu bilden, um Überschneidungen und interne Konkurrenz in Zukunft zu vermeiden. Dieses Koordinationsgremium bezeichnete man als Friedenskoordination (Friko).

An der Friedenskoordination beteiligten sich Vertreter aller Trierer Friedensgruppen, sowohl aus dem linken und alternativen Spektrum als auch aus dem christlichen Spektrum der Trierer Szene. Darüberhinaus waren noch verschiedene Gewerkschaftsgruppen, Parteigliederungen und Hochschulgruppen darin vertreten.

Die Friedenskoordination entwickelte sich bald zu einer eigenständigen Gruppe. Das ursprüngliche Ziel, die Koordination der verschiedenen Aktivitäten der Trierer Friedensbewegung, rückte in den Hintergrund. Die Friedenskoordination wurde selbst immer mehr zum Initiator von Aktionen. Sie organisierte auch im Januar 1983 ein Treffen von rheinlandpfälzischen Friedensgruppen in Trier. Auf diesem Treffen und den Nachfolgetreffen wurden Aktionen des Jahres 1983 beraten, so z.B. der Ostermarsch 1983 in Bitburg. Die Vorstellungen einzelner Gruppen, diesen Ostermarsch mit einer Blockade zu verbinden, konnte zu dem damaligen Zeitpunkt nicht durchgesetzt werden. Dennoch blieb die Idee einer Blockade in Bitburg weiterhin aktuell. Nach dem Ostermarsch konkretisierten sich die Pläne. Bei weiteren überregionalen Treffen in Trier wurde beschlossen, eine Blockade mit einem Sternmarsch auf Bitburg zu verbinden.

Aus der Friedenskoordination bildete sich eine neue Untergruppe, die die genauere Planung und Organisation der Blockade in Bitburg übernahm. An dieser Organisationsgruppe beteiligten sich vor allem Vertreter der verschiedenen linken und alternativen Gruppen. Die christlichen Friedensgruppen lehnten eine direkte Unterstützung der Planung und Organisation der Blockade ab.

Zu den Hauptaufgaben der Organisationsgruppe zählte dabei die Ausarbeitung eines Blockadekonzeptes, mit Vorschlägen über den Aktionscharakter und Verhaltensanleitungen für die Blockadeteil-

nehmer. Obwohl die Organisationsgruppe aufgrund ihrer Arbeit über eine gewisse Koordinations- und Organisationsmacht verfügte, blieb die Entscheidungsmacht den in der Friedenskoordination vertretenen Gruppen und vor allem auch den auf Aktionskonferenzen vertretenen Gruppen überlassen.

An den Aktionskonferenzen beteiligten sich Vertreter von Friedensinitiativen aus Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Nordrhein-Westfalen und Luxemburg. Die Koordination dieser Aktionkonferenzen wurde von der Organisationsgruppe übernommen.

Darüberhinaus beteiligten sich Vertreter der Friedenskoordination und der Organisationsgruppe auch an bundesweiten Arbeitstreffen der Friedensbewegung. Diese Treffen konnten für den Austausch von Informationen und Erfahrungen, vor allem aus Blockadeaktionen aus anderen Regionen, und für die Mobilisierung potentieller Teilnehmer genutzt werden.

In der Zeit vor der Blockade gründeten sich alleine in Trier über 15 Aktionsgruppen mit mehr als 200 Mitgliedern. Die Aktionsgruppen repräsentierten weitgehend das gesamte Spektrum der Trierer Szene. Es bildeten sich also nicht nur Gruppen aus dem links-alternativen Spektrum, sondern auch zahlreiche Gruppen, die eher dem christlichen Spektrum zuzuordnen sind. Die Initiative zur Gründung dieser Aktionsgruppen ging in den meisten Fällen von Mitgliedern der Friedenskoordination aus, die dazu bereits bestehende Zusammenhänge nutzen konnten.

3.2.3 Die Differenzierung der Gruppen und die Entwicklung des Aktionskonzeptes

Wie bereits oben dargestellt, zeichnet sich das Netzwerk der Trierer 'Scene' durch organisatorische und ideologische Heterogenität aus, die sich auch in der Vorbereitungsphase der Blockadeaktion in einer Differenzierung zwischen den beteiligten Organisationen und Initiativen ausdrückte. Konflikte entzündeten sich an der Auseinandersetzung um Strategiefragen, um die Etikettierung der Aktion und um das Aktionskonzept. Die aus den Konflikten resultierende Polarisierung in verschiedene Spektren war dabei nicht nur auf inhaltlichen Dissens zurückzuführen; ebenso spielten Prozesse der Machtbildung, Identitätsentwicklung und Selbstdarstellung der Gruppen eine Rolle. Einige dieser Konflikte sol-

len hier skizziert werden.

Bereits vor der Beschäftigung mit der Aktionsidee Blockade war es zu einer grundsätzlichen Kontroverse zwischen den Gruppen, die sich an Aktionen am angenommenen Stationierungsort beteiligen wollten, über die einzuschlagende Strategie gekommen. Die nach den ersten diesbezüglichen Presseveröffentlichungen gegründete "Eifelkoordination" hatte der Friedensinitiative Bitburg als Standortinitiative besonderes Gewicht in der Entscheidung über die Aktionsformen eingeräumt.

Die Bitburger Friedensinitiative verfolgte eine Strategie, mit der die Ziele der Friedensbewegung der ortsansässigen Bevölkerung nahegebracht werden sollten. Wegen des ländlich-konservativen politischen Charakters der Region und der hohen wirtschaftlichen Verflechtung zwischen der deutschen Bevölkerung und den rund 20.000 Amerikanern im Kreisgebiet sollten provozierende Aktionen vermieden werden. Stattdessen sollte durch Informationsarbeit, Diskussionsveranstaltungen und Aktionen appellativen Charakters versucht werden, die Unterstützung für die eigenen gemäßigten Forderungen einzuwerben. Die Arbeit gegen die Nachrüstung wurde nur als Zwischenschritt zu dem Ziel betrachtet, langfristig die Akzeptanz von Rüstung zu vermindern.

Demgegenüber vertrat ein Teil der Trierer Gruppen die Auffassung, daß es darauf ankomme, die Frage der Nachrüstung durch spektakuläre Aktionsformen zu dramatisieren. Entschlossenheit und Risikobereitschaft bei der Äußerung von Protest sollte eine Ausweitung des Widerstandes gegen die Stationierung bewirken. Dabei sollte durch öffentlichkeits- und medienwirksame Aktionen bundesweit politischer Druck erzeugt werden; die Haltung der Bevölkerung vor Ort wurde demgegenüber als Faktor von untergeordneter Bedeutung bewertet.

Die Gruppen, die diese Strategie verfolgten und großes Gewicht in der "Friedenskoordination Trier" besaßen, beriefen im Januar 1983 eine "Aktionskonferenz Frieden" nach Trier ein, die sich mit der Planung von Aktionen im Zusammenhang mit der angekündigten Stationierung in Bitburg befaßte. Durch die hohe Beteiligung auswärtiger Gruppen hatte die "Friedenskoordination" Trier eine Mobilisierungskraft und organisatorische Effizienz bewiesen, die weit über die Möglichkeiten der "Eifelkoordination" hinausging. Im weiteren Verlauf hatte die Trierer "Friedenskoordination" daher dominierenden Einfluß auf die weitere Planung und Organisa-

tion der Protestaktion.

Doch auch in Trier selbst kam es zu einer Polarisierung zwischen den Aktionsgruppen. Streitfrage war dabei, ob die Aktion in öffentlichen Aufrufen als "gewaltfrei" bezeichnet werden sollte. Diese Forderung wurde v.a. von Mitgliedern einer Friedensorganisation vertreten, die ihrem Selbstverständnis nach eine pazifistische Grundrichtung verfolgte. Diese Organisation hatte starken Rückhalt bei den Gruppen des 'christlichen Spektrums' und hatte in mehrjähriger Arbeit mit einem umfangreichen Veranstaltungsprogramm und Berichten in den Medien stark das Bild der regionalen Friedensbewegung in der Öffentlichkeit bestimmt, in der "Friedenskoordination" war sie mit den ihr nahestehenden Gruppen aber in der Minderheitsposition.

Die Gruppen des links-alternativen Spektrums lehnten das Etikett "gewaltfreie Aktion" ab mit der Begründung, man wolle nicht potentielle Teilnehmer ausgrenzen, die sich nicht auf ein pazifistisch begründetes Bekenntnis zur Gewaltfreiheit festlegen konnten oder wollten. Eine Rolle spielte auch, daß Regierungspolitiker die Friedensbewegung aufgefordert hatten, in ihren Aktionen 'gewaltfrei' zu bleiben. Diese Appelle wurden als Einmischung in die Strategiediskussion der Friedensbewegung und als Spaltungsversuch aufgefaßt, mit dem Teile der Friedensbewegung zu Gewalttätarn abgestempelt werden sollten. Statt derartigen Anforderungen des politischen Gegners nachzukommen, wollte man mit den Herbstaktionen die Geschlossenheit und die Unberechenbarkeit der Bewegung unter Beweis stellen.

Die Auseinandersetzung um das Aktionskonzept zwischen den Gruppen folgte einer ähnlichen Konfliktlinie. Die pazifistisch orientierten Gruppen plädierten für die Anwendung des Großengstinger Modells mit geschlossenen Bezugsgruppen, Konsensentscheidungen im Sprecherrat und der Betonung des symbolischen Charakters der Aktion. "Symbolische Aktion" bedeutete, daß expressive Elemente, der Ausdruck von Widerstandswillen, Entschlossenheit und persönlicher Bereitschaft, Risiken und Sanktionen auf sich zu nehmen, stärker im Vordergrund stehen sollten als eine möglichst effektive Behinderung des Militärbetriebes. Im Laufe der Diskussion in und zwischen den Blockadegruppen wurde die Frage der Symbolik zunehmend gleichgesetzt mit der Entscheidung, ob nur eine oder beide Hauptzufahrten der Airbase blockiert werden sollten. Eine Blockade aller (insgesamt über zehn) Zufahrten wie in Kelling-

husen schied schon früh als nicht durchführbar aus der Diskussion aus.

Die Gruppen der Friedenskoordination, die im wesentlichen auch die Organisationsgruppe stellten, orientierten sich am Kellinghusener Modell. Ihre Weigerung, bei der Blockade nach dem Großengstinger Modell zu verfahren und sie als gewaltfrei und symbolisch zu bezeichnen, löste bei einigen anderen Gruppen Mißtrauen und Befürchtungen aus, die Organisatoren seien nicht gewillt, der Gefahr gewalttätiger Konfrontationen mit der Polizei entschieden vorzubeugen. Die Organisationsgruppe stellte zwar Überlegungen zur Eskalationsvermeidung an, griff dabei auch einige Vorschläge von Vertretern des 'gewaltfreien Spektrums' auf, betonte aber in ihren Stellungnahmen die Ablehnung einer entsprechenden Etikettierung.

Wie sich aus dem Vergleich der Gruppendiskussionen ergab, gab es keine wesentlichen Unterschiede zwischen den Aktionsgruppen in der Entschlossenheit, den Konflikt mit der Polizei zu begrenzen und gewalttätige Konfrontationen zu verhindern. Die Ablehnung des Etikettes "gewaltfrei" war aber für die linksalternativen Gruppen u.a. ein Mittel, sich gegenüber der bisher starken Stellung der pazifistisch orientierten Organisation zu profilieren, in dieser Abgrenzung Identität zu gewinnen und Einfluß auf das öffentliche politische Erscheinungsbild der regionalen Friedensbewegung zu erlangen.

3.2.4 Soziale Netzwerke und politischer Protest - Fragen zur Entstehung der Aktionsgruppen

Ausgangspunkt unserer Studie war die Frage nach der Entstehung von Protestaktionen und der Konstitution von Aktionsgruppen. Wie ist es zu erklären, daß sich zur Blockade in Bitburg innerhalb kurzer Zeit insgesamt ca. 40 Aktionsgruppen bilden konnten? Wie verliefen die schnelle Mobilisierung und Rekrutierung von Blockadeteilnehmern? Welches also waren die sozialen und strukturellen Bedingungen für die Organisation und Planung dieser Protestaktion?

Das in den Fallstudien der Aktionsgruppen präsentierte Material konnte eine Vielzahl von Hinweisen zu diesen Fragen geben. Alle von uns beschriebenen Gruppen sind im Umfeld einer vorgängig

existierenden, meist jugendlich geprägten politischen Subkultur entstanden, die ihre Basis hat in verschiedenen eng verflochtenen sozialen, politischen und kulturellen Gruppen. Dieses subkulturelle Netzwerk läßt sich nun in drei Dimensionen näher kennzeichnen:

- a) Soziale Basis und damit primäre Trägergruppen der Protestaktion sind vor allem Jugendliche und junge Erwachsene aus dem weiterführenden Bildungssystem. Der Anteil der Schüler und Studenten, aber auch der jungen Erwachsenen mit abgeschlossener Hochschulausbildung (vor allem aus dem Humandienstleistungssektor) unter den Aktiven ist besonders hoch. Hinzu kommt als zweites Segment die Gruppe der arbeitslosen Akademiker, der Studienabbrecher, Gelegenheitsarbeiter, der arbeitslosen Jugendlichen, die jedoch als Sympathisanten eine stärkere Rolle in der Mobilisierung spielten denn als Aktivisten und aktive Trägergruppen.

Diese Einschätzung des Protestpotentials der Trierer 'Szene' deckt sich in den wichtigsten Punkten mit den Befunden der Wissenschaft bzgl. der sozio-strukturellen Zusammensetzung der neuen sozialen Bewegung. BRAND et al. gehen davon aus, daß "Angehörige der jüngeren, in den sechziger und siebziger Jahren politisch sozialisierten Nachkriegsgeneration, die sich entweder noch in weiterführender Ausbildung, vornehmlich im sozialen, kommunikativen und humanwissenschaftlichen Bereich, befinden oder die bereits entsprechende Berufstätigkeit ausüben" (BRAND et al. 1986, S. 280), die Kerngruppen der neuen sozialen Bewegungen bilden. Hinzu kommt ein wachsendes Segment gesellschaftlich marginalisierter Gruppen sowie punktuell, also situations- und problemspezifisch, Betroffener. Ähnlich auch die Einschätzung von RASCHKE, daß die Kerngruppen und aktiven Trägergruppen der neuen sozialen Bewegung sich zu einem überproportionalen Anteil "aus der Überschneidung der drei Segmente Humandienstleistungsarbeit, Intelligenz und ... qualifizierte Marginalisierung" (RASCHKE 1985, S. 416) ableiten lassen. Anders als BRAND et al. sieht RASCHKE jedoch die Gruppe der Betroffenen nicht so sehr als Teil des aktiven Kerns, sondern eher dem Sympathisanten- und Mobilisierungspotential zugehörig an. Diese Zuordnung ist letztlich jedoch eine Frage, die nur im Einzelfall entschieden werden kann. Für

die Protestaktion in Bitburg jedenfalls spielte die Gruppe der (nach Ansicht der Blockadeteilnehmer) unmittelbar Betroffenen in der Nähe des potentiellen Stationierungsstandortes weder als aktive Träger des Protests noch als "Resonanzgruppe" (RASCHKE) eine wichtige Rolle. Die Protestaktion wurde organisiert und getragen von Gruppen Jugendlicher und junger Erwachsener, die überwiegend auch den Kern der Trierer Szene ausmachten.

- b) Als zweites läßt sich dieses subkulturelle Geflecht von sozialen und politischen Gruppen in seiner ideologischen Struktur charakterisieren. Generelles Kennzeichen der neuen sozialen Bewegungen und ihrer vielfältig vernetzten subkulturellen Infrastruktur ist die ideologische Heterogenität bzw. das Fehlen einer einheitlichen Ideologie. Dies läßt sich nun auch für die Protestsubkultur in Trier und für die Aktion der Friedensbewegung in Bitburg nachzeichnen.

Grob gesagt lassen sich drei Gruppen unterscheiden. Da sind zunächst jene traditionellen Protestgruppen der alten und neuen Linken, deren politisches Selbstverständnis geprägt ist durch die Orientierung an der DKP einerseits oder am linken Flügel der SPD, an Jusos, demokratischen Sozialisten etc. andererseits.

Da sind zum anderen Gruppen, die in der Tradition der Studentenbewegung der sechziger Jahre und der Alternativbewegung der siebziger Jahre stehen: Spontis, undogmatische Linke und "grünbunt Alternative" (BRAND et al.). Sie waren v.a. in den sozialen Bewegungen und politischen Protesten der siebziger Jahre ideologisch dominant.

Schließlich gibt es als dritte ideologische Kraft die christlich-pazifistischen Jugendgruppen der beiden großen Kirchen. Vor allem mit der (neuen) Friedensbewegung der achtziger Jahre haben diese religiös orientierten, politisch engagierten Gruppen junger Christen einen zentralen Platz im Spektrum der Protestbewegungen eingenommen. Durch sie sind weniger dezidiert politische Argumentationen als stärker moralische Positionen in die Protestbewegung hineingetragen worden. "Sie vertreten einen umfassenden Friedensbegriff, der neben den militärischen Aspekten ... auch Fragen der globalen Friedensordnung durch soziale Gerechtigkeit insbesondere in der Drit-

ten Welt, aber auch durch eine kulturell-moralische Konversion des Einzelnen im Auge hat" (BRAND et al. 1986, S. 221).

- c) Drittens schließlich gilt es zu fragen, welche organisatorischen und strukturellen Besonderheiten diese Protestszene kennzeichnen. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die strukturelle Basis der Trierer 'Szene' von einer Vielfalt von sozialen, kulturellen und politischen Gruppen gebildet wird, die auch als Kristallisationspunkte von Aktionsgruppen für die Blockade fungierten. Diese einzelnen Strukturelemente der Szene sind durch eine Vielzahl von formellen und informellen Kommunikations- und Informationskanäle verbunden, wobei vor allem die informellen Beziehungen (persönliche Beziehungen und Bekanntschaften etc.) für eine hohe Kommunikationsdichte und Verflechtung verantwortlich sind.

Zu ähnlichen Ergebnissen kommt RASCHKE, der die neuen sozialen Bewegungen definiert als "schwach strukturierter, fluider und offener Typ sozialer Bewegung" (RASCHKE 1985, S. 412), für den eine Vielzahl "autonomer aber stark vernetzter Teilbewegungen" mit einem geringen Grad an "organisatorischer Verfestigung, Bürokratisierung und Zentralisierung in Verbindung mit Führerfeindlichkeit" (RASCHKE 1985, S. 412) charakteristisch sind.

In der sozialwissenschaftlichen Literatur werden diese organisatorisch-strukturellen Spezifika mit dem Begriff des "Netzwerks" beschrieben. Von vielen Autoren wird daher auch der Netzwerkcharakter als ein strukturelles Kennzeichen der neuen sozialen Bewegungen hervorgehoben. So behauptet NEIDHARDT, daß eine soziale Bewegung adäquat als "Netzwerk von Netzwerken" beschrieben werden kann. Er geht davon aus, "daß an der Basis von sozialen Bewegungen nicht isolierte Einzelpersonen, sondern soziale Einheiten, nämlich Netzwerke mit unterschiedlichen Verdichtungsgraden" (NEIDHARDT 1985, S. 9), stehen. Die Grundelemente sozialer Bewegungen bilden ihm zufolge Verwandtschaftskreise, Nachbarschaftskreise, Wohngemeinschaften, diverse Untergruppen in Betrieben, Kirchen, Bürgerinitiativen, Universitäten usw., die dann durch eine weitere Vernetzung einen Zusammenhang als soziale Bewegung erreichen. Die Verknüpfung geschieht im starken Maße über persönliche Beziehungen (ebd., S. 9).

Ähnlich wie NEIDHARDT kennzeichnet DONATI, der die sozialen

Bewegungen der Region Mailand untersuchte, ihre Struktur als Netzwerk unterschiedlicher Dichte.

"Sie werden gebildet durch eine veränderliche Zahl von Organisationen, Vereinigungen und Gruppen - mehr oder weniger groß und mehr oder weniger formal strukturiert - die 'ständige Einheiten' oder 'Knoten' im Netzwerk genannt werden können. Sie sind untereinander verbunden durch kreuz und quer verlaufende und einander überschneidende Einheiten unterschiedlicher Art: organisatorische Verbindungen, freundschaftliche oder verwandschaftliche Bindungen, Mehrfachmitgliedschaften, zusammenführende Veranstaltungen, Radiostationen und Zeitschriften der Bewegung."

(DONATI 1984, S. 839f; Übersetzung durch d. Verf.)

Diese Verbindungskanäle ermöglichen den Austausch von Ressourcen und die Kommunikation zwischen den verschiedenen Bereichen der Bewegung, etwa der Jugend-, der Frauen- und der Ökologiebewegung und der Bewegung für ein neues Bewußtsein.

Die Existenz eines solchen subkulturellen Netzwerks vor allem in Trier selbst war mitentscheidend für die Verbreitung von Informationen, für die schnelle Erreichbarkeit und Mobilisierung von Teilnehmern und die Organisation von Aktionsgruppen. Wohngemeinschaften, Nachbarschaftsgruppen, politische Initiativen und kirchliche Jugendgruppen bildeten die Kristallisationspunkte für die Aktionsgruppen. Von ihnen wurden strukturelle und kommunikationstechnische Ressourcen zur Verfügung gestellt; sie brachten organisatorische Kompetenzen ein; sie waren Ausgangspunkt für die schnelle Rekrutierung weiterer Blockadeteilnehmer aus dem Freundes- und Bekanntenkreis. Unter diesen Gesichtspunkten wird die Bedeutung von vorgängigen subkulturellen Netzwerken für Protestbewegungen verständlich. Die schnelle Organisation von Protestaktionen ist ohne die Mobilisierung der in diesen bereitgehaltenen infrastrukturellen Ressourcen undenkbar. Existierende Gruppen, so RASCHKE, stellen "eine Vorstufe der für soziale Bewegungen erforderlichen Ressourcenmobilisierung dar, auf der finanzielle Mittel, geübte Organisatoren, sozial Aktivierte etc. 'bereitgestellt' werden" (RASCHKE 1985, S. 194).

Damit ist eine wichtige Funktion sozialer Netzwerke und existierender Gruppen benannt. Sie erleichtern die Mobilisierung aktiver Teilnehmer und Unterstützer für soziale Bewegungen, da (vor allem

bei Gruppen mit gemeinsamen oder ähnlichen politischen Zielen und Wertorientierungen) die Übertragung von Loyalität, von Vertrauen und Engagement ermöglicht wird. Teilnahmemotivation und prinzipielle Protestbereitschaft müssen deshalb nicht erst wieder neu aufgebaut werden. Aufgrund dieser engen Interdependenz und Überschneidung von sozialem Netzwerk und sozialen Bewegungen spricht MELUCCI auch von "movement networks" und hebt damit die schwer bestimmbare Trennung zwischen diesen Begriffen auf. Er meint damit ein Netzwerk von Gruppen, die sich durch eine gemeinsame Bewegungskultur und durch eine kollektive Identität verbunden fühlen.

Wichtigstes strukturelles Kennzeichen dieser "movement networks" ist für MELUCCI der Wechsel zwischen Latenz (latency) und Sichtbarkeit (visibility) (siehe MELUCCI 1984, S. 819f). In latenten Phasen können in diesen Netzwerken neue kulturelle Werte und Ziele entwickelt und praktiziert werden, die sich z.B. auf das Verhalten zwischen Mann und Frau, auf den Umgang mit der Natur oder auf politische Themen beziehen. Durch Protestaktionen können einzelne Gruppen nun ihre politischen Ziele und Forderungen öffentlich machen (visibility) und damit versuchen, politische Entscheidungen zu beeinflussen. Diese Protestaktionen können zu einer verstärkten Solidarisierung innerhalb der Netzwerke führen.

Am Beispiel der Blockadeaktion in Bitburg läßt sich nun eine weitere Funktion der subkulturellen Netzwerke für soziale Bewegungen demonstrieren. Aktionsgruppen, die wie in unserem Beispiel unter hohem Zeitdruck, hoher Unsicherheit und hohem Risiko planen und handeln müssen, brauchen ein Mindestmaß an organisatorischer Stabilität, an Homogenität und Identität und an Konsens, um gemeinsames Handeln koordinieren zu können und Erwartungssicherheit herstellen zu können. Unterschiedliche Mechanismen werden hier wirksam:

- a) Aufgrund der gemeinsamen Zugehörigkeit der Teilnehmer zu einer Subkultur von sozialen und politischen Netzwerken mit ähnlicher Wertorientierung kann sich das Bewußtsein einer gemeinsamen Identität entwickeln, die auch auf andere Bereiche übertragen wird. So beschreibt KRIESI (1986) etwa mit "counter-cultural-networks" die Verbindungen der verschiedenen sozialen Bewegungen wie Frauenbewegung, Anti-AKW- und Friedensbewegung, die zwar z.T. unterschiedliche Ziele verfolgen, aber durch gemeinsame Grundwerte miteinander verbunden sind.

b) Bei der Rekrutierung von Mitgliedern für die einzelnen Aktionsgruppen spielten vor allem persönliche Beziehungen, Freundschaften und Bekanntschaften eine zentrale Rolle. Erwartbarkeit von Verhalten wird hier durch Personalisierung der Beziehungen und durch persönliches Vertrauen gewährleistet.

Kollektives Identitätsbewußtsein einerseits und persönliches Vertrauen andererseits bilden die Basis, auf der Konsens hinsichtlich politischer Fragen unterstellt oder aber Dissens toleriert und relativiert werden kann. Politische Einstellungen und Handlungsbereitschaften der einzelnen Teilnehmer brauchen daher nicht überprüft und diskutiert zu werden, nicht einmal hinsichtlich der Einstellungen zur Gewalt. Vertrauen hat deshalb für politische Aktionsgruppen, die unter Zeitdruck planen und handeln müssen, eine stark konfliktreduzierende und entlastende Funktion. Die schnelle Konsolidierung und Herstellung von Gruppenidentität und die Übereinstimmung der Aktionsgruppen hinsichtlich zentraler Aktionsfragen sind vor allem über vorgängiges Vertrauen durch persönliche Bekanntschaften oder Netzwerkzugehörigkeit zu erklären. Damit ist eine zweite wichtige Funktion vorgängig existierender Netzwerke bezeichnet.

3.2.5 Motive und politische Zielsetzung

3.2.5.1 Politische Perspektiven

Die bevorstehende Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen war der Anlaß der Blockadeaktion in Bitburg. Die Teilnehmer in allen Aktionsgruppen wollten einen Beitrag zur Verhinderung dieses Rüstungsschrittes leisten. Mit der Aktion sollte mittels öffentlicher Aufmerksamkeit Einfluß auf die Politiker genommen werden, ihre Entscheidung zu revidieren.

Die Einschätzung des politischen Systems und daraus abgeleitet die Erfolgsaussichten der Protestaktion differieren deutlich zwischen den einzelnen Aktionsgruppen, teilweise auch innerhalb einzelner Gruppen.

Auf der einen Seite findet sich die Vorstellung, daß sich die eigenen Argumente durchsetzen würden, wenn sie nur genügend Gehör fänden. Die Zielsetzung der Aktion wird darin gesehen, öffentliche Aufmerksamkeit und Interesse für den eigenen Standpunkt zu

erzeugen.

- "Sicherlich, zu dem Zeitpunkt glaubte ich noch daran, daß wir die Nachrüstung verhindern, daß unsere Argumente so stark und überzeugend sind, daß jeder vernünftige Mensch sie einsehen wird."

(Aktionsgruppe F)

Den Gegenpol bildete die Überzeugung, die Politiker seien nicht durch Argumente, sondern nur durch Druck zu beeinflussen. Es sei eine Verkenennung der Realität,

- "... daß man überhaupt irgendwie durch Appelle und durch Überzeugung Politiker doch noch so rumkriegen zu können glaubt, wo man sie gerne hinhätte oder daß es irgendwie so eine Art 'psychische Verwirrung' ist, die die Politiker dazu treibt, jetzt dieses Heidengeld in die Rüstung reinzustecken."

(Aktionsgruppe G)

Von diesem Standpunkt aus wird ein lediglich 'symbolischer' Widerstand abgelehnt. Stattdessen solle durch eine angestrebte massenhafte 'Loyalitätsaufkündigung' und die Drohung mit der 'Unregierbarkeit' Macht ausgeübt werden.

- "... um zu zeigen, daß halt praktisch so eine Entscheidung undurchführbar ist, also zumindest sehr schwer durchführbar, daß sie am Widerstand der Bevölkerung scheitert, bzw. wenn sie so einen unliebsamen Schritt machen, gibt es halt eine ganze Menge Reibereien im Kleinen."

(Organisationsgruppe)

Die Verhinderung der Nachrüstung wurde zwar als wichtiges Ziel der Aktion genannt, doch zeigten sich in den Gruppendiskussionen nur die wenigsten Teilnehmer von seiner Realisierbarkeit überzeugt. Die weitaus meisten stellten ihre diesbezüglichen Erfolgshoffnungen ambivalent dar.

- "Das war aber - zumindest in meinem Kopf - klar, daß man das nicht kann. Obwohl, da gibt es so zwei Ebenen: es war mir theoretisch klar und gefühlsmäßig, glaube ich, war es mir nicht klar."

(Organisationsgruppe)

- "Daß du vom Kopf her gesagt hast, es ist ganz klar, aufgrund der herrschenden Strukturen und Machtverhältnisse kannst du nicht erreichen, daß die Stationierung verhindert wird, aber so ein mehr oder minder bewußtes Hoffen, daß du

es vielleicht doch noch schaffst und daß vielleicht doch noch eine Massenmobilisierung eintritt, die so stark ist, daß sie zeigt, es ist nicht durchführbar, ich glaube, das gab es schon. Das war eine absolut zwiespältige Sache. Wenn du absolut keine Hoffnung gehabt hättest, daß die Sache zu verhindern gewesen wäre, hättest du wahrscheinlich nicht so viel gemacht."

(Organisationsgruppe)

- "Aber wenn man es realistisch gesehen hat, konnte man nicht annehmen, die Stationierung zu verhindern. Ich meine, klar, man hätte wahrscheinlich ein bißchen mehr erwartet von politischen Entscheidungen."

(Aktionsgruppe E)

Nur in einigen Teilgruppen wurde eindeutig von der politischen Durchsetzbarkeit der Forderung auf Stationierungsverzicht ausgegangen. Hier wurde ein so eindeutiger Zusammenhang zwischen der Stationierung und einem damit unmittelbar drohenden Krieg gesehen, daß ein Erfolg der Friedensbewegung als existentiell notwendig erschien.

- "Ich habe jeden Tag den Atomkrieg vor mir gesehen, und habe auch davon geträumt und alles. Ich habe damals alles eingesetzt. Ich habe gedacht, in den nächsten Wochen müssen wir unbedingt alles machen, oder im nächsten Jahr, sonst ist alles vorbei."

- "Ich war für alles bereit damals, ich war bereit, in den Knast zu gehen und alles (...). Vielleicht weil ich mir richtig ausgemalt hatte, ich war mit so einem Enthusiasmus dabei und weil ich dachte, übermorgen passiert der Atomkrieg, und da habe ich wirklich alles eingesetzt ..."

(Aktionsgruppe F)

Für keine der Gruppen war der Protest gegen die Nachrüstung aber das einzige Ziel der Aktion. Für alle verband sich damit die Hoffnung, im Verein mit den anderen Aktivitäten der Friedensbewegung zukünftige Rüstungsmaßnahmen erschweren und allgemein die Akzeptanz von Rüstung in der Bevölkerung mindern zu können.

- "Ich hatte darin schon noch die Hoffnung gesehen, daß man die ganze Sache am Kochen hält, daß sich unsere Politiker vielleicht doch noch mehr Gedanken darüber machen, wie eine nicht zu kleine Minderheit über die Nachrüstung denkt. Daß sie merken, alles lassen wir uns doch nicht gefallen. Und

sie sollen sich bei jedem anderen Schritt überlegen, wie weit sie gehen können. (...) Ich hoffe, daß die sich bei den nächsten Nachrüstungen oder überhaupt bei Rüstungssachen den Widerstand von uns, d.h. vom Volk ein bißchen überlegen."

(Aktionsgruppe B)

In diese längerfristige Perspektive fügen sich eine Reihe weiterer Motive ein. So erhoffte man sich eine Stärkung der Friedensbewegung durch die zusätzliche Motivation von Anhängern und die mit der Aktion geschaffenen Organisationsstrukturen; vor allem die Bezugsgruppen sollten einem hohen Mobilisierungsgrad der Bewegung Kontinuität verleihen.

- "Ich habe gedacht, daß wenn da 150 oder 200 Leute von Trier hinfahren, daß die dann auch so einen gewissen Bewußtseinsstand erreicht haben und auch irgendwie kontinuierlich weiterarbeiten, daß irgendwie was bleibt."

(Aktionsgruppe G)

Ein anderer Aspekt ist die Hoffnung, verändernd auf die politische Kultur einzuwirken. Dies soll einmal inhaltlich, durch die Veränderung der öffentlichen Meinung über Fragen der Sicherheitspolitik geschehen. Daneben sind Verfahren politischer Meinungsbildung und Entscheidungsfindung gemeint. Der parlamentarischen Mehrheit der Volksvertreter wird die demoskopisch ermittelte Mehrheit der Bevölkerung entgegengestellt, die sich gegen die Nachrüstung ausgesprochen habe. Dieser Mehrheit gelte es, Ausdruck zu verschaffen.

- "In Bitburg waren wir doch alle geprägt davon, daß wir wußten, daß siebzig Prozent der Bevölkerung mehr oder weniger gegen die Stationierung waren, und daß einfach irgendwo dieser Hoffnungsschimmer bestand, daß es irgendwie politisch einfach nicht machbar wäre, daß man gegen siebzig Prozent der eigenen Bevölkerung einfach etwas durchsetzen kann."

(Aktionsgruppe A)

Im Bezugsgruppen-Sprecherratsmodell wird von vielen ein Beispiel basisdemokratischer Entscheidungsverfahren gesehen, das auch über die konkrete Aktion hinaus ausstrahlen könnte.

Allgemeine politische Zielperspektiven wurden in den Gruppendiskussionen kaum erörtert. In der Kritik am bestehenden politischen System zeigten sich aber deutliche Divergenzen. Für die einen ging es um eine konkrete Frage der Rüstungspolitik, gegen die

Protest und Widerstand angebracht erschienen.

- "Also, für mich war die Aktion nicht eine Veränderung der gesamten Friedensstrategie oder Friedenssicherung, sondern der aktuelle Anlaß, hier sollte nachgerüstet werden, das zu verhindern... Ja, also, nicht (...) Steine ins Rollen zu bringen, die eine Weltrevolution auslösen würden und auf das Land übergreifen würden. Ob mir das jetzt vorher so klar war, weiß ich nicht.

Und ich habe schon konkrete Vorstellungen gehabt, in welchem Rahmen ich das auch sehe, also ich ging da nicht davon aus, da eine Revolution anzetteln zu können oder wollte auch nicht, daß eine Minderheit einer Mehrheit da irgendwas aufzwingt, sondern das sollte schon in dem Rahmen bleiben, auch von Mehrheitsentscheidungen."

(Aktionsgruppe F)

Dagegen erstreckt sich die Kritik anderer auf das politische System insgesamt, das es langfristig abzulösen gelte.

- "... der Wunsch da war, daß aufgrund von solchen Aktionen tatsächlich Loyalitäten aufgekündigt werden, daß das so erste Schritte sind: Ich mache was gegen diesen Staat, der z.B. hier stationiert und zwar gegen dessen Gesetze. Und daß ja wohl so eine Hoffnung bestanden hat, wenn diese ersten Schritte erst mal gemacht sind, ist es eventuell möglich, im Jahr darauf noch weitere Schritte zu machen, mit immer mehr Leuten.

(Organisationsgruppe)

Quer zu dieser Differenzierung zeigte sich aber in allen Gruppen eine wahrgenommene starke Polarisierung zwischen "Bevölkerung" und "Staat". Dabei erscheint der Staat als übermächtig und gewalttätig, die Bevölkerung weitgehend als ohnmächtig und wehrlos.

3.2.5.2 Persönlichkeitsbezogene Motive des Engagements

Sind diese in einem weiten Sinne politischen Motive bereits vielschichtig angelegt, so zeigte sich in den Gesprächen noch eine Fülle eher persönlicher Gründe der Beteiligung an der Blockade.

Mit der Aktionsteilnahme sollte für einige Gruppen in erster Linie die eigene Überzeugung unter Beweis gestellt werden. Durch

die gezeigte Bereitschaft, sich Sanktionen auszusetzen, erhoffte man sich höhere Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft.

Das Element des Bekenntnisses, das mit der Aktion abgelegt werden sollte, löste sich z.T. auch völlig von einem politischen oder taktischen Kalkül. Es wird zum Prüfstein der persönlichen Aufrichtigkeit, zur Frage der Identitätswahrung.

- "Selbst das Bewußtsein, daß man gar nichts ändern kann, wäre für mich kein Grund, jetzt den Mund zu halten und nicht dagegen zu protestieren."

(Aktionsgruppe B)

Für eine Reihe der Blockierer erwuchs die Teilnahmemotivation aus ihren moralischen Anschauungen, die als Verpflichtung empfunden wurden.

- "Ich glaube, wenn ich nicht in Bitburg mitgemacht hätte, hätte ich jetzt ein schlechtes Gewissen. Da müßte ich mich fragen, hast du politisch alles Mögliche getan, was du hättest tun können. Für mein moralisches Wohlbefinden ist das sehr wichtig."

(Aktionsgruppe B)

Dieser Verpflichtungscharakter beschränkt sich nicht alleine auf die eher religiös orientierten Gruppen. Während sie sich jedoch auf moralische Kategorien berufen, tritt bei den anderen der Aspekt der Identitätswahrung in den Vordergrund.

- "Also, ich dachte, wenn du jetzt nichts machst, dann gibst du dich selber auf und verfolgst das Ziel, was du hast, nicht mehr. Und das hätte mich selbst nicht befriedigt. Dann hätte ich mir irgendwie immer gesagt, ich bin ja nicht besser wie die anderen, du machst auch nichts, du hast ja auch nur eine große Klappe. Und das war halt mit ein Grund, da etwas zu machen."

(Aktionsgruppe E)

Für einige der Teilnehmer ist die Blockade ein Versuch, der Erfahrung eigener Ohnmacht zu entrinnen. Auch wenn der Erfolg ungewiß ist, so will man doch nicht tatenlos politische Schritte geschehen lassen, von denen man sich unmittelbar bedroht fühlt.

- "... ich kann im Endeffekt doch nicht viel bewirken, und gehe trotzdem zu Aktionen, weil ich mich nicht abschlagen lasse wie ein Schwein, sondern weil ich mich wehre."

(Aktionsgruppe C)

Die identitätswahrende bzw. -stiftende Dimension der Teilnahme-

motivation wird auch deutlich in der Distanzierung von Nichtteilnehmern. Man will sich absetzen von

- "... dieser wabernden Masse von schwätzenden Leuten, (...) die den ganzen Tag (...) erzählen, wie schlimm (alles ist), und danach gehen sie (...) ihren Campari-Soda saufen".

(Aktionsgruppe A)

Unabhängig zu den weltanschaulichen Unterschieden fand sich in vielen Gruppen das Motiv der Abgrenzung von der Elterngeneration. Anders als sie wollte man sich der Verantwortung für das politische Geschehen der Zeit bewußt zeigen.

- "Ich will nicht sagen müssen, ich habe das gewußt, aber nichts gemacht."

(Aktionsgruppe A)

3.2.5.3 Aspekte der Legitimation

Die Blockadeteilnehmer waren sich bewußt, daß diese Form öffentlichen Protestes eine Regelverletzung bedeutete. Auch wenn sie die juristische Diskussion um die Strafbarkeit von Sitzblockaden als offen ansahen, sahen sie zumindest einen "Grenzbereich von Legalität angefaßt" (Aktionsgruppe A). Eine Verletzung von Gesetzen brachte für die meisten nicht nur eine sorgfältige Abwägung von Risiken und möglichen Konsequenzen mit sich, sondern bedurfte einer zusätzlichen Rechtfertigung.

Hier zeigte sich ein Auseinanderklaffen der Begriffe "legal" und "legitim". Die Blockadeteilnehmer waren sich zum weitaus größten Teil der Grenzen der Legalität bewußt bzw. wußten um die unpräzise Definition dieser Grenze in der Frage von Sitzblockaden.

Die Verletzung von Legalität erschien ihnen gerechtfertigt durch die Dringlichkeit des Anliegens und dadurch, daß keines der zuvor angewandten legalen Mittel zum Erfolg geführt hatte. Ein Großteil der Teilnehmer kalkulierte mögliche Konsequenzen einer Regelverletzung durchaus ein. Viele sahen gerade in den erwarteten strafrechtlichen Folgen eine Möglichkeit, ihre Überzeugung und Entschlossenheit zu unterstreichen und so ihrem Anliegen Gewicht zu verleihen.

Für alle Mitglieder der Aktionsgruppen war klar, daß dieser Verstoß nur eine 'begrenzte Regelverletzung' sein sollte, die sich auf das Sitzen auf der Straße und die Mißachtung polizeil-

cher Aufforderungen zum Verlassen der Straße beschränkte. Es wurde nicht erwogen, auch gegen andere Gesetze zu verstoßen. Tatsächlich beschränkten sich auch die staatsanwaltschaftlichen Vorwürfe in den Prozessen auf 'Nötigung'.

Eine ganz eindeutige Grenze des für diese Aktion als legitim anerkannten Verhaltens wurde in allen Gruppen durch die Gewalt markiert, und dies unabhängig davon, ob sie sich auf prinzipielle Gewaltfreiheit festlegen wollten oder nicht. Für den Fall, daß Demonstranten mit Gewalt gegen Polizisten vorgehen sollten, hatten sich viele Gruppen Gedanken über Sanktionsmöglichkeiten gemacht.

4 HANDLUNGSORIENTIERUNG IM KONFLIKT

Wir haben im vorangegangenen eher allgemeine Themen diskutiert, die sich auf generelle Aspekte des Polizeiberufs (Motivation, berufliche Sozialisation und berufliches Selbstverständnis) einerseits, auf allgemeine Fragen des politischen Protests (Motivation, Organisation und 'Protestinfrastruktur') andererseits bezogen.

Diese sind als Hintergrund für das Verständnis konkreten Konfliktverhaltens und der dabei gemachten Erfahrungen von Bedeutung. Wir wollen uns jetzt der zentralen Frage dieser Studie, der Handlungsorientierung der Beteiligten im Konflikt, zuwenden. Dabei ist zu untersuchen, wie die aufgezeigten Bedingungen der Konfliktparteien den Konfliktverlauf konkret beeinflussen und welche zusätzlichen, etwa situative, Faktoren wirksam wurden.

4.1 Die Polizisten

4.1.1 Einsatzvorbereitung, Information und ihre Auswirkungen in Konfliktsituationen

In unseren Diskussionen mit den jungen Polizeibeamten haben wir nach ihren Erfahrungen mit der Vorbereitung von Demonstrationseinsätzen gefragt und hier vor allem nach dem Umgang mit einsatzrelevanten Informationen innerhalb der Polizei.

Unsere drei Seminargruppen zeigen in der Diskussion dieser Frage - aufgrund ihrer je unterschiedlichen Vorerfahrungen und beruflichen Position - deutliche Differenzen. Diese betreffen jedoch weniger Umfang und Inhalt von Informationen und die Art der Informationsweitergabe innerhalb der Polizei als vielmehr die Frage, was dies für den einzelnen Polizisten und sein Verhalten im Einsatz nun bedeutet.

A. Die jungen Polizeischüler des ersten Seminars konnten - aufgrund fehlender eigener Einsatzerfahrungen - Fragen nach der konkreten Vorbereitung auf den Demonstrationseinsatz nur antizipatorisch vor dem Hintergrund ihrer bisherigen Erfahrungen in der Polizei beantworten. Sie gehen davon aus, daß es innerhalb der Polizeihierarchie ein starkes Informationsgefäl-

le gibt, das genau nach Rangstufen organisiert ist und die Informationen von oben nach unten selektiv ausfiltert. In den untersten Rängen ist dann nur noch ein Minimalwissen vorhanden, das ausreichen soll, um den Polizisten funktionsfähig zu halten.

"Die Informationen, die wir bekommen - daß die letzten Endes eine gefilterte Information (sind); das ist nur noch ein ganz kleiner Abschnitt: Führer, Kräfte, Auftrag. Und Auftrag, da haben die sich dran zu halten und dann läuft das. Von der (unmittelbaren) Führungsebene wird noch einmal Dreiviertel der Informationen abgekappt, damit es möglichst kurz und präzise wird."

(Seminar 1)

"Wir sind die untersten Neger, wenn man so sagen darf. Bei uns dringt die Information gefiltert und gefiltert und nochmals gefiltert vor. Und diese Filterung entspricht dann später nur dem, was wir ihrer Meinung nach unbedingt wissen müssen."

(Seminar 1)

Die Vorstellung der hierarchischen Organisation und systematischen Steuerung von Informationen bezieht sich auf drei Informationsbereiche:

- a) Die selektive Informationsweitergabe betrifft die polizeiinternen Vorgänge; Informationen über Umfang des polizeilichen Einsatzes, Dauer, strategische Konzepte etc. werden den Polizeibeamten in den unteren Rängen nicht mitgeteilt. Diese werden - nach Ansicht der Seminarteilnehmer - allein durch technische und organisatorische Hinweise sowie durch konkrete Verhaltensvorgaben auf die Demonstration vorbereitet. Wenn überhaupt vorher aufgeklärt wird, so der Tenor der Diskussion, dann nur in der Form:

"Jungs, bleibt bei Haufen, wenn's rappelt, rappelt's, und was wir sagen, ist das Evangelium, und das wird gemacht!"

(Seminar 1)

- b) Der zweite Bereich, der durch die polizeilichen Informationsfilter systematisch ausgeblendet werde, seien Informationen über die Demonstranten und über die Ursachen von Konflikten. In der Ausbildung sei nur Zeit, über die eigene Seite zu informieren, über rechtliche Grundlagen etc. Und selbst wenn einmal etwa in Form eines Filmes konkret über eine Demonstra-

tion und Demonstrantengruppen informiert würde, dann sei die Darstellung auch nur auf diese Aspekte hin bezogen und somit einseitig. Hintergründe von Demonstrationen oder Motive der Demonstranten blieben daher unbekannt.

- c) Schließlich werden durch diese Art der hierarchisch abgestuften Informationsvermittlung systematisch jene Informationen ausgeblendet, die allein den Einsatzbeamten in vorderster Linie zugänglich sind. Deren Vorstellungen, deren Probleme und Bedürfnisse und vor allem deren unmittelbare Einsatzerfahrungen fänden daher in der Polizei keinerlei Berücksichtigung, was, nach Ansicht der Seminarteilnehmer, gerade für eine effiziente und angemessene Einsatzkonzeption wichtig sei; denn wichtige Veränderungen und Bedingungen in der Demonstrationssituation seien halt nur für die unmittelbar anwesenden Beamten erkennbar, nicht aber in den Entscheidungszentren.

Aus dieser Einschätzung und Kritik heraus wurde die Forderung nach mehr Information für die Polizeibeamten in den unteren Rängen abgeleitet. Während die so begründete Notwendigkeit einer besseren Information noch von allen Seminarteilnehmern gleichermaßen akzeptiert werden konnte, wurde die Frage nach den möglichen Konsequenzen und Auswirkungen sehr kontrovers diskutiert. Für die jungen Beamten ohne Einsatzerfahrung war es schwer zu entscheiden, ob durch ein Mehr an Information, vor allem auch über die Demonstranten und ihre Motive, ein besserer Überblick und damit mehr Sicherheit im Verhalten und in den Entscheidungen zu gewährleisten seien oder ob nicht die Angst und Unsicherheit gerade durch Informationen noch vergrößert werden könnten.

Unabhängig von dieser Frage war es jedoch für sie wichtig, an den polizeilich verfügbaren Informationen beteiligt zu sein und nicht systematisch von relevantem Wissen ausgeschlossen zu werden. Dahinter steht das Bedürfnis, sich ein eigenes Bild machen zu können und nicht den Entscheidungen der Vorgesetzten orientierungslos ausgeliefert zu sein. Die weiter oben dargestellten idealistischen Berufsmotivationen der jungen Polizeibeamten mit hohen Partizipationserwartungen und veränderten Vorstellungen von Autorität machen dies verständlich:

"Wenn du bei Demonstrationen bist, da würde mich persönlich alles interessieren, weil ich mir gern ein eigenes Bild mache, dazu brauche ich Fakten."

(Seminar 1)

"Wir erhalten zu wenig Informationen, und dann fühlt man sich selbst so ein bißchen als Roboter."

(Seminar 1)

"...daß man effektiv bereit ist, die Leute auch mal so ein bißchen an der Sache teilhaben zu lassen. Das muß möglich sein. Das geht gar nicht anders."

(Seminar 1)

Besonders stark wurde in diesem Seminar auf die Gefahr hingewiesen, daß gefilterte Vorinformationen in der Konfliktsituation Spannungen erzeugen könnten und unangemessenes Verhalten der Polizei produzieren könnten. Die Informationen seien immer am schlimmsten Fall orientiert und entsprechend selektiert. Dies präge die eigene individuelle Wahrnehmung, verstärke das Mißtrauen gegenüber den Demonstranten und führe so zu einem stark polarisierten, verzerrten Bild von den Demonstranten. Die Folge davon sei eine große Angst auf seiten der Polizisten, die sich in überzogenen Reaktionen ausdrücken könne:

"Daß wir praktisch immer mit dem Schlimmsten, mit dem Negativsten zu rechnen haben; das kriegen wir gesagt. Wir kriegen ja nicht gesagt: 'Dort und dort ist Ruhe. 180.000 Mann stehen da und sind ruhig.' Wir kriegen nur gesagt: 'Jungs, wir ziehen den Helm auf und das Schild, weil zehn Mann dabei sind, die Krawall machen.' Das ist das Schlechteste an der Sache... Wenn ich an allen Ecken zu hören kriege, die sind gewalttätig, dann hab' ich Angst und bin nervös. Dann ist der Schritt natürlich kleiner, irgendwann dann, wenn nur ein faules Ei geflogen kommt, gespannt zu reagieren."

(Seminar 1)

"Das Bild von den Demonstranten wird zum Teil auch durch Information schon geprägt. Wenn ich nur drauf eingestellt werd', da ist irgendwas zu erwarten, also Demo, und es ist mit gewalttätigen Störern zu rechnen, daß ich dann automatisch nur noch drauf gedrillt bin, in dem Moment, wo ich da stehe, nur noch drauf zu achten, wer will von denen was. Also, wer kommt auf dich zu und will dir an den Kragen. Das heißt, die Friedlichen außenrum, die seh' ich überhaupt nicht mehr. Daß ich also nur noch drauf gedrillt bin, der will anscheinend was, gegen den muß ich vorgehen. Was die anderen dabei machen, ist mir scheißegal. Ich muß den kalt-

stellen. Und das, bin ich der Meinung, ist falsch."

(Seminar 1)

- B. Die Erfahrungen der Teilnehmer des 2. Seminars, die alle vielfache Einsatzerfahrungen haben, bestätigen in wesentlichen Punkten die Vermutungen der jungen Polizistenschüler im Hinblick auf Informationsfluß und Informationsdefizite. Sie ergänzen jedoch deren Darstellungen durch konkrete Erfahrungen, vor allem bzgl. der Bedeutung von Informationen im Einsatz.

Die Informationen, die ihnen in der Einsatzvorbereitung gegeben werden, beschränken sich nach Darstellung der Seminarteilnehmer auf rechtliche und technische Fragen und sind nach ihrer Ansicht nicht ausreichend. Zudem werde über den Einsatz selbst erst sehr spät informiert. Informationen über die Hintergründe des Konfliktes und über die Argumente des Gegners werden systematisch ausgeklammert:

"... die Einsatzvorbereitung, die ist für uns äußerst mangelhaft, in jeder Hinsicht, organisatorisch wie in informativer Hinsicht. Wir haben fehlende Informationen über Hintergründe der Konflikte. Da bekommen wir also überhaupt nichts gesagt von unserem Zugführer oder Hundertschaftsführer. Zum Beispiel sind wir nach Frankfurt gefahren. Wir wußten da überhaupt nicht, was da auf uns zukommt."

(Seminar 2)

"Wir bekommen gesagt, an der Startbahn West wird demonstriert und da fahren wir hin. Das ist das einzige, was wir an Informationen gesagt bekommen. Dann wird gesagt, die und die Ausrüstung müßt ihr mitnehmen, und dann gibt es einen Einsatzplan und da wird dann geguckt, bin ich da, oder bin ich nicht dabei. Mehr ist es nicht."

(Seminar 2)

Die Beamten vermissen vor allem Informationen, die ihnen Hintergründe, Ursachen und Themen von Konflikten klarmachen könnten und die ihnen den Sinn und die Notwendigkeit des Einsatzes plausibel machen könnten.

"Damit du überhaupt mal weißt, warum stehst du überhaupt hier?"

(Seminar 2)

Nach ihrer Ansicht ist dieser Verzicht auf Informationsweitergabe ebenso wie der Verzicht auf eine kommunikative Vorberei-

tung eine bewußte Strategie der Vorgesetzten: Diese gingen offensichtlich von der Annahme aus, daß Informationen verunsichern könnten und damit die Einsatzerfahrungen der Beamten beeinträchtigen könnten und daß die Beamten den Demonstranten von vornherein argumentativ unterlegen seien. Aus diesem Grunde sind die Vorgesetzten nach Ansicht der Seminarteilnehmer nicht daran interessiert, Informationen weiterzugeben und so Gespräche mit Demonstranten zu ermöglichen. Im Gegenteil: Sie erteilen den Einsatzbeamten für die Demonstrationssituation eher Kommunikationsverbot:

"Vor dem Einsatz wurde uns schon mal gesagt: 'Bei den Frankfurter Einsätzen, wenn sie da kommen wollen mit euch reden, laßt euch auf nichts ein! Redet nicht mit ihnen, ihr kommt sowieso nicht weiter! Ihr habt nicht Ahnung genug davon. Am besten laßt euch auf gar keine Diskussion ein!'"

(Seminar 2)

Der Verzicht auf Informationen aber, und vor allem auch selektive polarisierende Informationen, haben nach Ansicht vieler Einsatzbeamten völlig andere Konsequenzen für die Konfliktsituation, als dies offensichtlich von den Vorgesetzten angenommen wird.

Gespräche mit Demonstranten sind in Konfliktsituationen unvermeidbar. Die Demonstranten selbst gehen auf die Polizeibeamten zu und versuchen, mit ihnen Diskussionen anzufangen. Für die Beamten ist es in dieser Situation nicht möglich, sich dem Gespräch zu entziehen, ohne sich vor den Demonstranten lächerlich zu machen. Um der drohenden entwürdigenden Selbstdarstellung zu entgehen, werden sie deshalb versuchen, mit den Demonstranten zu diskutieren.

"Wenn die dann bei dich kommen und fragen: 'Wat stehste stur und steif da? und sagst halt eben nix. Der hat se doch net all. Wat ist da für ein Arschloch oder so?' Gut, und deshalb hab ich das auch nicht gemacht. Wenn einer gekommen ist, hab' ich mit dem geredet."

(Seminar 2)

Dann aber entwickelt sich die vermutete Strategie der Vorgesetzten, aus Angst vor möglicher Argumentationsunterlegenheit erst gar keine Information und Argumentationshilfe an die Beamten weiterzugeben, als 'self-fulfilling-prophecy':

"Wir hatten also kaum Informationen, und dann hat man mit

den Leuten diskutiert, die waren natürlich bestens darauf vorbereitet, die hatten schon Informationen. Und dann ist es mir manchmal, sehr oft passiert, da hab' ich einfach auf dem Schlauch gestanden. Da wußte ich keine Antwort zu geben."

(Seminar 2)

Die vorenthaltenen Informationen führen daher zu Unsicherheit und Unterlegenheit in Gesprächen mit den Demonstranten, was zur Folge hat, daß die Beamten von sich aus auf weitere Gespräche verzichten:

"Und nachher hab' ich eigentlich Diskussionen deshalb vermieden, damit ich nicht schon wieder im Wasser stehe."

(Seminar 2)

Obwohl die Beamten auch darauf hinwiesen, daß nach ihren Erfahrungen mit einer Verhinderung von Gesprächen die Gefahr für die Eskalation der Konflikte zunimmt, standen in den Diskussionen vor allem diese Erlebnisse entwürdigender Situationen im Vordergrund. Ohne Informationen, ohne eigene Reaktions- und Verhaltensmöglichkeit werden die Einsätze häufig als sinnlos erfahren. Von den Seminarteilnehmern wird dies als Auswirkung u.a. des Informationsdefizits angesehen.

Ein weiterer Schwerpunkt in der Diskussion um die Rolle von Informationen in der Einsatzvorbereitung war ebenfalls sehr stark von konkreten Erfahrungen der Beamten geprägt. Eine Vielzahl der Seminarteilnehmer hatte gemeinsam an einem Einsatz teilgenommen, für den sich die stereotypen polizeilichen Vorinformationen über die Demonstranten als völlig falsch und unzutreffend erwiesen.

Für die Polizeibeamten war diese Erfahrung Zeichen dafür, daß sie von seiten der Vorgesetzten und der Polizeiführung bewußt falsch informiert werden:

"Dann haben wir bewußte Falschinformation über die Lage von seiten der Führung. Da waren wir z.B. nach N., da wurde die Schule abgerissen. Und dann wurde gesagt: 'Da gibt es schwer Zoff. Da kommen Schläger und Berufsschaoten aus allen möglichen Großstädten dahin, und ihr müßt euch also darauf einstellen, daß es da rund geht. Und es ist besetzt, das muß geräumt werden.' Wir sind dann morgens um sechs in das Objekt rein. Da war weder das Haus besetzt noch Leute, außer ein paar Schulkindern. Und das ist der Polizei im Rahmen der Voraufklärung ja auch bekannt, da kann mir keiner was davon

erzählen, daß das nicht der Fall war."

(Seminar 2)

Vor allem die Vorstellung, daß aufgrund der durch die falsche Information bedingten Angst es von ihrer Seite aus zu unkontrollierten Aktionen und Reaktionen gegen die Kinder hätte kommen können, war für die Beamten nur schwer zu ertragen. Aufgrund dieser einprägenden Ereignisse vermuteten die Beamten nun, daß auch in anderen Demonstrationseinsätzen bewußt fehlinformiert werde, etwa die Gefährdung durch Demonstranten drastisch ausgemalt werde, um sie zu einem besonders aufmerksamen, disziplinierten Verhalten zu veranlassen. Im unmittelbaren Kontakt mit den Demonstranten erleben sie dann, daß diese Vorinformationen einseitig und überzogen sind.

"Das ist ganz am Anfang, wie wir nach Frankfurt gefahren sind. Da hieß es: 'Dort ist ein Dorf. Dort sind Chaoten drin und die haben Molotow-Cocktails, und ihr könnt euch auf einiges gefaßt machen.' Und das Bild, als wir dort hinkamen, war ganz anders. Da war am Anfang von Chaoten überhaupt nichts zu sehen."

(Seminar 2)

Das Mißtrauen gegen die Vorgesetzten und die Führung hat sich durch diese Erfahrungen verstärkt. Wie die Teilnehmer des ersten Seminars kritisierten auch die einsatzerfahrenen Kollegen, daß ihre eigenen Informationen und Kenntnisse im Einsatz nicht berücksichtigt würden.

- C. Auch die unmittelbaren Vorgesetzten in Seminar 3 teilten die Einschätzung der vorangegangenen Seminare, daß innerhalb der Polizei aufgrund einer starren hierarchischen Informationsstruktur systematisch Informationen gefiltert und so den unteren Rängen vorenthalten würden. Diese Kritik richtet sich auch bei ihnen gegen das vorhandene Informationsdefizit, vor allem was Themen und Hintergründe von Konflikten betrifft. Wenn darüber informiert werde, dann meist einseitig, wie sie am Beispiel der Startbahn West erfahren hatten. Informationen über die Hintergründe waren hier allein auf den Standpunkt der Flughafen-AG bezogen. Informationen über die Demonstranten gab es dagegen keine. Die Gruppen- und Zugführer sehen sich daher selbst gefordert, in Eigeninitiative Informationen aus Medien, Zeitungen etc. zu beschaffen. Sie fordern darüber hinaus auch

von den jungen Polizeibeamten, sich selbst zu informieren und die häufig eingenommene Konsumhaltung abzubauen.

Die Einschätzung der Polizeibeamten aus Seminar 1 und 2, daß auch ihre unmittelbaren Vorgesetzten ihnen Informationen vor-enhielten bzw. bewußt selektierten und manipulierten, wird von den Gruppen- und Zugführern zunächst abgelehnt. Sie sehen sich selbst am Ende der hierarchischen Informationskette, nur mit den notwendigsten Informationen versorgt, um ihre Aufgabe zu erfüllen, und seien daher gleichermaßen uninformiert wie die einfachen Einsatzpolizisten. Zudem würden sie die ihnen bekannten Informationen stets in der Hundertschaft weitervermitteln. Fragt man nun danach, wie die Vorgesetzten ihre Führungsaufgaben wahrnehmen und wie sie in ihrer Verantwortung als Vorgesetzte mit Informationen umgehen, so erhält man ein Bild, das diese Selbsteinschätzung relativiert. Die Weitergabe von Informationen an ihnen unterstellte Polizeibeamte wird von den Gruppen- und Zugführern äußerst unterschiedlich bewertet. Ein Teil der Vorgesetzten plädiert dafür, die Untergebenen uninformiert und unbedarft in die Einsätze gehen und sie ihr eigenes Bild machen zu lassen. Andere schließlich wollen eher gezielte Informationen geben, um "die Untergebenen heimlich zu beeinflussen" (Seminar 3).

In diesen unterschiedlichen Strategien wird die Unsicherheit der Vorgesetzten deutlich, die Auswirkungen von mehr Informationen für die Untergebenen abzuschätzen. In ihrer Verantwortung als Führungskräfte müssen sie jedoch die Konsequenzen ihres Handelns übersehen können, wollen sie nicht unkontrollierbare Risiken auf sich nehmen. Nach ihrer Meinung aber wird der Grundkonflikt der Polizeibeamten, nämlich auch gegen die eigene Meinung Mehrheitsmeinungen durchsetzen zu müssen, durch zusätzliche Informationen noch verstärkt. Dies erzeugt Zweifel und Unsicherheiten im Verhalten der Polizisten, die die Vorgesetzten unter Umständen nicht mehr kontrollieren können.

"Kann man es sich überhaupt leisten, jemand alle Argumente einfach zu sagen. Der (innere) Konflikt ist dann am größten, wenn ich durch Informationen zu der Auffassung gekommen bin, daß ich eine bestimmte Sache ablehne und sie dennoch beschützen muß.

Je mehr ich weiß, um so mehr komme ich in Konflikte."
(Seminar 3)

Aus diesem Grunde verzichten viele Vorgesetzte auf eine ausführliche Information ihrer Untergebenen. Für das Verhalten der Vorgesetzten bei den Einsätzen kann dies eine verstärkte Eigenabsicherung durch genaueres Regeleinhalten bedeuten, wie das von den Teilnehmern der zweiten Seminargruppe auch gesehen wird. Spontanes Handeln des eingesetzten Beamten, der z.B. ein Gespräch mit Demonstranten beginnt, wird häufig aus der Befürchtung heraus unterbunden, der Beamte könne argumentativ unterlegen sein und dadurch in seiner Einsatzfähigkeit beeinträchtigt werden.

Ebenso wie die Beamten aus dem Seminar 2 beklagten sich aber auch "ihre Vorgesetzten" aus Seminar 3 über "verstopfte" Informationskanäle innerhalb der Polizei. Vor allem der Informationsfluß von unten nach oben klammere systematisch die untersten Ebenen aus und beziehe allenfalls die unteren Führungsebenen noch mit ein.

4.1.2 Einsatzbedingungen als Eskalationsfaktor

Alle Teilnehmer der Seminargruppen 2 und 3 hatten eine Vielzahl von Einsätzen mitgemacht. Für die Gruppen- und Zugführer gehören Demonstrationseinsätze zum beruflichen Alltag des Stammpersonals der Bereitschaftspolizei. Aber auch die Beamten des zweiten Seminars waren zum Teil schon zu mehr als 50 Demonstrationen eingesetzt worden. Einige von ihnen waren allein über vierzigmal an der Startbahn West im Einsatz gewesen.

Da die Demonstrationserfahrungen junger Polizeibeamter vor allem bezüglich der Eskalation bzw. Deeskalation von Konflikten analysiert werden sollen, sind die Erfahrungen der Beamten hinsichtlich möglicher Auswirkungen von Einsatzbedingungen auf das eigene Verhalten eine zentrale Dimension unserer Untersuchung. Im folgenden sollen daher die wesentlichen, von den Seminarteilnehmern genannten Belastungen von Großeinsätzen beschrieben werden und anschließend - ebenfalls aus der Sicht der Polizeibeamten - mögliche Auswirkungen dieser Einsatzbedingungen für das Konfliktverhalten dargestellt werden.

Daß es in den Augen der Polizeibeamten einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen Einsatzbedingungen und Konfliktverhalten gibt, wird in nahezu allen Gesprächsbeiträgen zu diesem Thema deutlich.

Drei Belastungskomplexe sollen zunächst unterschieden werden:

- a) Häufige Demonstrationseinsätze werden zur Dauerbelastung für die Polizeibeamten: dies nicht allein durch die je belastenden Einsatzumstände, sondern vor allem durch den Verlust an Freizeit und freien Wochenenden und die dadurch bedingten Konflikte im privaten Bereich. Nach Ansicht der Beamten wird dadurch die "Schwelle zur Gewalt" niedriger, die Disziplin im Einsatz läßt nach. So wurde vor allem der Dauereinsatz einiger Hundertschaften (aus anderen Bundesländern) an der Startbahn West als Ursache für deren "hartes" Vorgehen gegen die Demonstranten angesehen.

"Ich hab' mich mit einem unterhalten, der hat gesagt: 'Wir kommen aus der ganzen Scheiße nicht mehr raus. Wir sind gar nicht mehr daheim.' Wochenenden kennt der nicht mehr. Bei denen ist die Schwelle zur Gewalt dermaßen niedrig."

(Seminar 2)

Besonders prägnant wird diese Erfahrung durch einen Teilnehmer von Seminar 3 formuliert:

"Wir waren zweimal über Fastnacht in Brokdorf. Das ist Motivation genug, da mal drauf zu schlagen."

(Seminar 3)

Hinzu kommt, daß die Bekanntgabe der Einsätze relativ kurzfristig erfolgt und die Polizeibeamten daher keine Möglichkeit haben, ihre Planungen für das Wochenende und für die Freizeit darauf abzustellen.

- b) Neben dem Verlust von Freizeit und den Dauerbelastungen sind vor allem die konkreten Einsatzbedingungen von Bedeutung. Unregelmäßigkeiten und Benachteiligungen in der Verpflegung wird von vielen Beamten als eine wichtige Ursache für Frustrationen und Aggressionen genannt. Vor allem die Erfahrung, daß die eigenen Vorgesetzten bevorzugt werden, wird in vielen Beispielen geschildert:

"Dann kommt noch dazu, daß manchmal eine sehr schlechte Verpflegung da ist. Das trägt unwahrscheinlich zu Frust bei. Je länger der Einsatz, desto schlechter die Verpflegung, desto dicker die Gruppenführer."

(Seminar 2)

"Aber allein zu sagen, das Brot ist allein für die Gruppen-

führer, die sowieso die ganze Nacht im Wagen schlafen, das ist nicht korrekt. Und das trägt auch zu Aggressionen bei."

(Seminar 2)

Als belastend werden auch die langen beschwerlichen Anfahrten in engen Bussen und die Art und Umstände der Unterbringung, etwa in Turnhallen, beschrieben. Die Dauerpräsenz der Kollegen und fehlende Rückzugsmöglichkeiten verursachen auch innerhalb der Gruppen und Züge Spannungen und Konflikte. Die Polizeibeamten erfahren sich selbst als gereizter und daher auch in der Auseinandersetzung mit Demonstranten als ungeduldiger und weniger tolerant.

- c) Dauer und Art des jeweiligen Einsatzes und äußere Bedingungen werden als drittes belastendes Element genannt. Viele Beamte berichten von 20- bis 22stündigen Einsätzen ohne Pause und von stundenlangem, nach ihrer Ansicht "völlig sinnlosem Herumstehen", das für sie nicht mehr einsehbar ist und oft bis zur Erschöpfung reicht. Dadurch würde die Gefahr von Überreaktionen erhöht, zu Diskussionen und anderen deeskalierenden Maßnahmen sei dann niemand mehr in der Lage.

"Wenn du mal 12 Stunden gestanden hast, ohne dich hinsetzen zu können, dann gehst du schon mal eher mit Gewalt vor."

(Seminar 2)

"Du bist ja auch gar nicht mehr in der Lage, mit jemandem zu diskutieren. Wenn es dann natürlich 'räumen und Schlagstock wird angedroht' (heißt), dann geht es tatsächlich rund."

(Seminar 2)

Diese körperlichen und psychischen Belastungen durch den Einsatz und die damit verbundenen Frustrationen und Spannungen führen nach Ansicht der Polizeibeamten zu verändertem Konfliktverhalten. Bestimmte Handlungsalternativen, etwa Gespräche, ruhiges Zuhören, Abwarten etc. werden in einer gereizten und ungeduldigen Stimmung von den Polizeibeamten nicht mehr wahrgenommen. Gleichzeitig wird auf bestimmte Reize, auf Anlässe oder Anordnungen durch Vorgesetzte schneller und häufiger mit aggressivem, zum Teil gewaltsamen Verhalten reagiert. Wut und Aggressionen, die durch Einsatzbedingungen erzeugt sind, werden so schon mal unkontrolliert an den Demonstranten ausgelassen.

"Das ist so ein Dampfkesselmodell, so langsam gar gekocht

oder so. Und wenn du irgendwann das Knöpfchen weg machst, dann kommt der Dampf raus. Das ist auch total menschlich."

(Seminar 2)

Schließlich bieten sich in Konfliktsituationen die Demonstranten auch als ideale "Sündenböcke" an, denen man die Schuld an den zu ertragenden Belastungen zuschreiben kann.

"Ja, ich hatte schon eine Wut auf die Demonstranten... Wenn die ja net demonstriert hätten, bräucht ich nicht den Schlammassel mitmachen."

(Seminar 2)

4.1.3 Konflikterfahrung, Handlungsunsicherheit und Eskalationsgefahr

Die Frage nach den konkreten Konflikterfahrungen der Polizeibeamten war eine zentrale Dimension unserer Untersuchung. Unser theoretisches Interesse an dieser Frage beruht auf der Annahme,

- a) daß zur Analyse von Konflikten und vor allem von Eskalationsprozessen in Konflikten die objektive Beschreibung des Konflikts (Konfliktthema, Konfliktbeteiligte, Aktionsformen etc.) ergänzt werden muß um die jeweilige individuelle Perspektive der Beteiligten und um die kollektiven Prozesse des Konfliktwahrnehmens, der Situations- und Realitätsdefinitionen;
- b) daß die Rekonstruktion von Konfliktsituationen aus der Perspektive der daran Beteiligten (hier: der Polizeibeamten) wichtige Hinweise gibt auf die handlungsrelevanten Strukturen und Merkmale der Situation;
- c) daß schließlich das Handeln in Konfliktsituationen nicht allein aus vorgegebenen kollektiven Merkmalen der Beteiligten abzuleiten ist, sondern durch situative Bedingungen mit beeinflusst wird.

Unsere Vermutung war nun, daß dies auch für das Verhalten von Polizeibeamten in Konfliktsituationen gilt.

Zwar versucht die Polizei durch klare hierarchische Organisation von Handlungsbefugnissen, durch Routineprogramme und präzise Rollenvorschriften individuelle Handlungsspielräume einzuschränken und damit subjektive Elemente polizeilichen Rollenhandelns weitgehend zu kontrollieren. Dies entspricht dem Bild eines Polizeibeamten, der die Verhaltensweisen der Vorgesetzten mechanisch

(d.h. unter Verzicht auf eigene Interpretation und Beurteilung) in vorgegebene, immer gleiche Handlungen umsetzt.

In der Realität findet man jedoch dieses mechanische Rollenhandeln nur selten. Auch in Konfliktsituationen werden deshalb Anordnungen, Befehle und Weisungen der Vorgesetzten von den ihnen unterstellten Polizeibeamten immer auch interpretiert und möglicherweise selektiert und modifiziert, etwa entsprechend der jeweiligen Situationsdefinition der Beamten.

Im folgenden soll daher auf einige Faktoren hingewiesen werden, die nach Darstellung der Seminarteilnehmer in Konfliktsituationen für sie handlungsrelevant sind. Die Unvorhersehbarkeit der Situation wird durch diese Faktoren bedingt.

4.1.3.1 Das Verhalten der Demonstranten

In der konkreten Konfliktsituation ist es für den Polizeibeamten zunächst nicht vorhersehbar, welche Aktionen von seiten der Demonstranten zu erwarten sind und in welchem Ausmaß er selbst in die Gefahr kommt, angegriffen oder verletzt zu werden. Diese Unabwägbarkeit des Verhaltens der Demonstranten beruht zum einen darauf, daß Informationen über Absichten, Ziele und Vorgehen der Demonstranten kaum vorhanden sind. Sie ist andererseits jedoch prinzipieller Natur insofern, als Konfliktsituationen ihre je eigene, unvorhersehbare Dynamik entwickeln und von Randbedingungen geprägt sind, die oft zufälliger Natur sind und daher nicht kontrolliert und vorhergesehen werden können. Wie die Diskussion über das polizeiliche Bild von den Demonstranten gezeigt hat, gehen die Polizeibeamten davon aus, daß stets eine Teilgruppe der Demonstranten allein an gewaltsamen Aktionen interessiert ist und nur auf eine günstige Gelegenheit wartet, um gegen die Polizei vorzugehen. Aufgrund dieser generalisierten Vorstellung vom polizeilichen Gegenüber sind daher Mißtrauen und vorsichtiges Verhalten in Konfliktsituationen notwendig und situationsunabhängig Komponente und Merkmal polizeilichen Handelns. Für den Einsatzbeamten ist das sichere und rechtzeitige Erkennen dieser Demonstrantengruppe wichtig. Kategorisierung und Typisierung der Demonstranten anhand äußerer Merkmale und angenommener Handlungsabsichten erleichtern die Orientierung und reduzieren so die subjektive Verunsicherung der Polizisten in der Situa-

tion. Das Erkennen von Handlungsabsichten anhand äußerer Merkmale ist deshalb für die Beamten von besonderer Bedeutung. Eine ungenaue Zuordnung von äußeren Merkmalen und vermuteten Handlungen würde das Risiko des Einsatzes und damit die Unsicherheit und Angst der Polizeibeamten erhöhen.

Häufig werden in der Konfliktsituation von den Vorgesetzten daher zusätzlich gezielte, meist kontrastverschärfende Informationen gegeben, die die grundlegende Vorsicht der Beamten noch verstärken sollen. Diese stereotypen Informationen, die meist am "schlimmsten Fall" orientiert sind, werden jedoch in ihren Auswirkungen von den Diskussionsteilnehmern als ambivalent beschrieben. Wie in unseren Diskussionen deutlich wurde, werden dadurch häufig das Mißtrauen und die Angst gegenüber den Demonstranten noch erhöht. Dies kann nun seinerseits zu Fehlinterpretationen des Verhaltens der Demonstranten führen und auf der Seite der Polizei unüberlegte, übereilte und unangemessene Reaktionen zur Folge haben.

"Daß wir praktisch immer mit dem Schlimmsten, dem Negativsten zu rechnen haben, das kriegen wir gesagt."

(Seminar 1)

"Wenn ich nur drauf eingestellt werd', da ist irgend etwas zu erwarten ... und es ist mit gewalttätigen Störern zu rechnen ... daß ich dann nur noch drauf gedrillt bin ... drauf zu achten, wer will von denen was ... wer kommt auf dich zu und will dir an den Kragen."

(Seminar 1)

"Wenn ich von allen Seiten zu hören krieg', die sind gewalttätig, dann habe ich Angst ... und bin nervös ... Dann ist natürlich der Schritt kleiner irgendwann dann, wenn ein faules Ei geflogen kommt, gespannt zu reagieren."

(Seminar 1)

Stereotype, kontrastverschärfende Informationen ermöglichen also einerseits schnellere Orientierung und verringern so die prinzipielle Unvorhersehbarkeit des Situationsgeschehens, vor allem des Verhaltens der Demonstranten. Sie bauen jedoch andererseits Mißtrauen und Angst auf und verhindern so deeskalative Maßnahmen und umsichtige Reaktionen von seiten der Polizei.

"Und das ist der springende Punkt, daß von vornherein immer das Gegnerbild besteht, die wollen uns was. Und daß von uns kein Mut besteht, auf die mal zuzugehen." (Seminar 1)

Es sind vor allem die jungen, einsatzunerfahrenen Beamten, die ausführlich über die eskalierende Funktion von Feindbildern, von stereotypen Vorstellungen über die Demonstranten diskutiert haben. Ihre einsatzerfahrenen Kollegen des zweiten Seminars bestätigen allerdings grundsätzlich diese Gefahr, die einseitige Informationen und stereotype Vorstellungen über die Demonstranten für das eigene Verhalten im Konflikt haben können. Sie haben im Einsatz erlebt, daß in Situationen mit hoher psychischer und körperlicher Belastung ein Freund-Feind-Denken die eigene Bereitschaft zu entschlossenem, härteren Vorgehen gegen die Demonstranten noch erhöhen kann. Allerdings spielte diese Vorstellung in der Diskussion eine weniger zentrale Rolle. Die Polizeibeamten hatten in einer Vielzahl von Einsätzen die Erfahrung machen können, daß sie in der Regel rechtzeitig die Gefahr, die von bestimmten Demonstrantengruppen ausging, erkennen konnten und daß sie andererseits auch dem friedlichen Charakter der anderen Demonstranten vertrauen konnten. Kontakte und Gespräche mit den Demonstranten schafften nach ihrer Ansicht zusätzlich Verständnis für die Demonstranten und auch Vertrauen in deren friedliche Absicht. Sie sind daher für eine adäquate Einschätzung des Gegenübers wichtig, da so nach Meinung der Seminarteilnehmer Mißtrauen und Angst abgebaut würden und das eigene Verhalten angemessener, rücksichtsvoller und weniger hart ausfalle.

4.1.3.2 Das Verhalten der Vorgesetzten

Ein zweiter Unsicherheitsfaktor und zugleich zentraler Orientierungspunkt des Verhaltens von Polizeibeamten ist das Verhalten der Vorgesetzten. Die Vorgesetzten haben die Möglichkeit und Befugnis, durch Befehle und Anordnungen auf das Verhalten ihrer Untergebenen restriktiv und bestimmend einzuwirken. Dies bedeutet für den einzelnen Beamten, daß er durch die Anweisungen seiner Vorgesetzten zu Verhaltensweisen gezwungen wird, die ihn einerseits persönlich in Gefahr bringen können, ihm andererseits bestimmte Verhaltensweisen wie die Anwendung von Gewalt abverlangen.

Da beide Möglichkeiten für den Beamten mit einem hohen physischen Risiko einerseits bzw. mit psychischen Belastungen andererseits verbunden sind, muß der Beamte darauf vertrauen können, daß der

Vorgesetzte solche Situationen nicht unnötig hervorruft oder gar provoziert. Er muß daher den Kenntnissen, Fähigkeiten, Reaktionen und Entscheidungen der Vorgesetzten vertrauen können. Bereits bei der Schilderung des Verhältnisses zwischen Vorgesetzten und Untergebenen aus der Sicht der Polizeibeamten ist deutlich geworden, daß von den jungen Beamten deshalb neben fachlichen und didaktischen Kompetenzen vor allem auch persönliche Überzeugungskraft und Verantwortlichkeit von den Führungskräften gefordert wurde. Nur dann sei eine Orientierung an Vorgesetzten letztendlich möglich.

"Ich finde es sehr wichtig, daß man einen Chef hat .. der genau weiß was er macht .. an so einem Mann orientiere ich mich gern."

Das wird auch von den Vorgesetzten selbst so gesehen:

"Das was wir für unsere Arbeit brauchen ist Vertrauen. Ohne Vertrauen, nur mit Hierarchie kommen wir nicht weiter."

Wie die Erfahrungen der Polizeibeamten des zweiten Seminars jedoch zeigen, können sie sich im Einsatz nur eingeschränkt darauf verlassen, daß ihre Vorgesetzten auch situationsangepaßte, maßvolle Entscheidungen treffen. Eine Reihe von Seminarteilnehmern war vielmehr der Meinung, die Vorgesetzten versuchten häufig ihre Aufgabe und Verantwortung möglichst ohne Risiko wahrzunehmen. Die Seminarteilnehmer verwiesen auf ihre Erfahrungen bei Großeinsätzen, wo von den Vorgesetzten z.B. besonders starke und permanente Polizeipräsenz angeordnet worden sei, die in keinem Verhältnis zur Zahl der Demonstranten oder zum tatsächlichen Ablauf der Demonstrationen gestanden habe. Sie berichten davon, daß ihnen Gespräche mit Demonstranten verboten worden seien und die Vorgesetzten das Verhalten der ihnen unterstellten Beamten besonders strikt reglementierten und starr an den Vorschriften ausrichteten. Hinter solchen Maßnahmen vermuteten die Seminarteilnehmer die Absicht der Vorgesetzten, in ihrem Aufgabenbereich und in ihrer Zuständigkeit möglichst keine Fehler zu begehen und sich durch strikte Regelerorientierung vor den Risiken möglicher Sanktionen abzusichern.

Diese vermutete Einstellung ihrer Vorgesetzten hat nun für die Konfliktsituation und die Situation der einzelnen Beamten einige unerwünschte und sicherlich unbeabsichtigte Folgen:

a) Der Ermessens- und Handlungsspielraum der eingesetzten Poli-

zeibeamten wird durch die Vorgesetzten eingeschränkt. Deeskalativ ausgerichtetes Verhalten wie Gespräche und Kontakte mit Demonstranten werden so verhindert. Mißtrauen und Anspannung können nicht abgebaut werden. Das Nicht-Handeln-Können führt vielmehr zu weiteren Anspannungen und Aggressionen.

- b) Der Polizist, der in vorderster Linie steht, erfährt seinen Einsatz oft als sinnlos und muß unnötige Belastungen in Kauf nehmen, die er sich nicht erklären kann.

"Viele Einsätze sind für uns sinnlos. Wir stehen da bloß rum ohne Informationen, nicht nur eine Stunde, sondern 10, 12 Stunden und länger."

(Seminar 2)

"... und dann müssen wir 200 oder 400 m hin und her laufen, kein Mensch auf der anderen Seite. Das war so sinnlos, und da kommst du dir verarscht vor und kriegst schon einen Hals auf die eigenen Anordnungen."

(Seminar 2)

- c) Die Risikoscheu der Vorgesetzten produziert letztlich Entscheidungen, die nicht situationsangemessen sind und daher von den Demonstranten als Provokation mißverstanden werden können. Dies kann etwa dann geschehen, wenn deeskalatives Verhalten (Gespräche und Kontakte zwischen Polizisten und Demonstranten) plötzlich auf Befehl abgebrochen werden muß oder gar von geschlossenem Einschreiten gegen die Demonstranten gefolgt wird. Oder dann, wenn aufgrund einzelner Gefährdungen und Gewalttätigkeiten von seiten der Demonstranten Befehle gegeben werden, die auch von Polizeibeamten an bisher friedlichen Abschnitten befolgt werden müssen.

Die Polizeiführung und die eigenen Vorgesetzten sind somit nach Ansicht einer großen Zahl der Diskussionsteilnehmer der Seminare 1 und 2 nicht unbeteiligt am Entstehen von Situationen, die aggressivem Verhalten auf seiten der eingesetzten Polizisten förderlich sind oder für die Demonstranten unverständlich und provozierend sind.

Diese sehr kritische Betrachtung des Verhaltens der Vorgesetzten wird komplementär bestätigt durch die Ausführungen der Gruppen- und Zugführer. In ihrer Verantwortung als Vorgesetzte erscheint

es ihnen unmöglich, anders als am schlimmsten Fall orientiert zu entscheiden und damit eventuell die Gesundheit ihrer Beamten aufs Spiel zu setzen. Ebenso groß ist die Angst, das Verhalten ihrer Untergebenen nicht mehr kontrollieren zu können und deren eigenmächtiges Handeln verantworten zu müssen. Deshalb versuchen die Vorgesetzten, den Verhaltensbereich der eingesetzten Polizeibeamten möglichst präzise zu definieren und einzuengen, um so deren Handlungsfähigkeit zu erhalten. Gespräche und Kontakte werden verboten, weil die Polizeibeamten in Diskussionen mit Demonstranten meist argumentativ unterlegen seien. Informationen über die Demonstranten oder gar die Hintergründe des Konflikts könnten zu Wissenskonflikten führen und damit die Handlungsfähigkeit der unterstellten Beamten destabilisieren. Deshalb werden nur gefilterte und in der Regel kontrastverschärfende Informationen weitergegeben. Dazu ein Zugführer:

"Es ist die Angst, wenn die Leute informiert sind und zu Problemen Position beziehen und dann in den Einsatz kommen: Wie werden sie sich verhalten?"

"... der Widerspruch, z.B. ein Objekt zu schützen, das man selbst ablehnt, den kann ich vielleicht selbst noch aushalten, aber bei 30 Leuten weiß ich nicht, ob ich das noch regeln könnte."

(Seminar 3)

4.1.3.3 Das Verhalten der Kollegen

In der konkreten Konfliktsituation und hier vor allem bei zu erwartender Konfrontation oder polizeilichem Vorgehen gegen die Demonstranten wird das Verhalten der unmittelbaren Kollegen für die Polizeibeamten handlungsorientierend. Dies hat verschiedene Gründe: Es ist zum einen Resultat einer generellen Handlungsunsicherheit vor allem bei jungen Beamten, die nicht wissen, ob sie die Anordnungen der Vorgesetzten richtig ausführen. In dieser Situation orientiert man sich am Verhalten der Kollegen.

"Wenn man vorne steht, orientiert man sich gezwungenermaßen an denjenigen, die um einen herumstehen, mit dem einfachen Gedanken: 'Wenn 10 Leute was machen, ist das nicht so falsch, wie wenn einer was alleine macht.'"

(Seminar 1)

Darüber hinaus muß sich der Beamte in der Angst vor Verletzungen darauf verlassen können, daß der Kollege ihm hilft und für ihn einsteht. Dazu aber ist es notwendig, den Kollegen zu kennen, zu wissen, wie er reagiert, und ihm vertrauen zu können. Für die jungen Polizeibeamten, die noch keine Einsatzerfahrungen hatten, war aber genau dies ein großes Problem. Ihre eigene Handlungsunsicherheit wird noch verstärkt durch die Ungewißheit, welche Kollegen man im Einsatz neben sich hat und wie diese sich verhalten: Ob sie aggressiv reagieren und zusätzliche Gefahr heraufbeschwören oder ob sie ruhig und gelassen sind und daher helfen können, wenn Angst oder Wut die Kontrolle des eigenen Verhaltens erschweren.

"Und was ist, wenn es ernst wird und ich stehe neben so jemand, hält der dann zu mir?"

"... Ich kann ja auch ausflippen, und ich werde jetzt frustriert und denk': 'Jetzt langt's mir aber absolut!' Daß ich dann weiß, wenn ich zwischen zwei Mann stehe, die zwei haben ein Auge auf mich und an denen kann ich mich zur Not, und wenn ich noch so große Angst habe, festhalten ... Dann muß ich aber auch wissen im Vorne hinaus, daß die zwei bereit sind, mir Halt zu geben und mich aufzubauen."

(Seminar 1)

Diese Unsicherheit der einsatzunerfahrenen Beamten bezüglich des Verhaltens ihrer Kollegen in Konfliktsituationen wird weder in der Ausbildung noch in der Einsatzvorbereitung thematisiert und erst durch die konkrete Einsatzerfahrung relativiert. Denn, wie die Beamten mit vielfacher Einsatzerfahrung berichten, sind im Einsatz selbst und vor allem beim Ausbruch von Gewalttätigkeiten Solidarität und Zusammenhalten kein Problem mehr.

"Da wird nicht mehr drüber diskutiert, wenn's hart auf hart kommt, dann wird zusammengehalten."

(Seminar 2)

Diese Solidarität ist in der Konfliktsituation zur Reduzierung von Unsicherheit und Angst und zur Herstellung der eigenen Handlungsfähigkeit unbedingt notwendig. Sie trägt aber auch über die Konfliktsituation hinaus und schützt den einzelnen vor möglichen rechtlichen Konsequenzen eigenen unrechtmäßigen Verhaltens bei Demonstrationen.

"Letztendlich geht keiner von uns hin und schießt den, der Demonstranten verprügelt, und zeigt den an. Man hat dafür

Verständnis."

(Seminar 2)

Dies kann nun für den Verlauf und die Eskalation von Demonstrationen von entscheidender Bedeutung sein. Denn das Gelingen der Affektbeherrschung und Selbstkontrolle ist ganz entscheidend von der Sanktionsdrohung abhängig. Fehlt diese, so fehlt auch der äußere Zwang zur Disziplinierung spontaner Impulse und Affekte.

4.1.3.4 Einstellungs- und Gewissenskonflikte als Aspekte der Handlungsunsicherheit

Wir haben bisher auf drei Faktoren aufmerksam gemacht, die nach Auskunft der Seminarteilnehmer in den Konfliktsituationen handlungsrelevant und handlungsorientierend sind. Es waren dies die Erwartungen, Anordnungen bzw. Verhaltensweisen der Personen, die am Konflikt beteiligt sind: der Demonstranten, der Kollegen und der eigenen Vorgesetzten.

In unserer Zusammenfassung der Diskussion konnten wir viele Beispiele dafür finden, wie widersprüchlich die Erwartungen dieser drei Personengruppen wahrgenommen werden. Wenn etwa die Vorgesetzten striktes Regeleinhalten verlangen, während die Demonstranten von den Polizeibeamten in vorderster Linie ein eher offenes, gesprächsbereites Verhalten erwarten. Auch in Konflikten kennzeichnen also divergente Erwartungen die Situation der Polizeibeamten. Der polizeitypische Rollenkonflikt wird hier besonders deutlich.

Während sich dieser Rollenkonflikt auf unterschiedliche an den Polizeibeamten gerichtete Verhaltenserwartungen bezieht, wurde in den Gruppendiskussionen ein zweiter Grundkonflikt thematisiert. Dieser zweite Komplex bezieht sich eher auf das Verhältnis zwischen den Polizeibeamten als Person, als Individuum und seiner Rolle als Polizist. Damit sind jene persönlichen Konflikte angesprochen, die entstehen, wenn der polizeiliche Auftrag kollidiert mit der eigenen Meinung und Einstellung zum Konfliktthema; oder wenn das eigene konkrete Konfliktverhalten zusätzlicher Begründung bedarf, etwa beim Einsatz gewaltsamer Mittel gegen Demonstranten.

Von allen drei Seminargruppen wurden diese Einstellungs- und Rechtfertigungskonflikte als verunsichernd und belastend be-

schrieben. Vor allem bei Großeinsätzen anlässlich ökologischer oder friedenspolitischer öffentlicher Auseinandersetzungen und Proteste sind vielen Polizeibeamten die Anliegen und Einstellungen der Demonstranten verständlich oder stimmen gar mit ihrer eigenen politischen Einstellung zum Konfliktthema überein, so daß, wie ein Seminarteilnehmer meinte, "man eigentlich auf der anderen Seite stehen mußte". In einer solchen Situation wird dann von ihnen als Polizeibeamten ein Verhalten erwartet, das als gegen die eigenen Interessen und Überzeugungen gerichtet erscheint. Die prinzipielle Richtigkeit ihres Handelns wird so in Frage gestellt.

"Wir hatten Zweifel an der Richtigkeit unserer Anwesenheit (an der Startbahn). Auf jeden Fall waren viele bei uns dabei, die das nicht richtig fanden. In den Zügen haben wir auch darüber diskutiert, ob es sinnvoll ist und wie der einzelne dazu steht. Und da sind doch sehr viele mit Zweifel und gemischten Gefühlen hingefahren. Die sich gesagt haben: 'Angenommen, heute wären die politischen Konstellationen anders, dann würde die Startbahn unter Umständen nicht gebaut.' Das ist ein Gewissenskonflikt."

(Seminar 3)

Durch diesen Grundkonflikt wird der Polizeibeamte in seinem Verhalten extrem verunsichert. Er muß sich daher, um handlungsfähig zu bleiben, mit diesem Konflikt auseinandersetzen und eine Lösung finden.

"Und es muß sich also jeder damit auseinandersetzen, ob ich jetzt pro oder contra bin. Und wenn ich halt contra bin, muß ich die Sache auch ausführen. Dann ist das nur für mein Gewissen eine schlechte Sache."

(Seminar 1)

Kennzeichnend für die Situation der Polizeibeamten ist nun, daß eine klare Lösung dieses inneren Konflikts im Sinne einer Entweder-Oder-Entscheidung nach ihrer Ansicht in der Regel nicht möglich ist. Die individuellen Kosten einer solchen Entscheidung, die z.B. auf Befehlsverweigerung oder gar Berufsaufgabe hinauslaufen könnte, erscheinen als zu hoch.

"Ich kann jeden verstehen, der das nicht verkraftet. Ich hab'da vorne minimale Entscheidungsmöglichkeiten und Spielraum. Ich muß mich ja an gewisse Dinge halten, sonst kann ich zu mir sagen: 'Zieh'den Rock aus! Das ist sowieso nichts

für mich. Du mußt da abwägen. Kommste also immer damit in Konflikt oder nicht?' Meiner Ansicht nach sind das so wenige Sachen, die müssen halt irgendwie bestens gelöst werden."

(Seminar 1)

Die Einstellungskonflikte finden daher auch häufig eine eher pragmatische als grundsätzliche Lösung. Für die einsatzerfahrenen Polizeibeamten des Seminars 1 war es noch unabsehbar, wie angesichts solcher grundlegenden Probleme ein sicheres Handeln in Konfliktsituationen überhaupt möglich sei.

"Was mache ich, wenn mein Beruf von mir verlangt, etwas gegen meine Überzeugung zu tun?"

"Wie gehe ich mit persönlichen Gewissenskonflikten um?"

(Seminar 1)

Unsicherheit und Orientierungslosigkeit angesichts dieser inneren Konflikte dominieren die Vorstellung vieler junger Polizeischüler. Von daher sehen sie sich auch zwischen allen Fronten: Zwischen den vielfach verständlichen Zielen der Demonstranten einerseits und den beruflichen Pflichten und Erwartungen der Vorgesetzten andererseits bleiben die eigene Person und die eigene Meinung häufig unberücksichtigt.

Anders, als man zunächst erwarten könnte, waren die Einstellungs- und Gewissenskonflikte für die einsatzerfahrenen Beamten des zweiten Seminars nicht mehr im gleichen Maße verunsichernd. Durch die vielfache Einsatzpraxis haben sich bereits stabilere Handlungsorientierungen herausgebildet. Sie vermögen dem einzelnen Polizeibeamten Sicherheit in der Konfliktsituation zu geben trotz innerer Zweifel und Kritik am Auftrag der Polizei. Diese eher pragmatische Stabilisierung des eigenen Handelns ergibt sich aus den Anforderungen und spezifischen Handlungsbedingungen der Konfliktsituation. Sie bedeutet jedoch (wie viele der Polizeibeamten übereinstimmend äußerten) keineswegs eine Lösung der Gewissenskonflikte. Vielmehr haben die Polizeibeamten gelernt, mit diesen Konflikten zu leben, damit umzugehen, etwa "indem man das Rechtliche vorschiebt" (Seminar 2). Die inneren Konflikte sind so zwar nicht mehr im gleichen Maße verunsichernd, wie das noch für die einsatzerfahrenen Polizeibeamten galt - sie bilden jedoch weiterhin eine enorme psychische Belastung für die Beamten und beeinflussen daher auch das Verhalten der Beamten im Einsatz, wie einige der Seminarteilnehmer berichteten. Übereinstimmung mit den Demonstranten in der Sache führt nach ihrer Ansicht eher zu

verständnisvollere, einsichtige Verhalten und verstärktem Bemühen um Deeskalation und Entspannung in der Konfliktsituation, während andererseits divergente Standpunkte auch in der Konfliktsituation eher eskalativ wirken können.

"Ich könnt' mir vorstellen, grad die Startbahn West da, wenn man da eingesetzt wird und ist auch dagegen und dann kommen die Demonstranten gegen die Polizeikett', daß man dann vielleicht ruhiger wirkt und versucht, mit denen zu reden, ... und daß man den Frust, den man hat, weil das Wochenende versaut ist, in dem Moment dann vergißt. Aber ich könnt' mir auch vorstellen, daß andere, die für die Startbahn sind und gegen die Demonstranten, daß die ganz anders tätig werden gegen die. Daß der Frust, wo sie dann schon haben, daß der sich dann noch verstärkt, und dann gegen die losgehen. Und gar nicht versuchen, die anzuhören, mit denen zu reden."

(Seminar 1)

Viele der Seminarteilnehmer fühlen sich mit diesen inneren Konflikten bei der Polizei allein gelassen. Die Einsatzvorbereitung oder -nachbereitung biete ihnen keine Möglichkeit, über diese Probleme mit Kollegen und vor allem mit Vorgesetzten zu reden.

4.1.3.5 Konfliktverhalten und Emotionen

Wie unsere bisherigen Diskussionsauswertungen zeigen, sind Konfliktsituationen für die eingesetzten Polizeibeamten durch ein hohes Maß an Unvorhersehbarkeit und an Handlungsunsicherheit gekennzeichnet. Die Orientierung an Kollegen und Vorgesetzten, die Typisierung der Demonstranten und das "Abschalten" innerer Konflikte verweisen auf verschiedene Mechanismen, mit denen versucht wird, die Situation zu strukturieren, zu ordnen und so Sicherheit im eigenen Verhalten zu gewinnen. Zu diesen Mechanismen, die wir als kognitive Mechanismen bezeichnen, gehören Prozesse der Wahrnehmung der Konfliktbeteiligten, Prozesse der Informationssuche und Informationsverarbeitung, der Attribuierung von Handlungsabsichten und Motiven; allgemein: Prozesse der Situationsdefinition und Situationsdeutung. Für Konfliktsituationen aber, die nicht nur unvorhersehbar und unkontrollierbar sind, sondern zudem eine potentielle Gefahr für die eigene Gesundheit darstellen, dürfte neben rein kognitiven Prozessen das emotionale

Erleben besonders bedeutsam sein. Emotionen können dabei sowohl bedingt sein durch Kognitionen (z.B. durch ein stereotypes Gegenbild) als auch die Prozesse der Informationssuche selbst beeinflussen - wie am Beispiel von Negativ-Informationen und worst-case-Denken von den Polizeibeamten immer wieder deutlich gemacht wurde. Sie sind in jedem Fall eng mit der Beurteilung der Situation und mit dem eigenen Verhalten verknüpft.

Im folgenden sollen daher einige wichtige Aspekte der Diskussion zur Frage der Emotionen im Konflikt dargestellt werden. Dies nicht in systematischer Absicht, sondern wie sie von den Polizeibeamten selbst thematisiert wurden. Wichtig für uns war die Frage, wie Polizeibeamte selbst die Bedeutung von Gefühlen für ihr Verhalten einschätzen, welche Erklärungen sie dafür haben und wie sie versuchen, mit ihren Gefühlen umzugehen.

In allen Seminaren wurde - nahezu übereinstimmend - die grundsätzliche Bedeutung von Gefühlen für das eigene Verhalten im Konflikt hervorgehoben. Das Erleben von Unsicherheit und Angst, von Frustration und Wut, von Ohnmacht und Selbstzweifeln in Konfliktsituationen wird von den Polizeibeamten dabei als ein nur schwer kontrollierbares Element des eigenen Handelns angegeben.

a) Berufserfahrung und Routine und die Bedeutung der Gefühle
Für die jungen Polizeibeamten ohne Einsatzerfahrung war die Frage, wie man mit den eigenen Gefühlen zurecht kommen soll und wie man sich angesichts solcher Gefühle wie Angst und Unsicherheit in Konfliktsituationen verhalten wird, noch vollkommen ungeklärt und nur schlecht antizipierbar.

"Man kennt sich selbst nicht mehr in so Situationen ... Man kann sich das ja gar nicht vorstellen."

"Wie man selbst reagiert, das weiß man ja vorher nicht."

(Seminar 1)

Ihre Kollegen aus dem zweiten Seminar hingegen wußten aufgrund vielfacher Erfahrungen, daß sie trotz dieser Gefühle im Konfliktfall handlungsfähig sind. Sie haben jedoch die Erfahrung gemacht, daß Angst und Unsicherheit sich häufig in nervösen, unangemessenen und zum Teil gewaltsamen Verhaltensweisen äußern können. Diese Reaktionen sind auch für sie selbst nicht mehr kontrollierbar und führen nach ihrer Ansicht zu einer zusätzlichen Eskalation des Konflikts. Sie sind zudem für die Polizeibeamten eine psychische Belastung, vor allem dann, wenn für den eigenen Ein-

satz von Gewalt kein "gutes" Argument gefungen werden kann. Auf eine zunehmende Handlungssicherheit und psychische Stabilisierung verweisen hingegen einige Seminarteilnehmer aus dem dritten Seminar. Allerdings scheint die Sicherheit im eigenen Verhalten bedingt zu sein durch die Überwindung von Skrupel im Umgang mit Gewaltmaßnahmen, auch wenn diese affektbedingt sind, und durch einen weitgehenden Verzicht auf einen kontrollierten, situationsangemessenen Einsatz von Gewalt.

"Der Horror kommt dann, wenn man Gewalttätigen gegenüber steht. Die wehren sich, treten und spucken und beschimpfen einen. Dann werden sie (die jungen Polizeibeamten) unsicher. Da wissen sie nicht mehr, was sie machen sollen.

... und dann geht's um die Hemmschwelle, wann es losgeht mit Gewalt. Die Kräfte, die mehr Einsatzerfahrung haben, denen macht das nix mehr aus, die sind sich da sicher. Die wissen genau, wenn der so reagiert, dann kommt bei mir ... der Gummiknüppel. Ein Beamter mit wenig Einsatzerfahrung, der scheut sich davor zurück, jemand zu schlagen. Das ist ein ungeheures Problem. Ich hab' da heute keine Probleme mehr mit. Ich weiß genau, ich setze eine Maßnahme durch mit Gewalt bis zum geht nicht mehr."

(Seminar 3)

Der eigene Einsatz von Gewalt ist für diese Gruppe von Polizeibeamten nicht mehr belastend. Sie selbst beschreiben diese Veränderung im Umgang mit Gewalt als Folge langjähriger Praxis. Die Anwendung von Gewalt ist somit das Ergebnis eines Lernprozesses: Wo noch die einsatzunerfahrenen Polizeibeamten generell verunsichert waren über mögliche körperliche Gefährdungen der Demonstranten durch den Einsatz polizeilicher Gewaltmittel; wo von den einsatzerfahrenen jungen Polizeibeamten noch Skrupel geäußert wurden hinsichtlich der "Angemessenheit" und "Richtigkeit" von Gewaltanwendung, da hat sich für eine Gruppe von Vorgesetzten mit längerer Berufs- und vielfacher Einsatzerfahrung ein Verhaltensmechanismus bewährt, der allein der (vermeintlichen) eigenen Sicherheit dient und Bedenken hinsichtlich der Angemessenheit bzw. möglicher Konsequenzen von polizeilicher Gewaltanwendung "überwunden" hat.

"Also, mich belastet das nicht. Mich auch überhaupt nicht. Die Ursache kommt in dem Moment ja nicht von mir. Das hab' ich ja vorhin schon mal gesagt, daß wir hauptsächlich rea-

gieren ... und da mach' ich mir doch nicht so viel Gedanken drum ... Wenn man das öfters macht, dann ist das ganz normal. Das Ganze (sich Gedanken, Skrupel etc. machen) kommt bei den jüngeren mehr aus Gefühl heraus, mehr impulsiv, daß bei uns das Denken in eine ganz andere Richtung geht; Sicherheit."

(Seminar 3)

Die Legitimation für das eigene gewaltsame Vorgehen ist generalisiert in der Vorstellung, selbst immer nur zu reagieren, während die eigentliche Ursache für Gewalteininsatz immer beim Gegenüber liegt. Situationsangemessenes, flexibles Verhalten ist unter solchen Bedingungen nur schwer möglich. Auch die Frage, ob eine gewaltsame Reaktion der Polizei auf ein gewaltsames Vorgehen von Teilen der Demonstranten die Eskalation des Konfliktes noch verschärft, stellt sich dann für diese Teilgruppe der Polizeibeamten nicht mehr.

b) Ursachen von Emotionen und Auswirkungen auf das Konfliktverhalten der Polizeibeamten

Nach diesen ersten Hinweisen auf die unterschiedliche Beurteilung der Bedeutung von Gefühlen zurück zur Frage danach, wodurch Frustrationen, Aggressionen und Angst nach Ansicht der Polizeibeamten bedingt werden und welche Auswirkungen sie nach ihrer Meinung auf das Konfliktverhalten haben. Bereits in ihrer Darstellung der vielfältigen Belastungen durch Umstände und Bedingungen des Einsatzes hatten die Polizeibeamten immer wieder von der Erfahrung berichtet, daß Enttäuschungen, Frustrationen und Belastungen durch die Einsätze Ärger, Wut und Aggressionen hervorrufen.

"Wir haben Wachen, Bereitschaft und sonstige Dienste und Einsätze; da gehen Wochenenden kaputt, und dann kommt auf einmal Einsatzbefehl: 'Demonstration, da und da hin'. Und dann werden wir dann irgendwo untergebracht, und der Komfort ist auch nicht der ideale, und da hat man dann ein bißchen Frust."

(Seminar 1)

"Wenn freitags mittags Feierabend ist, und es kommt dann noch schnell der Einsatzplan, und es heißt: 'Samstags morgen antreten!'", und man weiß nicht wohin und wie lange das dauert, dann hat man schon einen Hals, wenn man samstags

morgens dahin kommt. Dann wird man vielleicht Aggressionen während der Demonstration abbauen wollen. Da liegt die Gefahr."

(Seminar 1)

Diese Wut und Aggressionen werden nun in der Konfliktsituation zum Teil gegen die Demonstranten gerichtet. Die Polizeibeamten berichten selbst von diesem Mechanismus der Attribuierung (der Zuschreibung) von Schuld für die eigenen, zu ertragenden Belastungen an die Demonstranten.

"Ja sicher, die (Demonstranten sind ja im Prinzip an allem schuld. Und irgend einer muß ja dann der Sündenbock sein."

(Seminar 2)

Dies gilt selbst für jene Belastungen und Enttäuschungen, die offensichtlich auf organisatorische Fehler der Polizeiführung zurückzuführen sind.

"Das Liegen da im GruKaWe, die schlechte Verpflegung und das alles, das hab'ich nur zurückgeführt auf die Demonstranten. Und die Demonstranten waren in dem Sinn schuld daran. Nicht die Führung."

(Seminar 2)

Wie diese Aussagen verdeutlichen, ist einer Vielzahl der Polizeibeamten der Zusammenhang zwischen Emotionen und Wahrnehmungen (Kognitionen) wohl bewußt. Frustrationen führen zu Wut und Aggressionen, und diese beeinflussen die Wahrnehmung und Beurteilung der Demonstranten. Eine Gruppe von Seminarteilnehmern ging davon aus, daß die aggressiven Gefühle gegenüber den Demonstranten sich unmittelbar auch im Verhalten der Polizeibeamten niederschlugen. Diese Vorstellung wird allerdings von der Mehrzahl der Seminarteilnehmer nicht geteilt. Nach ihrer Meinung führen Frustrationen und daraus resultierende negative Gefühle gegenüber den Demonstranten allein noch nicht zu aggressivem oder gar gewalttätigem Verhalten. Enttäuschungen und Aggressionen sind in der Regel für die Polizeibeamten noch kontrollierbar, vor allem, solange die Demonstration als rechtmäßig und legitim angesehen wird.

"... die Wut hätt' ich nie entladen können in irgendwie Aggressivitäten. Weil ich der Meinung war, die demonstrieren zu recht."

(Seminar 2)

Es bedarf nach Ansicht der Seminarteilnehmer also zusätzlicher

Erfahrungen und Erlebnisse, bevor die Gefühle, bevor Wut oder Aggressionen gegenüber den Demonstranten die eigene Kontrolle übersteigen und sich in willkürlichen, unkontrollierten Gewaltaktionen ausdrücken. Die Seminarteilnehmer berichten über eine Vielzahl anderer Erfahrungen, die zur Erhöhung der inneren Anspannung, der Aggression gegenüber den Demonstranten beitragen können. Dies kann z.B. der Fall sein in Situationen, in denen der Polizeibeamte seinen Auftrag als sinnlos erfährt, etwa weil er über das polizeiliche Vorgehen und über Gründe für seinen Einsatz ebensowenig wie über die Konfliktgegner und deren Motive informiert ist; oder in jenen Situationen, in denen die Einschränkung von Handlungsspielräumen und strikte Weisungen durch Vorgesetzte für den Polizeibeamten das Gefühl der Ohnmacht, des Ausgeliefertseins und Nicht-handeln-Könnens erzeugen. Schließlich werden zusätzliche psychische Belastungen erzeugt, etwa durch dauernde Beleidigungen, durch entwürdigendes und verunsicherndes Verhalten von seiten der Demonstranten. Selbstzweifel, entwürdigende Erfahrungen und das Gefühl der Ohnmacht beeinträchtigen aber das Selbstbild und Selbstwertgefühl der eingesetzten Polizeibeamten.

"Und dann fühlt man sich selbst so ein bißchen als Roboter, wenn man da so im Glied steht."

(Seminar 1)

"Und dann sagen einige: 'Wir sind doch nur die Deppen, können nur hier stehen' ..."

(Seminar 3)

"Das war so sinnlos, und dann kamste dir verarscht vor. Da kriegste allein schon einen Hals gegen die eigenen Anordnungen."

(Seminar 2)

Eine adäquate Selbstdarstellung vor den Demonstranten und den Vorgesetzten und die Erfahrung von Anerkennung und Bedeutung der eigenen Person werden dadurch systematisch verhindert. Frustrationen und Aggressionen durch Einsatz und Einsatzbedingungen können somit in der konkreten Konfliktsituation durch zusätzliche psychische Belastungen gesteigert werden und daher beim geringsten Anlaß auch zu unkontrollierbarem und gewalttätigem Handeln führen.

Folgendes Zitat macht dies besonders deutlich:

"Ich hab' gesagt, ich hab' einmal geschlagen in Frankfurt. Das war an dem Montag, da haben wir 17, 18 Stunden gestanden

an dem Tag. Und es war eiskalt. Und da ging's schon morgens los, Sitzstreik gemacht, und da hat einer vor mir gesessen, der hat mich mindestens eine halbe Stunde angespuckt, und wir konnten nix machen. Und hat mich beschimpft: 'Du Bulle, du Drecksschwein!' und hat immer gespuckt. Ich war ruhig. Ich hab' nix gesagt. Und dann ging's weiter. Und dann mußten wir nochmals den Platz räumen, der hätt' nochmals sollen eingezäunt werden, und da haben die Störer drin gestanden. Dann haben wir eine Polizeikette gemacht und die weggedrängt. Und da haben wir schon 13, 14 Stunden gestanden. Und da war vor mir eine Frau ... die hat Stiefel angehabt, vorn mit einer Eisenkuppe. Wir drängen die weg, und plötzlich dreht die sich um und holt voll aus und tritt mir ans Schienbein ... Ich hab' schon gesehen, wie der Drillich sich rot gefärbt hat, und, oh, da hab' ich den Knüppel rausgezogen und hab' der von hinten so in die Waden geschlagen. Aber das ging mir die ganze Nacht lang, ging mir das durch den Kopf ... daß ich da geschlagen hab'. Aber in dem Augenblick hab' ich noch überlegt, wohin jetzt? Und dann hab' ich nach unten gezogen. Ich war aber wie wild, wie geschlagen."

(Seminar 2)

Eine solcher Aggressionsstau aufgrund von Frustrationen, von physischen und psychischen Belastungen wird auch von den Vorgesetzten als enorme Belastung beschrieben, die häufig zu unkontrollierbarem individuellen Verhalten führt.

"Und bei mir persönlich ist das so, ich freß' das ein bißchen in mich rein; bei mir staut sich das an. Und wenn da immer was auf mich zukommt, ich kann das zwar eine gewisse Zeit einstecken, aber irgendwann platzt der Kragen."

(Seminar 3)

Der Punkt, an dem die eigene Hemmschwelle überwunden wird, an der die Selbstkontrolle und "Sicherung" für das eigene gewaltsame Verhalten fällt, wird von den Beamten übereinstimmend mit Gewalt durch die Demonstranten beschrieben. Allerdings zeigen eine Reihe von Beispielen, daß mitunter schon geringere Anlässe eigenes gewaltsames Handeln auslösen können. Dies wird besonders deutlich, wenn man auf ein weiteres zentrales Element des Konflikterlebens eingeht, die eigene Angst. Mehr noch als Aggressionen und Ohnmachtsgefühle scheint die Angst vor den Demonstranten und die

Angst vor körperlichen Verletzungen und Gefährdungen den Prozeß der Eskalation mit zu beeinflussen. Auf die Ursachen und Entstehungsbedingungen für Angst in Konfliktsituationen haben wir im Laufe unserer Darstellung bereits des öfteren hingewiesen. Da sind einmal die Unvorhersehbarkeit der Situation, die Ungewißheit der Ereignisse, die durch kontrastverschärfende Informationen über die Demonstranten, durch Feindbilddenken und grundsätzliches Mißtrauen zur Erzeugung von Unsicherheit und Angst beitragen.

"Uns wurde ja nur gesagt: 'Hausbesetzung'. Ich hab' wunders gedacht, was da auf mich zukommt. Dementsprechend Angst hatte ich ja auch."

"Und jetzt stell dir mal vor, ein Fünfzehnjähriger hätte da im Dunkeln nur einen Stein rübergeschmissen. Schon wärest du explodiert vor lauter Angst."

(Seminar 2)

Das ist zum zweiten die Masse, die Überzahl der Demonstranten in ihrer prinzipiellen Unberechenbarkeit, die auf die Polizeibeamten beängstigend wirkt:

"Und auf der anderen Seite die große Überzahl an Demonstranten ... Und da war's also, das stand also schwer auf der Kippe ... Wenn die jetzt hier rüberkommen, dann ist es vorbei ... Dann überrennen die uns ... Und die sind dann abgezogen, und wir waren dann anschließend sehr erleichtert."

(Seminar 2)

Zum dritten schließlich haben viele der Polizeibeamten die Vorstellung, vor allem erfahrene Demonstranten seien den (jungen) Polizeibeamten grundsätzlich überlegen und die gewaltsamen, eskalierenden Aktionen gingen immer von den Demonstranten aus, so daß die Polizei eher abwartend und reagierend zunächst den Aktionen der Demonstranten ausgeliefert sei.

"Ich glaube schon, daß bei den Polizeibeamten die Angst größer ist. Die stehn ja dann vorne. Grad die Chaoten, die stehn ja meistens mitten drin und werfen die Steine von hinten. Und die werfen immer zuerst."

(Seminar 2)

Schließlich wird die Angst vor Verletzungen und Gefährdungen auch durch konkrete Konflikterfahrungen bestimmt, etwa durch eigene erlittene Gewalt, durch Verletzungen von Kollegen oder generell durch Gewaltaktionen der Demonstranten.

"Das einzige Mal, wo ich Angst gekriegt hab', wie die Leute

dahingehen und mit was für einer Einstellung. Da kam einer, der hatte einen langen Knüppel, fast einen Meter lang, und der hatte unten durch fast einen 10 cm langen Nagel geschlagen. Und da hab' ich auch gedacht: 'Vorsicht!'. Den hab' ich immer im Auge behalten. Das könnt' ich mir vorstellen, daß wenn jemand mit so einem Werkzeug auf mich zukäm', da würde ich alles fallen lassen und die Pistole in die Hand nehmen. Ich hab' gedacht: 'Wenn der auf dich drauf schlägt, mit dem Ding, dann bist du tot.'"

(Seminar 2)

Für die Polizeibeamten hat diese Angst durch konkrete Bedrohung oder generelle Gefährdung zunächst größere Handlungsunsicherheit zur Folge. Vor allem die jungen, einsatzunerfahrenen Beamten wissen nicht, ob man angesichts dieser Gefühle überhaupt noch zu einem verantwortlichen, kontrollierten Verhalten fähig ist. Ihre Befürchtungen, durch Aggressionen und Angst die Kontrolle über das eigene Verhalten zu verlieren, werden dann auch durch die Erfahrungen der Diskussionsteilnehmer des zweiten Seminars zum Teil bestätigt. Überreaktionen, unangemessene und unkontrollierte Anwendung von Gewalt gegen die Demonstranten sind nach deren Ansicht häufige Reaktionen auf Situationen, in denen aufgestaute Aggressionen durch die Angst vor der Gewalt der Demonstranten ausgelöst werden. Diese Angst vor der eigenen Verletzung angesichts tatsächlicher oder möglicher Gewaltanwendung durch Demonstranten beseitigt oft eine letzte Hemmschwelle. Das Vorgehen der Demonstranten wird als gewaltsam diskreditiert, das eigene Verhalten als Gegengewalt legitimiert.

Obwohl die Mehrzahl der Seminarteilnehmer diese individuellen, gefühlsgesteuerten Reaktionen der einzelnen Polizeibeamten gegenüber den Demonstranten verstehen und auch als "natürliche", "menschliche" Reaktionen rechtfertigen können, so ist dieses Verhalten doch nicht unproblematisch für sie. Dies vor allem aus zwei Gründen:

- 1) Für viele, vor allem junge Seminarteilnehmer ist die eigene Anwendung von Gewalt gegen Personen eine ethisch-moralische Frage. Der Einsatz von Gewalt bedarf daher guter Gründe. Gewalt als Schutzmaßnahme und Reaktion auf die Gewalt von Demonstranten ist z.B. eine grundlegende, akzeptierte Rechtfertigung. Doch selbst dann kann die Ausübung von Gewalt zu psychischen Problemen und Selbstzweifeln führen, etwa ange-

sichts der möglichen Verletzungen des Gegenübers. Diese inneren Konflikte und Zweifel werden besonders stark, wenn die Polizeibeamten ihre eigenen Reaktionen als gefühlsbeeinflusst, als unkontrolliert und als dem Verhalten der Demonstranten unangemessen erfahren. Die Kontrolle der eigenen Gefühle, der Versuch, die eigene Angst und Unsicherheit in den Griff zu bekommen, ist deshalb für viele Polizeibeamte besonders wichtig.

- 2) Unkontrolliertes und unangemessenes Verhalten gegenüber den Demonstranten als Folge von Wut oder Angst wird von einem Teil der Seminarteilnehmer als eine Ursache für die Eskalation von Konflikten angesehen. Viele der einsatzerfahrenen Polizeibeamten haben die Erfahrung gemacht, daß aggressives oder gewalttames Vorgehen einzelner Polizeibeamter gegen die Demonstranten häufig die Gewalt der Demonstranten provoziert oder steigert und somit zur unnötigen Selbstgefährdung und Gefährdung der Kollegen führt.

Aus diesen Gründen heraus erscheinen eine Kontrolle der Aggressionen und eine Reduzierung der Angst in Konfliktsituationen besonders wichtig zu sein. Wie die Polizeibeamten berichten, versuchen sie, in Gesprächen mit Kollegen vor dem Einstz die eigenen Ängste und Unsicherheiten zu überwinden, etwa indem sie sich durch Sprüche gegenseitig Mut machen.

"Oh, wären die da, dann würd's drüber hergehen! Es werden viele Sprüche gemacht, vor und beim Einsatz. Wären sie gut da, dann gäb's Zoff."

(Seminar 2)

Für die Polizeibeamten hat dieses Verhalten die Funktion, die eigenen Ängste und Unsicherheiten zu überspielen und sich gemeinsam das Gefühl von Stärke zu geben. Es hat jedoch nach ihrer Ansicht keinerlei Auswirkung auf das Verhalten in der Konfliktsituation.

"Und wenn sie da sind, dann steht man genauso ruhig da. Langeweile, man muß ja irgendws sagen. Es wird viel geredet, die eigenen Ängste versuchen vielleicht zu überspielen mit den starken Sprüchen, die man dann rausläßt. Man fängt sich dann wieder, weil das ja im Grunde genommen Quatsch ist, was man da erzählt. Man macht sich ein bißchen stark und bringt ein bißchen Zeit rum mit den Sprüchen." (Seminar 2)

Diese Gespräche mit den Kollegen dienen dazu, sich der gegenseitigen Unterstützung und Hilfe durch die Kollegen zu versichern und ein Gefühl des Zusammenhalts und der Gemeinschaft aufzubauen. Gemeinsame Handlungsabsichten werden hier abgesprochen.

"Wir haben uns aber gegenseitig abgesprochen, daß wir zusammenhalten, wenn was ist. Daß einer dem anderen hilft."

"Da zeigt man so richtig das Gefühl, daß alle an einem Strang ziehen."

(Seminar 2)

Die Verpflichtung zur Solidarität und zur gegenseitigen Hilfeleistung im Konflikt vermag so die grundlegende Angst und Unsicherheit der Polizeibeamten im Einsatz zu reduzieren. Gefühle der Ohnmacht, des Selbstzweifels und der Sinnlosigkeit des eigenen Handelns können durch das Gefühl der Gemeinsamkeit, der Verantwortlichkeit füreinander, der Abhängigkeit voneinander aufgehoben werden. Das Gemeinschaftsgefühl wird daher im Konflikt dominierend. Da die Polizeibeamten allerdings ihre Kollegen im Einsatz vielfach noch nicht kennen, dienen die Gespräche vor und während des Einsatzes auch dazu, Einstellung und mögliche Handlungsweisen der Kollegen kennenzulernen. Nur so ist für sie abschätzbar, ob von den Kollegen möglicherweise provozierende oder konflikteskalierende Verhaltensweisen zu erwarten sind, die das Einsatzrisiko noch erhöhen, oder ob der Kollege eher gelassen und zurückhaltend reagiert und so im Zweifelsfall in der Lage ist, die eigenen Gefühle und Verhaltensweisen zu kontrollieren und auch die anderen Kollegen zu beruhigen.

Auch wenn in der konkreten Konfliktsituation die gegenseitige Hilfe durch die Kollegen meist funktioniert und das Gefühl der Solidarität Unsicherheiten und Angst dominieren kann, so bleibt für viele Polizeibeamte die Frage nach der Gefühls- und Verhaltenskontrolle dennoch offen. Von vielen Seminarteilnehmern wurden daher Maßnahmen gewünscht, durch die bereits vor dem Einsatz der Umgang mit typischen Belastungen gelernt werden könne und Unsicherheit und Angst vermindert werden könnten. Mehr Informationen über die Demonstranten und eine bessere Partizipation und Einsicht in Auftrag und Strategie der Polizei gehören ebenso dazu wie der Vorschlag, durch gezieltes Aggressions- und Konfliktbewältigungstraining das eigene Verhalten und die eigenen Gefühle besser kennenlernen zu können. Dies sei vor allem sinnvoll, wenn es in festen "Bezugsgruppen" stattfindet, die auch im Einsatz

zusammenbleiben könnten. Nur so sei zu verhindern, daß in Konfliktsituationen das Verhalten der (meist unbekannten) Kollegen zu einem zusätzlichen, unvorhersehbaren Risiko würde. Polizeibeamte hingegen, die in festen Bezugsgruppen die wechselseitige Aggressions- und Verhaltenskontrolle trainiert hätten und sich der Schwachstellen ihrer Kollegen und ihrer eigenen Probleme bewußt seien, könnten in Konfliktsituationen wesentlich sicherer und ruhiger auftreten und so ungewollte Eskalationen aufgrund unkontrollierter Reaktionen verhindern.

Diese Vorschläge verdeutlichen, welche Bedeutung der kontrollierte Umgang mit eigenen Gefühlen in den Augen vieler Seminarteilnehmer hat. Sie wissen aus eigener Erfahrung, wie sehr ihr Verhalten in Konfliktsituationen dadurch beeinflußt wird und zu welchen negativen Folgen für die eigene Person und für den Konfliktverlauf dies führen kann. Das Solidaritätsgefühl während des Einstzes vermag zwar die Angst und Unsicherheit der Polizeibeamten zu reduzieren, nicht aber spontanes, unkontrolliertes Verhalten zu verhindern. So sehr dies von vielen Seminarteilnehmern gewünscht wird und im Sinne einer deeskalativen Polizeistrategie als notwendig erachtet wird, so skeptisch beurteilen andere die Möglichkeit der Kontrolle von Gefühl und Verhalten. Auch wenn man sich vornähme, ruhig und gelassen zu reagieren und Gewalt nur zum Selbstschutz einzusetzen - wenn es zu Gewalttätigkeiten komme:

"Dann kommt es automatisch zur Eskalation."

(Seminar 1)

"Da überlegt man in dem Moment nicht so viel."

(Seminar 1)

"Da wird das zu einem ganz persönlichen Problem, da gehorcht man auch dem Apparat nicht mehr."

(Seminar 1)

Diese grundsätzliche Unvorhersehbarkeit der Ereignisse und Unkontrollierbarkeit der Gefühle und des eigenen Verhaltens können schließlich sogar ein besonderes Erlebnis für die Polizeibeamten darstellen. Der Einsatz bekommt eher den Charakter des Abenteuerlichen, bei dem man seine eigenen Fähigkeiten testen und seine Grenzen kennenlernen kann, bei dem es Spannung und Abwechslung gibt und bei dem das Gefühl der Gemeinschaft dominiert.

"Ich wär' gern nochmal dabei gewesen (an der Startbahn West). Das hat mir richtig Spaß gemacht. Das fehlt mir irgendwie. Denn wenn man monatelang irgendwie nichts mehr

mitkriegt und rumsitzt nur, dann braucht man irgendwas. Ich würd' jetzt gern nochmal ein paar Wochen hingehen. Ich mein', ab und zu braucht man ein bißchen action in den jungen Jahren. Ich provozier' das ja nicht. Aber ich mein', ich hab' was davon. Wenn ich jetzt darüber nachdenke, das war für mich wie ein bezahlter Abenteuerurlaub teilweise. Ich mein', jetzt nur allein die ganzen Abende da am Feuer und Würstchenbraten, das war auch schön. Andere Leute, die bezahlen für so was viel Geld."

(Seminar 2)

4.1.4 Handlungsunsicherheit und Legitimationsmuster

In den vorangegangenen Kapiteln wurden verschiedene Elemente der Konfliktsituation aus der Perspektive der Polizeibeamten dargestellt. Dazu gehören z.B. physische und psychische Belastungen, Informationsmangel und Unvorhersehbarkeit, Einstellungskonflikte und die Unsicherheit der eigenen emotionalen Reaktionen. Diese Merkmale der Konfliktsituation reduzieren die Handlungssicherheit der Polizeibeamten und werden damit für sie zum Problem. Nach Ansicht der Seminarteilnehmer werden diese Probleme und inneren Konflikte in der Polizeiausbildung oder in der Einsatzvorbereitung nur unzureichend behandelt. Die Vorgesetzten versuchten vielmehr, durch präzise Anordnungen und Forderungen nach striktem Regaleinhalten die möglichen Konsequenzen dieser inneren Konflikte und Orientierungsprobleme, nämlich eigenmächtiges, d.h. individuelles und spontanes Verhalten, zu kontrollieren. Dies stellt den Versuch dar, Handlungsunsicherheiten der einzelnen Polizeibeamten beseitigen zu wollen, indem eine für alle verbindliche Situationsdefinition vorgegeben wird.

Wie unsere Untersuchungsergebnisse jedoch zeigen, sind diese offiziellen Handlungsvorgaben und Handlungserwartungen aus der Sicht der einzelnen Polizeibeamten immer nur ein Element ihrer konkret erlebten Handlungssituation. Individuelle Handlungsunsicherheit und Handlungskonflikte können durch Anweisungen allein daher nicht beseitigt werden. Der einzelne Polizeibeamte muß vielmehr selbst eine Lösung für diese Probleme finden. Er muß versuchen, Orientierungsunsicherheit zu reduzieren, mit Gefühlen umzugehen und innere Konflikte zu bewältigen. Wie die Polizei-

beamten sich in Konfliktsituationen zu orientieren versuchen und wie sie mit ihren eigenen Gefühlen umgehen, ist nun in den vorangegangenen Kapiteln angedeutet worden. Wir wollen uns deshalb hier mit der Frage beschäftigen, mit welchen Mechanismen die Polizeibeamten versuchen, auf Einstellungs- und Legitimationskonflikte zu reagieren. Diese Konflikte sind als Wissenskonflikte von den Polizeibeamten häufig thematisiert worden. Sie werden vor allem dann drängend, wenn die Polizeibeamten in Ausübung ihres Dienstes Gewalt anwenden bzw. anwenden müssen. Unser Interesse war nun zu erfahren, wie sich die Polizeibeamten solche Situationen selbst erklären und wie sie versuchen, ihr Verhalten vor sich selbst oder vor Dritten zu rechtfertigen. Im folgenden werden daher verschiedene Legitimationsmuster dargestellt. Diese Muster schließen einander nicht grundlegend aus, sondern ergänzen sich eher. Sie werden zudem auch situationsabhängig und kontextangepaßt benutzt, d.h. in verschiedenen Situationen werden auch verschiedene Legitimationsmuster relevant und plausibel.

4.1.4.1 Recht als Legitimationsmuster

Polizeiliches Handeln wird in der Regel unter Verweis auf seine rechtliche Grundlage und auf die demokratischen Verfahren der Rechtssetzung und der politischen Entscheidungsfindung in unserer Gesellschaft legitimiert. Dieser Verweis auf Recht und Gesetz war auch für die Teilnehmer unserer Seminare ein zentrales Muster der Legitimation ihres Verhaltens und damit der Bewältigung von Zweifeln. Durch die Bestimmung des eigenen Auftrags aus der Rechtsordnung der Gesellschaft wird die eigene Position zunächst eindeutig definiert und der polizeiliche Auftrag als richtig und sinnvoll außer Frage gestellt.

"Solange für mich ein ordentliches Gericht Recht gesprochen hat, ist das für mich Recht, das der demokratische Staat und die breite Mehrheit der Bevölkerung gesprochen hat. Und dann weiß ich als Polizeibeamter auch, daß ich im Recht bin. Darauf kann ich mich wirklich berufen."

(Seminar 2)

In Konfliktsituationen bedeutet dies für die Polizeibeamten, daß Unsicherheiten über die Rolle der Polizei in öffentlichen politischen Auseinandersetzungen durch den Verweis auf die rechtliche

Grundlage abgemildert bzw. beseitigt werden können. Die eigene Meinung und Einstellung werden als weniger wichtig und handlungsrelevant empfunden, wenn die Ausübung polizeilicher Pflichten rechtens und für die Gesamtgesellschaft notwendig und nützlich erscheint.

"Das liegt jedem Polizeieinsatz zugrunde, daß irgendwo jemand verletzt ist, in seinem Recht oder sonst irgendwas. Und da finde ich, ist die Berufspflicht, die Treue praktisch zu demjenigen, der mich befiehlt, da ja die Stimme des Volkes auf seiner Seite hat, die gilt mir dann mehr als meine eigene Stimme."

(Seminar 2)

Einstellungs- und Meinungskonflikte, die eine Handlungsorientierung zunächst erschweren, können daher gelöst werden, wenn die rechtliche Frage des Polizeieinsatzes für die Beamten eindeutig geklärt erscheint.

"... rein rechtlich ist die Sache astrein. Da kann ich mich als Polizist ruhigen Gewissens hinstellen und sagen: 'Was ich hier mache, das ist richtig.'"

(Seminar 3)

Diese generelle Selbstdefinition und Selbstlegitimation der polizeilichen Arbeit unter Verweis auf ihren gesetzlichen Auftrag wird von den Polizeibeamten jedoch als unzureichend für konkrete Konfliktlagen beschrieben. Denn gegen die Argumente der Demonstranten, die sowohl die Konflikthalte betreffen als auch die Legitimation des polizeilichen Auftrags hinterfragen können, helfen in der Regel stereotype Verweise auf die rechtliche Grundlage des eigenen Auftrags nur wenig. Die Polizeibeamten erfahren, daß sie den Sachargumenten der Demonstranten keine Sachargumente entgegenhalten können und daß auch die Demonstranten häufig von der Rechtmäßigkeit ihres Tuns überzeugt sind. In solchen Situationen empfinden die Polizeibeamten den Rückgriff auf das Recht als bloßes Ausweichen und Alibi, mit dem man sich vor weiteren Vorwürfen und inneren Konflikten und Zweifeln zu schützen sucht.

"Ich bräucht' zumindest Argumente, die ich auch gegenhalten kann. Da verschanz' ich mich dann dahinter: 'Das ist alles gerichtlich jetzt abgeklärt, und ich steh' jetzt hier, um das Gerichtsurteil durchzusetzen.' Aber die ganzen anderen Informationen, die man von den Leuten bekommt, da siehst du

tatsächlich ganz schön alt aus."

(Seminar 2)

"Wir wissen, daß wir im Recht sind. Aber wissen die Demonstranten auch, daß sie im Recht sind? Ja, wer ist denn jetzt im Recht?"

(Seminar 2)

Die Gewissenskonflikte, die aufgrund inhaltlicher Argumentationen und aufgrund von Zweifeln am eigenen Vorgehen entstehen können, sind durch das Beharren auf der Legalität des eigenen Tuns als alleiniges Instrument der Legitimation nicht mehr zu beseitigen; sie werden eher verdrängt, denn gelöst.

"Ich versuch', den Konflikt halt zu verdrängen, indem ich das Rechtliche vorschiebe."

(Seminar 2)

Diese Unzulänglichkeit rein rechtlicher Legitimationsmuster wird von vielen Polizeibeamten vor allem dann als besonders problematisch erlebt,

- wenn (a) der Protest große Teile der Bevölkerung umschließt und damit die politische Legitimation des polizeilichen Auftrags in Frage stellt;

"Ich persönlich hätte schon mal beim Einsatz ein besseres Gefühl, wenn ich weiß, daß ein Großteil der Bevölkerung für die Stationierung wäre oder für die Startbahn West."

(Seminar 1)

- wenn (b) das Konfliktthema grundlegende Zweifel an der Angemessenheit demokratischer Verfahren der Entscheidungsfindung aufkommen läßt, etwa bei Überlebensfragen;

"Bei mir wird's schwierig, wo ich weiß, man trägt was mit, was demokratisch gewachsen ist, aber im Prinzip den Tod bedeuten kann."

(Seminar 3)

- wenn (c) konkrete Formen des polizeilichen Konflikthandelns und vor allem des gewaltsamen Vorgehens gegen die Demonstranten begründet werden müssen.

Die nun folgenden Legitimationsmuster beziehen sich vor allem auf diesen letzten Aspekt.

4.1.4.2 Der Verweis auf Hierarchie und fehlende Handlungsspielräume als Legitimationsmuster

Konkrete polizeiliche Aktionen und die Art der Durchführung des polizeilichen Auftrags werden häufig von Demonstranten, Medien und Öffentlichkeit kritisiert. Für den einzelnen Polizeibeamten entsteht daher ein zusätzlicher Legitimationsbedarf, der das eigene Verhalten und Vorgehen im Konflikt betrifft.

Unter Verweis auf geringe Handlungsspielräume einerseits und auf Befehls- und Sanktionsgewalt der Vorgesetzten andererseits wird von einigen Polizeibeamten die Verantwortlichkeit für das eigene Verhalten abgegeben und auf Vorgesetzte, Polizeiführung oder Politiker übertragen. Die eigene Position wird als eingeeengt und ohne Handlungsfreiräume beschrieben. Fehlende Handlungsalternativen aber reduzieren die eigene Verantwortlichkeit für das Handeln als Polizeibeamter.

"Wenn ich im Dienst bin, bin ich im Dienst, und das bedeutet, wenn ich den Befehl bekommen habe, dann habe ich ihn bekommen. Ich habe vorne minimale Entscheidungsmöglichkeit und Spielraum; ich muß mich ja an gewisse Dinge halten, sonst kann ich mir sagen: 'Zieh' den Rock aus!' Ich kann von meinem Vorgesetzten nicht glauben, daß er mir eine Anordnung gibt, die unrechtmäßig ist."

(Seminar 1)

"Ich als einzelner Polizeibeamter in der Kette kann da gar nichts machen."

(Seminar 2)

Durch den Verweis auf fehlende Entscheidungsmöglichkeiten einerseits, auf Handlungszwänge und Sanktionsdruck andererseits können daher Kritik und Selbstzweifel abgewehrt werden. Dies ist vor allem wichtig, wenn die Polizeibeamten mit gewaltsamen Mitteln gegen die Demonstranten vorgehen. Wie viele Seminarteilnehmer berichten, kann der einzelne Polizeibeamte im Einsatz lediglich Befehle ausführen und durchsetzen; die Handlungszwänge in der Situation lassen nach ihrer Ansicht keinen Handlungsfreiraum.

"Da mußt du handeln. Du kannst da vorne nit viel überlegen."

(Seminar 1)

"Da geht sowieso alles hektisch zu. Da kann man doch nicht groß überlegen ... Dann werden die einfach rübergeschubst. Augen zu und durch."

(Seminar 3)

Auch die Wahl der Mittel zur Durchführung des Auftrags wird deshalb in ihren Augen von Situationsbedingungen und Anordnungen eingeschränkt.

"Die Mittel, die wir haben, um das gewaltfrei zu machen, die sind halt beschränkt darauf, daß man das mehrmals durchsagt. Und sonst können wir nix machen. Und dann muß der Auftrag ausgeführt werden."

(Seminar 2)

Nach Ansicht dieser Polizeibeamten muß man sich daher in der Konfliktsituation allein an den Anweisungen der Vorgesetzten orientieren und auf eigene Beurteilungen und Entscheidungen verzichten. Dieser Verzicht auf eigenverantwortliches Handeln aber muß nun seinerseits legitimiert werden können. Neben der Überzeugung von der generellen rechtlichen Richtigkeit polizeilichen Tuns ist daher vor allem das Vertrauen in die Kompetenz und Fähigkeit der Vorgesetzten von Bedeutung. Denn nur wenn der Vorgesetzte sicher und überzeugend wirkt, kann das eigene Verhalten als Durchführung rechtlich fundierter und sinnvoller Anordnungen erklärt und legitimiert werden.

4.1.4.3 Die Erhaltung von Handlungsspielräumen und individueller Verantwortung

Die bisher dargestellten Legitimationsmuster sind nun für eine Teilgruppe von Polizeibeamten allein nicht ausreichend, um polizeiliches Vorgehen und vor allem den Einsatz von Gewalt durch die Polizei zu begründen und zu rechtfertigen. Für diese Gruppe ist es vielmehr wichtig, sich eigene Handlungs- und Ermessensspielräume bewußt zu machen und auch offen zu halten. Der Einsatz von Gewalt gegen Demonstranten läßt sich daher nach ihrer Ansicht nur rechtfertigen und auch psychisch verkräften, wenn er nicht unverantwortlich und unreflektiert geschieht.

"Denn wenn du eines Tages mit dem Gewissen nicht mehr zurecht kommst, dann mußt du gehen."

(Seminar 2)

Aus diesem Grunde versuchen sie, den eigenen Einsatz von gewalt-samen Mitteln stets an allgemeinen Prinzipien zu orientieren, die sich der Polizeibeamte selbst aneignen muß.

"Durchführen mußt du immer. Nur wie du's durchführst, das

ist deine Sache. Das mußt du lernen."

(Seminar 2)

Die Polizeibeamten betonen die Eigenverantwortlichkeit für ihr Handeln trotz der geringen Handlungsfreiheit, die sie besitzen. Sie können zwar bestimmte Anordnungen und Befehle nicht ablehnen oder verweigern, doch die Art und Weise, wie sie diese Befehle umsetzen, können sie selbst beeinflussen. Darüber müssen sie sich auch selbst Rechenschaft ablegen.

Deshalb ist es für diese Polizeibeamten auch wichtig, sich klarzumachen, wann der Einsatz von Gewalt gegen Personen für sie gerechtfertigt ist und wie sie generell mit Gewalt umzugehen gedenken. Sie stellen daher z.T. ethisch und moralisch orientierte Prinzipien und Regeln auf, die konkretisiert werden in bestimmten Handlungsabsichten: etwa immer das geringste Mittel zu versuchen; oder die konkrete Lage stets zu berücksichtigen; oder die Verfolgung von Rechtsverstößen der Demonstranten nicht unbedingt, d.h. unter Absehen von möglichen Konsequenzen für die Konflikteskalation, vorzunehmen. So meint ein Teilnehmer von Seminar 3:

"... daß wir mit unseren Maßnahmen solange wie nur irgend möglich in aller Regel zurückhalten. Von der rechtlichen Seite her wäre es schon oft viel früher möglich, Demonstrationen aufzulösen und dann auch gerade mit unmittelbarem Zwang auseinander zu treiben ... Man läßt sie halt mal gewähren, wenn's nicht schlimmer wird, dann ist es gut so."

(Seminar 3)

"Ich für meinen Teil hab' mir also vorgenommen, möglichst die Gewaltmittel möglichst wenig einzusetzen. Deshalb hab' ich mir zum Leitsatz gemacht: Gewalt ehrlich nur dann, wenn's erforderlich ist."

(Seminar 1)

Andere Polizeibeamte verweisen darauf, daß sie sich etwa vorgenommen hätten, Gewalt gegen die Polizei nicht mit Gegengewalt zu beantworten, z.B. nicht demjenigen Demonstranten, der nun Gewalt gegen sie ausgeübt hat, "hinterher zu laufen und dem ein paar drauf zu geben" (Seminar 2). Dieses Bemühen um eine individuelle Kontrolle des eigenen Gewalteinsatzes wird besonders deutlich bei der Frage, wie der Befehl 'Schlagstock frei' durchzuführen sei. Auch hier gibt es nach Ansicht der Polizeibeamten genügend Interpretations- und Handlungsspielraum:

"'Schlagstock frei' heißt noch lange nicht, daß wir los-schlagen."

(Seminar 2)

"...wenn's 'Schlagstock frei' ist, dann hab' ich eben die Möglichkeit vom normalen Begleiten bis hoch zur Knüppelei."

(Seminar 1)

"...dann kann ich mir immer noch überlegen, wo drauf ich schlage."

(Seminar 2)

Die eigene Gewaltanwendung wird von diesen Polizeibeamten nur dann als legitim erachtet, wenn andere Mittel und Möglichkeiten ausgeschöpft sind und wenn eine konkrete Gefährdung durch Gewaltaktionen der Demonstranten besteht.

"Massiv Gewalt einsetzen, das machen wir erst, wenn wir angegriffen werden oder ein Kollege."

(Seminar 2)

"Es wird in der Regel so sein, daß wohl jeder erst dann Gewalt anwendet, wenn's gegen ihn selber geht."

(Seminar 2)

Das Bewahren von Eigenverantwortlichkeit und von individuellen Handlungsspielräumen, so wie es für dieses Legitimationsmuster kennzeichnend ist, verweist auf eine bisher nur wenig thematisierte Einstellung und Handlungsorientierung von Polizeibeamten und widerspricht dem gängigen Stereotyp von Polizisten als "mechanischen Befehlsausführern" einerseits und "aggressiven Schlägertypen" andererseits.

4.1.4.4 Reziproke Legitimation: das Faustrecht

Obwohl, wie eben geschildert, viele der Polizeibeamten um eine verantwortungsbewußte Kontrolle des Einsatzes gewaltsamer Mittel bemüht sind, finden doch in Konfliktsituationen immer wieder Kleinkriege und Privatfehden zwischen Polizisten und Demonstranten statt. Diese privaten Auseinandersetzungen außerhalb der Legalität werden von den Polizeibeamten als unmittelbare Reaktion auf die Gewaltanwendung durch die Demonstranten beschrieben. Wenn die eigene Gewalt als Gegengewalt verstanden werden kann, dann bedarf es für viele der Polizeibeamten keiner zusätzlichen Rechtfertigung. Die Legitimationsfrage und die inneren Konflikte wer-

den durch die Anwendung von Gewalt durch die Demonstranten quasi automatisch gelöst.

"Angenommen, ich komm' in eine Konfrontation mit diesen Leuten, dann hab' ich absolut keine Hemmschwelle, den Schlagstock einzusetzen."

(Seminar 2)

Gewalt wird dann häufig auch unter Aufgabe von Kontrolle und Rücksichtnahme angewendet.

"Wenn also da Steine fliegen, Gewalt angewandt wird, dann hau' ich drauf, daß die Fetzen fliegen."

(Seminar 3)

Diese unmittelbare Rechtfertigung der Gewaltanwendung aus der Gewaltanwendung durch Demonstranten kann nun auch dazu führen, daß Handlungsabsichten und Rachegefühle aus "privaten Konflikten" auf andere, nicht beteiligte Demonstranten übertragen werden.

"... bekomme ich ein's von dir, bekommst du ein's von mir. Oder nicht mal, daß der Betroffene direkt ein's bekommt, sondern daß sich das auf ähnlich aussehende Demonstranten verlagert."

"... ich hab' gewußt, wenn der jetzt vorbeikommt, dem gib'ste einen. Das habe ich dann auch gemacht."

(Seminar 2)

Weiten sich solche unmittelbaren Privatkonflikte und Rachefeldzüge aus, indem sie etwa auf andere Personen übertragen werden oder aber zeit- und situationsüberdauernd verfolgt werden, so werden damit häufig neue Eskalationsspiralen in Gang gesetzt.

4.1.4.5 Solidarität und Gruppenzwang als Legitimationsmuster

Polizeibeamte richten ihr Verhalten in Konfliktsituationen häufig nach dem Verhalten und den Erwartungen ihrer Kollegen aus, wie wir unter Punkt 4.1.3.3 bereits gezeigt haben. Diese pragmatische Lösung der Verhaltensunsicherheit durch Orientierung an den Kollegen bekommt in Konfliktsituationen ein zusätzliches Gewicht. Denn in der Konfrontation mit Demonstranten ist die eigene Sicherheit bzw. das eigene Risiko auch davon abhängig, ob die Kollegen bereit sind, Hilfe zu leisten und in bedrängten, gefährlichen Situationen füreinander einzustehen. Die Polizeibeamten erfahren in diesen Situationen ihre wechselseitige Abhängigkeit

voneinander. Zusammenhalten und Füreinander-Einstehen sind daher im Interesse der Sicherheit eines jeden einzelnen. Aus diesem Grund werden Solidarität und Kameradschaft als Verhaltensweisen besonders hoch bewertet und für den einzelnen verpflichtend.

"Es sind andere Sachen, die plötzlich wichtig sind: zusammenhalten ... Da wird nicht mehr drüber diskutiert ... Sobald es hart auf hart geht, dann wird zusammengehalten."

(Seminar 1)

"So eine richtige Streßsituation, die schweißt zusammen; wo man echt zusammenrücken muß, wo man Angst hat, kann ich mich auf meinen Nebenmann verlassen. Spurt der auch, wenn es echt hart auf hart geht."

(Seminar 3)

Solidarität und wechselseitige Verantwortlichkeit sind typische gruppenspezifische Normen für Konfliktsituationen. Sie bilden nun für den einzelnen Beamten gleichzeitig Verhaltenserwartungen der Gruppe und damit auch Rechtfertigung für das eigene Verhalten. Gewaltsames Vorgehen gegen die Demonstranten wird daher auch dann als legitim angesehen, wenn Kollegen von den aggressiven Aktionen von Demonstranten betroffen sind.

"Der Kollege wird angegriffen und der kann sich im Moment nicht wehren - soll ich da zuschauen?"

(Seminar 2)

Der Verweis auf die Solidaritätspflicht unter Kollegen in Konfliktsituationen ist als Legitimationsmuster aus verschiedenen Gründen heraus brauchbar: Zum einen ist die Verpflichtung zur wechselseitigen Hilfeleistung für die Polizeibeamten ein Aspekt des Selbstschutzes; polizeiliches Eingreifen und Handeln in Konfliktsituationen sind immer mit einem hohen persönlichen Risiko verbunden, das nur durch die sichere Unterstützung der Kollegen kontrolliert und begrenzt werden kann. Selbstverteidigung und Notwehrmaßnahmen aber rechtfertigen auch gewaltsame Reaktionen. Zum zweiten wird die Solidarität innerhalb der Gruppe von Kollegen erwartet und somit verpflichtend für den einzelnen. Eine Weigerung, dieser Verhaltenserwartung zu entsprechen, würde Sanktionen der Gruppe auslösen und die eigene Gefährdung erhöhen. Solidarisches Verhalten ist ein Element der Gruppennormen, gegen das nicht ohne Risiko verstoßen werden kann. Es wird daher - ähnlich den hierarchisch bedingten Handlungsrestriktionen - als Handlungszwang wirksam. Schließlich ist die Hilfeleistung für

gefährdete Kollegen ein Verhalten, das auch über den Gruppenkontext hinaus allgemein erwartet wird; es verweist auf prinzipielle Handlungsnormen unserer Gesellschaft.

4.1.4.6 Attribuierung von Schuld und die Diskreditierung des Konfliktgegners

Hinweise auf die Legalität der eigenen Position, auf Handlungsspielräume, individuelle Handlungsprinzipien oder kollektive Normen bilden nur eine Seite der Legitimationsmechanismen ab. In der Regel wird die Legitimation des eigenen Verhaltens jedoch stets ergänzt durch den Hinweis, daß der Konfliktgegner für seine Position und sein Verhalten keinerlei Rechtfertigung besitze. Die Schuldzuweisung und Diskreditierung der Demonstranten kann daher als zusätzliches Legitimationsmuster von Polizeibeamten angesehen werden. Dieser Verweis auf das Verhalten des Gegners hatten wir als reziproke Legitimation bereits angesprochen. Die Ausübung von Gewalt legitimierte sich durch die Gewalt des Gegners.

Im folgenden werden einige Aspekte der Legitimierung durch externe Schuldzuweisung und Diskreditierung des Konfliktgegners dargestellt, so wie sie von den Seminarteilnehmern zur Legitimation ihres Verhaltens benutzt werden. Dazu gehört als erstes die generalisierte Annahme, daß Aktionen stets nur von den Demonstranten ausgingen, während die Polizei eher die Position des Reagierenden einnehme. Vor allem Gewalt werde immer zuerst von den Demonstranten ausgeübt.

"Und zwar haben wir ganz klar gesagt: Von uns aus werden wir nicht gewaltsam gegen Demonstranten vorgehen ..."

"Wir haben uns also als Reagierende gesehen und nicht als Zoffmacher."

(Seminar 2)

Diese Vorstellung von einer grundsätzlichen ungleichen Rollenverteilung zwischen Polizei und Demonstranten hatte für alle Seminarteilnehmer eine zentrale Bedeutung als Legitimationsfaktor. Der Gedanke der Asymmetrie der Beziehungen wurde von einigen Polizeibeamten gar noch weiter fortgeführt in der Vorstellung einer grundsätzlichen Unterlegenheit der Polizeibeamten.

"Manchmal kommt man sich vor, als hätte man selber keine Möglichkeit. Wir können keine Steine zurückwerfen."

(Seminar 2)

"Demonstranten können die Polizei gut berechnen, weil sie agieren und die Polizei reagiert ... Die Polizei weiß dagegen nicht, was die Demonstranten machen."

(Seminar 3)

Aufgrund dieser wahrgenommenen Asymmetrie und Ungleichheit in der Beziehung zu den Demonstranten läßt sich die Anwendung von Gewalt eher rechtfertigen. Der Gegner wird als bedrohlich und übermächtig wahrgenommen, die eigene Reaktion erscheint demgegenüber eher als Schutz- und Notwehrmaßnahme.

Als zweites zentrales Merkmal dieses Legitimationsmusters kann der Versuch angesehen werden, den Demonstranten ihre politische und rechtliche Legitimation abzusprechen.

"Die (Demonstranten) sehen in meinen Augen die Demokratie falsch. Demokratie wird nicht auf der Straße ausgetragen."

(Seminar 2)

Selbst wenn das Verhalten der Demonstranten als politisch legitimierbar angesehen wird, rein rechtlich gesehen hat es in den Augen vieler Polizeibeamten keine Grundlage. Denn die rechtliche Legitimation besitzt alleine die Polizei.

"Die können mir nicht eine rechtliche Grundlage zeigen, warum sie im Recht sind. Die können nur Hypothesen aufstellen, sich von Gefühlen leiten lassen ... aber rechtlich fundiert sind die Feststellungen dieser Leute nicht. Denn sonst hätten unsere ordentlichen Gerichte Recht in deren Sinne gesprochen ..."

(Seminar 2)

Doch nicht allein die Forderungen und Anliegen der Demonstranten sind rechtlich in Frage zu stellen; auch ihre konkreten Aktionen bewegen sich nach Ansicht der Polizeibeamten häufig außerhalb des Rechts. Die Demonstranten handelten oft bewußt gegen rechtliche Bestimmungen und versuchten zudem, ein Widerstandsrecht für sich in Anspruch zu nehmen, das ihnen nicht zustünde. Das Vorgehen der Polizei gegen dieses offensichtlich unrechtmäßige Verhalten der Demonstranten erscheint daher prinzipiell gerechtfertigt, ja notwendig, um den weiteren Zerfall des Rechtsbewußtseins zu verhindern und Recht und Gesetz im Sinne der Allgemeinheit zu schützen.

"Die Demonstranten waren ja da (in Frankfurt) von vornherein unrechtmäßig; das war ja direkt Landfriedensbruch gewesen;

die haben sich da gar nicht aufzuhalten gehabt."

(Seminar 1)

"Das ist nämlich die andere Seite: Je mehr man zuläßt, dann verschwindet das Unrechtsbewußtsein."

(Seminar 3)

Drittens schließlich sind die Demonstranten nach Meinung vieler Seminarteilnehmer durch ihr Verhalten selbst dafür verantwortlich, wenn sie vom gewaltsamen Vorgehen der Polizei betroffen werden. Da die Polizei ihr Vorgehen stets durch mehrfache Ankündigungen und Aufforderungen bekanntgäbe, seien diese selbst schuld, wenn sie sich weigerten, den polizeilichen Forderungen nachzukommen und mit den Konsequenzen dieser Weigerung konfrontiert würden.

"Wir geben ja im Grunde jedem die Möglichkeit, sich zu verziehen. Wir gehen ja nicht einfach hin und machen drauf. Und wenn einer die Möglichkeit hat und er kommt irgendwo rein, wo's rundgeht, ja dann hat der Pech gehabt."

(Seminar 2)

"... wenn ich jemand was androhe und der macht das nicht, dann muß er die Konsequenzen, die dann entstehen, dann muß er dafür einstehen."

(Seminar 3)

"Wenn einer trotz Aufforderung stehen bleibt und bekommt dann Tränengas mit oder einen Schlag mit, dann ist der selbst schuld."

(Seminar 2)

Diese verschiedenen Legitimationsmuster sind nicht eindeutig und ausschließlich bestimmten Gruppen von Polizeibeamten zuzuordnen. Dennoch konnten zwischen den Seminargruppen Unterschiede hinsichtlich der relativen Bedeutung der einzelnen Muster festgestellt werden. Obwohl in allen drei Seminargruppen die Notwendigkeit von eigenverantwortlichem Handeln und von Gewissensentscheidungen angesprochen wurde, war dieses Legitimationsmuster besonders charakteristisch für die jungen Polizeibeamten. Dagegen wurden hierarchie-, gruppen- oder situationsbedingte Handlungszwänge vor allem von den einsatzerfahreneren Polizeibeamten als Rechtfertigung benutzt. Auffallend war auch die starke Betonung rechtlicher Aspekte durch die Vorgesetzten in Seminar 3.

4.1.5 Das Bild von den Demonstranten

Situationsangepaßtes polizeiliches Handeln braucht Informationen vor allem über die Zusammensetzung, Ziele und Handlungsabsichten der Demonstrationsteilnehmer. Von daher war unsere Vermutung, daß die Polizeibeamten über ein hinreichend differenziertes Bild von den Demonstrantengruppen verfügen und daß in Vorbesprechungen zu den Einsätzen diese Informationen den Beamten vermittelt werden. Beide Annahmen konnten in dieser Form nicht bestätigt werden. Die Frage danach, wer die Demonstranten seien, was für Ziele sie hätten und welche Aktionen von ihnen zu erwarten seien, war für die Beamten (wie sie selbst sagten) nur schwer zu beantworten. Sie beklagten in der Mehrzahl fehlende Informationen und waren sich darüber im klaren, daß ihr Bild von den Demonstranten unvollständig und einseitig sei. Kenntnisse über ideologische Hintergründe, politische Ziele, Argumente und Denkweisen der Demonstranten waren kaum vorhanden. Die Seminarteilnehmer differenzierten allein nach dem Merkmal zur Bereitschaft der Gewaltanwendung und stellten idealtypisch den gewaltlosen Demonstranten die Gruppe der Chaoten polar gegenüber.

Friedliche Demonstranten sind nach Ansicht der Seminarteilnehmer stets an der Sache interessiert und haben ein klares Ziel vor Augen, für das sie sich mit viel Engagement und Glaubwürdigkeit einsetzen. Dabei verwenden sie stets nur friedliche Mittel. Sie üben ihr Grundrecht auf Demonstration im Rahmen der Gesetze aus. In der Regel sind die friedlichen Demonstranten nach Ansicht der Polizisten durch den Konflikt unmittelbar betroffen - nur so wird für viele Polizeibeamte das Durchhaltevermögen und die Ernsthaftigkeit des Widerstandes erklärbar.

Friedliche Demonstranten seien zudem stets zu Gesprächen und Diskussionen bereit; sie sind gut informiert, meist sogar besser als die Polizeibeamten. Sie seien allerdings nicht gegen die Polizei eingestellt, sondern besäßen die Fähigkeit, zwischen dem einzelnen Polizisten und der Polizei als Institution zu differenzieren. Vor allem die einsatzerfahrenen Polizeibeamten des Seminars 2 berichten von vielen positiven Erfahrungen mit diesen Demonstranten in Einsätzen.

Den friedlichen Demonstranten werden die gewaltsamen Chaoten gegenübergestellt. Diese sind nach Ansicht der Polizeibeamten nicht an den Konfliktthemen interessiert, sondern allein daran,

Krawall zu machen, ihre Aggression in der Auseinandersetzung mit der Polizei abzubauen. Sie werden als destruktiv und desinformiert beschrieben. Gewalt ist für sie Selbstzweck. Sie reisen von Demonstration zu Demonstration, werden vermutlich durch Hintermänner gesteuert und finanziert und treten vor allem dann in Aktion, wenn die eigentliche Demonstration vorbei ist. Sie sind im Vergleich zu den friedlichen Demonstranten eine relativ kleine Gruppe, viele von ihnen sehr jung und daher leicht zu beeinflussen. Sie sind in der Regel nicht an Gesprächen interessiert; Diskussionen mit ihnen sind daher unmöglich.

"Mit denen (Berufschauten) kann man sich nicht unterhalten. An die kommt man ja nicht dran. Die verstehen nur eine Sprache. Wenn die da sind, dann geht es rund, da kann man nicht reden lang mit denen."

(Seminar 3)

Während diese polarisierte Kategorisierung der Demonstranten von der Mehrzahl der Polizeibeamten geteilt wurde, gab es eine kleine Gruppe, vor allem im Seminar 1 und 3, die eine weitere Differenzierung der Demonstrantengruppen vornahm. Ebenfalls am Kriterium der Gewalt und an der rechtlichen Definition von Gewalt orientiert, plazierte sie zwischen die beiden polaren Gruppen eine dritte Kategorie von Demonstranten: die Gruppe mit bedingtem Vorsatz zur Gewalt. Darunter fallen in ihren Augen diejenigen Demonstranten, die sich nicht ausdrücklich von der Gewalt distanzieren, gleichzeitig aber auch nicht von vornherein auf Gewaltausübung ausgerichtet sind. Gewalt ist für sie nicht Zweck an sich wie bei den "Chaoten", sondern Mittel zum Zweck, das dann eingesetzt wird, wenn die friedlichen Proteste nicht zum Erfolg geführt haben. Mit Hilfe von Gewalt hoffen diese Demonstranten dann ihren Protest wirksam steigern zu können und vermehrt Aufmerksamkeit zu erregen. Zu dieser Gruppe der bedingt gewaltbereiten Demonstranten gehören aber auch jene, deren Gewalt als eine Reaktion auf polizeiliches Vorgehen und polizeiliche Provokation gedeutet wird.

Diese Zwischenkategorie macht nun den Polizeibeamten in der näheren Bestimmung Probleme. Denn sie gehen davon aus, daß diese Typen von Demonstranten klar voneinander abgrenzbar sind und daß es zwischen ihnen keine Übergänge gibt. Der friedliche Demonstrant ist und bleibt friedlich, der Chaot wird immer nur auf Gewalt aus sein. Entsprechend können diese beiden polaren Katego-

rien mit eindeutig differenzierenden Merkmalen belegt werden: Interesse vs. Desinteresse, Informiertheit vs. Uninformiertheit, Gewalt vs. friedliche Mittel etc.

Die "bedingte Vorsatzgruppe" aber gehört weder in die eine noch in die andere Kategorie. Sie verweist vielmehr darauf, daß friedliche Demonstranten unter Umständen auch zur Ausübung von Gewalt greifen können, daß also die klare Trennung von vollkommen unterschiedlichen Demonstrantengruppen offensichtlich so nicht realitätsangemessen ist. Für die Teilnehmer des 1. Seminars wurde dies zum Problem, nachdem sie im Seminar einen Film über die Demonstrationen an der Startbahn West und über den Bau des Hüttendorfes gesehen hatten. Der hohe persönliche Einsatz und das Engagement der Demonstranten beim Bau des Hüttendorfes lösten bei den Polizeibeamten Respekt und Anerkennung aus. Die Demonstranten waren in ihren Augen ernsthafte, an der Sache orientierte Leute, die ein klares Ziel vor Augen hatten und dies mit vollem Einsatz anstrebten.

"Denn wer schon soweit ist, daß er schon schafft, wenn er net schaffen muß, dann, finde ich, demonstriert das den Ernst überhaupt des Anliegens, das die Leute da vortragen. Daß der Ernst, mit dem das Problem verfolgt wurde, schon echt in Arbeit ausartet, hätt' ich nicht gedacht."

(Seminar 1)

Diese Informationen über die Demonstranten, die nur wenigen Teilnehmern vorher bekannt waren, paßten nicht so recht in das generell vorherrschende Bild von gewaltfreien Grundrechtsausübenden einerseits und radikalen Chaoten andererseits. Vor allem die stereotype Vorstellung, die Hüttendorfbesohner seien allesamt Chaoten, wurde angesichts dieser Information fragwürdig: denn Chaoten benutzen nach Ansicht der Seminarteilnehmer "ihren Willen und ihre Energie ja nur, (um) etwas zu zerstören" (Seminar 1).

"Die Leute, die im Hüttendorf gewohnt haben, die würd' ich nicht als Chaoten bezeichnen. Die haben ihre Energie aufgewendet, um ein Monument oder sonst was zu errichten und damit etwas zu dokumentieren."

(Seminar 1)

Angesichts eines solchen Engagements und der ersichtlichen Ernsthaftigkeit, mit der die Demonstranten für ihre Ziele arbeiten, wird dann auch die Anwendung von Gewalt durch die Demonstranten für die Beamten nachvollziehbar:

"Und ich kann auch aus deren Gesichtspunkt heraus verstehen, daß die mal mit Gewalt vorgehen, weil die das auch begründen können. Das Ziel, für das die kämpfen, das wollen die auf jeden Fall durchsetzen, und das, find' ich, die Haltung eben zu respektieren."

(Seminar 1)

Allerdings sind sich nahezu alle Beamten darüber im klaren, daß die Anwendung von Gewalt ein untaugliches Mittel zur Erreichung der politischen Ziele ist. Von daher sehen sie in vielen Aktionen des gewaltsamen Widerstands auch irrationale, sinnlose Elemente, die nur aus der Eigendynamik der Situation oder als "Trotzreaktion" auf fehlende politische Resonanz zu verstehen sind.

Für die Beamten im Einsatz aber wird die Frage nach den Ursachen für die Gewaltsamkeit der Demonstranten zunächst sekundär. Im Einsatz ist für sie zu allererst wichtig, schnell zwischen gewaltsamen und friedlichen Demonstranten unterscheiden zu können. Während dies noch für die Beamten ohne Einsatzerfahrungen als großes Problem erscheint, verfügen die einsatzerfahreneren Polizeibeamten über klare Merkmale zur Orientierung:

"Wenn du einen Sturzhelm mitnimmst und holst dir noch einen Knüppel, dann kannst du mir nicht sagen, daß du noch demonstrieren gehst. Du bist auf Krawall aus. Wenn jemand wie ein Chaot aussieht, dann löst das bei mir Vorsicht aus."

(Seminar 2)

"Man sieht ja, wer da ankommt und die Absicht hat, friedlich zu demonstrieren. Das ist ganz klar. Wir wissen, der eine hat seine Tasche um, und da hat er seine Steine drin und seine Schleuder."

(Seminar 3)

Klassifikation und Typenbildungen dienen vor allem der Reduktion von Unsicherheit und sind daher allein an den Merkmalen für Gewaltbereitschaft orientiert. Sie sollen rasche und klare Unterscheidungen ermöglichen und das Risiko eines Irrtums möglichst ausschließen. Deshalb müssen sie bestimmte "typische" Merkmale von Gewaltbereitschaft dramatisieren und generalisieren. Die Frage der Gewaltbereitschaft und der eigenen Gefährdung kann nicht in jedem Einzelfall neu entschieden werden. Die Kategorisierung und Typisierung der Demonstranten müssen eine relativ präzise Orientierung ermöglichen, d.h. sie dürfen weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin zu unscharf sein. Daß

Kategorien, die nur die Hälfte der gewaltbereiten Demonstranten erfassen, für den Polizisten im Einsatz untauglich sind, ist einleuchtend. Aber auch eine zu starke Generalisierung und Dramatisierung der Gewaltsamkeit von Demonstranten ist in den Augen der Polizeibeamten wenig hilfreich. So kritisieren viele der Seminarteilnehmer, daß von einigen Vorgesetzten regelrechte Feindbilder von Demonstranten aufgebaut würden, die Angst und Mißtrauen bei den Polizisten verursachten und so den Einsatz deeskalativer Maßnahmen verhinderten. Von den Vorgesetzten selbst aber wird vor allem den Politikern und den Medien die Schuld an pauschalisierenden und diffamierenden Vor-Urteilen über Demonstranten zugeschrieben. Daß aber auch sie selbst verallgemeinernde Vorstellungen über die Demonstranten haben, wird nochmals in ihrer Beurteilung des Rechtsbewußtseins der Demonstranten deutlich: Sie beklagen generell ein fehlendes Unrechtsbewußtsein der Demonstranten, die "wissen, daß sie Ordnungswidrigkeiten begehen, aber glauben, daß sie im Recht sind" (Seminar 3).

4.1.6 Sozialisatorische Effekte der Einsatzerfahrung: Zynismus, Routine und Zweifel

In den vorangegangenen Kapiteln der Untersuchung standen Aspekte der polizeilichen Konflikterfahrung und Konfliktwahrnehmung im Vordergrund. Durch die Rekonstruktion der Konfliktsituation aus der Perspektive der Polizeibeamten konnten einige relevante Elemente der polizeilichen Situationsdefinition beschrieben werden (Einsatzbedingungen, Konflikttakteure, Informationen, Rollenerwartungen etc.). Darüber hinaus bot sich in den Diskussionsmaterialien eine Vielzahl von Hinweisen dafür, wie die Polizeibeamten diese Konfliktsituationen erleben und wie sie die Anforderungen der Situationen verarbeiten. Dabei wurde zwischen affektiv-emotionalen Reaktionen einerseits (Angst, Aggressionen, Solidaritätsgefühlen) und kognitiven Reaktionen andererseits (stereotype Wahrnehmung, Attribuierungsprozesse etc.) unterschieden. Die unterschiedlichen Formen des Konflikterlebens und Mechanismen der Konfliktverarbeitung sind nun deshalb von besonderer Bedeutung, weil mit ihnen bestimmte Handlungsbereitschaften und konkrete Handlungen verknüpft sind. Sie sind daher zur Beschreibung der Interaktionen zwischen Polizisten und Demonstranten und zur Ana-

lyse der Eskalationsprozesse in Konfliktsituationen von zentraler theoretischer und praktischer Relevanz. Auch dieser Zusammenhang ist in der bisherigen Auswertung der Diskussionsprotokolle deutlich geworden.

Die Konzeption unserer Untersuchung und der Aufbau der Diskussion waren nun so angelegt, daß wir darüber hinaus auch Informationen über langfristige, situationsübergreifende Effekte von Konflikterfahrungen aufarbeiten konnten. So fragten wir danach, welchen Einfluß nach Ansicht der Seminarteilnehmer eine Vielzahl von Einsatzerfahrungen auf Wahrnehmung, Erleben und Verhalten von Polizeibeamten haben könne und ob die Teilnehmer der Seminare 2 und 3 sich selbst als durch die vielfachen Einsätze verändert wahrnehmen. Ergänzend zu dieser Frage war es uns durch die Trennung von einsatzerfahrenen und einsatzunerfahrenen Seminargruppen möglich, gruppenspezifische Unterschiede in der Thematisierung von Zusammenhängen unmittelbar zu erheben. In diesem abschließenden Kapitel sollen noch einmal diejenigen Unterschiede zwischen den Seminargruppen aufgearbeitet werden, die plausibel auf das Vorhandensein bzw. Nichtvorhandensein von Einsatzerfahrung zurückzuführen sind. Sie sollen ergänzt werden durch Wahrnehmungen und Erfahrungen der Seminarteilnehmer über die eigene Veränderung durch Einsatz- und Berufserfahrung.

Individuelles Fehlverhalten von Polizeibeamten in Demonstrationseinsätzen wird in öffentlichen Diskussionen, aber auch von Führungskräften der Polizei, häufig auf die Unerfahrenheit der meist sehr jungen Polizeibeamten zurückgeführt. Aufgrund fehlender Einsatzpraxis, so der Tenor der Äußerungen, komme es zu Fehleinschätzungen der Situation und zu übersteigerter Angst und Unsicherheit. Der Umgang mit eigenen Empfindungen müsse und könne erst in der Praxis gelernt werden. Berufspraxis und Einsatzerfahrung seien daher von zentraler Bedeutung für umsichtiges, risikobegrenzendes und kontrolliertes Verhalten der Polizeibeamten in Einsatzsituationen. Dieses Alltagsverständnis der sozialisatorischen Effekte von Einsatzerfahrungen läßt sich durch die Ergebnisse unserer Untersuchung zunächst bestätigen. Die Verhaltenssicherheit der Polizeibeamten wird durch die Praxiserfahrung hergestellt und verstärkt. Für die praxisunerfahrenen Teilnehmer des ersten Seminars war noch nicht antizipierbar, wie sie sich selbst verhalten, wenn sie von den Demonstranten beleidigt oder angegriffen werden, wenn sie Angst bekommen oder aggressiv wer-

den, wenn sie Befehle der Vorgesetzten umsetzen müssen usw. Sie wußten nicht, ob sie in Konfliktsituationen zwischen friedlichen und gewalttätigen Demonstranten hinreichend unterscheiden könnten, wie sie angesichts innerer Konflikte handeln könnten und ob die eigene Sicherheit in Konfliktsituationen gewährleistet sei. Diese grundsätzliche Orientierungslosigkeit und Handlungsunsicherheit bestehen bei den einsatzerfahrenen Kollegen (Seminar 2 und 3) nicht mehr. Die Erfahrung in vielen Einsätzen hat ihnen gezeigt, daß sie in Konfliktsituationen trotz eigener Ängste und innerer Konflikte handlungsfähig sind; daß sie in der Lage sind, sich selbst zu schützen und die Anordnungen der Vorgesetzten durchzuführen, auch wenn diese der eigenen Meinung zuwiderlaufen; daß sie zwischen gewalttätigen und friedlichen Demonstranten unterscheiden können; daß sie wissen, was sie von diesen jeweils zu erwarten haben, und daher Konfliktsituationen richtig einschätzen können. Sie haben aufgrund ihrer Einsatzpraxis klarere Vorstellungen ("Definitionen") der Konfliktsituation, eine sicherere Einschätzung ihrer eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten ("Kompetenzerfahrung") und vor allem die Gewißheit der Solidarität ("Kameradschaft und Gruppengeist") unter den Kollegen. Dies bewirkt nach Einschätzung der Seminarteilnehmer, daß sie in Konfliktsituationen besonnener und gelassener auftreten können und sich "nicht mehr aus der Ruhe bringen" lassen (Seminar 2).

"Man ist nicht mehr so aufgeregt und gespannt. Ich hab' gesagt Frankfurt, das war unser erster Einsatz überhaupt. Da waren wir noch in der Ausbildung, haben von nichts Ahnung gehabt."

(Seminar 2)

Und zum Umgang mit inneren Konflikten:

"Man muß sich damit abfinden, daß wir halt all das machen, was in unseren Möglichkeiten steht. Aber dann ist auch halt eben Schluß. Wenn ich mir dann jedes Mal noch Gedanken machen wollt', wie geht denn das jetzt weiter, dann würd' ich verzweifeln. Insofern stumpt man auch wieder ein bißchen ab."

(Seminar 3)

Und zur Orientierung in der Situation:

"Die Einschätzung von Situationen ist einfacher."

(Seminar 3)

Diese aus der Sicht der Polizeibeamten positiven Effekte bilden

jedoch nur eine Seite der verhaltensrelevanten Auswirkungen von Einsatzerfahrungen ab. Nach Ansicht vieler Seminarteilnehmer können Einsatzerfahrungen jedoch auch solche Veränderungen von Einstellungen, Gefühlen oder Verhaltensweisen produzieren, die für das Verhältnis zu den Demonstranten und für eine deeskalativ orientierte Vorgehensweise negativ sind. Dies läßt sich anschaulich an den kognitiven Reaktionen und Verarbeitungsmechanismen zeigen, mit denen die Polizeibeamten die Ungewißheit und Unsicherheit von Konfliktsituationen zu bewältigen suchen. Dazu bedarf es, wie gezeigt, eindeutiger Selektions- und Wahrnehmungsmuster, die zu einer Typisierung und Kategorisierung von Demonstranten führen. Wie im Vergleich der Seminargruppen deutlich wurde, verfestigt sich die Polarisierung im Bild der Demonstranten bei der Mehrzahl der Polizeibeamten mit zunehmender Konflikterfahrung. Bei vielen läßt mit der Zunahme von Einsatzerfahrungen auch die Bereitschaft zur Differenzierung zwischen verschiedenen Demonstrantengruppen nach. Selbst Erfahrungen mit Demonstranten, die dem polarisierten Bild widersprechen, bewirken keine Korrektur oder Revision des Bildes. Die Wahrnehmung des Gegenüber gerät so zum Stereotyp, das gegen neue Erfahrungen und Interpretationen immun ist. Mit der nachlassenden Differenzierungsbereitschaft sind häufig auch eine Reduzierung der Toleranz gegenüber den Demonstranten und ein Motivationsverlust hinsichtlich dialog-orientierter Praktiken verbunden. Eine Vielzahl der einsatzerfahrenen Polizeibeamten berichtet, daß sie aufgrund ihrer Erfahrungen mit Demonstranten weniger daran interessiert seien, ihre eigene Position darzustellen, Verständnis für die Aufgabe der Polizei wecken zu wollen und durch Gespräche sich für die friedliche Durchführung von Demonstrationen zu engagieren.

"Am Anfang war da noch Idealismus. Man hat mit den Leuten diskutiert, man wollte sich auch verständig präsentieren. Und da hat man gemerkt, es hat überhaupt keinen Zweck. Weil, die weichen ja doch nicht von ihrer Meinung ab, die gehen ja auf kein Argument ein. Und da hast du es (das Gespräch) dann sein gelassen."

(Seminar 2)

Überzogene Erwartungen an die Gespräche und die Reaktion von Demonstranten auf die Gespräche oder trotz der Gespräche führen bei vielen Beamten dazu, daß sie ihre Einstellung zu den Demonstranten und den Demonstrationen verändern und zu Gesprächen

immer weniger bereit sind.

"Viele waren später mehr für die Startbahn als vorher. Wir sind also vorher hingefahren, und viele hatten eigentlich das Gefühl, daß hier etwas passiert, was nicht passieren dürfte ... Man ist dann auch an den Zaun gegangen, wollt' sich mit den Leuten unterhalten, hatte das Bedürfnis gehabt, sich mit den Leuten auszusprechen. Aber wenn man da hinkommt und guck dir mal die Arschlöcher an. Man hat überhaupt keine positive Reaktion, und das wirkt sich dann auch auf das Verhalten aus und auch auf die Meinung. Und viele Polizeibeamte haben später gesagt, mit denen diskutieren wir überhaupt nicht mehr, mit denen machen wir überhaupt nix mehr."

(Seminar 2)

"Aber ich hab' die Erfahrung gemacht, daß die ganzen Diskussionen nix bringen. Die denken auch nur in ihrer Schablone drin, die lassen sich auch von Argumenten überhaupt nicht überzeugen ... oder daß man Verständnis gewinnen kann für die eigene Situation oder die eigene Person."

(Seminar 2)

Andere wiederum verzichten auf Gespräche, weil sie den Vorwürfen der Demonstranten entgehen wollen:

"Aber wenn ich gesagt hab', ich muß das machen wegen meinem Beruf, dann haben die gesagt: 'Dann zieh' die Uniform aus!' Die werfen einem Inkonsequenz vor. Und dann verzicht' ich auf das Gespräch."

(Seminar 2)

Nur eine Teilgruppe von Polizeibeamten der Seminare 2 und 3 war durch die Erfahrung mit Demonstranten vom Sinn und Nutzen der Gespräche und von der deeskalierenden Wirkung der Kommunikation weiterhin überzeugt.

"Das find' ich aber wohl ... daß man nicht wie der Depp dasteht. Das bringt es schon, wenn man so mit den Leuten redet."

(Seminar 2)

Häufig folgen jedoch auf den anfänglichen "Idealismus", auf das Bemühen um Toleranz und Gesprächsbereitschaft gegenüber Demonstranten dann eher Resignation, innerer Rückzug und Verzicht auf Gespräche. Die Belastungen durch die Vielzahl der Einsätze werden dominierend. Einsatzroutine führt daher nicht allein zu mehr

Sicherheit und Besonnenheit im Verhalten, sondern zugleich zum "Verlust der inneren Empfindung", zum Verzicht auf Reflexion und zur Überzeugung der Sinnlosigkeit des eigenen Engagements. Diese Effekte der "Abstumpfung", wie sie von den Polizeibeamten genannt werden, haben zur Folge, daß

"man sich keine Gedanken mehr macht und die Hemmschwelle beim Vorgehen gegen die Demonstranten sinkt."

(Seminar 3)

So wie man gelernt hat, mit der Angst vor der eigenen potentiellen Gefährdung durch die Demonstranten umzugehen, so bewirken die vielen Einsätze auch eine Gewöhnung und damit eine Enttabuisierung der eigenen Anwendung von Gewalt. Dies wurde auch in der Verschiebung von Legitimationsmustern deutlich. Vor allem von jungen, einsatzerfahrenen Polizeibeamten wurde die eigene mögliche Gewaltanwendung stark tabuisiert. Gewaltanwendung ist für sie daher nur in konkreten Einzelfällen und nur angesichts der eigenen unmittelbaren Bedrohung zu rechtfertigen und ist eine individuelle Gewissensfrage. Obwohl diese Grundhaltung auch bei einsatzerfahrenen Polizeibeamten festzustellen war, wurden von diesen verstärkt auch eher pragmatische Legitimationsmuster verwandt, etwa der Verweis auf die Legalität des eigenen Tuns oder auf hierarchisch bedingte und situative Handlungszwänge. Der ambivalente Charakter von Einsatzerfahrung vor allem hinsichtlich deeskalativer Interaktionsformen wird durch diese Ergebnisse nachdrücklich verstärkt.

4.1.7 Eskalation und Deeskalation von Konflikten

Von zentraler praktischer und theoretischer Bedeutung ist die Frage nach den Ursachen und Mechanismen der Eskalation von Konflikten. Folgende Aspekte sollen hier hervorgehoben werden:

- 1) Prozesse der Eskalation lassen sich in Form von Aktions-Reaktions-Spiralen beschreiben. Dieses Modell des Konflikthandelns besagt, daß die Konfliktpartei ihren eigenen Handeln am Handeln des Konfliktgegners ausrichten. Das Verhalten ist wechselseitig aufeinander bezogen. Diese Kreisförmigkeit der Interaktionen macht es praktisch unmöglich zu entscheiden, ob eine bestimmte Handlung von A Ursache oder Folge einer be-

stimmten Handlung von B ist. Dies gilt jedoch nicht für die Wahrnehmung der Konfliktgegner. Diese haben in der Regel klare, wenn auch deutlich unterschiedliche Vorstellungen darüber, wo etwa Konfrontationen ihren Anfang haben und wie Aktionen als Ursache bzw. Folge aufeinander bezogen sind. Die Strukturierung von Ereignisfolgen dient ihnen vor allem als Instrument der Schuldzuweisung und Selbstrechtfertigung in der aktuellen Auseinandersetzung. Konfliktbeteiligte versuchen meist, die Schuld für die gewaltsame Eskalation von Konflikten ihrem Gegner zuzuschreiben und den Anfang von Handlungsketten entsprechend festzulegen.

Die Gewalt der Demonstranten ist dann für die Demonstranten "nur" eine Reaktion auf die Provokation der Polizei; während für die Polizeibeamten die eigene Gewaltanwendung "nur" die legitime Reaktion auf die Gewalt der "Chaoten" ist.

Diese unterschiedliche Festlegung des Anfangs von Ereignisfolgen bezeichnen wir als differentielle Interpunktion.

- 2) Entscheidend für die Eskalation ist weiterhin die Unterscheidung zwischen offenem Verhalten und zugrundeliegenden Gefühlen, Absichten, Zielen. Auslöser und Anlaß für das Handeln von A ist nicht allein das tatsächliche Handeln von B, sondern vielmehr die Antizipation und Interpretation dieses Verhaltens durch A. Das Handeln des Konfliktgegners wird als Ausdruck bestimmter Ziele und Handlungsabsichten gedeutet. Dem Konfliktgegner werden daher stets bestimmte Motive, Interessen und Einstellungen zugeschrieben. In Konfliktsituationen, die durch Mißtrauen und fehlende Kommunikation gekennzeichnet sind, entwickeln diese Attribuierungsprozesse ihre eigene Dynamik; denn nur allzu leicht drängen Unsicherheit, Angst und fehlende Informationen den Attribuierungsprozeß in Richtung der Annahme der schlimmsten Möglichkeiten. Konflikthandeln wird dann entsprechend dieser als real unterstellten Annahmen konzipiert.

- 3) Das Verhalten der Polizei wird von Demonstranten wahrgenommen und interpretiert, genauso wie das Verhalten der Demonstranten von der Polizei wahrgenommen und interpretiert wird. Die jeweiligen Interpretationen sind dann wieder Voraussetzungen für neue Handlungen. Die Art und Weise der Konfrontation bestimmt

das Bild, das unterschiedliche Demonstrantengruppen von der Polizei haben und das die Polizei von den Demonstranten hat. Auf diese Weise können vorher unbestimmt vorhandene Vorurteile verstärkt und generalisiert werden. Die Polizei wird in den Augen der Demonstranten und gelegentlich auch in den Augen der Polizisten von einer neutralen Instanz zum Konfliktpartner. Revolutionäre Gruppen, die an einer Eskalation des Konflikts interessiert sind, können daher z.B. versuchen, einen harten Polizeieinsatz zu provozieren, um die eher friedlichen Demonstranten auf ihre Linie zu bringen. Ebenso kann ein unverhältnismäßiger Polizeieinsatz, der aufgrund fehlender Informationen, aufgrund von Ängsten und Aggressionen oder von Vorsorge für die eigenen Polizisten durchgeführt wird, zu der Übernahme des Feindbildes Polizei durch zunächst friedliche Gruppen führen. Die Vorstellungen über die Polizei als "Instrument der Unterdrückung" und der Demonstranten als "gewalttätige Revolutionäre" können sich so wechselseitig bestätigen und damit zu einer Eskalation der Konflikte führen.

In unseren Diskussionen mit jungen Polizeibeamten haben wir eine Vielzahl von Hinweisen auf diese drei zentralen Aspekte des Konflikthandelns finden können. So war eine große Mehrzahl der Seminarteilnehmer davon überzeugt, daß die Eskalation von Konflikten allein im Verhalten der Demonstranten begründet sei. Diese grundlegende Annahme über die Ursache von gewaltsamen Auseinandersetzungen wurde selbst kaum in Frage gestellt oder angezweifelt. Ein Bewußtsein der möglichen Einseitigkeit und Perspektivität der eigenen Einschätzung war kaum vorhanden. Entsprechend konnten sich die Polizeibeamten auch nur ansatzweise in die Perspektive der Demonstranten hineinversetzen und deren Einschätzung der Konfliktsituationen und Eskalationsprozesse nachvollziehen.

In der eigenen Perspektive wird die grundlegende "Interpunktion" von Ereignissen und Interpretation von Rollenbeziehungen im Konflikt festgeschrieben. Ihre unbezweifelte Richtigkeit und Stabilität erklären sich aus ihrer Bedeutung für das eigene Selbstverständnis und für die Legitimation des eigenen Konflikthandelns. Die Grundannahmen werden daher auch nicht durch konkrete Konflikterfahrungen in Frage gestellt, die eine andere Interpretation der Ursache von Eskalation nahelegen. Denn wie die Dis-

kussionsergebnisse zeigen, haben die Polizeibeamten sehr wohl Kenntnisse darüber, wie eigene Einstellungen, Gefühle und Unsicherheiten die Wahrnehmung und Interpretation des Gegenübers beeinflussen und damit auch das eigene Konfliktverhalten mitbestimmen; wie also polizeispezifische Bedingungen Eskalationsprozesse beeinflussen und mitverursachen können.

In den vorangegangenen Abschnitten haben wir ausführlich diese Bedingungen beschrieben. Wir wollen daher dieses Bild nun ergänzen durch die Vorstellung der Seminarteilnehmer über Möglichkeiten zur Deeskalation von Konflikten.

4.1.7.1 Konfliktvermeidung als politische Aufgabe

Viele Seminarteilnehmer waren der Meinung, daß Fragen der Austragung von öffentlichen Konflikten nicht auf polizeilicher Ebene gelöst werden könnten. Vielmehr müßte versucht werden, die Ursachen für das Entstehen öffentlicher Auseinandersetzungen zu beseitigen. Diese aber seien vor allem auf politischer Ebene anzusiedeln.

"Das liegt ja nicht bei uns. Das liegt an den Politikern oder bei denjenigen, die Entscheidungen zu treffen haben."

(Seminar 2)

Öffentliche Proteste und Konflikte können nach ihrer Ansicht nur vermieden werden, wenn politische Entscheidungen verantwortungsbewußter getroffen und die Möglichkeiten der Partizipation der Bürger verbessert werden. Die Bürger müßten rechtzeitig über Planungen informiert werden; ihre Interessen und Bedenken müßten stärker Berücksichtigung bei den politischen Entscheidungen finden. Zu bestimmten Fragen sollten daher auch Volksbegehren und Volksentscheide ermöglicht werden.

"Konfliktvermeidung (muß) im Vorfeld (stattfinden). Da haben wir uns überlegt, ob nicht die Einführung eines Volksentscheides für bestimmte Bereiche möglich wäre. Das Verhältnis zwischen Politik und Lobby spielt da auch mit hinein, daß es zu solchen Konflikten kommt, daß das Ganze eskaliert."

(Seminar 2)

4.1.7.2 Eskalationsvermeidung im Vorfeld von Protestaktionen

Werden politische Konflikte in Form von Protestveranstaltungen, Demonstrationen und anderen Aktionen öffentlich ausgetragen, so können die verschiedenen Konfliktbeteiligten bereits im Vorfeld der Proteste einer möglichen Eskalation der Konflikte entgegenwirken. Für die Seminarteilnehmer waren folgende vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung gewaltsamer Auseinandersetzungen wichtig:

- a) Zwischen Polizei und Demonstranten sollten rechtzeitig Kontakte stattfinden.

"Auf jeden Fall im Vorfeld bereits, bevor so eine Auseinandersetzung stattfindet, daß man da mal zu Bürgerinitiativen hinfährt oder die kommen mal zu uns. Auf jeden Fall ... sprechen. Es gibt ja sonst keine andere Möglichkeit."

(Seminar 2)

Durch Gespräche kann nach Ansicht der Seminarteilnehmer verhindert werden, daß sich Feindbilder aufbauen und verhärten und die wechselseitige Wahrnehmung allein durch Mißtrauen geprägt ist. Der Austausch von Informationen könne zudem eine Relativierung von Vorurteilen bewirken und Mißverständnissen und Fehlinterpretationen vorbeugen. Die provozierende oder verunsichernde Wirkung des eigenen Verhaltens sei dann frühzeitig erkennbar. Darüber hinaus bieten Gespräche nach Ansicht der Polizeibeamten die Gelegenheit, konkrete Verhaltensabsprachen zu treffen, sich über Vorgehensweisen und Aktionen zu einigen und eine gemeinsame Basis für die Situation vorzubereiten. Diese vertrauensbildenden Maßnahmen im Vorfeld der Demonstrationen sind notwendig, um die Gefahr einer unfreiwilligen Eskalation zu verhindern.

"Wir haben gesagt, daß Konfliktvermeidung nur im Vorfeld möglich ist; daß man während des Einsatzes die Konflikte durch Dialoge hemmen kann, aber nicht ganz beseitigen kann."

(Seminar 2)

- b) In speziellen Trainings zur Aggressionskontrolle und Streßbewältigung sollen die Polizeibeamten auf die Belastungen der Konfliktsituationen besser vorbereitet werden. Sie sollen ihre eigenen Gefühle und Reaktionen kennen- und kontrollieren lernen und alternative Bewältigungsmuster und Verhaltensweisen

für Konfliktsituationen einüben können. Vor allem kommunikativen Techniken wird ein besonderes Gewicht beigemessen.

Diese Vorschläge werden von nahezu allen Seminarteilnehmern unterstützt und als sinnvolle Ergänzung der polizeilichen Ausbildung und Einsatzvorbereitung angesehen. Allerdings müsse eine solche Vorbereitung auf Konfliktsituationen über das individuelle Verhaltenstraining hinaus den Gruppencharakter polizeilichen Handelns berücksichtigen, da auch das Verhalten der Kollegen in Konfliktsituationen bekannt sein müsse. Nur so seien Überreaktionen aus Angst oder Unsicherheit zu vermeiden. "Verhaltensschulung in Bezugsgruppen" war daher eine konkrete Forderung der Seminarteilnehmer:

"Damit ist gemeint, daß man unter Umständen gewisse kleine Gruppen zusammenstellt, um zu sehen, wie reagiert eigentlich der Kamerad auf Provokation. Das weiß man ja nicht. Ich meine, wir rennen zwar im Polizeikeil umher oder bilden eine Polizeikette, aber wenn's mal ernst wird, ja, wie reagiert eigentlich der Vordermann? Das weißt du nicht."

(Seminar 1)

c) Politiker sollten nach Ansicht der Polizeibeamten die Austragung öffentlicher Konflikte nicht allein der Polizei überlassen, sondern auch für die Demonstranten als Ansprechpartner für Diskussionen zur Verfügung stehen. Sie sollten Gesprächsmöglichkeiten nicht verhindern und politische Entscheidungen nicht von der Polizei durchsetzen lassen. Politiker könnten daher zur Deeskalation von Konflikten beitragen, wenn sie ihre Bereitschaft zu Gesprächen zeigten und den Protest der Bürger grundsätzlich ernst nähmen.

d) Die Demonstranten sollten sich um friedliche Aktionen und Verhaltensweisen bemühen und die Ausübung von Gewalt durch "Chaoten" von sich aus unterbinden. Sie sollten "eine eigene Demonstrantenpolizei" zur Kontrolle des friedlichen Charakters der Demonstrationen einrichten und die gewaltbereiten Demonstranten isolieren.

"Die Demonstranten hätten meiner Meinung nach die Möglichkeit, Gewalttäter zu isolieren. Und das seh' ich auch als einzige Möglichkeit, diese Leute (gemeint sind die "Chaoten" - d.V.) aus dem Demonstrationszug rauszudrängen. Die Polizei

kann das nicht machen."

(Seminar 2)

Die Polizeibeamten berichteten von einer Vielzahl von Situationen, in denen sie durch friedliche Demonstranten vor der Gewalt von "Chaoten" geschützt worden seien. Wenn die Demonstranten dazu bereit seien, dann könnte auch die Polizei in ihrem Auftreten gelassener sein.

4.1.7.3 Das Verhalten in Konfliktsituationen

4.1.7.3.1 Äußeres Erscheinungsbild, Ausrüstung und Einsatzkonzepte

Viele Seminarteilnehmer waren davon überzeugt, daß die Polizei durch ihr Auftreten und ihr äußeres Erscheinungsbild die Eskalation von Konflikten beeinflussen könne. Vor allem ein massiver Einsatz von Polizeieinheiten und die technische Ausrüstung mit Helm und Schild wirken nach ihrer Ansicht für viele Demonstranten beängstigend und provozierend zugleich und vermitteln ihnen von vorherein die Vorstellung, die Polizei sei auf eine gewaltsame Auseinandersetzung aus. Um Aggressionen abzubauen und gewaltsame Aktionen der Demonstranten nicht unnötig zu provozieren, schlagen sie daher vor, mit möglichst geringen Mitteln die Einsätze zu beginnen.

"Ich bin eher der Meinung, daß von vorneherein mal versucht werden sollte, als erster Schritt von der Polizei, Helm und Schild als letzte Maßnahme, wenn ich mich da hinstellen muß. Und wenn's wirklich nicht anders geht, daß dann Stück für Stück nachgeholt wird. Es wird ja alles mitgeführt. Aber daß ich gleich alles offen zeigen muß, das wirkt auf mich provokativ. Das kann ich mir gut vorstellen als Gegenüber. Daß, wenn da die Leute stehen, dann drängt sich mir der Gedanke auf, die warten nur da drauf, daß sie auf uns einknüppeln können. Die wollen überhaupt keine Vertrauensbasis gegenüber mir schaffen. Daß ich da irgendwie schon mal drauf eingehen kann."

(Seminar 1)

Vor allem von den jüngeren Seminarteilnehmern (Seminare 1 und 2) wurde auf die symbolische Wirkung verwiesen, die durch Ausrüstung

und Kräfteeinsatz erzielt werden könne. Ein zurückhaltender Einsatz von Polizeikräften und ein Verzicht auf Schild und Helm vermeiden nicht nur die Gefahr der Provokation, sondern bedeuten zugleich ein Vertrauensangebot an die Demonstranten. Es sei daher ein Schritt hin zur Deeskalation, da dieses Angebot von den Demonstranten in der Regel angenommen werde.

"Die Erfahrung zeigt auch, daß diese Polizeibeamten (die wenig ausgerüsteten) nicht angegriffen werden."

(Seminar 3)

"In Bonn bei der letzten Friedensdemo, da wurd' von der Polizeiführung direkt angeordnet, die Beamten, die den Demonstrationzug begleiten, die gehen hin in erster Garnitur mit Schirmmütze und Jacke und Pistole. Nix Schlagstock. Und die Demonstranten haben sich in einer anderen Weise revanchiert und haben ihnen Blumen überreicht. War ein Bombenverhältnis. Da is' nix passiert im Demonstrationzug. Nur so einige Chaoten, die sind nachher in der Innenstadt rumgeflippt. Aber die waren, mit dem Demonstrationzug hatten die gar nix zu tun. Und so ist meiner Meinung nach, jeder hat einen kleinen Schritt getan, und in gewisser Weise haben sie sich genähert. Und da wär' auch nie Krawall aufgekommen."

(Seminar 1)

Obwohl von seiten der Vorgesetzten darauf hingewiesen wurde, daß ein Verzicht auf die entsprechende Schutzausrüstung unverantwortlich sei angesichts der stets drohenden Gefährdung, war die überwiegende Zahl der Teilnehmer überzeugt, durch diese Maßnahmen Gesprächssituationen und Kontaktmöglichkeiten vorbereiten zu können und so deeskalierend auf Konfliktsituationen einwirken zu können. Dies werde auch von einem Teil der Vorgesetzten und Führungskräfte erkannt und entsprechend angeordnet. Allerdings gibt es nach Ansicht der Polizeibeamten immer noch viele Einsätze, in denen das Vorgehen und Auftreten der Polizei diese deeskalativen Maßnahmen nicht berücksichtigen. Viele Seminarteilnehmer haben in Demonstrationseinsätzen die Erfahrung gemacht, daß Verhaltens- und Vorgehensweisen der verschiedenen Einsatzhundertschaften nicht aufeinander abgestimmt waren oder gar aus taktischen Gründen heraus unterschiedlich angeordnet wurden. Vertrauensbildende oder deeskalative Maßnahmen können daher häufig nicht kontinuierlich durchgeführt werden, wenn die Einsatzkräfte gewechselt werden.

"Dann haben wir die offiziellen Einsatzkonzepte der Führung angeprangert, daß von seiten der Führung nicht die Möglichkeit und die Bereitschaft da ist, um einen Dialog mit den Demonstranten zu führen. Da hat einer von uns ein Beispiel angebracht, auch von Frankfurt, und zwar war da ein VW-Bus von Waldarbeitern in einer Kolonne von Demonstranten drin und die wollten den nicht mehr rausgeben. Und dann gingen Leute hin, von Rheinland-Pfalz auch ein Zugführer, haben mit denen diskutiert, und so nach einer halben Stunde war die Bereitschaft zu erkennen gewesen von seiten der Demonstranten, daß die das Fahrzeug rausgeben; aber genau in dem Moment kam dann ein Zug von den Hessen und hat gesagt: 'Wir diskutieren nicht. Wir holen die da raus.' Und dann gab's Zoff."

(Seminar 2)

"Das war auch von der taktischen Seite her so beabsichtigt. Immer, wo ein Brennpunkt war, da wurden die Hessen reingeworfen, und die haben gnadenlos drauf gehauen. Gnadenlos."

(Seminar 3)

4.1.7.3.2 Kommunikation mit den Demonstranten

In der Konfliktsituation hat der einzelne Polizeibeamte nur geringe Möglichkeiten, auf den friedlichen Verlauf der Auseinandersetzung einzuwirken. Vieles ist bereits im Vorfeld der Konflikte entschieden oder durch Einsatzkonzepte und Befehle der Polizeiführung festgelegt. Andererseits jedoch ist es von dem Verhalten der jeweiligen Polizeibeamten abhängig, wie konkrete polizeiliche Taktiken und Anweisungen umgesetzt werden. Polizeibeamte können in spannungsgeladenen, unsicheren Situationen durch umsichtiges, vertrauenssicherndes Verhalten eine drohende Eskalation verhindern; sie können aber auch durch unkontrollierte Reaktionen und unangemessenes Verhalten die Eskalation von Gewalt selbst provozieren. Aus diesem Grund kommt nach Ansicht der meisten Seminarteilnehmer dem Verhalten der Polizeibeamten eine zentrale Bedeutung hinsichtlich der friedlichen bzw. unfriedlichen Austragung von Konflikten zu. Wichtigstes Mittel zur Vermeidung von Eskalationen sind dabei der unmittelbare Kontakt und das Gespräch mit den Demonstranten. Wo es keine Möglichkeit zur Kommunikation mit

den Demonstranten gibt oder Gespräche abgebrochen werden - so wissen sie es aus eigener Erfahrung -, da verstärkt sich das Mißtrauen, da vergrößern sich die eigene Angst und Unsicherheit, da entstehen feindselige Gefühle gegen die Demonstranten. Die Gefahr einer Eskalation wird dadurch erhöht.

"Ich hab' also Kollegen vom Bundesgrenzschutz (BGS) da unten kennengelernt, die haben also am Anfang mit den Leuten diskutiert. Gut, damit waren die einen oder anderen natürlich mehr oder weniger zufrieden. Die Meinungen prallten aufeinander, aber dann hieß es generell vom BGS her: 'Wir diskutieren nicht mehr.' Und die haben das dann auch ganz strikt durchgehalten und mit keinem mehr diskutiert. Da war von einer Sekunde auf die andere die Spannung direkt gestiegen."

(Seminar 2)

Für den Polizeibeamten, der unmittelbar mit den Demonstranten konfrontiert ist und von gewaltsamen Ausschreitungen direkt betroffen wird, ist deshalb der Kontakt mit den Demonstranten wichtig. Nur so können Angst und Unsicherheit reduziert werden und damit ungewollte Übergriffe und provozierende Aktionen vermieden werden. Darüber hinaus sind die Polizeibeamten davon überzeugt, daß durch den persönlichen Kontakt zwischen Polizisten und Demonstranten die Hemmschwelle für die Gewaltanwendung erhöht wird.

"Ich glaube, daß es nicht zur Gewalt kommen kann, wenn man vorher schon mal mit den Leuten, die vor einem gestanden haben, geredet hat; wenn die überhaupt schon mal gesehen haben, daß wir überhaupt nur ein Mensch sind. Dann kann es praktisch zur Gewalt schon nicht mehr kommen, zumindestens mit denen schon mal nicht."

(Seminar 2)

Deshalb sollte von seiten der Polizeiführung die Möglichkeit zu Gesprächen mit den Demonstranten geschaffen werden. Eine Voraussetzung dafür aber ist, daß die Polizeibeamten als Menschen, als Personen für die Demonstranten erkennbar und ansprechbar sind. Nach Ansicht der Seminarteilnehmer aber wird dies verhindert, wenn individuelle Handlungsfreiräume für Gespräche durch Anweisungen reduziert werden und wenn die Polizeibeamten hinter Schild und Helm nicht mehr als Individuen wahrnehmbar sind.

"Die Beziehung ist etwas persönlicher, als wenn ich da mit

Schlagstock, Schild und Helm vorbeimarschiere. Denn wir sehen ja in unserer vollen Kampfbereitschaft wie die kleinen Ungetümer aus. So was ruft eine bestimmte Personifizierung gar nicht hervor. Das bedeutet, der sieht also nur den "Vermummten", das Gesicht kaum, noch dazu, wenn das Visier unten ist, kann überhaupt nicht mehr gesehen werden, und das erzeugt Unpersönlichkeit."

(Seminar 1)

Persönliche Ansprechbarkeit und Individualisierung der Beziehung zwischen Polizist und Demonstrant sind aber die Voraussetzung für Gespräche; sie müssen daher durch Anordnungen oder Einsatzkonzepte ermöglicht werden. Finden Gespräche zwischen Polizeibeamten und Demonstranten in der Konfliktsituation statt, dann verringert dies nach Ansicht der Seminarteilnehmer die Gefahr einer Eskalation. Denn durch persönliche Kontakte wird der Gegenüber als Mensch und als Person wahrgenommen und aus der Anonymität der Masse herausgelöst. Die Schwelle der Gewaltanwendung erscheint aber wesentlich höher, wenn die Kontakthenten sich einander als Personen wahrnehmen können. Das persönliche Kennenlernen im Gespräch schafft zum zweiten eine eigene Vertrauensbasis, die als Grundlage der Verhaltensorientierung dienen kann. Durch den Austausch von Informationen, von Meinungen und Einstellungen ist es zudem möglich, die eigene Perspektive darzustellen und verständlich zu machen und damit stereotype Feindbilder und Vorurteile abzubauen. Die Fähigkeit zur Perspektivenübernahme und zu emphatischer Haltung wird auf beiden Seiten gefördert. Dadurch ist es selbst in schwierigen Situationen möglich, ein gemeinsames Verständnis der Situation zu schaffen und einseitige Interpretationen und Einstellungen zu relativieren. Handlungszwänge, die sich aus diesen einseitigen Interpretationen, aus Unsicherheit und Mißtrauen ableiten, können so aufgehoben werden.

Selbst die Teilnehmer des dritten Seminars, die als Vorgesetzte Gesprächen zwischen Polizeibeamten und Demonstranten eher skeptisch gegenüberstehen, da sie um die Einsatzfähigkeit ihrer Beamten fürchten, selbst sie stimmen mit diesen Einschätzungen der jüngeren Polizisten überein.

"Ich mein', daß durch Reden gewisse Aggressionen, gewisse innere Spannungen abgebaut werden. Die gegenseitige Verständigung ist dann da."

(Seminar 3)

4.1.7.4 Technische Ausstattung und Eskalation

Angesichts gewaltsamer Auseinandersetzungen zwischen Polizei-beamten und Demonstranten wird die Angemessenheit der technischen Ausstattung der Polizei stets aufs neue thematisiert. Häufig wird dabei die Lösung der Probleme in einer quantitativen und qualitativen Verbesserung der technischen Mittel gesehen. Dahinter steht die Vorstellung, daß die Demonstranten durch massiven Kräfte- und Mitteleinsatz von gewaltsamen Aktionen abgeschreckt werden könnten und die Sicherheit der Polizeibeamten durch neue, geeignete Instrumente, etwa Gummigeschosse, verstärkt werden könnte.

Wir haben nun in unserem Seminar danach gefragt, wie die Polizei-beamten ihre eigene technische Ausstattung einschätzen und im Hinblick auf gewaltsame Eskalationen bewerten. In allen drei Seminaren wurden die vorhandenen Mittel und technischen Möglichkeiten als ausreichend beschrieben. Auch wenn darauf hingewiesen wurde, daß den Demonstranten im Vergleich zur Polizei keinerlei Grenzen in der "Bewaffnung" auferlegt seien und daß die Spanne zwischen Schlagstock und Pistole auf seiten der Polizei zu groß sei, so war doch die Frage nach neuen oder besseren technischen Mitteln für die meisten der Seminarteilnehmer kein aktuelles Thema. "Wir brauchen keinen Bepo-Nachrüstungsbeschluß", formulierte ein Seminarteilnehmer zusammenfassend. Verschiedene Gründe sind für diese Einschätzung verantwortlich: Ein Teil der Polizei-beamten befürchtete, die Polizei könne durch "technische Ausrüstung" und "Bewaffnung" ihren Charakter als friedliche Institution verlieren und von der Bevölkerung zunehmend als "militarisiert" und "gewalttätig" wahrgenommen werden. Mit neuen technischen Mitteln und verbesserter Ausrüstung verändere sich auch die gesellschaftliche Funktion der Polizei und das Selbstverständnis des einzelnen Polizeibeamten.

"Hoffentlich kommen wir nicht dazu, eine Miliz zu werden."

So ein Teilnehmer mit dem Blick auf die Situation in Polen.

"Ich bin immer noch Polizeibeamter, ich bin doch kein Krieger."

(Seminar 2)

Zum zweiten waren viele Polizeibeamte nicht von der abschreckenden und deeskalativen Wirkung zusätzlicher technischer Mittel oder neuer "Demonstrationswaffen" überzeugt. Viele von ihnen haben die Erfahrung gemacht, daß der massive Einsatz technischer

Mittel eher provozierend auf die Demonstranten wirkt, weil dadurch die Bereitschaft zu gewaltsamen Auseinandersetzungen dokumentiert werde. Dies verhindere deeskalative Maßnahmen, fördere Spannung und Mißtrauen zwischen Polizei und Demonstranten und trage damit zur Eskalation bei.

Drittens schließlich wurde von den Polizeibeamten darauf hingewiesen, daß die Demonstranten und vor allem die gewaltbereiten "Chaoten" eine "Aufrüstung" der Polizei nicht unbeantwortet ließen. Eine verbesserte Ausrüstung der Polizei führe zur verbesserten Bewaffnung auf der Seite der Demonstranten und erhöhe damit die Gewaltsamkeit von Auseinandersetzungen.

"Ich glaube auch, daß wenn wir jetzt anfangen, mit Gummigeschossen zu schießen, daß sich dann auch die Gegenseite besser bewaffnen würde. Jetzt ist es Gottseidank nur vereinzelt, daß die mit Stahlkugeln schießen. Wenn wir anfangen würden mit Gummigeschossen, hätte wahrscheinlich jeder zweite so ein Ding."

(Seminar 2)

4.1.7.5 Der Glaube an die Unvermeidbarkeit von Eskalation

Nicht alle Seminarteilnehmer waren davon überzeugt, daß die Eskalation von Konflikten durch geeignete Maßnahmen zu verhindern sei. Das Verhalten in Konflikten, so ihre Argumentation, sei vorwiegend von Emotionen bestimmt und daher prinzipiell unkalkulierbar. Deeskalative Verhaltensweisen, die in der Ausbildung in speziellem Training eingeübt würden, könnten angesichts der vorwiegend emotionalen Reaktion in Konfliktsituationen daher auch nicht aktualisiert werden.

"Selbst ein guter Psychologe, ... der weiß nicht, wie er in einer Konfliktsituation reagiert, weil ja dann die Ratio und Vernunft vollkommen ausgeschaltet wird. Er reagiert nur noch emotional.

... ich glaub', daß diese Trainingsmethoden (gewaltfreies Training - d.V.) genau so bei der Polizei wie überall durchgeführt werden. Aber ob die im Ernstfall was bringen, ist die andere Frage. Wenn dann jemand dasitzt auf der Straße, um weggetragen zu werden, und es läuft halt 'ne Meute vorbei und er bekommt halt zufällig auf die Finger

getreten, dann erinnert der sich garantiert nicht mehr daran, was er gelernt hat."

(Seminar 1)

Die Unkontrollierbarkeit der Reaktionen im Konflikt zeige sich schon darin, daß es selbst in "Demonstrationsübungen" während der Ausbildung zu unangemessen hartem und aggressivem Verhalten zwischen Polizeibeamten und den eigenen Kollegen, die die Rolle der Demonstranten spielen, komme.

"Die Übungen sind härter als die richtigen Einsätze. Wir haben also schon Übungen gehabt, ... wenn wir da gesagt hätten: 'Jetzt Schlagstock frei!', die hätten sich gegenseitig ... kampfunfähig geschlagen. ... die haben das also so intensiv gemacht ... die Aggressionen haben sich so angestaut, daß es erkennbar zur Entladung gekommen wäre ... Da können wir uns nicht frei machen von."

(Seminar 2)

Diese emotionale Dynamik, das "Aufschaukeln der Gefühle", sei in Konflikten auch durch die Vorgesetzten nicht mehr kontrollierbar. Von daher seien Eskalationen unvermeidlich. Sie sind nach Ansicht dieser Polizeibeamten auch bereits in der Struktur der Konfliktbeziehungen begründet. Denn die Aufgabe der Polizei, die Rechte Dritter zu schützen und Rechtsübertretungen der Demonstranten zu ahnden, stehe von vornherein im Widerspruch zu den regelverletzenden Protestaktionen der Demonstranten.

"Wenn die Polizei da ist, dann ist sie ja da und hat einen bestimmten Auftrag, z.B. ein Gebäude, das vorher besetzt worden ist, zu räumen. Die Polizei hat aber nur bestimmte Mittel, mit denen sie versuchen kann, daß Eskalation vermieden wird. Das ist dann in dem Moment die Aufforderung, innerhalb einer bestimmten Zeit das Gelände zu verlassen. Wenn die Demonstranten dann das Gelände nicht verlassen, dann muß die Polizei ja reagieren, um ihren Auftrag auszuführen; ich meine, eine andere Wahl gibt es ja da nicht, und insofern kommt es dann zur Eskalation."

(Seminar 2)

"Ja, das fängt meistens dann an, wenn von unserer Seite dann irgendwelche Aktivitäten gestartet werden. Und zwar, wenn geräumt werden soll. Der auslösende Faktor ist der, daß wenn man anfängt zu räumen, daß die Leute dann auch aktiv sich wehren."

(Seminar 2)

4.2 Die Aktionsgruppen

4.2.1 Der Verlauf der Blockadeaktion

Die folgende Rekonstruktion der Ereignisse des 2. und 3. Septembers 1983 stützt sich v.a. auf zwei Dokumente: den Bericht des Leiters der Vollzugspolizei, der den Einsatz leitete, ohne allerdings selbst immer am Ort des Geschehens zu sein, und eine Dokumentation, die etwa zwei Wochen nach der Blockade von einigen Mitgliedern der Organisationsgruppe erstellt worden war. Daneben wurden Befragungen von Augenzeugen herangezogen, die nicht zu den von uns untersuchten Aktionsgruppen gehörten.

Am Freitag, den 2. September 1983 gingen die rund 600 Blockierer vom Sammelplatz im Bitburger Industriegebiet über Stoppelfelder zur Verbindungsstraße Housing Area - Flugplatz. Die Polizei, die das Geschehen vom Helicopter aus beobachtete, riegelte den Zugang zur Straße, die beidseitig von freiem Feld umgeben ist, durch eine Kette von Bereitschaftspolizisten ab. Über Lautsprecher wurde mehrfach mitgeteilt, daß keine Blockade zugelassen würde. Die Demonstranten verteilten sich entlang der Polizeikette und setzten sich auf das Feld. Nach Beratungen im Sprecherrat, in denen beschlossen wurde, daß zunächst nicht blockiert werden sollte, bildeten die Blockierer gegen 16 Uhr ihrerseits eine Kette, unmittelbar vor den Polizisten und bewegten sich in beiden Richtungen entlang der Straße. Dadurch wurde die Polizeikette zum Auseinanderrücken gezwungen. Durch die entstandenen Lücken gelangte eine größere Gruppe auf die Fahrbahn und setzte sich dort hin. Das Verhalten dieser Gruppe stand im Gegensatz zu den Vereinbarungen im Sprecherrat. Es wurde aber dennoch von den meisten Blockadeteilnehmern toleriert und unterstützt.

Die Polizei forderte zunächst die Blockierer auf, die Straße zu verlassen. Als darauf nicht reagiert wurde, begann sie mit der Räumung der Straße. Die Blockierer ließen sich ohne Widerstand (wie Unterhaken oder Festhalten) wegtragen. Ein Teil der Blockierer wurde zum Straßenrand getragen. Etwa 50 Blockierer wurden vorläufig festgenommen, zusammen mit den festnehmenden Beamten photographiert und mit Gefangenentransportbussen zur Identitätsfeststellung in die Bitburger Feuerwache gebracht. Zum Teil

wurden die Festgenommenen erkennungsdienstlich behandelt. Während der Räumung durch die Polizei kam es an anderen Stellen der Straße zu weiteren Blockaden. Insgesamt waren etwa 200 Blockierer auf der Straße. Die Polizei setzte bei der Räumung neben den Bereitschaftspolizisten auch Beamte eines Sondereinsatzkommandos (SEK) ein, mit deren Hilfe es dann gelang, die Straße zu räumen. Die Blockierer zogen sich daraufhin zur Beratung zurück. Etwa um 19.30 Uhr kam es zur nächsten Blockade. Die Polizei forderte über Lautsprecher zum Verlassen der Straße auf und drohte einen Wasserwerfereinsatz an. Gleichzeitig versuchten Polizeibeamte, die Blockierer mit dicht herangeführten bellenden Hunden zum Räumen der Straße zu veranlassen. Gegen die Ankündigung des Wasserwerfers und den Einsatz der Hunde kam es zu Protesten der nicht beteiligten Zuschauer und Beobachter, in deren Folge der Hundeeinsatz abgebrochen wurde. Der Wasserwerfereinsatz wurde weiter fortgesetzt. Er blieb aber wirkungslos, da die Demonstranten sich nicht von der Straße entfernten. Die Polizisten mußten auch diesmal wieder die Blockierer von der Straße tragen. Nach etwa einer Stunde konnte die Polizei auch diese Blockade beenden.

Kurz nach Mitternacht wurde die Straße erneut von etwa 30 bis 40 Personen blockiert. Die Räumung dauerte über eine Stunde, u.a. weil die Verstärkung der Polizei erst aus den Unterkünften auf der Airbase herangeführt werden mußte.

Diese Nachtblockade war von vielen Blockadeteilnehmern als sehr risikoreich eingeschätzt worden. Im Sprecherrat hatte man starke Bedenken dagegen. Die Aktion wurde aber nicht abgelehnt, sondern es wurde den einzelnen Gruppen überlassen, sich daran zu beteiligen.

Auch bei den beiden letztgenannten Blockaden kam es zu einer Reihe von Festnahmen. Die Festgenommenen wurden alle innerhalb weniger Stunden wieder auf freien Fuß gesetzt und kehrten größtenteils zur Blockade zurück.

Bis zum Samstagmorgen stieg die Zahl der Blockierer auf über 1000 an. U.a. traf auch eine Gruppe aus Mutlangen ein, wo gleichzeitig zu der in Bitburg stattfindenden Blockade ein Flugplatz blockiert wurde. An dieser Blockade nahmen sehr viele "Prominente" teil.

Am Morgen des Samstags kam es zu einer Reihe kleinerer Blockaden; nach wiederholter Aufforderung durch die Polizei verließen die Demonstranten aber jedesmal die Straße, ohne abgeräumt zu werden.

Gegen 9.30 Uhr faßten sich die Demonstranten an den Händen und bewegten sich in einer langen Schlange entlang der Zufahrtstraße in Richtung Airbase. Die Polizei sperrte das Gelände mit Hunden quer zum Verlauf der Straße, um die Demonstranten an der weiteren Annäherung an die Airbase zu hindern.

Die Kette der Blockadeteilnehmer bewegte sich daraufhin in Schlangenwindungen über die Straße; Fahrzeuge wurden z.T. behindert, ohne daß die Straße vollständig gesperrt wurde.

Kurz nach 11 Uhr entwickelte sich aus dieser Menschenschlange die größte Einzelblockade der Aktion. Über 400 Menschen setzten sich auf die Straße. Die Polizei setzte zwei Wasserwerfer ein, konnte damit die Demonstranten aber nicht zum Verlassen der Straße bewegen. Bei der anschließenden Räumung wurden mehr als 100 Personen vorläufig festgenommen. Gegen 12 Uhr hatte die Polizei die Blockade aufgelöst. In der Folgezeit kam es noch zu weiteren Blockaden, die in kürzester Zeit geräumt wurden. Um 14 Uhr beendeten die Blockierer die Aktion und formierten sich in einem nahegelegenen Bitburger Stadtteil zu einer angemeldeten Demonstration in die Innenstadt. Der Weg des Demonstrationszuges führte an der Feuerwache vorbei, in der noch die zuletzt festgenommenen Blockierer von der Polizei festgehalten wurden. Dort kam der Demonstrationszug zum Stehen, die Demonstranten verteilten sich vor dem Gebäude. In Sprechchören wurde die Freilassung der Festgenommenen gefordert. Sprecher der Demonstranten verhandelten mit der Polizei. Nach einer Stunde wurden die Festgenommenen freigelassen und der Zug bewegte sich weiter in die Innenstadt. Die Kundgebung, die ohne Zwischenfälle verlief, bildete den Abschluß der "Kultur- und Aktionstage".

Während der Blockade gab es insgesamt 317 Festnahmen. Die Staatsanwaltschaft Trier leitete Ermittlungsverfahren gegen rund 290 Blockierer ein. Die Verfahren gegen Minderjährige und Ausländer unter den 317 Festgenommenen wurden in den meisten Fällen gar nicht erst eröffnet.

Im August 1984 ergingen an rund 250 der Festgenommenen Strafbefehle in der Höhe zwischen 300 DM und 20.000 DM. Fast alle Angeklagten legten Widerspruch gegen den Strafbefehl ein. Daraufhin kam es ab Oktober 1984 zu einer Reihe von mündlichen Verhandlungen vor dem Amtsgericht Bitburg. Die Urteile ergaben in der Regel eine Bestätigung des Strafmaßes, wie es im Strafbefehl festgelegt war. Über 100 Verurteilte legten wiederum Rechtsmittel

ein. Die Berufungsverhandlungen vor dem Landgericht in Trier waren zum Zeitpunkt der Drucklegung noch nicht abgeschlossen. Die dort bereits ergangenen Urteile bestätigten aber weitgehend die Bitburger Rechtsauffassung.

4.2.2 Beschreibung der einzelnen Gruppen

4.2.2.1 Organisationsgruppe

Die Organisationsgruppe wurde gegründet als ein Arbeitsausschuß der Trierer Friedenskoordination. Im Mai 1983 wurde sie von der regionalen "Arbeitskonferenz Frieden" mit der Vorbereitung der "Kultur- und Aktionstage Bitburg" beauftragt.

Ihre Mitglieder stammten zunächst aus dem Kreis der Gruppenvertreter, die als Delegierte ihrer Organisationen seit längerem in der Friedenskoordination mitgearbeitet hatten. Sie rekrutierten weitere Mitarbeiter unter den kontinuierlich Aktiven der Trierer 'Szene'. Alle ihre Mitglieder hatten also - teilweise umfangreiche - politische Vorerfahrung, hauptsächlich aus der Ökologie- und Friedensbewegung und der studentischen Hochschulpolitik. Aus diesem Kontext kannten sich alle Mitglieder bereits seit längerem untereinander. Sie waren sich deshalb auch der teilweise unterschiedlichen politischen Standpunkte bewußt, stellten aber die Auseinandersetzung darüber zurück.

Die Stärke der Gruppe schwankte etwa zwischen fünf und fünfzehn Mitgliedern, überwiegend älteren Studenten und "Jobbern", aber auch Angestellten und Arbeitslosen.

Die Mitglieder der Organisationsgruppe verstanden sich als Organisatoren, nicht Initiatoren der Blockadeaktion. Die Zeitperspektive der Gruppe war deshalb auch klar begrenzt. Das Selbstverständnis der Gruppe änderte sich jedoch im Laufe der Vorbereitung. Zunächst war die Organisationsgruppe als Gremium angesehen worden, dessen Mitglieder sich als Repräsentanten ihrer Stammgruppen verstanden. Nach und nach lockerte sich der Rückbezug auf die Stammgruppen, und die Zugehörigkeit zur Organisationsgruppe rückte für die Mitglieder in den Vordergrund. Der Wandel von der Sekundär- zur Primärgruppe wurde unterstrichen in zahlreichen Äußerungen, in denen die Mitglieder das positive emotionale Klima hervorhoben, insbesondere auch die Möglichkeit, persönliche Pro-

bleme zu thematisieren. Die Gruppe traf sich häufig, in der letzten Zeit vor der Aktion fast täglich.

Auch in anderer Hinsicht fand eine Verschiebung statt. Hatte sich die Organisationsgruppe anfangs als ausführendes Organ der Aktionskonferenz gesehen, so bestimmte sie deren Beschlüsse immer stärker, je weiter die konkreten Planungen voranschritten und die Gruppe ein eigenes Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelte.

Die Gruppenidentität wurde gestärkt durch verschiedene Abgrenzungen: gegenüber den Trierer Gruppen des christlich-pazifistischen Spektrums; gegenüber auswärtigen Gruppen, die ein anderes Aktionskonzept favorisierten; gegenüber Großorganisationen in der Friedensbewegung. Gerade von den großen Organisationen hatte man sich anfangs Unterstützung erhofft. Diese konzentrierten sich jedoch auf die gleichzeitig stattfindende 'Prominentenblockade' in Mutlangen. Als die Unterstützung von außen ausblieb, stellten die Bitburg-Organisatoren ihre Unabhängigkeit und die regionale Verankerung der Aktion in den Vordergrund ihrer Selbstdarstellungen.

Die Organisationsgruppe übernahm die Ausarbeitung eines Aktionskonzeptes. Wenn es in der Gruppe auch unterschiedliche politische Überzeugungen und damit differierende Begründungsmuster der Aktion gab, so stimmten doch die Vorstellungen über den Aktionscharakter überein. Nach dem vorgelegten Konzept sollten sich die Teilnehmer in Bezugsgruppen zusammenschließen, sich aber bereit halten, noch zu Beginn der Aktion einzeln angereiste Teilnehmer aufzunehmen. Zumindest eine Zufahrt des Flughafens sollte 24 Stunden blockiert werden. Vom Vorabend der Blockade an sollten alle weiteren Entscheidungen vom Sprecherrat, d.h. von Delegierten der Bezugsgruppen und nicht mehr von der Organisationsgruppe getroffen werden. Auch ein Merkblatt für die Teilnehmer der Aktion wurde erarbeitet. Darin wurden unter anderem Hinweise für das Verhalten gegenüber der Polizei gegeben. Es sollte kein freiwilliges Verlassen der Fahrbahn nach einer polizeilichen Aufforderung geben. Ausgeschlossen wurden auch Absprachen mit der Polizei bzw. eine gesonderte Information der Polizei über den geplanten Ablauf. Die Offenheit der Bezugsgruppen wie der Verzicht auf obligatorische Vorbereitungstrainings und auf das Etikett 'gewaltfreie Aktion' wurden damit begründet, daß nur so die Vielfalt der Friedensbewegung zu erhalten sei. Die Zusammenarbeit mit der Polizei wurde abgelehnt, da die 'Unberechenbarkeit' der

Bewegung gewahrt werden sollte und Protestaktionen nicht zu Ritualen oder 'Spielchen' werden dürften. Diese Unberechenbarkeit sollte die Blockadeaktion auch von herkömmlichen Demonstrationen unterscheiden und ihr höhere politische Wirkung verleihen.

Die Organisationsgruppe leistete zusätzlich eine Reihe organisatorischer Arbeiten. Sie richtete einen Bürodienst ein, der die Anmeldung der Bezugsgruppen entgegennahm und für den Versand von Informationsmaterial zuständig war. Die Unterbringung der auswärtigen Teilnehmer wurde organisiert, am Blockadeort wurden ein Informationszentrum und ein Sanitätszelt eingerichtet, Kurierdienste eingeteilt und ähnliche Aufgaben erledigt. Neben der organisatorischen Arbeit initiierten einige Organisationsgruppenmitglieder auch die Gründung von Aktionsgruppen.

Über die möglichen Konsequenzen der Aktion wurde während der Vorbereitung wenig nachgedacht. Von einer strafrechtlichen Verfolgung der Teilnehmer erwartete man eher, daß sie sich als Mobilisierungsfaktor auswirken würde, als daß sie zu Resignation führen könnte.

Die Mitglieder der Organisationsgruppe nahmen an der Blockade selbst zum größten Teil in ihren Stammgruppen bzw. den von ihnen gegründeten Aktionsgruppen teil. Ihre Erfahrungen während der Aktion differierten dementsprechend. Einige behielten auch während der Aktion organisatorische Aufgaben bei. Sie waren zuständig für Pressekontakte, die Einberufung des Sprecherrats, die Einweisung anreisender Gruppen usw. Sie nahmen sich aber vor, nicht in die Entscheidungsprozesse des Sprecherrats einzugreifen, dem die Steuerung des Aktionsablaufs übertragen worden war.

Alle Organisationsgruppenmitglieder hatten Schwierigkeiten, diesen Rollenwechsel konsequent zu vollziehen und auch nach außen deutlich zu machen. Immer wieder traten Aktionsteilnehmer mit Fragen und Kritik an sie heran, für die nun der Sprecherrat hätte zuständig sein sollen. Diejenigen, die weiter organisatorische Aufgaben übernommen hatten und sich deshalb nicht auf die Straße setzten, fanden sich Vorwürfen mangelnder Risikobereitschaft ausgesetzt. Aber nicht nur die Erwartungen der anderen Teilnehmer machten es schwer, die alten Rollen aufzugeben. Nach all der Arbeit, die sie in die Aktion investiert hatten, waren die Organisatoren nun in höchstem Maße an ihrem Gelingen interessiert. So wiesen sie beispielsweise andere Teilnehmer ausdrücklich auf die Einhaltung der Verhaltensregeln hin.

Die Organisationsgruppenmitglieder gehörten zu einem großen Teil während der Aktion als Delegierte ihrer Bezugsgruppen dem Sprecherrat an. Die von ihnen wahrgenommene besondere Verantwortung brachte sie dazu, dort in strittigen Fragen eigene Standpunkte zurückzustellen und durch Kompromißvorschläge ein Auseinanderfallen der teilnehmenden Gruppen zu verhindern.

Die Organisationsgruppe traf sich nach der Blockadeaktion nur noch einmal, um eine Dokumentation zu erstellen. Ihre Mitglieder nahmen zum größten Teil aber zunächst weiter an den Sitzungen der Friedenskoordination teil. An später einsetzenden Versuchen, die Bewältigung der juristischen Folgen kollektiv zu organisieren, beteiligten sie sich jedoch nicht mehr. Als Gründe für diesen Rückzug nannten sie u.a. eine gewisse Verbitterung darüber, mit einer Überfülle von Aufgaben zuwenig Unterstützung der anderen Teilnehmer erfahren zu haben.

4.2.2.2 Aktionsgruppe A

Der Anstoß zur Gründung der Aktionsgruppe A ging von den Bewohnern zweier großer Wohngemeinschaften aus. Diese Kernmitglieder hatten sich größtenteils bereits öfters in Initiativen und Aktionen der Ökologie- und Friedensbewegung engagiert und kannten sich untereinander auch aus diesen Zusammenhängen. Daneben gab es noch private und berufsbedingte Kontakte.

Im Anschluß an eine Informationsveranstaltung beschlossen sie, gemeinsam den Kern einer noch zu erweiternden Aktionsgruppe zu bilden. Die Rekrutierung zusätzlicher Mitglieder erfolgte über persönliche Bekanntschaften. Ausreichendes Aufnahmekriterium war die Bekanntschaft mit einem akzeptierten Gruppenmitglied. Hatte der Kern zunächst etwa 15 Personen umfaßt, wuchs die Gruppe bis zur Aktion auf etwa 30 Mitglieder an. Neue Mitglieder wurden noch bis unmittelbar vor der Aktion aufgenommen. So kam es, daß der Kerngruppe, die besonders stark durch persönliche Beziehungen gekennzeichnet war, ein Kreis von später aufgenommenen Mitgliedern gegenüberstand, die untereinander, aber auch zur Kerngruppe nur vereinzelte persönliche Kontakte hatten.

Die Gruppe traf sich dreimal zur Vorbereitung auf die Aktion. Bei diesen Treffen wurden mehrere Sprecher und ein Beobachter benannt. Die Sprecher sollten die Gruppe rotierend vertreten. Vor

Entscheidungen des Sprecherrates sollte die Meinung der Gruppe eingeholt werden. Die Sprecher hatten gewissermaßen ein imperatives Mandat.

In der Gruppe kam es zu massiven Konflikten über den Aktionscharakter und die Blockadetaktik; so etwa über die Frage, ob man sich gegebenenfalls auch an der Blockade zweier Zufahrten beteiligen wollte. Diese und ähnliche Konflikte wurden 'gelöst', indem man die Entscheidung auf die konkrete Situation verschob, gleichzeitig aber den Zusammenhalt der Gruppe zur obersten Prämisse aller Entscheidungen erhob. Damit wurde den weniger risikobereiten Mitgliedern die Teilnahmeentscheidung erleichtert.

Das Organisationskonzept nach dem Bezugsgruppenmodell erschien den Mitgliedern aus mehreren Gründen sinnvoll: Der emotionale Zusammenhalt einer Gruppe stärke die Risikobereitschaft des einzelnen; gleichzeitig sei in der Gruppe aber auch die Kontrolle des individuellen Verhaltens möglich; somit könnten Gewalttätigkeiten vermieden werden. Die Koordination aller Teilnehmer durch Sprecherrat und Gruppen erlaube außerdem in unvorhergesehenen Situationen geschlossenes Vorgehen. So könne die Handlungsfähigkeit gegenüber der Polizei gewahrt werden.

Abgelehnt wurden dagegen Forderungen anderer Gruppen nach ausschließlich konsensuellen Entscheidungen des Sprecherrats oder nach Vorbereitungstrainings als Teilnahmebedingung. Demgegenüber wurde betont, der Aktionsrahmen müsse Raum lassen für flexibles und auch spontanes Verhalten von einzelnen Gruppen oder Teilnehmern.

Die Mitglieder hatten sich in der Vorbereitung darauf geeinigt, die blockierte Straße nicht vor dem Beginn polizeilicher Räumungen zu verlassen. In der Aktion entwickelte sich die 'offizielle' Regelung der Risikobereitschaft zur unausgesprochenen Erwartung, sich zumindest einmal festnehmen zu lassen. (Von einer zweiten Festnahme wurden längerer Arrest oder höhere Strafen befürchtet). Diese Steigerung der Risikobereitschaft, die auch von den anfänglich ängstlichen Mitgliedern mitvollzogen wurde, wurde in der Gruppendiskussion erklärt durch das positive emotionale Klima und dem daraus resultierenden starken Zusammenhalt. Weniger risikobereites Verhalten wäre vom einzelnen selbst als ein "Im-Stich-Lassen" der anderen empfunden worden.

Die stark ausgeprägte Gruppenidentität trat auch deutlich in der Abgrenzung von anderen Gruppen zutage. Diese betraf zum einen die

meist religiös orientierten Gruppen, die den symbolischen und bekenntnishaften Charakter der Aktion in den Vordergrund stellen wollten, zum anderen die als dogmatisch beurteilten Gruppen der orthodoxen Linken.

In der Aktionsgruppe A fanden sich auf die Frage nach den Motiven taktisch-instrumentelle Zweck-Mittel-Kalküle neben stark expressiven und identitätsbezogenen Elementen.

Die Zeitperspektive der Gruppe war zunächst nur auf die Bitburger Blockade ausgerichtet gewesen. Sie verlängerte sich dann jedoch: gemeinsam nahm man noch an mehreren Demonstrationen und Blockaden der Friedensbewegung teil. Ein Teil der Mitglieder versuchte seinem Engagement dadurch Kontinuität zu geben, indem man eine Friedensinitiative gründete, die unabhängig von spektakulären Aktionen wirken sollte. Diese Initiative löste sich aber in der Zeit nach der erfolgten Stationierung auf, ebenso wie die Aktionsgruppe, die ihren Zusammenhalt nur noch auf der Ebene der bereits vorher existierenden persönlichen Beziehungen wahren konnte.

4.2.2.3 Aktionsgruppe B

Die Aktionsgruppe B konstituierte sich im Anschluß an ein 'Training für gewaltfreie Aktion'. Aus der Gesamtzahl der Trainings Teilnehmer schlossen sich in dieser Gruppe vorrangig Bewohner eines Stadtteils zusammen. Neben der gemeinsamen Wohngegend hatten die meisten Gruppenmitglieder Berührungspunkte durch ihre (sporadische) Mitarbeit in einer Friedensorganisation des christlich - pazifistischen Spektrums oder in der kirchlichen Jugendarbeit. Der Altersdurchschnitt der Gruppe lag etwa bei 27 Jahren. Unter den 16 Gruppenmitgliedern, von denen 6 an der Gruppendiskussion teilnahmen, waren mehr Männer als Frauen. Die vertretenen Berufe waren überwiegend Studenten und Akademiker (Sozialarbeiter, Lehrer etc.).

Die Mitglieder betonten die Bedeutung der persönlichen Beziehungen, wie es auch das Selektionskriterium "Wohngegend" ausdrückt. Auf der wechselseitigen Bekanntschaft basierte das Vertrauen, sich während der Aktion und auch bei evtl. juristischen Konsequenzen aufeinander verlassen zu können. Die Mitglieder nahmen zudem voneinander an, in politischen Standpunkten weitgehend

übereinzustimmen. Thematisiert wurden politische Fragen aber nur soweit, wie sie den Charakter und die Zielsetzung der Blockadeaktion betrafen. Der hier vorgefundene Konsens wurde als essentiell für schnelle Entscheidungsprozesse angesehen. Auch deshalb sollten keine fremden Mitglieder aufgenommen werden.

Die Gruppenmitgliedern beschrieben sich selbst - in Abgrenzung zu anderen Aktionsgruppen - als nicht ideologisch fixiert. Sie seien keine "harten Politiker", zeigten in gruppeninternen Auseinandersetzungen Kompromißbereitschaft und handelten in der Aktion reflektiert und weniger spontan als Mitglieder anderer Gruppen.

Die Gruppe beschloß kurz nach ihrer Gründung, keine weiteren Mitglieder aufzunehmen und hielt sich mit einer Ausnahme auch an diesen Beschluß. Mit der Schließung sollte die Überschaubarkeit der Gruppe und insbesondere ein gemeinsames Niveau an Risikobereitschaft gewährleistet werden. Die gemeinsame Risikobereitschaft wurde bestimmt, indem sich die Mitglieder befragten, an welchen möglichen Teilaktionen sie sich beteiligen würden. Die Gruppe war bereit, an der Blockade teilzunehmen, solange nur eine Zufahrt betroffen war; diese sollte aber möglichst effektiv blockiert werden. Einzelne Mitglieder, meist mit Familie, scheuten das Risiko einer Festnahme durch die Polizei. Ihnen wurden Unterstützer- und Beobachterrollen zugewiesen, so daß sie trotzdem in die Gruppe integriert blieben.

Die Gruppe orientierte sich, wie es die Teilnahme an einem Vorbereitungstraining und die Schließung der Gruppe verdeutlichen, stark am 'Großengstinger Modell' gewaltfreier Aktionen. Sie hielt auch fest an der Forderung nach konsensuellen Entscheidungsverfahren, sowohl für gruppeninterne Entscheidungen wie für solche im Sprecherrat. Breiten Raum in der Aktionsvorbereitung nahmen Überlegungen ein, wie eine harte und eskalierende Konfrontation mit Polizisten vermieden werden könnte. So wurde detailliert diskutiert, wie man sich bei Räumungen und Festnahmen verhalten wollte. Festnahmen durch die Polizei und strafrechtliche Folgen wurden erwartet. Sie wurden als wesentlicher Teil der Aktion angesehen, da sich in ihnen die Opferbereitschaft und Konsequenz der Blockierer ausdrücken sollte. Dieser bekenntnishafte Aspekt dominierte stark die Zielvorstellungen der Aktionsteilnahme; die Absicht einer möglichst effektiven Behinderung des Militärbetriebes spielte keine Rolle. Hinsichtlich des Verhaltens bei der Blockade schätzte sich die Gruppe selbst als relativ ängstlich

ein. Es wurden jedoch fast alle ihrer Mitglieder festgenommen. In Übereinstimmung mit dem Großengstinger Modell herrschte in der Gruppe deutlich der Anspruch der Egalität der Mitglieder. Sie sahen die Gruppe gekennzeichnet durch weitgehende Abwesenheit struktureller Verfestigungen, insbesondere hierarchischer Differenzierungen (ein Bild, das sich mit unseren Beobachtungen in der Gruppendiskussion nicht unbedingt deckte).

Die Arbeit der Gruppe in der Vorbereitungszeit wurde als "stark projektorientiert" bezeichnet. Persönliche Themen wurden nur soweit angesprochen, wie sie mit der bevorstehenden Aktion in Zusammenhang standen. Dafür sei aber hinreichend Raum gewesen. So habe etwa über Ängste und Verhaltensunsicherheiten offen gesprochen werden können. Die Gruppe wurde als Team mit vertrauensvoller Atmosphäre bezeichnet.

Die zeitliche Perspektive der Gruppe erstreckte sich zunächst auf die Teilnahme an dieser einen Blockade und die gemeinsame Bewältigung sich evtl. anschließender strafrechtlicher Verfahren. Nach der Bitburger Aktion wurde die gemeinsame Teilnahme an weiteren Blockaden erwogen, ohne daß es jedoch dazu kam. Lediglich einzelne Mitglieder nahmen an weiteren Aktionen teil. Oberflächlich betrachtet scheiterte die gemeinsame weitere Aktionsbeteiligung an Zeitgründen. In der Gruppendiskussion wurde jedoch auch deutlich, daß die Mitglieder zum Teil Widerstände dagegen hegten, derart eindrückliche und riskante Aktionen zur Routine werden zu lassen.

Eine Umorientierung von der Aktionsgruppe zu einer allgemein friedenspolitischen Gruppe scheiterte, teils weil einige Mitglieder wenig Interesse an einer solchen Arbeit hatten, stärker aber noch, weil die meisten bereits in unterschiedlichen Gruppierungen engagiert waren und dort auch entsprechende Zielsetzungen verfolgten. Die Gruppe existierte also nur noch in Form seltener Treffen weiter, die stets juristische Schritte gegen einzelne Mitglieder zum Anlaß hatten.

4.2.2.4 Aktionsgruppe C

Die Aktionsgruppe C ging aus einer Kulturgruppe hervor, die in wechselnder Besetzung schon seit längerem mit künstlerischen, vor allem darstellenden Mitteln politische Themen bearbeitet hatte.

Die Gruppe hatte sich bereits an unterschiedlichen politischen Aktionen und Demonstrationen beteiligt. Die Teilnahme an der Blockadeaktion ergab sich damit aus dem Selbstverständnis der Gruppe. Ihre Mitglieder hatten auch schon in verschiedenen Initiativen, v.a. der Ökologiebewegung mitgearbeitet. Ihr politischer Standort läßt sich mit undogmatisch-links umreißen.

Im Hinblick auf die Gründung einer Aktionsgruppe rekrutierte die Gruppe zusätzliche Mitglieder, vornehmlich Freunde, Bekannte und Geschwister. Die Gruppe wollte als 'offene Bezugsgruppe' in die Aktion gehen, d.h. man erklärte sich bereit, weitere Mitglieder aufzunehmen, sofern sie wenigstens einigen akzeptierten Mitgliedern persönlich bekannt waren. Tatsächlich kam es aber nicht dazu. Die Gruppe blieb auf die 13 Mitglieder begrenzt, die auch an den Vorbereitungstreffen teilgenommen hatten.

Die Aktionsgruppe C setzte sich aus Studenten und Berufstätigen bzw. Arbeitslosen zusammen; der Altersdurchschnitt lag etwa bei 28 Jahren; einige Mitglieder hatten Kinder. Die Gruppe diskutierte während der Vorbereitung auf die Blockade organisatorische Probleme und Fragen des Verhaltens in der Aktion. Politische Fragestellungen wurden nicht eigens erörtert, da man sich aufgrund der früheren Erfahrungen der Übereinstimmung in den wesentlichen Punkten sicher war. Für alle Mitglieder war wichtig, daß die Aktion gewaltfrei verlaufen sollte. Man sah dies, soweit es das Vorgehen der Demonstranten betraf, durch die Planungen der Organisationsgruppe hinreichend gesichert.

Dem Zusammenhalt der Gruppe wurde große Bedeutung beigemessen. Dabei kamen zwei unterschiedliche Motive zum Tragen. Zum einen sollte kein Mitglied dem möglichen Risiko einer Konfrontation mit der Polizei alleine ausgesetzt sein. Andererseits sollte die Präsenz der Gruppe den einzelnen davon abhalten, in gespannten Situationen die Kontrolle über seine Affekte zu verlieren und vom Vorsatz des gewaltfreien Verhaltens abzuweichen. In der Organisation der Teilnehmer in Bezugsgruppen wurde generell eine Möglichkeit gesehen, potentielle Gewalttäter zu kontrollieren. Notfalls wollte man diese sogar mit eigener Gewalt am Handeln hindern.

Die Zeitperspektive der Gruppe als Aktionsgruppe reichte zwar von vornherein über die Aktion in Bitburg hinaus, blieb aber auf die Aktionen des 'heißen Herbstes' beschränkt.

Die Gruppe benannte einen Sprecher und zwei Unterstützer. Die Vorbereitung konzentrierte sich hauptsächlich auf Fragen der

Sicherheit der Teilnehmer. Denkbare Vorgehensweisen der Polizei wurden durchgespielt. Ab einer gewissen Härte der Auseinandersetzung wollte sich die Gruppe geschlossen aus der Aktion zurückziehen. Die meisten Mitglieder, insbesondere die Mütter in der Gruppe, wollten nach Möglichkeit eine Festnahme vermeiden. Die Gruppe nahm bis zur Stationierungsdebatte des Bundestags am 21./22. November 1983 an verschiedenen Aktionen teil. Danach löste sich die Aktionsgruppe auf. Lediglich die Kulturgruppe existierte fort. Die Bewältigung der juristischen Konsequenzen blieb aber auch ihren Mitgliedern individuell überlassen.

4.2.2.5 Aktionsgruppe D

Die Aktionsgruppe D entstand in einem Zeltlager, in dem sich Anhänger der Friedensbewegung aus der Bundesrepublik und dem benachbarten Ausland trafen. Kristallisationspunkt für die Gruppe war der Kern von Campmitarbeitern, die sich aus längerer gemeinsamer Friedensarbeit kannten. Aus dieser Kerngruppe stammten auch unsere Gesprächsteilnehmer. Sie kamen alle aus der Region Trier. Besucher des Friedenscamps, die nicht nur aus der Region, sondern auch aus dem ganzen Bundesgebiet und dem Ausland angereist waren, schlossen sich der Gruppe an.

An der Blockade nahm die Gruppe mit 30 - 35 Mitgliedern teil. Formell gründete die Gruppe sich im Anschluß an ein 'Training für gewaltfreie Aktion', das u.a. von Mitgliedern der Kerngruppe geleitet worden war. In diesem Training sollten die zukünftigen Gruppenmitglieder einander in Situationen erleben, wie sie bei der Aktion eintreten könnten. Ein solches Training war nach Ansicht der Kerngruppe wichtiger Teil der Aktionsvorbereitung.

Am Blockadekonzept, wie es die Aktionskonferenzen verabschiedet hatten, monierte die Aktionsgruppe D, daß es nicht genügend Vorkehrungen für einen gewaltfreien Verlauf enthalte. Es wurde kritisiert, daß die Aktion nicht nach dem Modell der Großengstinger Blockade vom August 1982 durchgeführt wurde, bei dem Vorbereitungstrainings obligatorisch gewesen waren und Entscheidungen ausschließlich nach dem Konsensprinzip getroffen worden waren. In der Darstellung der Gruppe ist dieses Aktionskonzept eng verknüpft mit prinzipieller Gewaltfreiheit. Die Gruppe bezeichnete sich selbst auch als "absolut gewaltfrei" in Abgrenzung zu ande-

ren Blockadeteilnehmern, denen bestenfalls taktisch motivierte Gewaltlosigkeit unterstellt wurde.

Gegenseitiges Kennen war von zentraler Bedeutung für die Rekrutierung von Gruppenmitgliedern. Es wurden nur Mitglieder aufgenommen, die vorher im Camp waren. Abgelehnt wurden Personen, die sich erst in der Aktion anschließen wollten. Ein Termin, zu dem die Mitgliedschaft erklärt werden und die Gruppe geschlossen werden sollte, konnte jedoch nicht eingehalten werden, da ständig neue Blockadeteilnehmer im Zeltlager eintrafen. Dadurch stieg der Umfang der Gruppe weit über das von den Initiatoren beabsichtigte Maß an. Hinzu kam, daß nicht alle Besucher ständig im Camp anwesend waren. Viele verbrachten einige Zeit dort, fuhren dann nach Hause und kamen zur Blockade wieder. Durch diese Ungleichzeitigkeiten der Anwesenheit waren die Mitglieder einander nicht alle bekannt; lediglich die Kerngruppenmitglieder, die von Anfang bis Ende im Camp waren, kannten alle.

Aus der Größe der Gruppe und der Tatsache, daß sich sehr viele Mitglieder untereinander nicht kannten, ergaben sich massive Probleme, insbesondere für Entscheidungsfindungen. Die Gruppe verfolgte einen basisdemokratischen Anspruch, deshalb sollte bei wichtigen Entscheidungen jedes Mitglied befragt werden. Dieses Verfahren war sehr zeitaufwendig; viele Mitglieder empfanden es deshalb als unbefriedigend. Der Versuch, Entscheidungsfindungen durch eine Teilung der Gruppe abzukürzen, scheiterte. Den 'neuen' Mitgliedern wurde nicht zugetraut, alleine eine Aktionsgruppe zu bilden und die Kerngruppe der Organisatoren wollte sich nicht teilen.

Obwohl die Gruppe sich faktisch nicht geteilt hatte, wurden dennoch zwei Aktionsgruppen beim Organisationsbüro angemeldet. Begründet wurde dieses Vorgehen damit, daß man den eigenen Vorstellungen von der Durchführung der Aktion habe mehr Gewicht verleihen wollen und die Gruppe angesichts ihrer Größe mit nur einem Vertreter im Sprecherrat unterrepräsentiert sei. Die Kerngruppe, die über mehr Informationen verfügte und auf ihre größere Aktionserfahrung verwies, lancierte die Benennung zweier ihrer Mitglieder zu Sprechern der Gruppe. Eine Rotation der Sprecher fand nicht statt.

Die Gruppe hatte mehrere Mitglieder, die selbst nicht an der Blockade teilnehmen wollten; diese übernahmen Helferfunktionen. Während der Aktion kam es zu Rollenwechseln, als sich Helfer doch

an der Blockade beteiligten und andere, die sich vorübergehend von der Anspannung entlasten wollten, deren Funktionen übernahmen.

Die Gruppe erzeugte also keine weitgehende Nivellierung der Risikobereitschaft ihrer Mitglieder, wie dies in den meisten anderen Gruppen der Fall war. Die Integration ihrer Mitglieder erreichte sie stattdessen über ein differenziertes Rollensystem. Eine zusätzliche Erschwernis der Entscheidungsprozesse mußte allerdings dafür in Kauf genommen werden.

Die Gruppe löste sich unmittelbar nach der Blockade auf. Versuche, die Gruppe später noch einmal zusammenzubringen, um das Vorgehen in den erwarteten Prozessen abzustimmen, scheiterten, nicht zuletzt an der Entfernung zwischen den Herkunftsorten der Mitglieder.

4.2.2.6 Aktionsgruppe E

Die Aktionsgruppe E wurde initiiert vom Mitarbeiterteam einer 'Szene'-Kneipe. Sie umfaßte im Kern das Kneipenteam und einige Stammgäste. Die Gruppe versuchte jedoch von vorneherein, so viele Teilnehmer wie möglich für die Blockade zu gewinnen.

Die Rekrutierung weiterer Mitglieder erfolgte zunächst über gezieltes Ansprechen von Bekannten und Freunden. Die persönliche Bekanntheit war aber keine Aufnahmebedingung. So wurden auch Personen aus dem Kreis der Kneipenbesucher, die die anderen Mitglieder nicht oder nur flüchtig kannten, in die Gruppe aufgenommen. Als Aufnahmekriterium genügte nach Auskunft der Gruppe die individuelle Bereitschaft, an der Blockade teilnehmen zu wollen.

Die Gruppe wies wie die übrigen einen hohen Prozentsatz an Studenten auf. Bemerkenswert ist, daß sich an ihr aber auch eine ganze Reihe von Arbeitern und Angestellten beteiligten, die gewerkschaftlich engagiert waren.

Die Gruppe legte keine maximale Gruppengröße fest und wuchs so auf über 30 Mitglieder an.

Die Gruppengröße brachte erhebliche Probleme mit sich. So war es nach Aussage der Mitglieder nicht möglich, etwa über Fragen der politischen Zielsetzung oder der individuellen Motivation zu sprechen, da schon die Klärung organisatorischer Fragen sehr

zeitaufwendig war.

Allerdings verzichtete die Gruppe auch bewußt auf die Diskussion grundsätzlicher Fragen, da man nicht oder nur schwer zu überwindende Differenzen fürchtete. Auch wurden, außer dem allgemeinen Vorsatz, sich gewaltfrei verhalten zu wollen, keine Verhaltensnormen diskutiert. Jede Form des Zwangs durch die Gruppe sollte vermieden werden. Es wurden aber ausführliche Überlegungen angestellt, wie der Zusammenhalt der Gruppe während der Aktion sichergestellt werden könnte. Vor allem sollte darauf geachtet werden, daß niemand unbemerkt von den anderen von der Polizei festgenommen werden konnte.

Bei den Vorbereitungstreffen der Gruppe waren nie alle Mitglieder gleichzeitig anwesend. Zudem nahm die Gruppe ständig neue Mitglieder auf. Viele der Teilnehmer kannten sich also nicht, als sie gemeinsam zur Blockade fuhren. Die Gruppe entwickelte erst in der Aktion ein Zusammengehörigkeitsgefühl. Das Vertrauen in die gegenseitige Unterstützung erwies sich als tragfähig und führte dazu, daß sich die Mitglieder trotz der Ablehnung von 'Gruppenzwang' stärker aneinander orientierten. In Spannungssituationen erwies sich die Gruppe als emotionaler Rückhalt.

Die Gruppe konnte ihren Zusammenhalt zunächst wahren und nahm zur Teilnahme an einer weiteren Blockadeaktion sechs Wochen später noch weitere Mitglieder auf. Danach zerfiel sie weitgehend. Die Gruppe, die sich im Hinblick auf konkrete Aktionen konstituiert hatte, fand vorerst kein gemeinsames Thema mehr. Einzelne Mitglieder fuhren noch zu anderen Aktionen, die meisten aber zogen sich zurück. Eine Teilgruppe traf sich weiter unregelmäßig in der Kneipe, die Kristallisationspunkt der Gruppe gewesen war. Von dieser Teilgruppe gingen noch zwei Versuche aus, die Gesamtgruppe wiederzubeleben. Als eine Reihe von Blockadeteilnehmern Strafbefehle erhalten hatte, kehrte die Aktionsgruppe vorübergehend zu regelmäßigen Treffen zurück, konnte aber keine weitreichende gemeinsame Handlungsperspektive entwickeln. Der zweite Versuch galt der Gründung einer Initiative, die sich mit inhaltlichen Fragen der Sicherheitspolitik befassen sollte. Es gelang, etwa acht Mitglieder der ehemaligen Aktionsgruppe in einen solchen Arbeitskreis einzubinden, der zum Zeitpunkt der Gruppendiskussion noch existierte. Seine Mitglieder hatten sich allerdings größtenteils schon vor der Aktionsgruppengründung näher gekannt. Im Unterschied zur Aktionsgruppe sollte in der neuen Gruppe auch

Raum für persönliche Themen sein. Probleme entstanden daraus, daß die Diskussion bislang nicht thematisierter politischer Fragestellungen jetzt auch oft Meinungsverschiedenheiten aufdeckte.

4.2.2.7 Aktionsgruppe F

Die Aktionsgruppe F setzte sich zum überwiegenden Teil aus Schülern und jungen Studenten zusammen. Ihre vier Gründungsmitglieder kamen aus zwei verschiedenen Friedensgruppen, die jeweils keine eigenen Aktionsgruppen gründeten. Die späteren Mitglieder trafen bei einem Vorbereitungstraining zusammen. In der Folgezeit versuchten sie Freunde und Bekannte für die Gruppe zu gewinnen, von denen sie vermuteten, daß sie prinzipiell bereit seien, sich an der Blockade zu beteiligen. Solche Ansprechpartner fanden sich unter Klassenkamerad/inn/en und Angehörigen verschiedener christlicher Jugendgruppen, zu denen einzelne Mitglieder der Gründungsgruppe Kontakt hatten.

So bildete sich eine Gruppe mit etwa 12 Mitgliedern, in der jeweils nur ein kleiner Teil durch enge, persönliche Beziehungen miteinander verbunden war. Zwischen einem großen Teil der Mitglieder bestanden nur indirekte, schwache Beziehungen.

Diese eher lockeren persönlichen Beziehungen standen im Widerspruch zu den Vorstellungen der Kerngruppe, die Aktionsgruppe - ähnlich wie die Arbeitskreise, denen sie angehört hatte - auch als soziale Gruppe mit engen persönlichen Beziehungen zwischen den Mitgliedern zu gestalten.

Trotzdem konnte sich die Gruppe in ihren Vorbereitungstreffen zunächst ohne größere Schwierigkeiten auf gemeinsame Vorstellungen von der Aktion einigen. Die Blockade sollte 'symbolisch', d.h. auf eine Zufahrt beschränkt bleiben. Im Vordergrund stand die Absicht, ein Zeichen zu setzen und die Ernsthaftigkeit und Konsequenz der eigenen Überzeugungen zu demonstrieren. Mit der Aktion sollten auch Vorstellungen von Basisdemokratie zum Ausdruck gebracht werden; die Gruppe wollte an konsensuellen Entscheidungsverfahren festhalten.

Um ihrem Anliegen gerecht zu werden, war es für die Gruppe sehr wichtig, daß die Aktion ohne Gewalttätigkeit verlief. Stärker als mit der Antizipation des Polizeiverhaltens beschäftigte sie sich dabei mit der Frage, wie mit evtl. gewaltbereiten Demonstranten-

gruppen umgegangen werden sollte. Ein Repertoire von Taktiken wurde erarbeitet, mit denen man solche Leute am Handeln hindern oder ihnen zumindest den Schutz der Masse entziehen wollte. Potentielle Gewalttäter wurden höchstens von auswärts erwartet, nicht aus der eigenen Gruppe und auch nicht aus den anderen Trierer Gruppen, auch wenn sich deren Vorstellungen über den Aktionscharakter von den eigenen unterschieden. Diese Unterschiede drückten sich u.a. darin aus, daß die Gruppe die Festlegung der Organisationsgruppe ablehnte, keinen Kommunikationskanal mit der Polizei zu institutionalisieren.

Für die Mitglieder der Aktionsgruppe F schloß eine Beteiligung an der Blockade die Bereitschaft ein, sich von der Polizei festnehmen zu lassen. Einzelne, die dieses Risiko nicht eingehen wollten, übernahmen Unterstützungsaufgaben.

Man verständigte sich auch darauf, nur noch zwei oder drei zusätzliche Mitglieder aufzunehmen. Dieser Beschluß konnte in der Aktion allerdings nicht eingehalten werden. Die Gründungsmitglieder, die sich auf ihn beriefen und die Gruppengröße begrenzen wollten, gerieten in eine Minderheitsposition, während die neueren Mitglieder einer Ausweitung positiv gegenüberstanden. So stieg die Gruppengröße bis auf 23 Mitglieder an.

Mit diesen Neuaufnahmen konnten auch die ehemals klaren Aktionsvorstellungen nicht aufrechterhalten werden. Die Absprachen über Verhaltensnormen und Aktionstaktiken wurden von der neuen Mehrheit nicht mehr akzeptiert. Einzig über den Vorsatz gewaltfreien Handelns blieb der Konsens bestehen. Während der Aktion zerfiel die Aktionsgruppe dann auch in Teilgruppen, die unabhängig voneinander und weitgehend ohne Absprachen eigene Taktiken verfolgten. Lediglich die Funktion des gemeinsamen Sprechers brachte diese Teilgruppen immer wieder zusammen, da er eine Hauptinformationsquelle über die Absichten der anderen Aktionsgruppen war. Die Aktionsgruppe F traf sich nach der Blockade noch einmal, dann löste sie sich auf. Die Mitglieder der Kerngruppe arbeiteten weiter in friedenspolitischen Arbeitskreisen zusammen.

4.2.2.8 Aktionsgruppe G

Die Aktionsgruppe G bestand im wesentlichen aus den Mitgliedern der Ortsgruppe einer politischen Organisation. Die Gruppe hatte

sich die Blockade als Schwerpunkt für den Herbst 1983 gesetzt und sich in den Monaten davor auch stark an der Arbeit des Koordinierungsgremiums beteiligt.

Aus der gemeinsamen politischen Arbeit und der Teilnahme an Aktionen wurde die Einschätzung hohen Konsenses innerhalb der Gruppe abgeleitet, sowohl was die politische Bedeutung der Aktion anbelangte wie auch die Handlungsabsichten der Mitglieder in der Aktion.

Die Gruppe organisierte sich auf die Blockade hin als offene Bezugsgruppe. Dank des Bestandes an erprobter Übereinstimmung glaubte man sich in der Lage, neue, auch nicht bekannte Mitglieder integrieren und auf festgelegte Richtlinien verpflichten zu können.

Generelle Aussagen über die Zahl und Herkunft der neu aufgenommenen Mitglieder wurden in der Gruppendiskussion nicht getroffen. Beispiele, die erwähnt wurden, bezogen sich auf persönliche Freunde und Verwandte.

In der Vorbereitung der Gruppe auf die Blockade dominierten technisch-organisatorische Fragen. Eine explizite Festlegung von Verhaltensnormen wurde - aufgrund der angenommenen Übereinstimmung - nicht für notwendig erachtet.

Die Gruppe benannte einen Sprecher, der ein freies Mandat erhielt. Rücksprachen mit den anderen Mitgliedern vor Entscheidungen im Sprecherrat, wie sie in anderen Gruppen vorgesehen waren, wurden für überflüssig gehalten.

Das Selbstbild der Gruppe war das einer 'politischen Gruppe'. Sie grenzte sich damit von anderen ab, die sich erst zur Blockade gegründet hatten. Auch die Beurteilung des Aktionscharakters leitete sich aus der langfristigen politischen Perspektive ab. Vorstellungen von der Aktion als 'historische Situation', als 'Bewährungsprobe persönlicher Glaubwürdigkeit' oder als 'Testfall basisdemokratischer Entscheidungsverfahren', wie sie in anderen Gruppen existierten, wurden entschieden abgelehnt.

Das Hauptinteresse, das die Gruppe mit der Aktion verfolgte, galt der Erzeugung öffentlichen (Medien-) Interesses. Das Zustandekommen der Blockade wurde deshalb als weit wichtiger eingeschätzt, als die Darstellung persönlicher Opferbereitschaft. Es wurden deshalb auch keine Absprachen über die Risikobereitschaft getroffen: Jedem Mitglied sollte es freigestellt bleiben, eine Festnahme in Kauf zu nehmen oder nicht.

Verhaltensabsprachen gab es nur insoweit, als der gewaltfreie Verlauf der Aktion auch beim Auftreten von gewaltbereiten Gruppen sichergestellt werden sollte. Unter anderem wurde auch erwogen, nötigenfalls die Aktion abubrechen. Insgesamt wurden die Risiken, sowohl durch das eventuelle Auftreten gewaltbereiter Gruppen wie durch den Verlust der Affektkontrolle bei einzelnen, als gering angesehen.

Entsprechend ihrer pragmatischen Einschätzung der Aktion legte die Gruppe sich nicht auf Richtlinien zu erwartbaren Streitpunkten mit anderen Aktionsgruppen fest. Stattdessen wollte sie sich in Auseinandersetzungen um die Blockadetaktik jeweils der Mehrheitsposition anschließen, damit langwierige Entscheidungsprozeduren vermieden würden und die Aktion möglichst reibungslos fortgeführt werden konnte.

Der Gruppenzusammenhalt spielte während der Aktion eine geringe Rolle. Die Mitglieder entschieden unabhängig voneinander, an welchen Einzelaktionen sie sich beteiligen wollten. Die emotionale Atmosphäre der Gruppe wurde als 'eher frostig' bezeichnet. Trotzdem gab es auch Beispiele gegenseitiger Unterstützung in brisanten Situationen wie den Wasserwerfereinsätzen.

Die Betonung der politischen Perspektive bestimmt auch das Verhältnis der Mitglieder untereinander. Persönlichen Beziehungen wurde gegenüber der gemeinsamen politischen Einstellung eine weitaus geringere Bedeutung für den Zusammenhalt der Gruppe zugewiesen. Eine Thematisierung persönlicher Probleme in der Gruppe wurde abgelehnt; auch im Zusammenhang mit der Aktion wurde nicht über Ängste und Zweifel einzelner gesprochen. Es wurde stattdessen jedem einzelnen anheimgestellt, ob und wie weit er sich den Risiken der Aktion aussetzen wollte.

Nach der Blockade traf sich die Gruppe weiter regelmäßig und setzte ihre friedenspolitische Arbeit fort. Einige Mitglieder verließen jedoch die Gruppe und schlossen sich einer anderen Friedensinitiative an.

4.2.3 Struktur und Dynamik der Aktionsgruppen

Kennzeichnend für die Blockadeaktion in Bitburg (aber ebenso für weitere Blockadeaktionen in der Bundesrepublik) war, daß die Blockadeteilnehmer sich in festen Gruppen zusammenschlossen, sich

gemeinsam auf die Aktion vorbereiteten und die Aktion auch gemeinsam in der Gruppe durchführten.

Nachdem wir bereits darauf verwiesen haben, in welchem Ausmaß v.a. gegenkulturelle Netzwerke und soziale Gruppen als konstituierende Bedingungen für die Entwicklung und Organisation von Protestaktionen von Bedeutung sind, wollen wir nun unsere Aufmerksamkeit stärker auf die Aktionsgruppen selbst richten. Wir wollen versuchen herauszuarbeiten, welche spezifischen Probleme sich in den Aktionsgruppen ergaben und welche Lösungen die Gruppen jeweils entwickelten.

Die Ergebnisse unserer Untersuchung sind hier nicht nur für die Theorie sozialer Bewegungen relevant; sie verweisen darüber hinaus auch auf grundlegende gruppensoziologische Fragestellungen. Die Aktionsgruppen bilden - aus dieser theoretischen Perspektive betrachtet - eine Überlagerung zweier verschiedener Typen sozialer Systeme:

- a) der sozialen Gruppe, die nach NEIDHARDT gekennzeichnet ist durch die Merkmale Diffusität der Gruppenzwecke, Unmittelbarkeit der Beziehungen (face-to-face-interaction) und relative Dauerhaftigkeit der Gruppe (daraus folgend die Entwicklung von Wir-Gefühl und Gruppenidentität);
- b) der Organisation, die sich v.a. durch die eindeutige Zielorientierung (Spezifität) und eher mittelbare, z.T. anonyme Beziehungen zwischen den Mitgliedern von den sozialen Gruppen unterscheidet (vgl. NEIDHARDT 1980).

Die Aktionsgruppen unserer Untersuchung ähneln und unterscheiden sich nun von Organisationen hinsichtlich der Frage der Zielsetzung. Wie Organisationen auch haben die Gruppen eine klare Zielsetzung, nämlich die Organisation und Durchführung der Blockadeaktion. Anders aber als in Organisationen bestimmt dieses Außen-Ziel nicht vollständig die innere Struktur, das Verhalten und die Strategie der Gruppe. Vielmehr gibt es klare Vorstellungen in den Gruppen darüber, wie eine innere Organisation und Struktur der Gruppen zu gestalten ist, die nicht aus der primär politischen Zielsetzung der Gruppen abgeleitet ist.

Wir finden also in diesen Aktionsgruppen eine doppelte Zielsetzung: einmal nach außen, auf die politische Protestaktion bezogen; zum anderen nach innen, auf interne Beziehungen und Strukturen der Gruppe bezogen. Diese doppelte Zielsetzung stellt die Aktionsgruppen vor erhebliche Balancierungsprobleme, wie sie

NEIDHARDT etwa für soziale Gruppen näher gekennzeichnet hat (siehe NEIDHARDT 1980, S. 105 ff).

Die im folgenden Kapitel zusammengetragenen Ergebnisse unserer Studien machen deutlich, welche typischen Probleme sich für politische Aktionsgruppen aus dieser doppelten Zielorientierung ergeben. Und sie zeigen auch, zu welchen unterschiedlichen Lösungen die einzelnen Aktionsgruppen kommen, wenn sie etwa zwischen zusätzlicher Integration fremder Teilnehmer und Bewahrung der Überschaubarkeit und Bekanntheit der Gruppenteilnehmer entscheiden müssen. Diese unterschiedlichen Lösungen sind von einer Reihe von Bedingungen abhängig, die letztendlich für die erstaunliche strukturelle und ideologische Heterogenität der Aktionsgruppen verantwortlich sind.

4.2.3.1 Die Organisation der Gruppen

Eine zentrale Frage, die jede Organisation oder soziale Gruppe regeln muß, ist die Frage der Mitgliedschaft einerseits und der Gruppengröße andererseits. Jede soziale Gruppe muß entsprechend ihres Selbstverständnisses (oder, im Falle von Organisationen, entsprechend ihrer Zielsetzung), Kriterien festlegen für die Auswahl ihrer Mitglieder und den maximalen Umfang der Gruppen. Dies gilt im besonderen dann, wenn - wie in unserem Fall - die Konstitution und Organisation der Gruppe selbst unmittelbar auf spezifische Zwecke ausgerichtet sind. Die Darstellung des Bezugsgruppenmodells hat verdeutlicht, daß die Organisation der Gruppen auf eine Reihe von Funktionen angelegt war. Die Gruppen sollten gemeinsames Handeln der Blockadeteilnehmer koordinieren und erleichtern, und zudem 'ideale' Entscheidungs- und Diskursbedingungen verwirklichen. Sie sollten zum anderen auch jedem einzelnen Mitglied Schutz und Sicherheit gewährleisten können. Und sie sollten schließlich so angelegt sein, daß die Integration von neuen Mitgliedern bis zum Schluß möglich sein sollte. Diese Aufgaben oder Funktionen der Gruppen widersprechen sich teilweise. So verlangt die Forderung von Integrations- und Aufnahmebereitschaft eine prinzipiell offene Gruppe, während zur Herstellung von Verhaltenssicherheit und zur Ausbildung von Vertrauen unter den Mitgliedern einer Gruppe sowohl eine bestimmte Gruppengröße als auch eine gewisse Kontinuität der Mitgliedschaft

erforderlich ist.

Die Ergebnisse unserer Untersuchung zeigen, daß die Entscheidungen, die die Gruppen zu dieser Frage fällten, sehr unterschiedlich waren, je nachdem welche Funktionen des Bezugsgruppenmodells im Vordergrund standen. Jene Gruppen, die in der Organisation von Aktionsgruppen v.a. ein Instrument zur Mobilisierung zusätzlicher Demonstranten und damit zur Stärkung des politischen Protests sahen, waren eher in der Lage, ohne Festlegung der Gruppengröße zu bestehen und die Aufnahme neuer Mitglieder zu verarbeiten. Dies waren v.a. Gruppen, in denen ältere und erfahrene, vor allem politisch motivierte Teilnehmer dominierten. Sie wiesen in der Regel höhere Teilnehmerzahlen auf als jene Gruppen, in denen v.a. der Schutz- und Sicherheitsaspekt der Mitglieder im Vordergrund stand. Für diese Gruppen war es sehr wichtig, durch die Kontinuität von Beziehungen Vertrauen aufbauen zu können und durch eine geringere Gruppengröße den unmittelbaren Kontakt aller Gruppenmitglieder untereinander zu ermöglichen. Die klare Begrenzung der Gruppengröße konnte jedoch auch in diesen Gruppen nicht immer eingehalten werden.

- "Unsere Gruppe hat sich gebildet und das war schon eine ziemlich große Anzahl von Leuten. Aber es kamen auch einfach Leute. Wir konnten ja nicht einfach sagen, geht wieder weg oder so."

(Aktionsgruppe D)

- "Ich weiß noch, ich glaube, wir hatten mal so was von 15 Leuten, in der Richtung, gesagt. Wie wir dann da oben in Bitburg waren, waren es schon mehr, und dann kamen immer noch mehr dabei."

(Aktionsgruppe F)

So wurden die Aktionsgruppen z.T. stärker als dies ursprünglich beabsichtigt war und verursachten so zusätzliche Probleme, etwa im Hinblick auf Diskussions- und Entscheidungsprozesse, aber auch bzgl. der gruppeninternen Differenzierung und der Identifikation der Teilnehmer mit ihrer Aktionsgruppe.

- "Das ging z.B. los, wenn wir eine Runde gemacht haben oder so, wir wurden nie fertig, bis jeder mal seinen Satz gesagt hat, das war unendlich."

(Aktionsgruppe D)

- "Bei uns in der Gruppe (...) waren zuviele Neue dabei. Es waren vielleicht fünf, sechs, die mit dem System wirklich

vertraut waren. Und wenn dann zehn andere dagegenstehen und die entwickeln jetzt in ihrem Kopf neue Theorien, wie das eigentlich viel besser zu machen ist, und das leuchtet den anderen neun, die auch neu sind, in der Situation ein, was sollen die fünf Leute machen, die das Sprecherratssystem usw. gestaltet haben und wollen das jetzt auch durchsetzen, ausprobieren, was vielleicht auch möglicherweise besser gewesen wäre in dem Moment. Da fand auch nicht mehr in unserer Gruppe die Unterscheidung statt, du bist schon einer, der sich darauf wochenlang vorbereitet oder du bist jetzt gerade heute mittag von der Schule da hochgefahren und blockierst jetzt mit. Das wußte man nicht so."

(Aktionsgruppe F)

4.2.3.2 Rekrutierung und Motivation

Während sich in der Handhabung der Gruppengröße und der prinzipiellen Öffnung bzw. Schließung der Gruppe für weitere Teilnehmer erhebliche Unterschiede zwischen den Aktionsgruppen unserer Studie aufzeigen lassen, dominieren hinsichtlich der Rekrutierungspraxis die Gemeinsamkeiten: Alle Aktionsgruppen haben sich auf der Basis bereits existierender sozialer und politischer Gruppen (Arbeitskreise, Wohngemeinschaften, Freizeitgruppen etc.) konstituiert. Diese Gruppen, die z.T. schon in der Friedensbewegung oder in anderen sozialen Bewegungen aktiv waren, bedurften keiner besonderen Motivierung oder Mobilisierung. Sie sind bereits aktiv und organisiert und verlagern lediglich ihr Aktionsfeld - sie werden daher zu stabilen Kristallisationskernen für Protestaktionen. Neben dieser "Block-Rekrutierung" (RASCHKE, 1985, S.204) aber sind für soziale Bewegungen, die ihre strukturelle Basis in sozialen Netzwerken haben, vor allem (informelle) Rekrutierungspraktiken dominierend, die auf der Mobilisierung von sozialen Beziehungen beruhen; d.h. zusätzliche Teilnehmer für die Blockadeaktion wurden vor allem über persönliche Beziehungen und Bekanntschaften im Freundeskreis, unter Verwandten, Schulkameraden, im Wohnumfeld oder in den Freizeitgruppen gewonnen. Typisch für diese Rekrutierungspraxis ist, daß die einzelnen Teilnehmer nicht von selbst zur Bewegung oder zur Protestgruppe kommen, sondern daß sie "gefragt" werden. Diese

Rekrutierungspraxis hat zur Folge, daß die Grenzen der Mobilisierung mit den Grenzen der sozialen Netzwerke zusammenfallen; eine Rekrutierung von bis dahin 'Inaktiven', die nicht in die Netzwerke integriert sind, findet daher nur in Ausnahmefällen statt. So konnte sich auch die Hoffnung der Blockadeteilnehmer, Teile der betroffenen Bevölkerung mobilisieren zu können, nicht erfüllen. Dies mag ein Hinweis darauf sein, welche Bedeutung v.a. psycho-soziale Anreize und auch sekundäre Gratifikationen für die Beteiligung an sozialen Bewegungen und Protestaktionen bilden. Anders als etwa Parteien bilden soziale Bewegungen "eine Vielfalt von Ansatzpunkten zur Befriedigung expressiver Bedürfnisse" (RASCHKE 1985, S.203). Rekrutierung findet vermittelt über soziale Beziehungen, soziale Gruppen und Netzwerke statt und spricht so auch Bedürfnisse an, die mit diesen sozialen Kontexten vermittelt werden können wie etwa: Gemeinschaftserlebnisse, Prestige und soziale Anerkennung oder das Bedürfnis nach Sinnerfüllung und Identitätserfahrung.

4.2.3.3 Gruppeninterne Differenzierung und Rollenausbildung

Für die Gestaltung des internen Systems der Gruppe lieferte das Bezugsgruppenmodell relativ klare Strukturierungsvorschläge und Handlungsvorschriften. Sie sollten den basisdemokratischen egalitären Charakter der Gruppen sicherstellen und unterschiedliche Partizipation von Mitgliedern sowie die Ausbildung von Führungspositionen und Machtstrukturen verhindern. Aus diesem Grunde war im Bezugsgruppenmodell festgelegt, daß

- a) Entscheidungen nur konsensuell getroffen werden sollten; Dissens sollte durch wiederholten Diskurs und Überzeugungsarbeit beseitigt werden. Mehrheitsentscheidungen wurden als undemokratisch abgelehnt;

und daß

- b) die Ausbildung von Spezialisten und die Ausdifferenzierung von Sonderrollen nur dort toleriert und unterstützt werden sollte, wo dies zur Koordination mit den anderen Gruppen und zur eigenen Sicherheit während der Blockade notwendig war.

Entsprechend dieser Strukturierungsvorgaben wurden tatsächlich in allen Aktionsgruppen bestimmte Sonderrollen ausgebildet: einmal die Rolle des Gruppensprechers, der die Gruppe nach außen, im

Sprecherrat, zu vertreten hatte; zum anderen die Rolle des Beobachters, der für die Sicherheit der Festgenommenen verantwortlich sein sollte und vor unangemessenen polizeilichen und juristischen Sanktionen schützen sollte. Schließlich gab es einige Gruppen, in denen für jene Teilnehmer, denen eine eigene Teilnahme an der Blockade zu risikoreich war, die Rolle des Unterstützers vorgesehen war. Das Bezugsgruppenmodell in seiner Großengstinger Version sieht zwar noch weitere Rollendifferenzierungen vor, wie etwa den Polizeisprecher, der für die Kontakte zur Polizei verantwortlich ist. Das Trierer Aktionskonzept lehnte jedoch solche Kontakte mit der Polizei ab. In den meisten Aktionsgruppen beschränkte sich die Ausbildung von Sonderrollen daher auf den Sprecher und den Beobachter.

Kennzeichnend für diese Rollendifferenzierung ist nun vor allem die Rigidität der Rollenvorschriften. Dies wird am ehesten an der Rolle des Sprechers deutlich. Um zu vermeiden, daß sich an dieser Stelle Entscheidungsmacht konzentriert, wurde der Sprecher allein mit Vermittlungsaufgaben betraut. Er selbst hatte nicht die Macht, Entscheidungen im Namen der Gruppe zu treffen. Er sollte lediglich die Entscheidungen der Gruppe dem Sprecherrat übermitteln und die Gruppe über die Diskussion und Situation im Sprecherrat informieren.

- "Die sind dann immer instruiert worden, wie wir uns gerne verhalten täten."

(Aktionsgruppe A)

Um der dennoch bestehenden Gefahr der Etablierung von Sonderwissen vorzubeugen, sahen einige Gruppen auch die Rotation des Sprechers vor.

Trotz dieser Versuche, die Herausbildung von Ungleichheitsstrukturen innerhalb der Gruppen zu verhindern oder zumindest zu kontrollieren, zeigten sich in der Realität deutliche Differenzierungen in den Aktionsgruppen sowie Abweichungen von rigiden Rollenvorschriften während der Aktion. So gab es in allen Gruppen ein relativ deutliches Zentrum/Peripheriegefälle, das auch von den Teilnehmern selbst als solches wahrgenommen und beschrieben wurde. Zum Zentrum, dem Gruppenkern, zählten diejenigen Teilnehmer, von denen die Initiative zur Gründung der Aktionsgruppe ausging. Dies waren in der Regel kleine Gruppen politisch engagierter und aktiver Mitglieder, die sich bereits vor der Aktion in anderen sozialen oder politischen Kontexten zusammengefunden

hatten. Sie verfügten in der Regel über relativ klare, einheitliche Vorstellungen von der Protestaktion und der Aktionsgruppe und versuchten, entsprechend dieser Vorstellung die Aktionsgruppe zu gestalten und in Abgrenzung von anderen zu profilieren. Häufig waren es Personen aus dem Zentrum der Gruppen, die auch die Rolle des Sprechers übernahmen und auch aufgrund ihres Informationsvorsprungs in den gruppeninternen Diskussionen und Entscheidungen eine herausragende Stellung einnehmen konnten.

- "Ich denke mir schon, daß wir ab dem Zeitpunkt, wo wir beschloßen haben, daß wir nicht eine Bezugsgruppe machen mit den Leuten, mit denen wir eigentlich gern wollen, sondern eher so eine Auffangbezugsgruppe machen, daß uns ab dem Zeitpunkt, daß mir ab dem Zeitpunkt klar war, daß es jemand von uns (aus der Kerngruppe) macht."

- "Die (die späteren Sprecher) haben auch die meiste Zeit vorher geredet. Die haben die Informationen gehabt und haben die meiste Zeit geredet, zumindest von D. hatte ich den Eindruck."

(Aktionsgruppe D)

Anders als das Zentrum nun, das durch eine vielfältige und enge Verflechtung sozialer Beziehungen gekennzeichnet war, bestand der Rest der Gruppe, die Peripherie, aus Teilnehmern, die erst nach der Gründung der Aktionsgruppe rekrutiert werden konnten. Zwischen Zentrum und Peripherie bestanden nur vereinzelte soziale Beziehungen. Die Kommunikationsdichte im Zentrum war wesentlich höher als die Kommunikation zwischen Zentrum und Peripherie. Gleichzeitig gab es zwischen den einzelnen Mitgliedern der Peripherie ebenfalls nur wenige soziale Beziehungen und Kontakte, so daß auch innerhalb der Peripherie die Kommunikationsdichte relativ gering war. Die Kommunikationsstrukturen der Peripherie waren stärker auf das Zentrum ausgerichtet, wogegen das Zentrum sich vor allem an internen Kommunikationsstrukturen orientierte. Probleme, die sich aus diesem Zentrum-Peripherie-Gefälle ergaben, wurden nur von einigen Gruppen thematisiert. Allerdings kam es aufgrund eines sehr starken Anwachsens der Aktionsgruppen z.T. zu Subzentren und Subgruppenbildung in der Peripherie. Dies hatte zur Folge, daß die privilegierte Position des Zentrums in Frage gestellt wurde, etwa wenn der Sprecher aus den Subzentren der Peripherie gewählt worden war. Gruppen, in denen dies der Fall war, hatten sich mit erheblichen internen Schwierigkeiten aus-

einanderzusetzen. Diskussions- und Entscheidungsprozesse wurden konfliktreicher, ebenso wie die Beziehungen zwischen den Mitgliedern. Für die Mitglieder im Zentrum bedeutete diese Entwicklung zudem eine Reduzierung ihrer Identifikation mit der Gruppe.

- "Es gab noch einen Punkt, da ist es mir dann auf den Keks gegangen, da bin ich auch neidisch geworden. (Beispiel einer anderen Bezugsgruppe, in der 'es besser lief'). Und bei dieser elenden Bezugsgruppe hier, da ging das kaugummimäßig."

(Aktionsgruppe D)

Bei der Beurteilung der Gruppenerfahrung schlugen sich diese Probleme dann auch in einer großen Enttäuschung der Mitglieder nieder. Diese Enttäuschung mit dem internen System der Gruppe scheint es hingegen in anderen Fällen trotz deutlicher Differenzierung zwischen Gruppenzentrum und Gruppenrand nicht gegeben zu haben.

4.2.3.4 Kollektive Identität und Differenzierungsprozesse zwischen den Aktionsgruppen

Wir haben zuletzt deutlich gemacht, welche internen Strukturen die Aktionsgruppen ausbildeten. Im folgenden soll nun die Frage gestellt werden, in welchem Ausmaß die einzelnen Aktionsgruppen eine eigene Identität, ein klares Selbstbild herausbilden, durch das sie sich von anderen Aktionsgruppen unterscheiden, und durch welche Mechanismen dies geschieht. Grundsätzlich ist davon auszugehen, daß Gruppen, die unter äußerem Handlungsdruck stehen und zudem unter hohem Zeitdruck und hohem Risiko handeln müssen, einen erhöhten Konsensbedarf und einen erhöhten Bedarf an Wir-Gefühl, an Zusammengehörigkeit, an kollektiver Identität haben (Vgl. NEIDHARDT 1980, S. 105 f.).

So entwickelten die Aktionsgruppen insgesamt, zumindest in Ansätzen, ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und kollektiven Identität. Diese kollektive Identität aller Aktionsgruppen bestand aus verschiedenen Elementen: Da war einerseits die gemeinsame Ausgrenzung aus der Gesellschaft, gegen deren Politik man als Teil der Friedensbewegung Widerstand leistete und von deren anderen Mitgliedern man sich eben dadurch unterschied. Der Widerstand gegen die militärische Sicherheitspolitik in Form einer Blockade

von Militäranlagen und die Konfrontation mit der Polizei symbolisierten diese negative, durch Ausgrenzung bewirkte Identitätserfahrung der Aktionsgruppen. Zum andern gab es als zweiten Bezugspunkt für die kollektive Identität und das Zusammengehörigkeitsgefühl der Blockadeteilnehmer die Friedensbewegung selbst. Die Blockadeaktion in Bitburg wurde von vielen Teilnehmern interpretiert als eine Aktion, durch die man sich von bestimmten Gruppen innerhalb der Friedensbewegung distanzieren konnte, und zwar von jenen Gruppen, die weiterhin auf nichtregelverletzende Protestaktionen setzten und Blockadeaktionen ablehnten. Drittens schließlich liegt in der besonderen Konzeption der Bitburger Blockade im Vergleich zu anderen Blockadeaktionen der Friedensbewegung ein weiteres Element kollektiver Identitätsstiftung: in der Abgrenzung vom Großengstinger Modell (geschlossene Bezugsgruppen, volle Information der Polizei) und von der gleichzeitig stattfindenden "Prominentenblockade" in Mutlangen wird das besondere der eigenen Aktion deutlich.

- "Es ist einfach so, daß wir in unserer Gruppe es einfach ein bißchen lächerlich fanden, (...) das so unheimlich auszudrücken mit diesen Dingen, 'gewaltfrei', 'symbolische Aktion'. Diese Wörter konntest Du nicht mehr hören, da kam es dir hoch. 'Gewaltfreies Training', das war so lächerlich, um Gottes Willen. Laß mich doch mit dem Scheiß in Ruhe. - Aber dabei hatten wir schon gedacht, das ist eine symbolische Aktion, aber in den Begriffen wollten wir nicht mehr arbeiten."

(Aktionsgruppe A)

- "Irgendwie macht es schon einen Unterschied, ob du vorher absolut berechenbar bist oder ob du nicht zumindest den Faktor der Unberechenbarkeit bis zu einem bestimmten Punkt noch drin läßt. Weil, wenn ich vorher alles genau angebe, was ich mache und alles total kalkuliere, ist die Frage, warum mache ich es dann überhaupt? Dann unterscheidet es sich nicht mehr von einer normalen Demo und irgendwie sollten die Blockaden ja eigentlich ein anderer, weiterer Schritt sein im Widerstand."

(Organisationsgruppe)

Die "eifersüchtige" Beobachtung und Auswertung der Medienreaktionen auf die unterschiedlichen Blockaden verdeutlichen diese Abgrenzungsstrategien und Profilierungserwartungen der Bitburger

Blockadeteilnehmer.

- "Wir hatten ja auch letztendlich irgendwelche Berühmtheiten dabei, bloß, daß die vorher nicht groß Werbung gemacht haben. (...) Ich fand, hinterher waren wir auch so ein bißchen was wie "hättet ihr wohl nicht gedacht, daß das hier auch geht". Die ganze Presse rast nach Mutlangen, fotografiert da rum, dann kommt abends im Fernsehen, daß in Bitburg Wasserwerfereinsatz war. Also hat man an den Presseberichten hinterher gesehen, so von wegen, "um Gottes Willen, da war ja auch was los, und wir waren nicht da."

(Organisationsgruppe)

Die Ergebnisse unserer Untersuchung machen deutlich, daß durch diese Profilierungsstrategien und Abgrenzungsmechanismen gemeinsame Identitätserfahrungen für die Teilnehmer an der Blockade vermittelt werden können. Zumindest in der Abgrenzung, in der negativen Feststellung, wird die kollektive Identität aller Blockadeteilnehmer erfahrbar.

Nachdem diese Bedeutung der Identitätsfrage für die Gesamtheit der Aktionsteilnehmer deutlich gemacht werden konnte, bleibt die Frage offen, ob ähnliche Prozesse der Identitätssuche und Selbstvergewisserung auch zwischen den einzelnen Aktionsgruppen stattfanden. Um dies feststellen zu können, haben wir die Diskussionsmaterialien ausgewertet, die sich auf Fragen des Selbstbildes, der Selbstcharakterisierung der Gruppen sowie der Charakterisierung anderer Aktionsgruppen beziehen. Auch auf dieser Ebene konnten wir feststellen, daß die eigene Identitätssuche und Identitätsvergewisserung der Aktionsgruppen auf der Abgrenzung von anderen Gruppen basierte oder doch zumindest dadurch stabilisiert wurde.

Aktionsgruppen, die über eine klare politische Ideologie und Zielsetzung verfügten, grenzten sich von jenen ab, deren Engagement stärkeren Bekenntnischarakter hatte und von jenen, die den Erfahrungen in den Gruppen selbst stärkere Aufmerksamkeit widmeten.

- "Okay, die Idee, wir waren jetzt alle gegen die Nachrüstung und wir haben alle die gleiche Aktionsform gewählt, und jetzt kommen wir zusammen und dann ist auch klar, daß wir uns helfen und daß wir etwas zusammen machen. Aber das Feeling, wie gesagt, das hatte ich bei den Dortmundern,

nicht bei den Christen."

(Aktionsgruppe A)

Insbesondere die "Opfermentalität" der "Christen" wurde von den eher politisch-ideologisch orientierten Gruppen abgelehnt.

- "Das Schlimme ist, ich denke, daß die das toll finden, wenn irgendein Bulle mit ihrem Kopf auf dem Tablett abzieht, so Märtyrer, und das ist eine Sache, da kann ich nicht mehr mit."

(Aktionsgruppe A)

Dagegen gingen eher religiös - pazifistisch orientierte Aktionsgruppen auf Distanz zu den Gruppen, in denen die "harten Politiker" vermutet wurden.

- "Und ich hab halt geguckt, wo ich dachte, da sind nicht die harten Politiker drin, weil ich keine Lust hatte, mit gewissen Leuten schon aneinander zu geraten in Vorfeld, weil man unterschiedlicher Meinung ist."

- "Das ist schon eine Verquickung von Politik und persönlicher Einschätzung. Bei manchen Leuten denke ich eben, das sind keine harten Politiker, die diskutieren auch nicht so dominant, und dann kann ich mich auch viel besser mit der anderen Meinung auseinandersetzen oder auch selbst ein bißchen Federn lassen, damit ein Gruppenbeschluß überhaupt zustande kommt. Und bei anderen, wo ich weiß, die sind schon recht verhärtet, da gehe ich eben nicht hin, weil mir das zu stressig ist."

(Aktionsgruppe B)

Und andere Gruppen, die sich selbst als besonders risikobereit, als mutig und aktionsorientiert einschätzten, bespöttelten die Ängstlichkeit von Gruppen, die der Herstellung von Handlungssicherheit besonders viel Aufmerksamkeit widmeten.

- "Das mit dem Sprecherrat darf man nicht nur von unserer Gruppe aus sehen, weil es ja vielleicht andere Gruppen gab, die viel ängstlicher waren, die einfach noch nicht so weit wie wir waren. Für die ist das vielleicht immer wieder so ein bißchen Rückhalt holen beim Sprecherrat, so daß man auch alles richtig macht, daß das auch in Ordnung ist, was man macht." (Gelächter).

- "... manche Bezugsgruppen, die sind einfach ängstlich, die diskutieren um den heißen Brei, der gar nicht mehr so heiß ist, sondern lauwarm, und wir, wir sind schon ganz gut

dabei, wir trauen uns."

(Aktionsgruppe A)

Es lassen sich also verschiedene Themen herausarbeiten, die für die Differenzierung und Identitätsfindung der Aktionsgruppen von Bedeutung sind.

- a) Die Gruppen differenzierten sich entsprechend der Bedeutung des Bezugsgruppenmodells: dies reichte von einer rigiden Normfixierung einerseits bis hin zu einer eher pragmatischen Orientierung und Handhabung des Modells andererseits.
- b) Die Gruppen differenzierten sich entsprechend des Aktionsverständnisses. Die Differenzierungslinie verlief hier zwischen der Kennzeichnung der Aktion als "symbolische und gewaltfreie" Blockade einerseits und der Befürwortung einer "echten" Blockade (tatsächliche Behinderung, eventuell Totalblockade) andererseits.
- c) Gruppen differenzierten sich nach Risikobereitschaft und Sicherheitsbedürfnis ihrer Teilnehmer.

Diese verschiedenen Aspekte der Abgrenzung und Etablierung von Gruppenidentität können nun für das Selbstbild der einzelnen Gruppen von unterschiedlicher Bedeutung sein. Sie tauchen jedoch nicht in beliebiger Kombination auf, sondern scheinen systematisch miteinander verknüpft: Gruppen, die nur eine geringe Risikobereitschaft zeigen, die die Sicherheit ihrer Mitglieder hoch bewerten, sind eher für eine symbolische, explizit gewaltfreie Aktion und schreiben dem Bezugsgruppenmodell starken Verpflichtungscharakter zu. Sie bevorzugen eher geschlossene Aktionsgruppen und versuchen, die Gruppengröße zu kontrollieren, um die Unmittelbarkeit der Kontakte zwischen ihren Mitgliedern zu garantieren. Die Erfahrungen in der Gruppe und die innere Struktur der Gruppen selbst sind der politischen Zielsetzung nicht untergeordnet.

Das Bewußtsein eigener Identität der Gruppen wurde auch in den zum Teil sehr phantasievollen und witzigen Namen zum Ausdruck gebracht, die sich die Gruppen gaben. Fast alle Gruppen entwickelten zudem Symbole, die ursprünglich meist als deutlich sichtbare Erkennungszeichen den Zusammenhalt in der Aktion erleichtern sollten wie Markierungen auf der Kleidung oder Halstücher. Später bekamen sie jedoch verstärkt den Charakter von Identitätssymbolen und dienten der Darstellung der Gruppen nach außen, wie beispielsweise Fahnen oder gruppeneigene Lieder.

4.2.3.5 Konsensunterstellung und Dissensausklammerung in den Aktionsgruppen

Soziale Bewegungen und politische Aktionsgruppen sind - ebenso wie politische Parteien und Organisationen auch - auf eine bestimmte Balance von Konsens und Dissens angewiesen, um handlungsfähig zu sein. Allerdings differieren Art und Ausmaß des Konsenses und, wie zu zeigen sein wird, auch die Mechanismen zur Herstellung von Konsens mit den typischen Besonderheiten der jeweiligen politischen Einheit. So sind politische Parteien und Organisationen, deren Stärken in ihrer Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit liegen, davon abhängig, daß sie ideologische Homogenität und "Geschlossenheit auf der Basis eines grundlegenden Konsens" (RASCHKE 1985, S. 172) besitzen (meist festgehalten in Grundsatzprogrammen). Im Vergleich dazu liegt die Stärke und Besonderheit sozialer Bewegungen jedoch gerade in ihrer Unberechenbarkeit, Vielgestaltigkeit und Flexibilität. Sie sind daher auch stärker durch ideologische Differenzierungen und eine Heterogenität der politischen Standpunkte gekennzeichnet und haben insgesamt einen geringeren Konsensbestand und Konsensbedarf als politische Parteien. Der Konsensbedarf sozialer Bewegungen ist jedoch keineswegs konstant, sondern verändert sich mit den jeweiligen Aktivitäten. Immer dann, wenn Protestaktionen organisiert und durchgeführt werden müssen, wenn Unterstützung mobilisiert und verschiedene Teilnehmergruppen integriert werden müssen, erhöht sich der Konsensbedarf. Soziale Bewegungen müssen dann in der Lage sein, je nach Thematik und konkreter Aktionsform Konsens stets neu herstellen zu können. Nur so können sie handlungsfähig sein. Hier stellt sich nun die Frage, wie es Protestbewegungen gelingt, diesen erhöhten Konsensbedarf zu befriedigen. Denn anders als politische Parteien verfügen sie nicht über einheitliche Ideologien und Programme, die, so RASCHKE, zur Bewältigung der Mobilisierungs-, Integrations-, Steuerungs- und Legitimationsanforderungen beitragen können (RASCHKE 1985, S. 173). Wie am Beispiel der Blockadeaktion in Bitburg deutlich wird, stehen die Protestgruppen zudem häufig unter hohem Zeitdruck, so daß Konsens über grundlegende Fragen des politischen Selbstverständnisses nicht durch Diskussionen und langwierige Entscheidungsprozesse hergestellt werden kann. So fanden nach Auskunft der Diskussions Teilnehmer keine Diskussionen über das politische Selbstverständ-

nis und andere grundlegende Fragen in den Aktionsgruppen statt.

- "Wenn du halt sowieso für so etwas warst, hast du dich dazugesellt."

- "Man kann das so irgendwie zusammenfassen, daß wir so über konkrete Geschichten, was mache ich wenn, immer uns unterhalten haben, aber weniger politisch-inhaltlich diskutiert haben, etwa so eine Frage, was wollen wir denn anstelle des Verteidigungssystems haben? Das war vollkommen unklar, was die einzelnen für Vorstellungen oder was sie auch politisch für Vorstellungen hatten. Ob sie insgesamt ein ganz anderes System wollen, oder ob sie vielleicht mit dem System ganz zufrieden sind, nur die Nachrüstung nicht wollen. Ich glaube, das war alles vollkommen unklar."

- "Jeder weiß selbst, in welcher Situation er jetzt ist und mußte dann auch von sich selbst aus entscheiden. Das ist auch nicht diskutiert worden und es hat auch niemand gesagt, entweder bist du dafür oder nicht, entweder gehst du jetzt hin; was hat das denn mit deinem Job zu tun, hat auch niemand gesagt. Dann hast du dann irgendwie das selbst entscheiden müssen. Kannst du es jetzt vereinbaren oder nicht?"

(Aktionsgruppe E)

Andererseits aber mußten die Gruppen, bedingt durch den äußeren Handlungsdruck und das hohe Risiko- und Unsicherheitsniveau der Aktion, einen bestimmten Grad an organisatorischer Stabilität und Kohärenz, an gemeinsamer Identität und Konsens entwickeln, um gemeinsames Handeln trotz hoher individueller Unsicherheit organisieren zu können. Konsens mußte also auf andere Weise als durch Diskussionen oder den Rückgriff auf vorgefertigte Ideologien hergestellt werden. Die Analyse der Gesprächsprotokolle zeigt nun, daß in den Aktionsgruppen zwei Mechanismen zur Bewältigung der Konsensanforderungen wirksam waren:

a) Die wechselseitige Unterstellung von Konsens: Konsens wurde nicht tatsächlich festgestellt oder durch Diskussionen hergestellt, sondern vielmehr als bereits vorhanden unterstellt (Konsensfiktion).

- "... aber man weiß halt, wie die Leute zu einzelnen Sachen stehen, und dann konnte man eben entscheiden, ohne daß man jetzt nochmal zurückgeht, das Ganze nochmal diskutiert und nochmal die ganzen Argumente dafür oder dagegen hört."

(Aktionsgruppe G)

b) Die Ausklammerung von Dissens: Ergänzend zur Konsensunterstellung wurden jene Bereiche, in denen man starke Unterschiede der Positionen vermutete, aus den Diskussionen ausgeschlossen und nicht weiter thematisiert.

- "Ich glaube, zum Teil war auch die Vorgabe, zumindest am Anfang, wo wir noch ziemlich viele waren, daß man das so weit wie möglich ausklammert und es nicht in zermürbenden Grundsatzdiskussionen ausarten zu lassen, so daß nachher keiner mehr Lust hat, etwas zu machen, weil man halt monatelang erst Standpunkte klären muß."

(Aktionsgruppe E)

- "Wir wollten auch irgendwie die Arbeit in der Gruppe nicht damit lahmlegen, durch langwierige Diskussionen. Die Inhalte sind einfach untergeordnet worden. Man hat gesagt, das wird nicht ausdiskutiert, die Aktion steht jetzt im Vordergrund."

(Aktionsgruppe E)

Basis und Voraussetzungen für diese (risikoreiche) Unterstellung von Konsens einerseits und Ausgrenzung von Dissensbereichen andererseits war Vertrauen: einmal persönliches Vertrauen zwischen einzelnen Blockadeteilnehmern und Teilnehmern von Aktionsgruppen aufgrund vorgängiger persönlicher Beziehungen und Bekanntschaft; zum anderen Vertrauen, das durch den Rückgriff auf eine gemeinsame (kollektive) Identität ermöglicht wird; Grundlage dafür ist die Zugehörigkeit zu gleichen sozialen oder subkulturellen Netzwerken.

- "Also die Gruppe ist ja so fest gewesen als Gruppe, weil sie schon seit Jahren zusammenarbeitet."

(Aktionsgruppe G)

- "So gewisse Standpunkte, (...), die sind schon klar, wenn du dich so einer Gruppe anschließt."

(Aktionsgruppe E)

Vertrauensbildung aufgrund persönlicher Beziehungen und Bekanntschaft der Teilnehmer kann zwar auch in den Aktionsgruppen selbst stattfinden, sofern diese eine bestimmte Größe nicht überschreiten und unmittelbare Kontakte aller Beteiligten noch ermöglichen. (Dies war auch eine erklärte Funktion der Bildung von Bezugsgruppen). Aufgrund der relativ kurzen Existenz der Aktionsgruppen erscheint dies jedoch eher unwahrscheinlich, da - wie NEIDHARDT betont - der "Aufbau eines bestandfesten Vertrauens ... ein Minimum gemeinsamer Vergangenheit ..." (NEIDHARDT 1980, S. 117) vor-

aussetzt. Von daher ist das persönliche Vertrauen der Blockadeteilnehmer nur durch die vorgängige Existenz sozialer Netzwerke und die Rekrutierung von Blockadeteilnehmern über soziale Beziehungen zu erklären. Für politische Aktionsgruppen und Protestbewegungen, die unter hohem Zeitdruck planen und handeln müssen, hat vorgängiges Vertrauen auf der Grundlage persönlicher Beziehungen und durch kollektive Identitätszuschreibung daher eine stark konfliktreduzierende, entlastende und integrierende Funktion. "Sympathie in Verbindung mit Vertrauen (vermag, d.V.) wahrgenommenen Dissens zu relativieren und offene Konsensdefizite zu kompensieren" (NEIDHARDT 1980, S. 117).

4.2.3.6 Die Herstellung von Handlungssicherheit und die Entwicklung handlungsregulierender Normen

In allen Aktionsgruppen gab es einen grundlegenden Konsens darüber, daß die Blockadeaktion friedlich, d.h. unter Verzicht auf Gewalttätigkeiten durchgeführt werden sollte. Der Protest sollte zwar die Überschreitung von Regeln bewußt mit in Kauf nehmen; zugleich aber sollte sichergestellt werden, daß es nicht zu gewaltsamen Eskalationen und Auseinandersetzungen mit der Polizei kommt. Diese Zielvorgabe definierte nun die spezifischen Leistungen, die die Aktionsgruppen als Handlungseinheiten zu erbringen hatten.

Um die Blockadeaktion erfolgreich durchführen zu können, mußten sie zu einem adäquaten, dem Handlungsziel angemessenen Verhalten der einzelnen Teilnehmer motivieren und dieses zugleich koordinieren und kontrollieren. Sie mußten das Verhalten ihrer Mitglieder in grundlegenden Aspekten erwartbar machen, indem sie die unterschiedlichen Handlungsbereitschaften verschiedener Aktionsteilnehmer auf einem mittleren Niveau sicherstellten. Das bedeutet einerseits, daß die erhöhte Risiko- und Konfrontationsbereitschaft einzelner Teilnehmer reduziert werden mußte und andererseits, daß jene Teilnehmer, die aufgrund von Angst und Unsicherheit nur geringe Risiken eingehen wollten, zu mehr Engagement und höherer Risikobereitschaft motiviert werden mußten. Die spezifische Leistung der Aktionsgruppen bestand also in der Herstellung von Erwartungssicherheit: die eher ängstlichen Teilnehmer mußten sicher sein können, daß sie durch individuelles Verhalten anderer

Teilnehmer nicht in unnötige Gefahr gerieten; und die eher risikobereiten Teilnehmer mußten sicher sein können, daß sich die anderen tatsächlich an der Blockade beteiligten.

Wie können nun die Aktionsgruppen unter hohem Handlungsdruck und hoher Unsicherheit Erwartungssicherheit produzieren? In Organisationen wird dies in der Regel durch die Formalisierung von Handlungsnormen, d.h. durch Entwicklung und "Differenzierung instrumenteller Rollen, die auf spezialisierte Leistungserbringung zugeschnitten sind" (NEIDHARDT 1980, S.107) gewährleistet. Auch für (soziale) Gruppen, die sich unter äußerem Handlungsdruck befinden, wird nach Ansicht von NEIDHARDT die Ausbildung hierarchischer Strukturen und die Ausdifferenzierung von Leistungsrollen unumgänglich.

"Dies gilt verstärkt dann," so NEIDHARDT, "wenn die Aktion als kritisch und die Außenwelt als feindlich eingeschätzt werden" (NEIDHARDT 1980, S.107). Auch in den Aktionsgruppen unserer Studie sind Ansätze der Formalisierung, d.h. rollenspezifischer Differenzierung und Normierung von Handlungen festzustellen. So wählten die Gruppen jeweils ihre eigenen Sprecher zur Koordination und Abstimmung mit anderen Gruppen und bildeten Spezialrollen aus, die gegen polizeiliche Übergriffe absichern und vor unerwarteten juristischen Konsequenzen schützen sollten.

Die Entwicklung hierarchischer Strukturen und Entstehung von Führerschaft wurden jedoch strikt abgelehnt und durch basisdemokratisch orientierte Regeln der Entscheidungsfindung zu kontrollieren gesucht. Das Balancierungsproblem in sozialen Gruppen, in denen es aufgrund äußeren Handlungsdrucks häufig zu Spannungen zwischen instrumentellen Anforderungen einerseits und emotionalen oder sozialen andererseits kommen kann, wird in politischen Aktionsgruppen besonders deutlich, wenn diese, wie in unserem Fall, klare Vorstellungen über die Struktur des inneren Systems besitzen. Aus diesen Gründen stößt Formalisierung in Gruppen sehr schnell an ihre Grenzen und kann nur bedingt zur Herstellung von Erwartungssicherheit beitragen. Die Analyse der Aktionsgruppen hat deutlich werden lassen, daß hier zusätzliche Mechanismen, als funktionale Äquivalente der Formalisierung, wirksam werden.

- a) Zur Eingrenzung der Eskalationsgefahr und Reduzierung des Aktionsrisikos versuchten einige der Aktionsgruppen, Affekte

und individuelle Reaktionen der einzelnen Teilnehmer vorhersehbar und kontrollierbar zu machen. Durch Thematisierung von Gefühlen (Gespräche über Angst und Aggression) und gezielte Verhaltenstrainings sollten auch in Streßsituationen kontrolliertes Handeln sichergestellt werden und unüberlegte, spontane Reaktionen vermieden werden.

- "Ich habe das in manchen Situationen als sehr authentisch und persönlich erlebt, wo es genau um die Frage geht, wo habe ich Angst, wie verhalte ich mich in einer bestimmten Situation, wo kann ich noch mit und wo kann ich nicht mehr mit? (...) Da kann ich jetzt wirklich das sagen, was mir persönlich, nicht politisch oder strategisch, mir persönlich eine Grenze ist, wo ich noch kann, wo ich Angst habe. Einfach auch Ängste zu nennen. Das ist schon eine Sache, wo man am meisten Zutrauen haben muß."

(Aktionsgruppe B)

- "Das war nicht nur das Absprechen, sondern auch das Training, ich denke schon, daß das sehr hilfreich war. Z.B. so eine Situation: du hockst irgendwo, es stehen Leute vor dir, du wirst naßgespritzt, wirst weggetragen. Ich sage das jetzt einmal von mir aus, so eine Situation, das ist ganz unabhängig davon, wie die Leute aussehen, ob die jetzt in Uniform da anmarschieren oder nicht; einfach daß du schon mal erlebt hast, wie das geht, daß das hilfreich ist."

(Aktionsgruppe D)

- b) Durch präzise Planung und organisatorische Vorbereitung der Aktion wird versucht, möglichst viele Elemente der Blockadesituation vorhersehbar zu machen und vorzustrukturieren (vgl. Blockadepläne, Erkennungszeichen der Gruppen etc.). Als problematisch erweist sich hier vor allem die Antizipation des Polizeiverhaltens: um die eigene Unberechenbarkeit zu gewährleisten, verzichteten die Aktionsgruppen auf Kontakte und Informationsaustausch mit der Polizei.

- "Wir hatten eigentlich mit allem gerechnet. ... Außer mit Schußwaffen, aber sonst alles, Wasserwerfer, Hunde, das war uns schon klar, Tränengas, Knüppel, das haben wir alles durchgespielt. Und wenn das dann zu hart geworden wäre, wenn die wirklich angefangen hätten zu knüppeln, dann hätten wir uns zurückgezogen als Gruppe, die Möglichkeit der eigenen

Gewaltanwendung hatten wir vollkommen ausgeschlossen."

(Aktionsgruppe C)

- c) Von zentraler Bedeutung zur Herstellung von Handlungssicherheit sind in den meisten Aktionsgruppen die persönlichen Beziehungen zwischen den Teilnehmern und die Orientierung an konkreten Personen. Um dies zu gewährleisten, hatten einige Gruppen die Zahl der Mitglieder begrenzt, die Rekrutierung strikt an persönlichen Beziehungen ausgerichtet und Fremde als Mitglieder abgelehnt. Personalisierung von Handlungsbezügen und persönliches Vertrauen können daher in Gruppen Formalisierungen ersetzen.

- "... für uns war es aber wichtig, daß wir die Leute kennen, die da noch reinkommen und (...) daß man keinen Fremden dazu nimmt. "

(Aktionsgruppe C)

Eine besondere Bedeutung hatten auch die "Aktivisten" und protesterfahrenen Gruppenmitglieder. Ihre Routine und Erfahrung dienten anderen Teilnehmern zur Orientierung.

- d) Die Aktionsgruppen versuchten das Verhalten der Teilnehmer vorhersehbar und erwartbar zu machen, indem klare Verhaltensregeln (Normen) ausgebildet wurden. Vor allem die Entwicklung von Solidaritäts- und Verantwortungsvorstellungen spielt dabei eine zentrale Rolle.

- "Die Übereinstimmung, das Aneinanderfesthalten können, das haben wir uns auch schon vorher überlegt, daß keiner von uns verloren gehen kann in der Situation, daß wir immer sehen, daß alle zusammen sind, daß keiner einfach weggeht und daß er immer einem anderen Bescheid sagt und daß immer einer mit einem geht."

(Aktionsgruppe C)

- "Wer weggetragen worden ist, der hat dann laut gerufen (den Namen der Bezugsgruppe), und derjenige, der den Namen hörte, der hat geguckt, aha, der und der ist weggetragen worden, und hat dann nachher auch die Organisation übernommen, um die Leute wieder aus der Untersuchung, aus der Feststellung von den Personalien wieder zurück zur Gruppe zu bekommen."

(Aktionsgruppe E)

Die Gruppenmitglieder fühlten sich der Gemeinschaft verpflichtet. Die meisten von uns dargestellten Aktionsgruppen stellten das Zusammenbleiben der Gruppe, das gemeinsame Handeln der Gruppe in der Aktion und die wechselseitige Hilfeleistung, Unterstützung und Kontrolle der Mitglieder grundsätzlich über individuelle Handlungsinteressen. Einzelaktionen, die andere gefährden konnten, und das Überstimmen von Minderheiten in der Gruppe, aber auch im Sprecherrat, wurde durch klare Festlegungen von Entscheidungsabläufen und normative Begrenzung von Verhaltensmöglichkeiten zu verhindern gesucht.

- "Man wußte ja, am Anfang nicht so, aber später, als sich das ein bißchen rausgebildet hat, an die Beschlüsse wird sich gehalten. Es hält sich so gut wie jeder dran. Mir hat das ein beruhigendes Gefühl gegeben."

- F: "Weil man sich kennt oder weil alles ausdiskutiert wurde?"

- A: "Nein, nicht weil man sich kennt. Ich habe die anderen Leute ja nicht alle gekannt, sondern weil man einfach wußte, daß sich an die Beschlüsse gehalten wird."

(Aktionsgruppe B)

Diese spezifischen Elemente des inneren Systems der Aktionsgruppen, ihre Verhaltensnormen, ihre innere Strukturierung und die persönlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Teilnehmern, haben die Funktion, Handlungen erwartbar zu machen. So konnte das Niveau an Handlungs- und Risikobereitschaft erzeugt, stabilisiert und kontrolliert werden, das zur erfolgreichen Durchführung der Blockade notwendig war. Unabhängig von Ziel der Blockade aber war die innere Struktur der Gruppen ebenfalls erklärtes Handlungsziel. Für viele Blockadeteilnehmer wurde sie daher auch zu einem zentralen Kriterium der Bewertung der Aktion.

4.2.4 Die Blockadeaktion - Konfliktinteraktion und Eskalationsgefahren

4.2.4.1 Grenzen der Plan- und Steuerbarkeit von Konfliktsituationen

Die Aktionsgruppen hatten sich intensiv auf die Blockade vorbereitet. Sie hatten präzise Blockadepläne entworfen und Verhal-

tensabsprachen getroffen und so versucht, die Blockadeaktion zu antizipieren und vorzustrukturieren.

Diese Pläne, Absichten und Antizipationsversuche erwiesen sich nun gleich zu Beginn der Aktion als hinfällig. Zwar hatten die Aktionsgruppen alles getan, um ihr eigenes Verhalten vorhersehbar und erwartbar zu machen; sie hatten jedoch nicht, oder nicht hinreichend, das Verhalten der Polizei antizipieren und in ihre Planungen miteinbauen können. Das unerwartete Verhalten der Polizei, nämlich die Abriegelung der Straße noch vor den ersten Blockadeversuchen, demonstrierte deutlich die Grenzen der Plan- und Steuerbarkeit von konkreten Aktionen. Für die Blockadeteilnehmer war eine Situation entstanden, die niemand vorhergesehen hatte. Die Durchführbarkeit der Blockade, an der bis dahin niemand gezweifelt hatte, und damit der Erfolg der gesamten Aktion war in Frage gestellt.

4.2.4.2 Definitions- und Regelungsbedarf von Konfliktsituationen und die Reaktionen der Blockadeteilnehmer

Die meisten der Blockadeteilnehmer reagierten darauf mit Ratlosigkeit und Unsicherheit. Die Unvorhersehbarkeit der Situation erzeugte neuen Regelungs- und Orientierungsbedarf. Die Situation mußte neu definiert werden, die eigene Handlungsfähigkeit und Handlungsmöglichkeiten mußten wieder hergestellt und an diese neue Lage angepaßt werden.

- "Es hat niemand mit so einem Bullenaufgebot gerechnet. Als wir ankamen, da liefen die auch schon. Ich dachte dann auch, der Plan ist wohl gestorben, weil der Plan, der bestand ja ursprünglich, also wenn die Polizei auftritt, nichts zu machen, weil das Aufgebot so groß war und dann fingen aber einige Leute an und haben trotzdem was gemacht und haben gezeigt, daß es trotzdem geht."

(Aktionsgruppe C)

Unvorhergesehene Situationen, die jeweils aktuell neuen Orientierungs- und Regelungsbedarf erzeugen, sind nun typisch für jede Form von Konflikten. Vor allem in nicht-institutionalisierten Konflikten wollen die Konfliktgegner, trotz ihres Interesses an einer Begrenzung des Konflikts, grundsätzlich ihre Unberechenbar-

keit behalten. Daher sind solche undefinierten Situationen unvermeidbar. Die Gefahr der Eskalation ist somit in Konflikten stets gegeben. Denn mit der Neudefinition der Situation ist zugleich eine Veränderung der Handlungsorientierung, der relevanten Handlungsregeln und schließlich der Handlungsbereitschaften verbunden. Häufig wird dadurch ein Aktions-Reaktions-Automatismus in Gang gesetzt, der nicht mehr kontrollierbar ist und durch wechselseitiges "Aufschaukeln" zur Eskalation der Gewalt führt. Handlungsunsicherheit einerseits, aber auch der erhöhte Handlungsdruck aufgrund des drohenden Mißerfolges der Aktion andererseits führten in der Bitburger Blockade dazu, daß bestehende Verhaltensregeln als hinfällig und irrelevant angesehen wurden. So versuchten einzelne Teilnehmer gegen den Beschluß der Aktionsgruppen und trotz eines erhöhten Eskalationsrisikos eine Blockade durchzuführen.

- "Der Beschluß war doch, sich entlang des Polizeikordons aufzustellen, und in dem Moment haben wir ja gesehen, daß die Polizei machtlos gegen die Masse der Demonstranten war. In dem Moment war nämlich die Theorie weg, und die Praxis hat die Theorie überholt. Indem wir nämlich auf die Straße gegangen sind an dem Teil, wo wir eine Masse waren und die Polizei nicht mehr vorhanden war."

(Organisationsgruppe)

Kleinere Gruppen umgingen oder durchschritten die Polizeiabsperrung und schlossen sich der Blockade an. Ihr Vorgehen löste in vielen Aktionsgruppen heftige Diskussionen aus.

- "Und da war auch eine Situation, wo wir in der Gruppe keine einheitliche Entscheidung mehr deutlich treffen konnten. Die einen haben gesagt, nachdem eine andere Gruppe durch die Polizeireihen durchgeprescht ist und sich hingestellt hat, da waren wir uns unsicher, gehen wir zurück, gehen wir mit. Einige haben gesagt, das ist eine völlig neue Situation, andere haben gesagt, das ist keine neue Situation, wir müssen denen jetzt helfen, wir müssen mit auf die Straße."

(Aktionsgruppe B)

Eine Vielzahl von Blockadeteilnehmern reagierte auf diese Situation mit zusätzlicher Angst und Unsicherheit und mit deutlicher Ablehnung.

- "Es war ein kritischer Punkt, als die Leute (auf die

Straße; d.V.) draufgingen. Es waren mindestens so 100 Leute, die drauf und dran waren, zu gehen." (d.h. die Aktion abzubrechen; d.V.)

(Organisationsgruppe)

Sie hielten sich weiter an die Handlungsnormen der Aktionsgruppen und versuchten, die neue Situation in den Gruppen und im Sprecherrat zunächst zu diskutieren und dann über gemeinsame Reaktionsmöglichkeiten zu beraten.

- "Ich erinnere mich insoweit, daß irgendjemand gesagt hat, ich weiß nicht mehr genau wer, okay, die machen das jetzt so, aber ich schlage vor, wir halten uns trotzdem noch an die Regeln, an den Sprecherrat. Ich glaube, so ungefähr lief das, und dann muß der- oder diejenige sehr eindrucksvoll geredet haben und ich glaube, das war eine ziemlich große Übereinstimmung, daß wir das auch so machen, daß wir da unsere Sache durchsetzen unabhängig davon, was da so spontan lief."

(Aktionsgruppe D)

Dadurch sollten spontane Überreaktionen vermieden werden. Der Sprecherrat bekam so in der Konfliktsituation zusätzlich eine Pazifizierungs- und Deeskalationsfunktion. Hinzukommt, daß die durch langwierige Beratungs- und Entscheidungsprozesse verursachten Handlungspausen das Entstehen einer Aktions- Reaktions-Automatik verhinderten.

- "Man ist nicht irgendwo hingerannt, sondern war gezwungen, immer erst zu diskutieren, und das gehört bei mir als Mensch dazu. Ich muß erst diskutieren, ich muß mich erst mit anderen besprechen. Und das führt dazu, daß ich meine Entscheidungen verlagern muß auf das Vernunftmäßige weg vom Affekt."

(Aktionsgruppe B)

Die Unbestimmtheit der Situation führte also zunächst zu unterschiedlichen Reaktionen und Verhaltensweisen. Die kollektivistischen Verhaltensregeln der Aktionsgruppen wurden zumindest bei einem Teil der Blockadeteilnehmer durch individualistische Orientierungen und spontane Entscheidungen ersetzt. Hier drohte eine Polarisierung und Spaltung der Aktionsgruppen nach Risikobereitschaft, Rigidität der Normbindung und Abweichungstoleranz. Erst als sich zeigte, daß diese Einzelaktionen erfolgreich waren - zwar ein erhöhtes Risiko bedeuteten, aber dennoch nicht unmittelbar zur gewaltsamen Konfrontation mit der Polizei führten -

erst da schlossen sich weitere Blockadeteilnehmer den spontanen Aktionen an.

- "Ich kann mich erinnern, anfangs hatten wir noch darüber diskutiert, aber da waren einige, die dann so lange gezögert haben, wo ich dann gemerkt habe, die zögern solange, bis überhaupt nichts mehr gehen kann. Und da habe ich dann überhaupt nicht mehr abgewartet, sondern bin auf die Straße gessessen, weil ich auch bei anderen Gruppen schon gesehen habe, wie manche Leute angefangen haben, solange zu diskutieren, bis man gar nicht mehr handeln kann. Und mir war letztendlich dann schon noch wichtiger zu handeln, als sich gegenseitig zu blockieren. Die anderen kamen aber dann nachher nach. Ich weiß noch, daß wir nachher alle zusammengesessen haben."

(Aktionsgruppe B)

4.2.4.3 Veränderte Handlungsorientierung und die Dynamik der Konfliktinteraktion

Durch die spontanen Reaktionen einzelner Teilnehmer war die Situation neu festgelegt worden. Sie hatten auf das Verhalten der Polizei reagiert und damit die Situation selbst neu definiert. Erst nachdem dies erfolgreich war, wurde diese Neudefinition der Lage auch von den anderen Aktionsgruppen und Blockadeteilnehmern übernommen und für deren Verhalten maßgebend.

Dieses Beispiel zeigt anschaulich, wie sich in Konfliktsituationen mit den Realitätsdefinitionen auch Handlungsorientierung und Handlungsziele verändern. In konkreten Konfrontationen treten kurzfristige, interaktionsorientierte und situative Faktoren und Ziele in den Vordergrund. Angesichts der Gefahr des Scheiterns der Blockadeaktion wurde der unmittelbare Erfolg in der Interaktion mit der Polizei für die Blockadeteilnehmer handlungsbestimmend.

- "Da war die Situation auch plötzlich unerwartet. Ich hatte z.B. nicht gedacht, daß man den Schritt schafft, gegen eine bestimmte Taktik, die die Bullen hatten, auch auf die Straße zu kommen. Und als wir dann da saßen, hatte ich das Gefühl, daß die einzelnen Leute, die vielleicht vorher auch

viele Ressentiments hatten gegen irgendwelche Aktionen, erstmal überrascht waren vom Erfolg und sich dann auch viel mehr getraut haben in den nächsten Sachen. Nachdem sie schon mal verhaftet worden waren, sich nochmal getraut haben, sich hinzusetzen."

(Aktionsgruppe A)

Entscheidend war nun, daß die Kontrolle der Situation nicht der Polizei überlassen wurde, sondern durch eigenes Handeln wieder selbst bestimmt werden konnte. Die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der eigenen Handlungsfähigkeit und Definitionsmacht bezüglich der konkreten Situation sind nun deshalb zentrale Handlungsziele in Konfliktsituationen, weil sie

- a) die Selbsterfahrung und Selbstdefinition der Blockadeteilnehmer beeinflusst und
- b) für eine adäquate Selbstdarstellung gegenüber Dritten unverzichtbar sind.

Gerade für Aktionen, die demonstrativen Charakter haben, die die Ernsthaftigkeit oder Glaubwürdigkeit des Protests verdeutlichen sollen, spielen diese Aspekte der Selbstpräsentation eine zentrale Rolle zur Erklärung des Konfliktverhaltens und damit zur Erklärung der inneren Dynamik von Konfliktinteraktionen und Eskalationsprozessen.

Bezugspunkte für die Selbstdarstellung sind dabei sowohl anwesende Gruppen (etwa die Polizei, die Zuschauer, die Medien, die eigene Gruppe) als auch die Politiker, die Öffentlichkeit oder die Friedensbewegung generell.

- "Und dann am zweiten Tag, als ich bei diesem brutalen Wasserwerfereinsatz den voll mitgekriegt habe, wo dann eine Restgruppe von Leuten zum Schluß windelweich gespritzt worden ist, als du da rausgegangen bist, da hat kein Polizist irgend eine dumme Bemerkung gemacht, sondern da war Ruhe. Da hast du irgendwie gemerkt, da läuft jetzt was ab (...)."

(Organisationsgruppe)

Die Bedeutung von Selbstdarstellung und Selbsterfahrung für die Blockadeteilnehmer wird durch die Tatsache verdeutlicht, daß die nachträgliche Erfolgsbewertung und der Erlebnisgehalt der Aktion vor allem durch diese Erfahrungen bedingt waren.

4.2.4.4 Die Entstehung von Interaktionsnormen im Konflikt

Überraschende und unvorhergesehene Aktionen und undefinierte Konfliktsituationen können, wie wir gezeigt haben, die Selbstbegrenzungsstrategien, Deeskalationsmechanismen und Konfliktnormen der Protestgruppen zunächst außer Kraft setzen. Sie produzieren Momente der Orientierungslosigkeit und reduzierten Normierung und erhöhen somit die Eskalationsgefahr. Dennoch sind diese Situationen nicht anomisch. Grundsätzliche Verhaltensregeln, wie etwa die Ablehnung von Gewalttätigkeit, wurden während der Blockade nie in Frage gestellt, auch wenn andere Normen des Konfliktverhaltens revidiert wurden. Zudem werden im Konflikt neue Verhaltensregeln und Normen entwickelt. Die Blockadeteilnehmer hatten klare Vorstellungen darüber, welche Reaktionen der Polizei angemessen oder unangemessen waren. Orientiert an dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel, der für die Polizei gesetzlich vorgeschrieben ist, sowie an - aus der Sicht der Demonstranten - "eindeutigen" Situationsdefinitionen konnten sich diese Fairness- und Angemessenheitsvorstellungen entwickeln. Entscheidend ist nun, daß die Konfliktnormen nicht nur das eigene Verhalten regulieren, sondern auf den Gegner übertragen werden und zur Beurteilung und Diskreditierung dessen Verhaltens benutzt werden.

Wie in den Diskussionen berichtet wurde, hielten sich beide Seiten während der Blockadeaktion im wesentlichen an die "Spielregeln". Als diese jedoch nach Ansicht der Blockierer von der Polizei durch den Einsatz von Wasserwerfern und Hunden verletzt wurden, entwickelte sich sehr rasch Kritik und Empörung. Dies führte zu einer erneuten Solidarisierung der Aktionsgruppen und verhinderte eine Spaltung und Polarisierung, die sich aufgrund der unterschiedlichen Verhaltensweisen der Gruppen zunächst andeutete. Die gemeinsame Empörung über die in den Augen der Blockadeteilnehmer unangemessenen und ungerechtfertigten Reaktionen verstärkte über alle ideologischen Unterschiede und Differenzen in der Handlungspraxis hinweg das Gefühl der Zusammengehörigkeit und führte zu einer Erhöhung der Risikobereitschaft und Entschlossenheit der Teilnehmer.

- "Die Hunde waren ein ganz entscheidender Faktor. Die haben schon am Anfang die Hunde ohne Maulkorb eingesetzt und einer wurde gebissen bzw. sein Parka zerfetzt und das hat auf unserer Seite die Hemmschwelle heruntergehen lassen, daß wir

gesagt haben - ganz emotional, ohne viel Überlegung - wenn die so handeln (...) . Im Grunde war das ein taktischer Fehler der Polizei, weil sie da die letzten Zögerer und Zweifler auf unserer Seite motiviert hat, doch auf die Straße zu gehen. Für mich war dieser Zwischenfall mit dem Hund ganz wichtig. Als wir gesehen haben, hier hat noch niemand Gewalt angewendet und die Polizei geht schon mit Hunden gegen uns vor."

(Aktionsgruppe B)

- "Manche Leute, die sind erst dann auf die Straße gegangen, als sie gesehen haben, daß die Gewalt wirklich von der Polizei ausgeht und nicht von Seiten der Demonstranten, die vorher uns vielleicht noch mit irgendwelchen Vorurteilen unterstellt haben ..., die sind erst anschließend, nachdem der Wasserwerfereinsatz war, auf die Straße gegangen."

(Aktionsgruppe G)

Unangemessene Reaktionen und die Verletzung von Konfliktnormen können daher gerade jene Reaktionen hervorrufen und reziprok legitimieren, die zur Eskalation beitragen.

4.2.5 Das Bild von der Polizei

Für viele Blockadeteilnehmer bedeutete diese Aktion die erste unmittelbare Konfrontation mit der Polizei. Wenn man auch nicht davon ausgehen kann, daß sich durch diese Erfahrungen das Bild von der Polizei und die Einstellung zur Polizei erst gebildet haben oder deutlich verändert worden sind, so werden doch in solchen Erfahrungen und ihrer Interpretation bestehende Einstellungen und Stereotypen vom Gegenüber aktualisiert und z.T. auch modifiziert. Aus diesem Grunde war es für uns von Interesse danach zu fragen, welche konkreten Erfahrungen die Teilnehmer mit den Polizeibeamten gemacht hatten und welche Generalisierungen möglicherweise daraus abgeleitet wurden. Dabei muß man ergänzend erwähnen, daß in unseren Gesprächen die Beurteilung der Polizei allein vor dem Hintergrund von Demonstrationseinsätzen generell und den Erfahrungen in der Blockade speziell stattfand. Andere Aufgabenbereiche der Polizei und Erfahrungen mit der Polizei wurden in diesem Zusammenhang nicht thematisiert.

In der Vorbereitung auf die Aktion hatten die Gruppen versucht,

das mögliche Verhalten der Polizei zu antizipieren und die eigene Planung darauf abzustellen. Wie die Blockadeteilnehmer nahezu übereinstimmend berichteten, war diese Phase durch eine hohe Unsicherheit und Angst gekennzeichnet. Obwohl viele prinzipiell nicht an ein regelgebundenes, an Gesetzen orientiertes Verhalten der Polizei glaubten und von der Unberechenbarkeit und Willkür der Polizei überzeugt waren, ging man andererseits in der Planung der Aktion davon aus, daß sich die Polizei etwa an bestimmte Vorschriften zur Auflösung von Blockaden hält. Diese Ambivalenz und Widersprüchlichkeit der Einschätzung der Polizei scheint typisch zu sein für viele Blockadeteilnehmer. Sie hängt nicht zuletzt auch mit der Aktionsform selbst zusammen.

Regelverletzende Aktionsformen wie Blockaden betreiben bewußt die Übertretung von Gesetzen und nehmen von daher die Konfrontation mit der Polizei in Kauf. Als symbolisch-demonstrative Akte, in denen es v.a. darum geht, die Ernsthaftigkeit und Aufrichtigkeit des Protests durch eine erhöhte Bereitschaft, Risiken und Sanktionen auf sich zu nehmen, zu demonstrieren, sind Blockadeaktionen hinsichtlich ihres Erfolges vom Verhalten der Polizei abhängig. Man braucht die Konfrontation mit der Polizei, um die eigene Glaubwürdigkeit herausstellen zu können. Ein Zuviel, aber auch ein Zuwenig von Seiten der Polizei würde das Gelingen der Blockadeaktion beeinträchtigen. Die Ambivalenz in der Antizipation des Polizeiverhaltens spiegelt so auch die Hoffnungen und Befürchtungen der Blockadeteilnehmer wieder.

- "Das kannst du nie einplanen, wie die Bullen reagieren, auch wenn im Vorfeld jedem Teilnehmer an so einer Aktion klar ist, daß es keinen Zoff geben soll, kann es trotzdem dazu kommen."

(Aktionsgruppe A)

- "Man wußte ja nicht, man setzt sich jetzt auf die Straße, was passiert, wie weit wird man weggefahren mit dem Auto? Wird man an die Seite gesetzt? Was machen die überhaupt mit einem?"

(Aktionsgruppe B)

Kennzeichnend für alle Aktionsgruppen ist, daß die Polizei selbst nie zum eigentlichen Gegner wird (wenn sie auch in der Blockadeaktion als Gegenspieler 'mitspielen' muß!). Pauschale Freund-Feind-Vorstellungen und Stereotype sind daher in unseren Gruppendiskussionen kaum thematisiert worden. In der Regel wurden kon-

krete Erfahrungen mit der Polizei angesprochen und entsprechend diesen Erfahrungen wurde auch differenziert. So trennen die Blockadeteilnehmer klar zwischen Situationen, in denen es zu unmittelbaren Konfrontationen mit der Polizei kam (nämlich bei Räumungen) und den Pausen zwischen den Blockaden. Während in den Pausen persönliche Kontakte zu den einzelnen Polizisten und auch Gespräche mit ihnen möglich waren, veränderte sich nach Ansicht der Blockadeteilnehmer das Verhalten der Polizisten, sobald sie gegen die Demonstranten vorgehen mußten.

- "Da gab es dann auch so Wechselsituationen, freundliche Diskussionen und so ein angeregtes Gespräch und dann hat sich irgendwie eine Situation ergeben, dann sind wir dann auf einmal losgerannt und die sind dann neben uns her. Das ging dann direkt aus dem Gespräch in eine Konfrontation über. Das ist ja auch irgendwie ein bißchen absurd."

(Aktionsgruppe C)

Viele der Teilnehmer vermuteten, daß während solcher Situationen generell ein Gesprächsverbot über die Polizeibeamten verhängt wird, und sehen diesen vorgeschriebenen Kommunikationsabbruch symbolisiert durch das Aufsetzen der Helme.

- "... haben auch ganz oft dazu Stellung bezogen und haben auch ganz offen gesagt, ob wir nicht glauben, daß sie auch lieber Lust hätten, auf unserer Seite zu sitzen. Das Gespräch wurde abrupt unterbrochen, sobald da wieder der nächste Einsatz kam und dann haben die die Klappe runtergeschmissen und dann waren das ganz andere Leute. Dann standest du zwar vor dem Gleichen, aber der war plötzlich anders. Dann hat der auch nicht mehr auf gutes Zureden reagiert, dann hat der einfach dicht gemacht."

(Aktionsgruppe A)

Als entscheidender Faktor zur Erklärung des unterschiedlichen Verhaltens von Polizeibeamten in verschiedenen Situationen wird dann auch das Befehls-Gehorsams-System angesehen, dem sich der einzelne Polizist unterordnen müsse. So werde er auch zu Verhaltensweisen und zu Aktionen gezwungen, die seiner inneren Überzeugung widersprechen. Viele der Blockadeteilnehmer sind davon überzeugt, daß die Polizeibeamten in vielen Punkten mit den Demonstranten übereinstimmen und deshalb nur mit Widerwillen den eigenen Auftrag ausführten.

- "Also wenn ich jetzt die Bitburg-Aktion und so, also

überhaupt Friedensbewegung vergleiche mit früheren Erfahrungen in der AKW-Bewegung. Es war schon irgendwie ein Unterschied, wie die im Großen reagiert haben. Dadurch, daß sie schon wahrscheinlich viel mehr sich identifiziert haben wie jetzt mit AKW-Sachen oder Startbahn oder was weiß ich, so daß die auch anders vorgegangen sind, oder ein größerer Teil zumindest, der nicht so hart drauf war, wie das sonst der Fall ist."

(Aktionsgruppe E)

Sie glauben, daß das sehr zurückhaltende, vorsichtige, mehr abwartende Vorgehen einzelner Polizeibeamter Zeichen dafür sind, daß diese vom Sinn ihres Auftrages nicht überzeugt sind, daß sie resigniert sind, sich mit ihrem eigenen Beruf nicht identifizieren können.

- "Man hat während der Aktion gemerkt, daß im Laufe der Aktion die Polizisten immer mehr Schwierigkeiten hatten, als wir uns hinsetzten, uns abzutransportieren. Da mußten teilweise schon diese SEK-Bullen ran, weil die anderen sich nicht gerade geweigert - aber die wollten nicht mehr. (...) Innerhalb der Polizei gab es plötzlich sehr große Differenzen."

(Organisationsgruppe)

Angesichts dieser Interpretation erscheint es den Demonstranten plausibel, daß die Polizei nur durch Ausübung von Zwang ihre Beamten zu konformem Verhalten bringen kann. Für die Situation der einzelnen Beamten habe man auch Verständnis entwickeln können. So habe man in den verschiedenen Gesprächen erfahren, daß die Polizeibeamten auch "nur" Menschen seien mit ihren Gefühlen und Ängsten, und daß sie keineswegs nur "Schlägertypen" und "Maschinen" seien, die auf Knopfdruck reagierten.

- "... daß die Polizisten, daß das auch nur Menschen sind, daß das keine Maschinen sind, sondern daß die auch Angst haben anzupacken, nicht alle, aber so junge vor allen Dingen, die die Erfahrungen noch nicht haben, die keine Schläger an sich sind. Die ihren Dienst bei der Polizei halt eben auch so ansehen, um zu schützen."

(Aktionsgruppe C)

Neben dieser Polarisierung zwischen den einzelnen Polizeibeamten und der Institution Polizei unterscheiden die Blockadeteilnehmer noch zwischen verschiedenen Gruppen von Polizeibeamten. So habe

sich etwa das Verhalten der Polizei stets verändert,

- a) wenn statt jungen Polizeischülern plötzlich ältere und erfahrene Polizeibeamte eingesetzt worden seien, die kein Interesse mehr an Gesprächen zeigten und im Umgang mit den Demonstranten als rücksichtsloser und härter beschrieben wurden;

- "Am Anfang kamen da noch die netten Jungs, ohne Kampfanzug, mit denen haben wir dann auch noch nachts geredet, geplaudert und geredet."

(Aktionsgruppe C)

- b) wenn statt einfacher Einsatzbeamter plötzlich Polizisten des Sondereinsatzkommandos eingesetzt worden sind, deren Einsatz von den Blockadeteilnehmern z.T. als bewußte Provokation mit Eskalationsabsicht interpretiert wurde;

- "Während am Anfang noch diese üblichen Nullachtfünfzehn-Bereitschaftspolizisten diesen Polizeikordon gebildet haben, junge Bereitschaftspolizisten, hat sich die ganze Sache eben so durch diese Sondereinsatzkommandos verändert nachher. Wahrscheinlich, weil sie die Gefahr gesehen haben, daß die in ernstliche Konflikte kommen persönlich, und sich vielleicht auch noch weigern würden. Also, das hast du gesehen (...), diesen Wechsel, so diese Masse der Polizisten und dann eben die Sondereinsatzkommandos, die dann wirklich, sagen wir mal, die Dreckarbeit gemacht haben."

(Aktionsgruppe G)

- c) wenn Polizeibeamte mit höheren Dienstgraden aufgetaucht sind. Sie wurden von den Blockadeteilnehmern z.T. als "Scharfmacher" bezeichnet, die Kommunikationsversuche abbrachen und ein härteres Durchgreifen von ihren Untergebenen verlangten, vor allem dort, wo diese durch zurückhaltendes und vorsichtiges Verhalten zu einer Entspannung der Situation beigetragen hätten.

Die Gesprächsbereitschaft der Polizeibeamten wird grundsätzlich begrüßt und als wichtiges Element der Deeskalation angesehen.

- "Was ich unheimlich gut fand, die Momente, wenn man da gegenüber einem Polizisten direkt gestanden hat und hat mit dem von Mensch zu Mensch geschwätzt. So richtig auch mit denen geschwätzt, wie denen die Muffensausen gehen oder nicht, und, ja wie sie über die Sache denken, gegen was man sie einsetzt und über die Sache der Blockade. Wie sie das sehen. Also das hätte ich mir nie vorgestellt, daß man so

mit denen reden kann."

(Aktionsgruppe F)

- (Bei den Gesprächen mit den Polizisten; d.V.) "... ging es mir natürlich auch darum, Entspannung zu suchen, weil ich mir nicht sicher war, wie scharf sie reagieren würden. Und da die am Anfang auch so abgeriegelt hatten, sah das schon ein bißchen mächtig aus. Deswegen ging es mir in den Diskussionen auch ein bißchen darum, daß die Menschen gegenseitig deutlich werden als Menschen und sie deswegen nicht gleich so scharf reagieren, nicht gleich die Hunde auf uns hetzen oder so. Und ich denke, z.T. wurde es auch etwas dadurch entschärft. Zum Teil ja."

(Aktionsgruppe B)

Allerdings zeigten sich einige Teilnehmer enttäuscht darüber, daß die Polizeibeamten eher legalistisch-formal argumentierten statt, wie von den Blockadeteilnehmern beabsichtigt, ihre eigene Aufgabe moralisch und politisch zu reflektieren.

- "Soweit die von der Polizeischule kamen, hatten die noch nicht einmal, was ich für Polizisten voraussetze, das notwendige politische Wissen und Feeling, das ich haben muß, wenn ich daran teilnehme. (...) Das war also beschämend. Da war kein Bewußtsein und viele haben auch gesagt, das interessiert uns nicht, Paragraph was-weiß-ich der Straßenverkehrsordnung, ich konnte das schon gar nicht mehr hören."

- "Wenn ich da dabei bin, ich werde da eingesetzt, dann muß ich mich doch damit auseinandersetzen."

(Aktionsgruppe B)

Die Chance zur ideologischen Beeinflussung von Polizeibeamten in Gesprächen wird von den Blockadeteilnehmern insgesamt als sehr gering eingeschätzt.

Während das Bild von einzelnen Polizeibeamten durch die unterschiedlichen Erfahrung insgesamt stark differenziert ausfällt, ergibt sich auf die Frage nach der Polizei als Institution ein recht geschlossenes, monolithisches und negatives Bild. Die Polizei wird als politisches Werkzeug angesehen; sie ist in ihrem Vorgehen etwa gegenüber sozialen Bewegungen nicht am gesetzlichen Auftrag orientiert, sondern von politischen Machtstrukturen abhängig; die politische Steuerung der Polizei führe dazu, daß die Polizei - wenn immer es politisch opportun sei - eine Abschreckungs- und Diskriminierungsstrategie verfolge und dazu auch

gezielt gewalttätige Auseinandersetzungen und Eskalationen provozieren und benutzen.

- "Also ich würde sagen, daß die das machen, was ihnen am meisten Vorteil verschafft, und das kann auch mal in einer Eskalation bestehen."

(Aktionsgruppe G)

Selbst diejenigen Aktionsgruppen und Aktionsteilnehmer, die über keine klare politische Ideologie und Vorstellungen von der politischen Funktion der Polizei verfügen, gehen aufgrund ihrer Erfahrungen und den unterschiedlichen Reaktionsweisen der Polizei davon aus, daß das Polizeiverhalten eher nach opportunistischen Kriterien denn allein nach gesetzlichen Regeln ausgerichtet sei.

4.2.6 Erfolgsbewertung und Enttäuschungsverarbeitung

Ein weiterer Schwerpunkt der Gruppendiskussionen war die Frage danach, wie die Blockadeteilnehmer die Aktion beurteilen und welche Konsequenzen sie aus ihren Erfahrungen gezogen haben. Drei Aspekte sind hier zu unterscheiden:

- a) Was wollten sie mit ihrer Aktion erreichen? Was waren ihre ursprünglichen Ziele?
- b) Nach welchen Kriterien wurde die Aktion im Nachhinein (als Erfolg bzw. Mißerfolg) interpretiert?
- c) Welche Auswirkungen hatte die unterschiedliche Erfolgsbewertung für Fragen des politischen Weltbildes und des weiteren politischen Engagements der Teilnehmer in der Friedensbewegung?

zu a):

Um die Auswirkungen und Konsequenzen von Protestengagement beurteilen zu können, bedarf es Informationen über die Erfolgserwartung und Zielorientierung der Blockadeteilnehmer vor der Aktion. Welchem Zweck sollte die Blockadeaktion dienen? Was wollten die Blockierer mit ihrer Aktion erreichen? Und wie stark war die tatsächliche Erfolgserwartung der Teilnehmer?

Was mit diesen Fragen angedeutet wird und in systematischer Untersuchung auf individueller und auf Gruppenebene analysiert und verglichen werden müßte, können wir hier nur in einigen Stichworten skizzieren. Die Handlungsziele der Blockadeteilnehmer

waren in der Regel sehr vielschichtig aufgebaut. Obwohl die Teilnehmer die einzelnen Ziele als miteinander verbunden ansahen und auf das gemeinsame Ziel "Verhinderung der Nachrüstung" bezogen sahen, gab es insgesamt doch eine Vielfalt unterschiedlicher Bezugspunkte und Zielsetzungen für die Protestaktion:

- Einflußnahme auf politische Entscheidungsträger und dadurch die Verhinderung der Stationierung von Raketen (wurde von allen Aktionsgruppen als zentrales Ziel genannt).
- Langfristige Veränderung der politischen Kultur der Gesellschaft
- Sensibilisierung der Öffentlichkeit und Erzeugung von Aufmerksamkeit in den Medien
- Mobilisierung von Unterstützung für die Friedensbewegung und Beitrag zum Anwachsen der Friedensbewegung
- Test von Widerstandsformen und Organisationsmodellen (Bezugsgruppen) für die Friedensbewegung und als Modell zukünftiger gesellschaftlicher Praxis
- Subjektivierung der Handlungsintentionen: Protest als persönliches Bekenntnis und Identitätswahrung

Durch diese Vielfalt von Handlungszielen und Handlungsintentionen wird der Gefahr eindeutiger Mißerfolgserfahrungen vorgebeugt. Nach dem Prinzip der "Risikostreuung" wird die Frage nach dem Erfolg und Mißerfolg der Aktion nicht allein an einem Kriterium festgemacht. Hinzu kommt, daß die Ziele meist eher diffus formuliert und sehr langfristig angelegt waren, sodaß deren Erreichen nicht durch eindeutige Erfolgskriterien überprüft und beurteilt werden kann. Kurzfristige Mißerfolge können vor dem Hintergrund langfristiger Orientierungen relativiert werden. Die Vielfalt und Unterschiedlichkeit von Zielvorstellungen macht deutlich, daß die Stabilisierung von Motivation gegen Mißerfolg und Enttäuschungserfahrungen offensichtlich nicht über konkrete Zielvorstellungen abgedeckt werden kann.

Auch durch den Bekenntnischarakter, den der Protest für viele Teilnehmer hatte, war das politische Engagement prinzipiell unabhängig vom Erfolg oder Mißerfolg der Aktion. Das politische Bekenntnis ist dann eher eine Frage der persönlichen Identität und moralischen Integrität. Auch wenn konkrete politische Ziele nicht erreicht werden können, kann die Blockadeaktion daher dennoch positiv erfahren und bewertet werden.

Lediglich hinsichtlich der Verhinderung der NATO-Nachrüstung und der Einflußnahme auf die Politiker in dieser Frage gab es konkrete Zielvorstellungen. Es bleibt allerdings unklar, wie stark die Teilnehmer tatsächlich an die Erreichbarkeit dieses politischen Ziels glaubten.

Eine "realistische" Einschätzung der Erfolgswahrscheinlichkeit ist nach Ansicht einiger Blockadeteilnehmer dadurch behindert gewesen, daß sie aufgrund "apokalyptischer Ängste" vor einem "unmittelbar bevorstehenden Atomkrieg" sich unter Erfolgsdruck gesehen hatten. Angstbedingte Erfolgshoffnungen und Erfolgswänge können so für eine im Nachhinein als unrealistisch eingeschätzte Erwartungshaltung bezüglich der Zielerreichung und des Erfolgs der Aktion verantwortlich sein.

- "Ich denke heute auch noch, daß sie (die Kriegsgefahr; d.V.) groß ist, aber daß ich jeden Tag den Atomkrieg vor mir sehe, das ist nicht mehr."

(Aktionsgruppe F)

zu b):

Was bedeutet dies nun für die nachträgliche Beurteilung der Aktion durch die Blockadeteilnehmer?

Nachdem die Stationierung der US-Raketen deutlich gemacht hatte, daß das bis dahin zentrale Ziel, die Verhinderung der Stationierung, nicht erreicht werden konnte, kommt es zu einer nachträglichen Bedeutungsverschiebung und Modifikation der verschiedenen Erfolgskriterien und Zielsetzungen. Langfristig orientierte diffuse Zielvorstellungen wie z.B. Einfluß auf die politische Kultur und Sensibilisierung der Öffentlichkeit werden nun stärker betont. Nicht allein die Verhinderung einer einzelnen Rüstungsmaßnahme, sondern v.a. eine langfristig angelegte Veränderung des politischen Bewußtseins werden hervorgehoben.

- "Es ist ja immer so, hat man ja gelernt, mit solchen Aktionen kann man halt was initiieren, also einen Umdenkungsprozeß, daß dann vielleicht erstmal tatsächlich ein kleines bißchen aufgeschoben wird und daß dann vielleicht doch die Regierung wechselt."

- "So was, wie da jetzt passiert ist, daß das nicht mehr möglich wird, für die Zukunft, daß sie so etwas nicht mehr machen können, das war eher meine Perspektive."

(Aktionsgruppe A)

- "Daß dadurch sich die politische Situation im Land verändert, das war mir schon wichtig".

- "Ich hatte schon noch Hoffnung darin gesehen, daß man die ganze Sache am Kochen hält, daß sich unsere Politiker vielleicht doch noch mehr Gedanken darüber machen, wie eine nicht zu kleine Minderheit über die Nachrüstung denkt. Daß sie merken, alles lassen wir uns doch nicht gefallen. Und sie sollen sich bei jedem anderen Schritt überlegen, wie weit sie gehen können. Daß wir die Nachrüstung nicht verhindern können, das war mir schon klar, aber ich sehe es trotzdem als wichtigen Schritt und ich bereue es auch nicht. Ich hoffe, daß die sich bei den nächsten Nachrüstungen oder überhaupt bei Rüstungssachen den Widerstand von uns, d.h. vom Volk, ein bißchen besser überlegen."

(Aktionsgruppe B)

- "Obwohl, durch Demonstrationen und Blockaden ist ja unheimlich viel bewegt worden, diskutiert worden, das Meinungsbild hat sich ja ganz verändert."

(Aktionsgruppe C)

Die Friedensbewegung habe ein öffentliches Interesse an Sicherheitspolitik erzeugt und eine kontroverse Diskussion darüber in Gang gesetzt. Mit den Aktionen in Bitburg und mit den anderen Aktionen der Friedensbewegung sei eine Sensibilisierung und Mobilisierung bewirkt worden, die die Macht der Friedensbewegung stärke. Die Resonanz in den Medien wird daher zum entscheidenden Indikator für diese intendierten Wirkungen.

- "Uns ging es nicht um eine Aktion als solche, sondern uns geht es um die Aktion, die Außenwirkung hat, Presseöffentlichkeit schafft, daß sie diskutiert wird, und da ist die Blockade Bitburg schon wichtig gewesen. Da hat sie sogar in meinen Augen eine größere Öffentlichkeit geschaffen, als ich das erhofft hatte. Ich dachte eher, daß die ganze Sache - na gut, eine Blockade und daß die Prominentenblockade in Mütlangen doch mehr die Öffentlichkeit auf sich zieht, und daß Bitburg quasi so, daß man uns sitzenläßt und so weiter, doch nicht den Stellenwert bekommt. Aber daß sie so eine Diskussion in der Öffentlichkeit gebracht hat, hier auf lokaler Ebene und insgesamt, das ist ein ganz wesentlicher Fortschritt gewesen. Und das ist auch das Ergebnis für mich der Aktion."

(Aktionsgruppe G)

Zugleich rückt für die Teilnehmer selbst der Bekenntnischarakter des Protests stärker in der Vordergrund. Auch ungeachtet politischer Erfolgslosigkeit wird das eigene Engagement als demonstrativer Akt der Darstellung von Überzeugung als sinnvoll erfahren.

- "Ich denke, da war so ganz verbreitet die Stimmung, ich will nicht sagen müssen, ich habe das gewußt, aber nichts gemacht."

- F: "Und wo dann eine Absichtserklärung auch wichtiger wird als der tatsächliche Erfolg?"

- "Ja."

- "Ich bereue es keine Sekunde, daß ich da war. Ich finde nicht, daß es um den Ausgang geht, sondern einfach um die Sache, daß du versucht hast, irgendetwas zu machen."

(Aktionsgruppe A)

- "Wenn ich dann an die Bundestagsdebatte Ende November denke, da muß ich sagen, das war für mich dann schon eine Enttäuschung, weil ich schon die Hoffnung hatte, daß der Protest, (...) was bewirkt hätte und bewirkt. Und da muß ich feststellen, es hat gar nichts bewirkt (...). Aber was mir hinterher trotzdem wichtig ist, ist, daß ich mein Möglichstes getan habe, um die Sache zu verhindern (...). Ich glaube, wenn ich nicht in Bitburg mitgemacht hätte, hätte ich jetzt ein schlechteres Gewissen. Da müßte ich mich jetzt fragen, hast du politisch alles Mögliche getan, was du hättest tun können. Für mein moralisches Wohlbefinden ist das sehr wichtig."

(Aktionsgruppe B)

Schließlich spielen in der nachträglichen Beurteilung der Aktion eine Reihe von Erfolgserlebnissen eine Rolle, die unmittelbar auf die Durchführung der Aktion selbst bezogen sind. Trotz der Verhinderung der ursprünglichen Blockadeabsichten durch die Polizei bietet die Auseinandersetzung mit ihr Möglichkeiten der positiven Selbsterfahrung: die Überwindung von Angst und Unsicherheit, die Bewahrung von Handlungsfähigkeit sowie die Erfahrung von Macht und Kompetenz in der Auseinandersetzung mit der Polizei werden von den Teilnehmern sowohl als wichtige persönliche Erfahrungen wie auch als wichtige "Lernschritte" für die Friedensbewegung angesehen.

- "Ja, und wie die Leute da raus kamen (aus dem Polizeigewahrsam), da haben wir das ganz gern als Erfolg unserer

Stärke verbucht. Wir hatten nicht nur deren Konzept verhindert, die Blockade zu verhindern, wir sind also nicht davon ausgegangen, daß wir jetzt unsere Blockade nicht geschafft haben wie wir das geplant hatten, sondern daß die Bullen es nicht geschafft haben, die Blockade zu verhindern. Und nachher war es dann so, daß wir nicht nur das machen konnten, sondern auch noch unsere Leute aus dem Knast herausbekamen."

(Aktionsgruppe A)

- "... ich habe eher so eine leichte Hemmschwelle überwunden dadurch. Ich hätte jetzt vor so einer Aktion keinen Schiß mehr, also eher in die andere Richtung, daß ich mir jetzt vorstellen könnte, einen Schritt weiterzugehen als einen Schritt zurück."

(Aktionsgruppe B)

- "Was bei mir ganz wichtig war nach der Blockade, daß ich auch allen meinen Freunden, die vielleicht nicht mitgemacht haben, aber die so ähnlich denken wie ich, sagen konnte, ich war da. Daß auch die dann (...), sagten, ja die ist bereit dafür, da können wir vielleicht auch mal was mitmachen (...). Ich weiß, aus meinem Freundeskreis sind viele dann mit auf Demos und so mitgegangen."

(Aktionsgruppe F)

- "Ich glaube, das war, also für mich persönlich war das einfach ein ganz wichtiger Schritt, erst diesen Schritt zu machen, auch mehr oder weniger in Kauf zu nehmen, daß etwas passiert."

(Aktionsgruppe F)

Ähnlich werden auch die Erfahrungen in den Aktionsgruppen selbst bewertet. Solidarität und Zusammengehörigkeit im gemeinsamen Handeln steigern den Erlebnisgehalt der Aktion. Viele Teilnehmer kommen aus diesen Gründen zu einer positiven Beurteilung der Aktion. Sie fühlen sich in der Hoffnung bestärkt, daß dies auch in zukünftigen Aktionen möglich sei.

zu c):

Die Blockadeaktion bietet also trotz politischer Erfolgslosigkeit eine Vielzahl von Erfahrungen, die das Engagement der Teilnehmer als persönlich sinnvoll und für die Friedensbewegung oder langfristige Ziele bedeutsam erscheinen lassen.

Solche ultrastabilen, erfolgsunabhängigen Handlungsmotive sind

vor allem in jenen Gruppen zu finden,

- a) die über klare politische Ideologien mit langfristigen Zielorientierungen verfügen (etwa marxistische Ideologien),
- b) die durch religiöse oder prinzipiengeleitete Orientierungen gekennzeichnet sind,
- c) die Protest als Aspekt ihrer eigenen subjektiven Identität definieren.

In diesen Gruppen ist eher eine Stabilisierung der Handlungsbereitschaften und eine Routinisierung des politischen Engagements zu erwarten.

- "... und für meine Motivation weiterzumachen war Bitburg schon eine ganz wichtige Sache, (...) weil ich da Fakten gesetzt und Konsequenzen vollzogen habe, die dann nicht mehr rückgängig zu machen waren."

- F: "Für dich selbst?"

- A: "Für mich selbst. Und wo ich dann konsequent daran weitergehen muß. Und das sehe ich im Nachhinein noch positiv."

(Aktionsgruppe B)

- "Wir kommen (...) aus der Gewerkschaftsbewegung, und ich meine, da hast du irgendwo gelernt, daß du langen Atem brauchst. Und mir ist das im übrigen auch aufgefallen, daß so "Spontis" - ich will das jetzt nicht abwerten - daß die sehr schnell wieder abspringen, wenn sie nicht kurzfristig irgendwo Erfolg sehen. So als Gewerkschaftler mußst du deine Frustrationen jeden Tag irgendwo einstecken, und dann hast du - denke ich - einen längeren Atem, weil du machst nicht so schnell schlapp, wenn du jetzt so eine Niederlage hast, und das war ja eine Niederlage, das muß man ja sagen."

(Aktionsgruppe E)

- "Aber dienstagsabends, das war klar, du machst also doch noch Friedensarbeit, auch wenn wir manche Monate auch nichts zustande bekommen haben richtig. Aber, du machst noch was, auch wenn ich manchmal den Sinn angezweifelt habe an dem was wir gemacht haben, aber Hauptsache, ich mache noch was."

(Aktionsgruppe F)

Daneben gibt es eine Vielzahl von Teilnehmern, die sich selbst als eher resigniert bezeichnen. Die Ohnmachtserfahrung angesichts der politischen Erfolgslosigkeit sowie die Abschreckung durch die unvorhergesehenen juristischen Konsequenzen der Aktion spielen

für diese Teilnehmer eine wichtige Rolle. Viele hatten vor der Aktion sehr hohe politische Erfolgserwartungen oder fühlten sich aufgrund ihrer Angst vor einem unmittelbar bevorstehenden Atomkrieg zum Protest verpflichtet. Sie müssen sich nun mit ihrer eigenen Erwartung und Realitätseinschätzung auseinandersetzen, die sie jetzt als "naiv" und "unrealistisch" beurteilen.

Zusätzlich zu dieser Enttäuschung von Erfolgserwartungen wird auf die individuellen Kosten weiteren Engagements verwiesen; neben der Vermeidung weiterer finanzieller und juristischer Risiken werden v.a. berufliche Aspekte und familiäre Gesichtspunkte als Opportunitätskosten des politischen Engagements benannt.

- "Also, resigniert habe ich nicht. Ich überleg mir halt nur, ist es sinnvoll jetzt, sich so bestrafen zu lassen, wo meine Hoffnung von vorneherein gering ist, wo halt meine Hoffnung nicht mehr so groß ist, daß man so eine große Apparatur gestoppt bekommt."

(Aktionsgruppe C)

- "Also wenn ich an mich jetzt denke, ich habe in der Zeit unheimlich viel aufgegeben, was ich alles an Hobbies gemacht habe, ich war für alles bereit damals, ich war bereit, in den Knast zu gehen und alles, was ich heute absolut nicht mehr bereit wäre. Vielleicht weil ich mir richtig ausgemalt hatte, ich war mit so einem Enthusiasmus dabei und weil ich dachte, übermorgen passiert der Atomkrieg, und da habe ich wirklich alles eingesetzt, was ich heute nicht mehr machen würde. Ich finde heute auch viele andere Sachen unheimlich wichtig, wie Umweltschutz oder sonst was oder Jugendarbeit und so einen Kram, ich würde heute nicht mehr so viel aufgeben von anderen Sachen. Ich würde mir mehr überlegen, ob ich bereit bin, für eine Sache wirklich so viel zu bezahlen, in den Knast gehen oder sonst was, was mir damals ganz egal war."

(Aktionsgruppe F)

Zwischen Resignation und Routinisierung gibt es eine dritte Reaktionsmöglichkeit: um der Gefahr der eigenen Radikalisierung zu entgehen, ziehen sich einige Teilnehmer zeitweise aus dem politischen Engagement zurück oder verlagern ihre Aktivitäten auf andere Bereiche.

Grundsätzlich jedoch bleibt ihre Bereitschaft zum politischen

Engagement in der Friedensbewegung und in anderen sozialen Bewegungen erhalten. Ihre Absicht ist, "Handlungspausen" einzulegen, um sich selbst vor persönlichen "Verhärtungen" und Identitätsveränderungen zu bewahren, die sich nach ihrer Ansicht aus einer Radikalisierung ergeben.

- "Nach Ramstein, da hatte ich den Eindruck, daß die meisten Leute gedacht haben, das zehrt an unseren Kräften, das ist zuviel, das können wir einmal im Jahr machen oder vielleicht einmal alle zwei Jahre, aber mehr schaffen wir einfach nicht."

(Aktionsgruppe A)

- "Doch, aber irgendwie ist das im Moment einfach nicht angesagt. Im Moment sind wir am Luft holen und was wir dann machen werden, sind vielleicht keine Blockaden, sondern vielleicht etwas anderes. Das ist jetzt nicht zu sagen."

(Aktionsgruppe A)

Ähnlich wie bei jenen Teilnehmern, deren kontinuierliches politisches Engagement als Ausdruck ihrer Identitätsvorstellungen beschrieben wurde, kann auch diese Haltung als Versuch interpretiert werden, erfolgsunabhängige Motivation und 'stoische' Elemente in die Protesthaltung zu integrieren.

Wir müssen nun davon ausgehen, daß wir in unseren Gruppendiskussionen weder jene Blockadeteilnehmer hatten, die völlig resigniert haben und sich gänzlich zurückgezogen haben, noch jene, die sich für radikalere Aktionsformen und Methoden entschieden haben.

Die Diskussionsteilnehmer sind vielmehr zwischen diesen beiden Extremen angesiedelt. Für sie gilt, daß die Enttäuschung über politischen Mißerfolg nicht zu entscheidender Veränderung des politischen Engagements geführt hat. Vielmehr werden Resignation und Rückzug vom politischen Engagement, ebenso wie die Radikalisierung der Mittel und Protestmethoden als potentielle Handlungsmöglichkeiten wahrgenommen und in ihren Konsequenzen überdacht. Die Ambivalenz der Enttäuschungsverarbeitung, die sich auf der Gruppenebene als tendentielle Polarisierung darstellt, findet sich also auch auf individueller Ebene. Radikalisierung und Resignation als Ergebnisse der Enttäuschungsverarbeitung stellen sich nicht automatisch als Folge von Mißerfolgserfahrungen ein, son-

dern sind Ergebnisse von bewußten Entscheidungsprozessen.

- "Und daß man sich überlegt hat, wenn es so nicht klappt, wo es noch halbwegs symbolisch ist, sollen wir jetzt konkret werden und unser Anliegen echt mit aller Gewalt durchsetzen oder sollen wir es lieber lassen? Da haben wir drüber gesprochen."

- "Aber die Diskussion ist meines Erachtens so gegangen, weiter symbolisch oder ganz sein lassen, denn auf die andere Weise schaffen wir es ganz, ganz bestimmt nicht."

- "Es war echt die Frage, entweder wir werden jetzt ganz knallhart oder wir lassen es sein. Und das ist dann dabei herausgekommen."

(Aktionsgruppe A)

Im Zusammenhang mit der Erfahrung politischer Erfolgslosigkeit zeigte sich bei vielen Diskussionsteilnehmern ein distanziertes Verhältnis zum politischen System. Bei den meisten spielen dabei bereits vorher existierende Interpretationsmuster eine Rolle, die durch die politische, polizeiliche und juristische Reaktion auf die Aktion bestätigt und verfestigt werden. Die meisten Aktions Teilnehmer hatten sich zuvor an anderen Formen politischen Engagements innerhalb der Friedensbewegung oder anderer sozialer Bewegungen beteiligt und die Erfahrung gemacht, trotz vieler Versuche und großer Mobilisierungsleistung mit keinem politischen Mittel die Entscheidung über die Nachrüstung beeinflussen zu haben.

Die effektiven politischen Partizipationsmöglichkeiten werden daher von vielen Teilnehmern als sehr gering eingeschätzt. 'Der Staat' scheint ihnen weitgehend gleichgültig zu sein gegenüber Meinungsäußerungen seiner Bürger. Gestützt wird diese Beurteilung nicht nur auf die eigenen Erfahrungen in der Friedensbewegung, sondern auch auf die durch Meinungsumfragen dokumentierte Diskrepanz zwischen Mehrheitswillen und politischer Entscheidung. Daß die Regierung politische Entscheidungen auch gegen den Mehrheitswillen durchsetzen könnte, war vielen schwer vorstellbar gewesen. Aus der Erfahrung der Stationierung ziehen sie den Schluß

- "... daß man das doch kann. Daß man einfach nur, was weiß ich, genügend Polizisten bezahlen muß im Grunde."

(Aktionsgruppe A)

Daraus resultiert in den Augen der Aktionsteilnehmer ein Legitimitätsverlust politischer Herrschaft.

Die Gewaltenteilung des demokratischen Rechtsstaates erscheint

aus der Perspektive der Blockadeteilnehmer aufgeweicht. Von vielen wird unterstellt, Polizei und Justiz handelten auf politische Weisung und seien die Machtmittel, mit denen die Politiker Entscheidungen auch gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzen könnten. Nicht Recht und Gesetz, sondern politische Opportunität bestimmten über die Reaktionen von Polizei und Gerichten gegenüber der Friedensbewegung.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem Zusammenhang auch die Interpretation der juristischen Reaktion als "Kriminalisierung" von ethisch gerechtfertigten Handlungen.

Aufgrund dieser Erfahrungen des politischen Mißerfolges und der staatlichen Reaktion auf den Protest ist der Glaube an die nahezu unbegrenzte Ausdehnbarkeit und Steigerungsfähigkeit politischen Protests, der zu Beginn der Blockadeaktion noch bei vielen Teilnehmern vorherrschte, eher pessimistischen Einschätzungen gewichen.

4.2.7 Gruppenzerfall und das Problem der Kontinuität sozialer Bewegungen

Für einige der Aktionsteilnehmer waren mit der Gründung der Aktionsgruppen Erwartungen verbunden, die weit über die konkrete Blockade hinausreichten. Die Aktionsgruppen waren gedacht als Modelle einer strukturellen Fundierung der Friedensbewegung. In ihnen sollte kontinuierliche Friedensarbeit und dauerhaftes politisches Engagement sichergestellt und praktiziert werden; die Friedensbewegung sollte damit von zyklischen Schwankungen befreit werden und zu einer permanenten politischen Kraft werden. Damit verbunden war oft auch die Vorstellung, daß in den Aktionsgruppen zugleich auch neue Formen politischer Auseinandersetzung konkretisiert und praktiziert werden sollten. Sie bildeten also für die Aktionsteilnehmer auch ein Stück konkrete gesellschaftliche Utopie, was in ihren basisdemokratischen egalitären Strukturen zum Ausdruck kommt. Von daher reichte die zeitliche Perspektive bei der Gründung der Aktionsgruppen in einigen Fällen über die Aktion hinaus. Weitere politische Aktionen sollten in den Gruppen durchgeführt werden; zumindest aber war die gemeinsame Bewältigung der juristischen Konsequenzen in den meisten Gruppen vorgesehen.

Trotz dieser Zielsetzung lösten sich die meisten Aktionsgruppen unmittelbar nach der Aktion wieder auf. Nur wenigen gelang es, noch die eine oder andere Aktion der Friedensbewegung gemeinsam durchzuführen oder sich zur Vorbereitung der Prozesse wieder zu treffen. Dann zerfielen auch diese Gruppen. Die Strukturen, die sich zur Durchführung der Blockadeaktion in Bitburg herausgebildet hatten (Aktionsgruppen, Organisationsgruppe), waren kurze Zeit nach der Aktion wieder zerfallen. Welches sind die Gründe für den Zerfall der Gruppen? Was bedingt den zyklischen Charakter der Friedensbewegung wie auch anderer sozialer Bewegungen und wie versuchen sie, eine einmal erreichte Mobilisierung zu stabilisieren? Es ist offensichtlich, daß die ereignis- und aktionsbezogene Mobilisierung von Unterstützung nicht zum Dauerengagement der Teilnehmer führt. Im Anschluß an die Aktionen ziehen sich viele Teilnehmer wieder vom politischen Engagement zurück, um erst wieder bei neuen, anderen Aktionen oder spektakulären Ereignissen aktiv zu werden. Nur wenige bleiben auch zwischen den Aktionen aktiv in der Bewegung. Obwohl soziale Bewegungen ständig bemüht sind, einmal mobilisierte Ressourcen zu stabilisieren und den durch Abwanderung und Rückzug drohenden Zerfall der Bewegung zu verhindern, sind sie offensichtlich kaum in der Lage, geeignete Mittel zu finden, um Engagement zu stabilisieren. Eine Ursache dafür mag in der Verkennung des Zusammenhangs von Motivlagen und Engagement liegen. Soziale Bewegungen mobilisieren in der Regel durch konkrete Ereignisse und spektakuläre Aktionen und sprechen damit ganz spezifische Motive und Bedürfnisse an. Nicht materielle Anreize, auch nicht allein politische Einstellungen und Interessen, sondern auch soziale und psychische Anreize, die Möglichkeit zur Befriedigung expressiver Bedürfnisse sowie der Reiz außeralltäglicher Erfahrungen und Erlebnisse kennzeichnen das Engagement in sozialen Bewegungen: Gemeinschaftserlebnisse und Solidaritätserfahrungen; Prestigegewinn und soziale Anerkennung in der Gruppe; Machtgefühle und das Erlebnis historischer Bedeutsamkeit; idealistische Hoffnungen und das Gefühl moralischer Überlegenheit etc. In spektakulären Aktionen können diese außeralltäglichen Erlebnisse und Sinnerfahrungen vermittelt werden. Die aktionsabhängige Mobilisierungsleistung sozialer Bewegungen läßt sich also möglicherweise erklären, wenn man von einer komplexeren Motivstruktur ausgeht. Es reicht in der Regel nicht, nur Betroffenheit zu erzeugen oder das "richtige" politische

Bewußtsein zu vermitteln. Betroffenheit allein führt nur selten zum politischen Engagement. Vielmehr sind es z.T. auch unpolitische Motivlagen, etwa soziale Gratifikationen oder die Suche nach außergewöhnlichen, einmaligen und daher besonderen Erfahrungen, die das Engagement in Protestaktionen für viele interessant machen. Diese Motive können aber in der Regel kontinuierliche Partizipation nicht tragen. Sie sind gerade auf Instabilität und Außeralltäglichkeit angelegt. In ihnen liegt daher zugleich die Stärke und auch die Schwäche sozialer Bewegungen begründet. Langfristige und dauerhafte Mitarbeit bedarf einer anderen Motivation und anderer Anreize als kurzfristige, diskontinuierliche Beteiligung an politischen Aktionen. Der Versuch sozialer Bewegungen, Protestmotivation in stabile Dauermotivation umzuwandeln, bedarf in der Regel des Aufbaus von Organisationen und stärker materiell orientierter Anreizsysteme. Dies bedingt, daß sie sich stärker dem Charakter von Parteien und Verbänden angleichen. Ob Bewegungen durch ihre Institutionalisierung und Organisation daher an Stärke gewinnen oder gerade ihre Vitalität und typischen Möglichkeiten, aktionsbezogen massive Unterstützung mobilisieren zu können, einbüßen, ist freilich nicht zu entscheiden.

5 PERSPEKTIVITÄT UND KONFLIKT

In diesem Kapitel sollen einige konkrete Aspekte der divergierenden Perspektiven der Konfliktbeteiligten herausgearbeitet werden. Zunächst soll die Abhängigkeit des Konflikthandelns und der Realitätswahrnehmung von zugrundeliegenden Interessen und Handlungsorientierungen verdeutlicht werden (5.1; 5.2). Daran anschließend wollen wir an einigen Beispielen illustrieren, wie sich Interessen und Handlungsorientierungen in unterschiedlichen Realitätsdefinitionen ausdrücken (5.3).

5.1 Die Ausrichtung polizeilichen Handelns

5.1.1 Die Orientierung an der Legalität

Die Rolle der Polizei in öffentlichen politischen Auseinandersetzungen ist bisher kaum Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen gewesen. Wir haben daher nur wenige Kenntnisse über die typischen Interaktionsbeziehungen zwischen der Polizei und den Protestgruppen; über polizeitypische Konflikterfahrungen, Wahrnehmungsmuster und Interpretationsmuster, die diesem Verhalten zugrunde liegen; sowie über die polizeiinternen organisatorischen und strukturellen Faktoren, die Entscheidungen über Einsatzkonzeptionen, Einsatzstrategien und konkretes Konfliktverhalten beeinflussen.

Für die Jugendlichen in den Protestgruppen ist die Rolle der Polizei bei gewaltsamen Eskalationen meist klar festgelegt. "Ohne Polizei - kein Krawall" reimen nicht nur die Züricher Jugendlichen. Und in der Tat scheinen auch entsprechende Forschungsergebnisse eine eindeutige Sprache zu sprechen: der Einsatz von Polizeigewalt wirkt in der Regel als Auslöser oder Katalysator gewaltsamer Eskalationen (Vgl. dazu ECKERT/WILLEMS 1987). Meist werden die Regelverletzungen der Protestgruppen als Anlaß für die polizeiliche Intervention angesehen; v.a. dann, wenn sie als Gesetzesverstöße interpretiert werden. Allerdings gibt es auch Hinweise darauf, daß "bei akuten Auseinandersetzungen die Polizei mit gewalttätigem Einsatz gegen Personen ... den Anfang macht ... (und) daß die dabei agierenden Beamten keineswegs durchgängig

nach dem Grundsatz des mildesten Mittels und unter Beachtung des Übermaßverbots vorgegangen sind" (NEIDHARDT 1984, S. 24). Hinsichtlich der Eskalation von Konflikten ist daher entscheidend, ob Regelverletzungen als ungesetzlich, als illegal interpretiert werden müssen. Eine Frage, die lediglich bei Ordnungswidrigkeiten von der Polizei, bei Straftaten alleine vom Gesetzgeber entschieden werden kann. Die Polizei muß die Verletzung von Gesetzen verfolgen. Die strikte Orientierung an der Legalität und die konsequente Durchsetzung der Gesetze schafft aber gerade in öffentlichen politischen Konflikten eine Reihe von Problemen, die wir als typische Entscheidungsdilemmata der Polizei kennzeichnen wollen.

5.1.2 Die Unvorhersehbarkeit von Handlungskonsequenzen

Ein zentrales Dilemma der Polizei besteht darin, Entscheidungen über Einsatzkonzepte, Strategien und Taktiken treffen zu müssen, ohne die Wirkungen der Maßnahmen vorhersagen zu können. Diese Unvorhersehbarkeit von Handlungskonsequenzen ist nur z.T. durch fehlende Informationen und einen zu geringen Wissensstand über den Verlauf von Konflikten bedingt. Sie ist auch grundsätzlich und damit unaufhebbar mit Konfliktsituationen verbunden,

- a) die wie im Falle nicht-institutionalisierter öffentlicher Konflikte über keinen festen Katalog von generell akzeptierten Verhaltens-(Spiel-)Regeln verfügen. Selbst die Legalität des Verhaltens ist, wie mehrfach erwähnt, aus verschiedenen Gründen für Protestgruppen keine feste Verhaltensregel, auf die sich die Polizei verlassen könnte, (wie auch umgekehrt legaler Einsatz von Polizeigewalt häufig von unangemessenen und z.T. gesetzeswidrigen Übergriffen einzelner Beamter oder ganzer Einsatzgruppen (Hamburger Kessel) begleitet wird);
- b) in denen nur selten hinreichende und zuverlässige Informationen über die Zahl der Konfliktteilnehmer und deren Ziele, Motive und Absichten zur Verfügung stehen (was u.a. durch fehlende Kommunikation zwischen den Konfliktparteien bedingt ist);
- c) die bezüglich der relevanten Verhaltensregeln und Aktionsformen sehr stark von zufälligen, situativen Bedingungen und Einflüssen (wie beispielsweise vom Wetter) abhängig sind, und

auch aus sich selbst heraus neue Konfliktregeln ('emergente Normen') schaffen.

Unter diesen Bedingungen sind die Entscheidungen der Polizei über Vorgehensweise und Maßnahmen bei Protesten und Demonstrationen stets sehr risikoreich. Optimale Entscheidungen und Strategien gibt es nicht. Maßnahmen, die sich in der einen Situation als geeignete Mittel zur Abschreckung und Prävention erwiesen haben, zeigen in einer anderen Situation unter modifizierten Bedingungen gegenteilige Konsequenzen: sie provozieren und führen zur Eskalation der Konflikte. Hierzu ein Beispiel: die demonstrative, aber zurückhaltende Zurschaustellung von Polizeikräften zu Beginn von Demonstrationen oder auch die Durchsuchung und Kontrolle von Teilnehmern vor Demonstrationen wird dann nicht als Provokation verstanden werden, wenn die Durchführung der Demonstration bzw. die rechtzeitige Teilnahme an der Protestkundgebung dadurch nicht behindert oder unmöglich gemacht werden. Werden die polizeilichen Maßnahmen dagegen als Unterdrückung des politischen Protests und als Verhinderung der Demonstration verstanden, so erzeugt dies neue Handlungsbereitschaften, die zu einer gewaltsamen Eskalation führen können.

Abschreckung durch repressive Maßnahmen wirkt aber in der Regel nur dann, wenn für die Protestbeteiligten das Handlungsrisiko unkalkulierbar wird. Dies setzt eine ununterbrochene und effiziente Polizeikontrolle voraus. Wenn jedoch

- a) die gewalttätigen Protestteilnehmer nicht aus der Masse isoliert werden können und statt dessen Unschuldige oder Unbeteiligte durch polizeiliche Maßnahmen betroffen und bestraft werden, oder wenn
- b) die Polizei zahlenmäßig nicht stark genug ist, den gesamten Demonstrationszug zu kontrollieren, v.a. nach Auflösung der Demonstration oder wenn
- c) die Polizei sich aus 'umkämpften' Gebieten zurückziehen muß, dann entstehen Situationen mit 'inkonsistenter Kontrolle' und 'inkonsistenter Sanktionsdrohung' (NEIDHARDT), die mit hoher Wahrscheinlichkeit zum Ausbruch gewalttätiger Auseinandersetzungen und zur Ausbreitung und Verschärfung von Konflikten führen.

Repression wirkt also nur dann zuverlässig, wenn sie total ist. Solange aber in Konfliktsituationen davon ausgegangen werden kann, daß sich polizeiliche Maßnahmen am Recht orientieren und

durch das Recht begrenzt werden, (bzw. daran, daß dieses Recht von den Protestteilnehmern eingeklagt werden kann), rufen harte, repressive Polizeimaßnahmen eher Empörung und Widerstand hervor.

5.1.3 Erfüllung des gesetzlichen Auftrags versus Eigenschutz und Eskalationsvermeidung

Es ist jedoch nicht allein diese Unvorhersehbarkeit der Wirkungen der Maßnahmen, die die Entscheidung der Polizei über die optimale Strategie schwierig machen. Hinzu kommt ein weiteres Dilemma. Die Erfüllung des polizeilichen Auftrages, die strikte Orientierung an der Legalität und die dadurch vorgegebenen Eingreif- und Handlungszwänge erfordern häufig Entscheidungen, die sehr hohe Kosten zur Folge haben können: die konsequente Verfolgung von Straftätern erhöht u.U. die Gefahr einer gewaltsamen Eskalation und läuft damit häufig auch dem Prinzip des Eigenschutzes der Beamten zuwider. Die Verantwortung der Polizeileitung gegenüber den eingesetzten Beamten verlangt ein genaues Abwägen der Situation: Es muß einerseits vermieden werden, daß Polizeibeamte (lebens)gefährlichen Situationen (unnötig) ausgesetzt werden und das Gefühl bekommen, in sinnlosen oder 'eigentlich' politischen Konflikten 'verheizt' zu werden. Es muß andererseits vermieden werden, daß in der Öffentlichkeit und bei den Demonstranten der Eindruck entsteht, das polizeiliche Vorgehen gegen Rechtsverletzungen richte sich nach Opportunitätsgesichtspunkten statt nach dem Legalitätsprinzip und sei daher willkürlich oder aber von jeweiligen Konfliktverhältnissen abhängig (Vgl. dazu ECKERT/WILLEMS 1984). In konkreten Situationen sind solche Abwägungen unvermeidlich und zum Schutz der Beamten oder zur Vermeidung von gewaltsamen Eskalationen unerläßlich. Daher ist der polizeiliche Ermessensspielraum unersetzbar.

Allerdings ist damit stets auch die Gefahr einer "problematischen Aufwertung von Opportunitätsgesichtspunkten" (NEIDHARDT 1984, S. 79) verbunden. Das Legalitätsprinzip wird dabei oft hinter Effizienzüberlegungen und taktische Abwägungen zurückgestellt. Rechtsverletzungen bleiben ungeahndet, wenn die vorhandenen Kräfte und Mittel nicht den Erfolg versprechen. Der Einsatz rechtswidriger Mittel wird möglicherweise als legitim angesehen, wenn damit Erfolge möglich sind.

Ähnliche Unsicherheiten und Probleme verursacht auch die Entscheidung zwischen Deeskalationsmaßnahmen und Eigenschutz. Deeskalativ ausgerichtete Strategien, (etwa wenn Gespräche zwischen Polizisten und Demonstranten erlaubt werden, wenn auf 'Anonymisierung' der Polizeibeamten durch Helm und Schild verzichtet wird, oder wenn die Polizei nur mit geringer Stärke präsent ist, um Provokationen zu vermeiden), bedeuten möglicherweise ein höheres Gefährdungsrisiko für die eingesetzten Polizeibeamten, wenn sie dann doch Angriffen durch gewaltbereite Gruppen ausgesetzt sind, wohingegen Maßnahmen, die dem Eigenschutz von Beamten dienen, häufig eskalationsfördernd sind.

5.2 Konfliktinteressen und Handlungsorientierung der Protestgruppen

5.2.1 Das Entscheidungs dilemma der Protestgruppen: Aufmerksamkeit versus Akzeptanz

5.2.1.1 Das Interesse an Aufmerksamkeit

Organisierte Protestbewegungen, ob sie nur eine schwach verfestigte Struktur wie Jugendproteste und Hausbesetzerbewegungen besitzen oder stärker institutionalisiert wie Friedens- und Ökologiebewegung sind, versuchen durch Erzeugung öffentlicher Aufmerksamkeit die Durchsetzungschancen ihres Anliegens zu erhöhen. Zu diesem Zweck müssen sie spektakuläre Ereignisse, v.a. für die Medien schaffen. Mit Aufmerksamkeit bedacht werden in besonderer Weise kulturell abweichende, innovative Protestformen und v.a. Regelverletzungen, weil sie staatliche Reaktionen, d.h. den Einsatz der Polizei, nach sich ziehen. Protestgruppen haben daher generell ein gewisses Interesse an der Eskalation der Konflikte, unter Umständen auch an der Verletzung von Gesetzen, ja sogar an der begrenzten Anwendung von Gewalt zur Erzeugung von Aufmerksamkeit. Viele Jugendlichen haben in den Protesten die Erfahrung gemacht, daß erst gewaltsame Auseinandersetzungen Politiker und Medien aktivieren, daß 'Steine' oft doch wirksamer sind als Argumente. An Protesten sind daher oft auch Konfliktgruppen beteiligt, die aufgrund dieser instrumentellen Überlegungen und entsprechender Erfahrungen, z.T. aber auch aus anderen poli-

tischen Interessen (revolutionäre Gruppen, etwa die 'Anti-Imperialisten'), oder aber aus unpolitischen Motiven (Spaß, Spannung), ein Interesse an gewaltsamen Auseinandersetzungen haben. Ihre Strategie ist es, die Polizei durch Provokationen zu Gewaltmaßnahmen zu veranlassen, die dann auch andere Protestteilnehmer betreffen. Vor allem revolutionäre Gruppen hoffen so Solidaritätswellen auszulösen. Sie werden immer dann ihre gewalttätigen Aktionen durchführen, wenn dies möglichst risikolos geschehen kann, d.h. aus dem Schutz großer Menschenmengen, oder wenn die polizeiliche Kontrolle und Sanktionsdrohung nicht durchgehend wirksam ist.

5.2.1.2 Akzeptanz- und Legitimationsprobleme

Obwohl diese gewaltorientierten Gruppen meist nur in der Minderheit sind, orientiert sich polizeiliches Verhalten an ihnen. Sie stellen daher für die sozialen Bewegungen ein großes Problem dar: einerseits bringen häufig gerade deren gewalttätige Aktionen die notwendige und erwünschte Aufmerksamkeit, andererseits kann man es sich nicht leisten, sich von diesen Gruppen die Aktionsformen aufdrängen zu lassen, da dies langfristige Erfolgs- und Durchsetzungschancen der Protestbewegungen mindern würde. Sozialen Bewegungen ist deshalb stets daran gelegen, Konflikte nicht unbegrenzt eskalieren zu lassen. Protestgruppen, die langfristig planen und Unterstützung mobilisieren müssen, haben daher wohl ein Eskalations-, nicht aber unbedingt ein Gewaltinteresse. Proteststrategien nämlich, die den Einsatz von Gewalt vorsehen, reduzieren langfristig die Mobilisierungschancen der Bewegungen. Zudem besteht die Gefahr, daß es durch die Anwendung von gewaltsamen Aktionsformen auch innerhalb der Bewegung zu Konflikten und möglicherweise gar zu einer Spaltung kommt. Schließlich werden durch regelverletzende und gewalttätige Aktionen auch die Risiken und möglichen Kosten einer Teilnahme erhöht und damit potentielle Mitglieder abgeschreckt. Gerade soziale Bewegungen, die auf Dauer angelegt sind, müssen daher den Einsatz von regelverletzenden oder gar gewalttätigen Mitteln genau kalkulieren. Soziale Bewegungen entwickeln deshalb eigene Organisationsformen, Verhaltensregeln und Kontrolltechniken, die eine Begrenzung der Aktionsformen sicherstellen können. Dazu gehört die Organisation in

Bezugsgruppen und Sprecherräten der untersuchten Aktionsgruppen der Friedensbewegung wie auch die erwähnten 'Trainings für gewaltfreie Aktionen'.

5.2.2 Das Bedürfnis nach Unberechenbarkeit und die Gefahr der Konflikteskalation

Im folgenden wollen wir auf einige Probleme und Schwierigkeiten hinweisen, die eine effektive Konfliktkontrolle und Konfliktbegrenzung durch die Protestgruppen in konkreten Situationen häufig verhindern. Eine effektive Konfliktbegrenzung und Vermeidung von gewaltsamen Eskalationen ist in nichtinstitutionalisierten Konflikten, die keine situationsübergreifenden Regeln des Konfliktaustrags kennen, stets besonders problematisch. Denn in diesen Konflikten wird die kollektive Identität der Protestgruppen, gerade wenn sie nur ansatzweise institutionalisiert und organisatorisch profiliert sind, in den aktuellen Interaktionen und Konfrontationen mit dem Konfliktgegner jeweils neu 'ausgehandelt'. Das Selbstverständnis der Protestgruppen, ihre Vorstellung über eine adäquate Selbstdarstellung vor Dritten sowie Erfolgserlebnisse und zukünftige Erfolgserwartungen werden maßgeblich aus der konkreten Interaktionserfahrung mit der Polizei abgeleitet. Aus diesem Grunde wird bei Protestaktionen und Demonstrationen immer auch gestritten um die Macht, die Konfliktsituation zu definieren und den Rahmen des Konfliktaustrags zu bestimmen. Protestgruppen versuchen daher, für die Polizei unberechenbar zu bleiben und sich in ihren Aktionen nicht durch die Polizei bestimmen zu lassen.

Dadurch aber machen sie sich in ihren konkreten Aktionsformen und ihrem Konfliktverhalten von je situativen Bedingungen und v.a. vom jeweiligen Verhalten der Polizei abhängig. Sie müssen auf die Vorgehensweisen und Maßnahmen der Polizei - die für sie nur in Grenzen vorhersehbar und planbar sind - in der Konfliktsituation reagieren, wenn sie 'effizient' und 'erfolgreich' protestieren wollen. Vorher festgelegte Aktionspläne und Verhaltensregeln werden deshalb in konkreten Situationen häufig obsolet.

Konfliktsituationen sind somit relativ offene, unstrukturierte Handlungsfelder, die erst in der Interaktion der Konfliktparteien ihre jeweilige Definition finden. Sie erzeugen deshalb zunächst

Unsicherheit und damit ein erhöhtes Maß an Regelungs- und Orientierungsbedarf bei den Teilnehmern. Aus diesen Gründen ist die Wahrscheinlichkeit groß, daß einzelne Teilnehmer und Führerpersönlichkeiten, die mit ihren Aktionen Beispiel geben, oder auch ungeplante Ereignisse, das Thema der Situation bestimmen können. Durch sie kann die Situation neu ausgelegt, neu definiert werden. Eine veränderte Realitätsdefinition aber erzeugt stets auch neuen Handlungsbedarf und neuen Handlungsdruck. Es muß nun entsprechend der neuen Situationsdefinition gehandelt werden. So werden in konkreten Konfliktsituationen kurzfristige, interaktionsorientierte und situative Ziele (etwa 'Katz-und-Maus-Spiele' mit der Polizei) handlungsrelevant und handlungsbestimmend, während Selbstbegrenzungsstrategien und Deeskalationsmechanismen zunächst außer Kraft gesetzt werden.

5.3 Differentielle Wahrnehmung und Realitätsdefinitionen der Konfliktbeteiligten

5.3.1 Die Definition des Konflikts

Eine Gegenüberstellung der Realitätsdefinitionen der Konfliktbeteiligten (z.B. der Definitionen des Konfliktes, der Annahmen über seine Ursachen, der Vermutungen über die Ziele der Gegner etc.) ist nur auf einer allgemeinen Ebene möglich, da die hier befragten Polizisten den Großteil ihrer Einsatzerfahrungen an der Startbahn-West und in Brokdorf gewonnen hatten, während sich die Demonstranten in erster Linie auf eine Aktion der Friedensbewegung bezogen. In beiden Untersuchungen fand aber eine über den Einzelfall hinausgehende Reflexion statt, die genügend Anhaltspunkte für einen Vergleich der Perspektiven bietet.

Die Ursachen der Konflikte, in denen schließlich Demonstranten und Polizei aufeinandertreffen, werden von beiden Seiten in politischen Entscheidungen gesehen. Sowohl Polizisten wie Demonstranten kritisieren die häufig strittigen, unausgewogenen und kurz-sichtigen Entscheidungen der Politiker. Ihnen wird vorgeworfen, häufig aus eigenen machtpolitischen Interessen oder im Sinne starker wirtschaftlicher 'pressure-groups' zu entscheiden und Einstellungen und Meinungen großer Bevölkerungsteile ungenügend

oder gar nicht zur Kenntnis zu nehmen. Viele politische Entscheidungen stießen deshalb auf Widerspruch und würden dann gegen den Willen mehr oder minder großer Teile der Bevölkerung durchgesetzt. Ein wichtiges Mittel, dessen sich die Politiker dazu bedienten, sei die Polizei.

Polizisten und Demonstranten stimmen weitgehend darüber ein, daß die Polizei so mit Protesten konfrontiert wird, deren eigentlicher und ursprünglicher Adressat nicht sie, sondern das politische System ist. Trotz dieser Übereinstimmung hinsichtlich der grundlegenden Bedingungen und Strukturen des Konflikts wird die Rolle, die die Polizei in diesen Konflikten spielt, sehr unterschiedlich bewertet.

Die Demonstranten sehen in der Polizei häufig nur den Repräsentanten politischer Macht, dessen Anwesenheit bei Protestveranstaltungen schon als Provokation empfunden wird. Die Polizisten hingegen betonen vor allem ihren gesetzlichen Auftrag, auch wenn sie sich über ihre Verwendung zur Durchsetzung politischer Machtinteressen beklagen. In der Gewährleistung des Demonstrationsrechts einerseits, in der Sicherstellung von Rechtsgütern wie Schutz des Eigentums und Wahrung von Recht und Ordnung andererseits sehen sie sich eher in einer Mittlerposition. Ihr gesetzlicher Auftrag begründe eine Position unabhängig von den Interessen der 'eentlichen' Kontrahenten des politischen Konfliktes.

Dieses idealistische Selbstverständnis der Polizei als 'Vermittler' konfliktiert allerdings häufig mit konkreten Erfahrungen bei Demonstrationen. Auf Grund ihres gesetzlichen Auftrags müssen Polizeibeamte dann häufig gegen Protestteilnehmer vorgehen. Sie lernen, auch zu ihrem eigenen Schutz, Protestteilnehmer als potentielle Störer anzusehen und ihnen mit entsprechender Wachsamkeit entgegenzutreten. Polizeiinterne Faktoren, etwa kontrastverschärfende Informationen durch die Vorgesetzten, tragen dazu bei, daß die gebotene Aufmerksamkeit oft in Richtung Mißtrauen und Feindseligkeit tendiert.

Demonstranten befürchten von der Polizei vor allem die Beschränkung oder gar Verhinderung des Protestes. Sie charakterisieren die Polizei als 'willfähige Marionette' politischer Machteliten und als politischen Weisungsempfänger. Diese negative Charakterisierung trifft pauschal die Institution Polizei und ihre gesellschaftliche Funktion. Die höheren Dienststränge werden in diese Kategorie ebenso pauschal eingeordnet, da sie bereit seien, aus

opportunistischen Gründen auf politische Weisung hin Legalitäts- und Verhältnismäßigkeitsprinzip außer Acht zu lassen und Einsätze nach politischem Kalkül einmal eskalationsvermeidend, das andere Mal Gewalt provozierend zu steuern. In der Beurteilung der unteren Dienstränge, also der jungen Polizisten, mit denen die Demonstranten unmittelbar konfrontiert werden, zeigten sich dagegen deutliche Unterschiede. Ein Teil der Demonstranten sah auch diese Beamten ausschließlich durch das System von Befehl und Gehorsam bestimmt, während andere auf die Existenz von Handlungsspielräumen hinwiesen. Die Auslegung dieser Spielräume wird abhängig von situativen Faktoren, also auch vom Verhalten der Demonstranten gesehen. Ähnlich beurteilen dies auch die Polizeibeamten selbst.

Zumindest von Teilen beider Gruppen von Konfliktbeteiligten wird die Legitimität des gegnerischen Handelns von vorneherein bezweifelt. Demonstranten werden als potentielle Störer verdächtigt, der Polizei wird unterstellt, Proteste am liebsten ganz unterbinden zu wollen.

Eine wesentliche Steigerung erfährt dieses gegenseitige Mißtrauen durch die Unsicherheit über die Handlungsabsichten des 'Gegners' und hier v.a. seine Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt. Die Polizei geht prinzipiell davon aus, daß ein Teil der Demonstranten zumindest bedingt gewaltbereit sei und richtet sich in der Einsatzplanung und Ausrüstung der Beamten von vorneherein darauf ein. Demonstranten hegen ein doppeltes Mißtrauen: einmal halten sie die Institution Polizei für durchaus bereit, unter Opportunitätsgesichtspunkten jede Orientierung am Grundsatz der Verhältnismäßigkeit aufzugeben, d.h. den Einsatz von Gewalt ohne erkennbaren oder zwingenden Grund anzuordnen. Zum anderen rechnen Demonstranten mit der willkürlichen, nicht befohlenen Gewalt einzelner Polizisten oder kleiner Gruppen, die ihren Aggressionen dort freien Lauf lassen, wo sie dies ohne Furcht vor Konsequenzen tun können.

Beide Konfliktparteien unterstellen einander also eine bedingte Gewaltbereitschaft. Für beide ist es daher wichtig, Anzeichen für die tatsächliche, aktuelle Absichten des Gegenübers zu erkennen. Sie orientieren sich dabei an äußeren Kennzeichen.

Polizisten machen gewaltbereite Demonstranten an ihrer Kleidung und Ausrüstung aus. Vermummung, schwarze (Leder-) Kleidung und mitgeführte Taschen erscheinen ihnen als eindeutige Hinweise. Manchmal dienen schon einzelne dieser Elemente, etwa schwarze

Motorradjacken, als Indikatoren für die vermutete Gewaltabsicht der Demonstranten. Diesen 'Chaoten' stehen in der polizeilichen Wahrnehmung die 'Grundrechtsausüßer' gegenüber. Ihnen wird in der Regel die Legitimität ihres Anliegens bescheinigt. Gleichzeitig werden ihnen akzeptable Motive, persönliche Betroffenheit und Interesse an der Lösung politischer Probleme zugestanden. Gewalttätige Demonstranten stoßen dagegen nicht nur auf die Ablehnung ihrer Mittel, ihnen wird auch die Lauterkeit der Motive abgesprochen.

Auch die Demonstranten orientieren sich zur Unterscheidung der Polizisten an deren Kleidung. Mit Helm und Schild ausgerüstete Beamte bedeuten für sie, daß die Einsatzleitung einen massiven Einsatz beabsichtigt. Den betreffenden Beamten, vor allem wenn es sich tatsächlich oder vermeintlich um Mitglieder von Sondereinsatzkommandos (SEK) handelt, wird zudem eine hohe persönliche Bereitschaft zur Gewaltausübung, teilweise sogar Lust an der Gewalt unterstellt, während ihren weniger 'bewaffneten' Kollegen aber ein Interesse an der Vermeidung gewaltsamer Eskalationen zugeschrieben wird. Sie müßten durch Weisung der Vorgesetzten zur Gewaltanwendung gewissermaßen gezwungen werden und kämen auch dann dieser Anweisung oft nur widerstrebend nach.

Parallel zur Zuschreibung von Gewaltabsichten beim Gegner verläuft die Kategorisierung nach Gesprächsbereitschaft. Weder mit 'Chaoten' noch mit den 'SEK-Bullen' seien Gespräche möglich, wohl aber mit den 'Grundrechtsausüßern' und den 'jungen Polizisten ohne Helm'. Sowohl Polizeibeamte wie Demonstranten haben die Erfahrung gemacht, daß Gespräche generell spannungslösend und deeskalierend wirken. Vor allem junge unerfahrene Polizisten und Demonstranten seien zu Gesprächen bereit.

Die spannungslösende Wirkung von Gesprächen ist freilich beschränkt. Die Gesprächspartner tendieren dazu, ihrem jeweiligen Gegenüber guten Willen zuzugestehen. Das Mißtrauen gegenüber den anderen, den 'Chaoten' auf der einen, den 'SEK-Bullen' und der Einsatzleitung auf der anderen Seite wird dadurch nicht aufgehoben.

Aus dem Vorangegangenen geht hervor, daß auf beiden Seiten die Motive, Mittel und Ziele des Gegenübers einem einheitlichen Bewertungsprozeß unterworfen werden, dessen zentrale Instanz die Legitimität der Mittel ist. Eine Differenzierung etwa nach legitimen Zielen, die mit illegitimen Mitteln verfolgt werden, findet

im Großen und Ganzen nicht statt. Der Gegner wird an seinem Tun gemessen, nicht daran, wie er dieses begründet oder wie dieses gedacht war.

Umgekehrte Tendenzen zeigen sich aber in der Selbstrechtfertigung beider Seiten. Hier werden Motive und Ziele in den Vordergrund gestellt, der gesetzliche Auftrag bei den einen, verallgemeinerbare Werte und persönliche Betroffenheit bei den anderen.

Bei einem weitverbreiteten Konsens in der Öffentlichkeit über die Ablehnung von Gewalt sind sowohl Polizei wie auch Protestgruppen darauf angewiesen, daß ihr Handeln nicht als schiere Gewalt gedeutet werden kann. Beide Seiten versuchen aber, das gegnerische Verhalten dem Verdikt der öffentlichen Meinung auszusetzen, jedoch sich selbst, und dazu dient die Hervorhebung von Motiven und Zielen gegenüber den Mitteln, dieser Beurteilung zu entziehen.

Gewalt erscheint aber nicht nur im Lichte der öffentlichen Meinung problematisch. Für die allermeisten unserer Gesprächsteilnehmer beider Konfliktparteien stellte die Frage eigener Gewaltanwendung ein ernstes moralisches Problem dar. Nicht nur vor unbeteiligten Dritten, die als Schiedsrichter fungieren könnten, auch vor einem selbst muß Gewaltanwendung legitimiert werden. V.a. bei den jüngeren Polizisten ohne Einsatzerfahrung stellte sich die Frage nach der persönlichen Verantwortlichkeit mit besonderer Deutlichkeit; der Verweis auf die Weisungsgebundenheit ihres Handelns genügte dem Rechtfertigungsbedürfnis der meisten nicht.

Unter den Demonstranten unserer Untersuchung waren einige Gruppen, die Gewalt als grundsätzlich nicht legitimierbar ablehnten. Damit sind sie sicher nicht repräsentativ für die Gesamtheit von Protestteilnehmern, sowenig wie für die Gesamtbevölkerung. Trotz dieser Einschränkung kann mit gutem Grund angenommen werden, daß ein überwiegender Teil von Protestteilnehmern zumindest ähnlich den jungen Polizeibeamten vor dem Einsatz von Gewalt zurückschreckt. Wie kommt es dennoch zu gewalttätigen Konfrontationen, in denen offensichtlich die einzelnen ihre Scheu vor der Anwendung von Gewalt aufgeben?

5.3.2 Gewalt- und eskalationsauslösende Ereignisse

Der Punkt, von dem ab die eigene Anwendung von Gewalt als weitgehend unproblematisch erscheint, wird von beiden Seiten übereinstimmend bezeichnet mit der Erfahrung der Gewalt des Gegners. Für die Polizisten verlieren dann moralische Skrupel, persönliche Mäßigungsabsichten und gelegentlich auch die Bindung an die Weisungen der Vorgesetzten an Bedeutung. Für die Demonstranten werden politische oder taktische Überlegungen und ebenfalls moralisch fundierte Absichten des gewaltfreien Vorgehens partiell außer Kraft gesetzt.

Finden gewaltsame Auseinandersetzungen erst einmal statt, sind sie kaum noch einzudämmen. Nicht nur die jeweils unmittelbar Angegriffenen sehen sich zur Verteidigung mit ebenfalls gewaltsamen Mitteln gezwungen. Vielmehr herrschen auf beiden Seiten starke Solidaritätsnormen, die verlangen, den Angehörigen der eigenen Gruppe in solchen Fällen beizustehen. Die Konfrontation weitet sich damit aus. Bindung an die Eigengruppe wird zum vorherrschenden Orientierungsmuster, die Abgrenzung zur gegnerischen Gruppe wird verschärft, der Konflikt polarisiert sich. Der Einsatz härterer Mittel erscheint dann bald legitim. In solchen Situationen vollzieht sich Eskalation in rasantem Tempo.

Eine große Rolle für die Eskalation von Konflikten spielen auch die Vorstellungen der Demonstranten über 'Fairneß' und Angemessenheit polizeilicher Aktionen. So akzeptierten die Blockadeteilnehmer Räumungen durch Wegtragen als adäquate polizeiliche Reaktion. Hunde- und Wasserwerfereinsatz aber erschienen ihnen als unangemessen und lösten Wellen der Empörung und der Solidarisierung aus, die die Gefahr einer Eskalation ansteigen ließen. Bemerkenswert ist die Unterstellung, auch der Gegner, die Polizei, wisse um diese Normen und teile sie, sei sich also seiner 'Regelverstöße' bewußt. Sein Vorgehen wird deshalb als gezielte und beabsichtigte Provokation verstanden, die zur Demonstration eigener Handlungsfähigkeit und Stärke auffordert. Ähnliche Angemessenheitsvorstellungen finden sich auch bei der Polizei.

Für die Vermeidung ungewollter Eskalationen könnte die wechselseitige Kenntnis und Beachtung solcher Interaktionsnormen ein wichtiger Beitrag sein. Allerdings stellen sich hier einige Probleme: Vor allem auf Seiten der Protestgruppen stehen Selbstdarstellungsbedürfnisse und das Streben nach Unberechenbarkeit der

Einhaltung der 'Spielregeln' entgegen. Des weiteren entwickeln sich derartige Normen häufig erst in der Situation selbst, d.h. sie werden oft auch erst bei ihrem Bruch als solche wahrgenommen und sind oft dem Gegenüber nicht bekannt. Von entscheidender Bedeutung aber ist, daß die Polizei ihrer rechtlichen Grundlage verpflichtet ist und daher nur innerhalb eines eng begrenzten Spielraumes auf derartige 'Spielregeln' eingehen kann. Dieser Aspekt findet aber in den Augen der Demonstranten wenig Beachtung.

5.3.3 Aspekte der Selbstdarstellung

Menschen streben im allgemeinen danach, ein gewisses Maß persönlicher Würde zu wahren, sich als handlungsfähig gegenüber ihrer materiellen und sozialen Umwelt zu erfahren und ihre relative Selbstbestimmungskompetenz, ihre Handlungs- und Entscheidungsfreiheit von ihren Interaktionspartnern respektiert zu sehen. Eine Verletzung dieser Würde löst häufig starke emotionale Reaktionen aus, die sie ansonsten akzeptierte Verhaltensnormen durchbrechen lassen. Auch in der Eskalationsdynamik von Demonstrationskonflikten läßt sich dieser Mechanismus aufzeigen. Aspekte der Selbstdarstellung beeinflussen daher in starkem Maße das Verhalten der Konfliktbeteiligten.

Polizisten haben mit ihrem Eintritt in die Berufsrolle einen Teil ihres persönlichen Entscheidungsspielraumes zugunsten der Einbindung in ein Weisungsverhältnis aufgegeben, und zwar in höherem Maße, als dies in den meisten anderen Berufen üblich ist. Diese Aufgabe verläuft aber in den meisten Fällen nicht reibungslos; viele, v.a. junge Polizisten setzen sich mit der Frage der individuellen Verantwortbarkeit befohlenen Handelns auseinander. Erst mit zunehmender Berufsroutine scheint dieses Problem etwas in den Hintergrund zu treten. Auch in der Ausübung der formalisierten Berufsrolle wie bei Demonstrationseinsätzen bleiben jedoch individuelle Gestaltungsmöglichkeiten und Entscheidungsspielräume erhalten. Ihre zusätzliche Einschränkung (etwa in Form von Diskussionsverboten) durch Vorgesetzte wird als Kränkung und Demütigung erfahren. Sehen Polizeibeamte diesen verbliebenen Spielraum aber durch den Konfliktgegner verletzt, sind häufig nicht nur aggressive Gefühle, sondern auch aggressives Verhalten die

Folge. Viele Polizisten fühlen sich durch die Charakterisierung als 'Marionetten' tief verletzt, erst recht durch Situationen, die sie scheinbar zu Spielbällen des Gegners machen. Der Wunsch, diese Verletzungen persönlicher Würde wettzumachen und die eigene Bedeutung und Macht unter Beweis zu stellen, entläßt sich dann unter Umständen in einer extrem harten Ausführung von Weisungen oder gar deren Überschreitung.

Das Selbstdarstellungsmoment der Demonstranten ruht auf einer etwas anderen Grundlage. Während sie sich im Alltag, v.a. in politischer Hinsicht, häufig als ohnmächtig und fremden Zwängen ausgeliefert erleben, bieten politische Proteste eine Möglichkeit, sich selbst subjektiv als Mitgestalter der Rahmenbedingungen des eigenen Lebens zu erfahren. Angesichts der geringen politischen Wirksamkeit solcher Aktionen verlagert sich das Streben nach dieser Kompetenzerfahrung in die Situation selbst hinein. Der Beweis von 'Autonomie' und Handlungsfähigkeit muß dann gegen die Polizei erkämpft werden, die diese Spielräume sichtbar (und oft fühlbar) begrenzt. Die hohe Bedeutung, die Demonstranten ihrer Unberechenbarkeit beimessen, durch die konfliktbegrenzend und eskalationsvermeidend gemeinte Verhaltensnormierungen außer Kraft gesetzt werden, findet hier eine psychologische Fundierung.

5.3.4 Wahrnehmung von Über- und Unterlegenheit

Zur Frage der Einschätzung der eigenen Unter- bzw. Überlegenheit gegenüber den Gegner ergeben sich bei beiden Gruppen widersprüchliche Aussagen. Polizisten bezeichnen sich selbst als lediglich reagierend; das Gesetz des Handelns bestimmten die Demonstranten, die in der Wahl ihrer Mittel frei wären, während die Polizei an Recht und Gesetz gebunden sei. Gleichzeitig lassen sie keinen Zweifel daran aufkommen, daß sie sich in der Lage sehen, ihre Aufgabe auszuführen und, mit dem Einsatz entsprechender Mittel, konfrontative Situationen unter Kontrolle bringen zu können. Die Demonstranten gehen von einer prinzipiellen Übermacht der Polizei aus. Sie verweisen auf deren Bewaffnung und technische Ausrüstung, führen aber auch an, daß polizeiliche Gewalteinsätze von der Öffentlichkeit in der Regel als legitim anerkannt werden. In ihren Schilderungen des Demonstrationsgeschehens nehmen aber Situationen einen breiten Raum ein, in denen sie sich der Polizei

taktisch überlegen sahen.

Beide Konfliktparteien stellen sich also gleichzeitig als unterwie überlegen dar. Dieser Widerspruch läßt sich nicht auf unterschiedliche Beurteilungen verschiedener Sprecher zurückführen. Auch der Bezug zu unterschiedlichen Situationen ergibt keine ausreichende Erklärung. Es muß deshalb nach der Funktion dieser Widersprüchlichkeit gefragt werden.

Die Behauptung gegnerischer Überlegenheit bietet die Möglichkeit, das eigene Verhalten als defensiv oder reaktiv darzustellen und damit den Einsatz der zur Verfügung stehenden Mittel zu legitimieren. Die Unberechenbarkeit der Demonstranten und die (zu befürchtende) Gewaltanwendung von Teilen von ihnen läßt polizeiliche Einsätze gegen die Gesamtheit der Protestteilnehmer legitim und angemessen erscheinen. Demonstranten stellen umgekehrt ihr eigenes Verhalten, etwa die Blockade einer Straße, als verhältnismäßig harmlos dar angesichts der Konzentration der staatlichen Machtmittel, mit der sie konfrontiert werden, und v.a. angesichts des unterstellten häufigen Mißbrauchs dieser Mittel.

Die Betonung eigener Unterlegenheit dient so der Herstellung von Konsens unter den Demonstranten über weitergehende Aktionsformen; auf der anderen Seite bekräftigt sie den Glauben der Polizisten an die Legitimität ihres beruflichen Handelns und stärkt so ihre Loyalität. Der Hinweis auf die eigene Unterlegenheit hat somit vor allem legitimatorischen Charakter für die Konfliktparteien.

Wie steht es nun um die Erfahrung der eigenen 'Überlegenheit' und ihre Funktion? Protestbewegungen könnten kaum Anhänger zu ihren Aktionen mobilisieren, wenn sie keine Aussicht auf Erfolg vermitteln könnten, auch wenn dieser nur in situativen Erfolgserlebnissen erfahrbar wird. Die Ergebnisse unserer Untersuchung deuten sogar darauf hin, daß gerade die kurzfristige Machterfahrung bei Demonstrationen und anderen Aktionen als Kompensation erlebter politischer Ohnmacht dienen kann und so Protestmotivation stabilisieren hilft. Die Vermittlung von Erfolgshoffnungen sowie die Erfahrung der 'Überlegenheit' (etwa in der Auseinandersetzung mit der Polizei) sind daher als zentrale Aspekte der Motivation für soziale Bewegungen und Protestgruppen von existentieller Bedeutung.

Für die Polizei gilt ähnliches. Zwar stehen ihr im Gegensatz zu Protestbewegungen in hohem Maße indirekte Anreizmittel zur Verfügung, sich der Einbindung ihrer Mitglieder zu versichern (in

erster Linie ist dies die materielle Absicherung); dennoch kann ihr aber die innere Haltung ihrer Beamten zu ihrem Tun nicht gleichgültig sein. Eine ausschließlich routinemäßige Erfüllung beruflicher Rollenanforderungen reicht nicht aus, die effektive Erfüllung des polizeilichen Auftrages in einer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft sicherzustellen. Zur Motivation der Beamten bedarf es auch der Überzeugung von der Effektivität ihres Handelns. Wie die Polizei Zweifel an der Fähigkeit, ihren Auftrag zu erfüllen, in der Öffentlichkeit entgegenzutreten muß - wenn auch aus anderen Gründen - so muß sie diesbezüglich auch ihre Glaubwürdigkeit gegenüber den eigenen Beamten behaupten. Die Ambiguität der Einschätzung der Kräfteverhältnisse versetzt beide Konfliktparteien somit in die Lage, Handlungsbereitschaft in einem höheren Maße zu stabilisieren, als dies bei einer konsistenten Einschätzung möglich wäre.

6 **Schlußfolgerungen: Lernfeld Konflikt**

6.1 **Pädagogische Schlußfolgerungen: Auswirkungen der Konflikt- erfahrung auf die Beteiligten**

In diesem Kapitel wollen wir uns der Frage zuwenden, welche dauerhaften Veränderungen sich in den Wahrnehmungs- und Interpretationsmustern der Konfliktbeteiligten durch ihre Konflikterfahrung ergeben, mit anderen Worten: was wird in den Konflikten gelernt?

Konflikte lassen sich über weite Phasen zunächst als Situationen geringer Strukturierung darstellen. Routinisierte Handlungsdispositionen erweisen sich als unzulänglich; jeder Handlungsschritt setzt neue Orientierung und Entscheidung voraus. Jeder Schritt von A eröffnet B mehrere Handlungsalternativen, von denen jede einzelne wiederum A vor die Wahl der Reaktionsform stellt. Das eigene Verhalten und das Verhalten des Konfliktgegners ist somit schwerlich langfristig planbar.

Dies läßt sich am Beispiel des Schachspiels verdeutlichen, bei dem selbst geübte Spieler nicht in Lage sind, über eine relativ geringe Zahl von Zügen hinaus den Spielverlauf zu berechnen. Anders aber als im Schachspiel können sich die Parteien in nicht-institutionalisierten Konflikten noch nicht einmal darauf verlassen, daß der Gegner sich an ein zugrundeliegendes Regelwerk halten wird. Die Unüberschaubarkeit der Situation steigert sich dadurch noch.

Da alltägliche Orientierungsmuster versagen, kann die Handlungsfähigkeit nur durch den Erwerb neuer Muster wieder hergestellt werden: es muß gelernt werden. Dieser Lernprozeß kann nun aus mehreren Gründen nicht einfach als rational gesteuerte Umorientierung und zielgerichtetes Lernen betrachtet werden. Was aber sind typische Kennzeichen des Lernens in Konflikten?

- a) Konflikte stellen Situationen mit hohem Handlungsdruck dar. Dadurch verkürzt sich zwangsläufig die Zeit, die für Reflexion und Planung zur Verfügung steht. Das Handeln der Konfliktbeteiligten hat daher oft eher den Charakter spontaner Reaktionen auf unmittelbar vorausgegangene oder erwartete Ereignisse.
- b) In Konfliktsituationen beeinflussen Emotionen und Affekte das Handeln der Beteiligten. Die Unüberschaubarkeit der Situation,

das Versagen gewohnter Orientierungsmuster, die unkalkulierbare Bedrohung durch den 'Gegner' und die physische Gefährdung angesichts gewalttätiger Eskalationen - sie tragen zur Entstehung von Gefühlen der Ohnmacht, der Verunsicherung und Angst bei. Durch Angst wird die Wachsamkeit und kognitive Sensibilität zunächst erhöht. Die Lernbereitschaft wird so gesteigert. Zugleich aber löst Angst stets auch aversive Reaktionen aus, d.h. sie drängt zur schnellen Beseitigung des Angstzustandes. Dies führt auf der kognitiven Ebene zu einer Reduzierung des Lernhorizontes und zu einer Entdifferenzierung der Lerninhalte: Kontrastverschärfende und einseitig selektierte Informationen werden bevorzugt. Dies erklärt die erhöhte Bereitschaft zur Übernahme einfacher, plausibler Interpretationsmuster, wie sie etwa in stereotypen Freund-Feind-Vorstellungen verfestigt sind. Dies kann nun dazu führen, daß nicht mehr das friedliche Verhalten der Mehrheit des Gegenübers wahrgenommen wird, sondern sich die Aufmerksamkeit fast ausschließlich auf die Gewalt weniger richtet. Militante Demonstrantengruppen bestimmen so schnell das polizeiliche Bild von den Demonstranten generell, während umgekehrt die Übergriffe einzelner Polizisten zum Inbegriff polizeilicher Vorgehensweise werden.

- c) Emotionen spielen nicht nur im Hinblick auf die Konfliktgegner und die von ihnen ausgehende 'Bedrohung' eine Rolle. Sie begleiten zugleich auch die Erfahrungen in der Gruppe und das eigene Handeln. Demonstranten wie Polizisten berichten von intensiven, manchmal fast euphorischen Gefühlserlebnissen der Gruppensolidarität, der Handlungskompetenz sowie der Macht und Überlegenheit. Die Eigengruppe stellt konkrete Handlungsanweisungen und Legitimationsmuster zur Verfügung und verspricht gleichzeitig Schutz vor dem Gegner. Solidarität wird zur beherrschenden Norm. Die Konfliktteilnehmer erfahren diese Bindung an die Gruppe in der Regel nicht als normativen Anspruch; sie erleben sie vielmehr als Gefühle des Vertrauens, der Sicherheit und Geborgenheit sowie als der Zusammengehörigkeit und Solidarität.
- d) Unabhängig von der Richtung der Gefühle wird durch die starke emotionale Stimulierung in der Konfliktsituation die Einprägbarkeit des Gelernten gesteigert. Es behält deshalb auch über die konkrete Situation hinaus an Wirkungskraft und erhöht den

Widerstand gegen die Aufnahme zusätzlicher, anderslautender Informationen. Daraus resultiert häufig der Anschluß an Gruppen, die die neue Kognition stützen, indem sie deren Realitätsgehalt bestätigen. Die Selbstbeobachtung von Polizisten, daß sie dissonanz erzeugende soziale Kontakte zunehmend meiden, veranschaulicht diese Entwicklung. Dies gilt ebenso für die Spaltung und Differenzierung von Protestgruppen bis hin zur extremen 'Abschottung' einzelner Gruppen im Terrorismus. Die Prozesse der Polarisierung hören also nicht mit dem Ende der unmittelbaren Konfrontation auf, sie laufen weiter und führen zu einer Verfestigung der Realitätsannahmen. Diese Realitätsannahmen, die dann oft den Charakter von Feindbildern annehmen, sind nun aber Ausgangspunkte für das Handeln in neuerlichen Konfliktsituationen. Das eigene Vorgehen richtet sich dann wieder nach dem erwarteten Verhalten des Gegenübers, der seinerseits nun seine Erwartungen bestätigt sieht. Eskalation entwickelt sich nun als Prozeß der 'self-fulfilling prophecy'.

Was in Konflikten gelernt wird, wird also ebenso wie durch die Interaktionserfahrungen mit dem Gegenüber auch durch die Erfahrungen in der Eigengruppe bestimmt. In beiden Fällen wird das 'Lernen im Konflikt' ganz entscheidend durch die konkrete, unmittelbare, gefühlsgeladene Konflikterfahrung beeinflusst und gesteuert. Allenfalls vor diesem Hintergrund der individuellen Erfahrungen kann dem Lernprozeß eine, dann freilich subjektive, Rationalität zugesprochen werden. Die Entwicklung kollektiver Lernprozesse im Sinne eines zielgerichteten Lernens (etwa von effizienterem Konflikt handeln oder von gewaltfreier Orientierung) wird daher eher unwahrscheinlich.

6.2 Politische Schlußfolgerungen: Nichtinstitutionalisierte Konflikte als Gefährdung und Chance der Demokratie

Konflikte sind ein fundamentaler Aspekt einer jeden Gesellschaft. Sie sind eng korreliert mit sozialem Wandel und insofern häufig auch unvermeidlich. Wie sie jedoch ausgetragen werden, hängt davon ab, ob und welche Institutionen der Konfliktregelung, wie zum Beispiel eine rechtliche Ordnung, in einer Gesellschaft ausgebildet wurden.

Politische Ordnungen unterscheiden sich nun hinsichtlich ihrer Fähigkeit, mit Konflikten umzugehen und ihren gewaltfreien Aus-
trag zu ermöglichen. Sie unterscheiden sich ganz grundlegend aber
auch durch das, was sie an divergierenden Interessen und entspre-
chenden Konflikten zulassen können (das ist der Aspekt der Frei-
heit) und wie weit sie dennoch bindende Entscheidungen für die
Gesamtheit herstellen können (das ist der Aspekt der Herrschaft).
Demokratie weist sich gegenüber anderen Herrschaftssystemen
dadurch aus, daß sie einen überaus weiten Selektionsbereich von
Interessen und Ideen zuläßt, die sich aufgrund der politischen
Grundrechte artikulieren und organisieren können. Dementsprechend
stabil und effizient müssen die Verarbeitungsprozeduren sein, die
am Ende verbindliche Entscheidungen ermöglichen. In ihnen muß
Partizipation in unterschiedlichen Phasen eines Entscheidungspro-
zesses sowohl ermöglicht als auch abgewehrt werden. Dies ge-
schieht durch entsprechende Verfahren, in denen Beteiligungsrechte
geregelt werden. LUHMANN (1975) beschreibt Verfahren als einen
Lernprozeß, in dem die Legitimation der letztendlichen Entschei-
dungen überhaupt erst hergestellt wird. Insofern das Verfahren
eine faire Chance für Konfliktbeteiligte geboten hat, ihre Inter-
essen und Ideen einzubringen, werden sie auch eher eine Entschei-
dung als legitim respektieren, die ihren Interessen widerspricht.

Legitimation durch Verfahren läßt sich klassisch am Beispiel des
Prozeßrechts studieren ("audiatur et altera pars"). Im politi-
schen System ist das Feld freilich weniger übersichtlich. Zwei-
felloos kennt das Wahlrecht und das parlamentarische Gesetzge-
bungsverfahren prozeßähnliche Regeln, die mehr oder minder faire
Chancen einräumen und damit Lernprozesse ermöglichen. Dennoch
sind Entscheidungen innerhalb des politischen Systems unlöslich
mit Informationskanälen, Organisationsstrukturen und Finanzströ-
men in der umgebenden Gesellschaft verflochten, in denen Legiti-
mation durch Verfahren zunächst nur für exklusive Interessengrup-
pen hergestellt wird, die an den Beratungen aufgrund ihrer Kompe-
tenz und/oder Verbandsmacht beteiligt sind. Untersucht man nun
die Legitimationsdefizite, die Demokratie und Bürokratie heute in
Teilen der Bevölkerung haben, dann beziehen sie sich vor allem
auf diesen "Vorhof" der Politik. Kaum jemand zweifelt an der
Korrektheit der Wahlen, an der Legitimität politischer Mehrheits-
entscheidungen im Parlament, an der Gesetzestreue der Beamten.

Vielmehr werden die finanziellen und organisierten Einflüsse auf die Parteien, auf die parlamentarische Gesetzgebung, auf die Erlasse der Ministerien und auf die Ermessensentscheidungen der Behörden thematisiert (z.B. in dem Vorwurf der "Atom-Lobby"). Wenn unter modernen Bedingungen Legitimation weniger durch Offenbarung und Tradition, sondern vor allem durch Verfahren erzeugt wird, ist dies ein ernstzunehmendes Argument, das nicht als bloße Kopfgeburt messianischen oder apokalyptischen Glaubens nihiliert werden sollte. Protestbewegungen können auch etwas mit den Entscheidungsprozessen zu tun haben, gegen deren Ergebnisse sich der Protest richtet.

Bei der Analyse der Entscheidungsprozesse ist auf zwei Trends zu achten, die bewirken, daß unser Instrumentarium an Verfahren, in denen soziale Probleme politisiert, also der Verarbeitung im politischen System zugeführt werden, endgültig nie abgeschlossen sein kann.

1.) Der soziale Wandel führt zu einer permanenten Veränderung von Interessenlagen, Risiken und Chancen. Dies sei an einigen Beispielen illustriert:

- Mit der Internationalisierung von Wirtschaft, Verkehr und Versorgung ist die Dramatisierung eines Konfliktes vorgezeichnet, der sich mit den traditionellen Schemata von Klassen- oder Kulturkämpfen nicht mehr fassen und bearbeiten läßt: der Konflikt zwischen lokalen Interessen an unversehrtem Leben und überlokalen Interessen an Verkehr und Versorgung. Er hat u.a. an der Startbahn-West Ausdruck gefunden.

- Die Abschreckungsstrategie hat durch wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu einer Situation geführt, in der viele Menschen die Gefahr des Systems der Abschreckung höher einschätzen als die Bedrohung der einen Seite durch die andere.

- Der Katalog solch neuer Konfliktlinien läßt sich fortführen: Nachdem die zunehmende Naturvernichtung zu einem zunehmenden gesellschaftlichen Regelungsbedarf führt, muß Naturbeherrschung also durch gesellschaftliche Selbstbeherrschung kompensiert werden.

In all den neuen Konfliktfeldern gruppieren sich neue Interessen, verlaufen Konfliktlinien anders als in überkommenen Konfliktfeldern. Eben darum können die Interessenten auch

nicht überkommenen Organisationsstrukturen zur Artikulation ihrer Interessen vertrauen. Sie haben Grund, sich nicht vertreten zu fühlen und dementsprechend dem System Legitimation zu entziehen.

- 2.) Diese Entwicklung, die aus sozialem Wandel resultiert, wird verstärkt durch einen Prozeß, der in den politikorientierten Interessengruppen selbst abläuft. Im Verteilungskampf tendieren diese zur Kartellierung, zur zunftmäßigen Abschließung. Weil sie ihre Interessen sichtbar investiert haben, eine wie immer auch prekäre Balance gefunden haben, Unterstützungs- und Stillhalteabkommen eingegangen sind, werden sie sich gemeinsam gegen neue Konkurrenten wenden. Deren Organisationskraft und Koalitionsmacht ist aber geringer, weil sie noch nicht am "Platz" vertreten sind.

Aus diesen beiden Gründen ist anzunehmen, daß das Projekt "Demokratie als Herrschaftsform" nicht abgeschlossen ist und auch in Zukunft nicht abschließbar sein wird; daß mit anderen Worten nichtinstitutionalisierte Konflikte dieser oder jener Art immer wieder auf uns zukommen werden. Wer in den Konflikten einen Steuerungsmechanismus komplexer Gesellschaften sieht, wird dies auch nicht bedauern. Denn damit werden neue Gesichtspunkte, Ideen, Interessen eingebracht, entsteht folglich eine höhere, systemspezifische Sensibilität gegenüber Zukunftsproblemen.

Nichtsdestoweniger muß es immer wieder um eine Institutionalisierung eben dieser Konflikte gehen, damit das Friedensziel nicht aus den Augen gerät und die Einbrüche der Legitimität wieder aufgefüllt werden können. Nichtinstitutionalisierte Konflikte können daher immer nur als Durchgangssphase akzeptiert werden, bis Verfahren institutionalisiert werden, in denen nicht nur Interessen und Ideen wahrgenommen, sondern auch verbindliche und legitime Entscheidungen hergestellt werden können. Die politikwissenschaftliche Fragestellung muß sich also auf die Verfahren richten, in denen nicht nur (wie im Toleranzedikt) Religions- und Kulturkämpfe neutralisiert, nicht nur (wie in der Tarifautonomie) Klassenkämpfe institutionalisiert, sondern nun auch z. B. Umweltkonflikte geregelt werden können. Hier stehen wir erst am Anfang.

LITERATURVERZEICHNIS

- BERGER, P. / LUCKMANN, T.: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Frankfurt/Main 1969
- BLUMER, H.: "Methodologische Prinzipien empirischer Wissenschaft". In: GERDES, K. (Hrsg.): Explorative Sozialforschung: einführende Beiträge aus "Natural Sociology" und Feldforschung in den USA. Stuttgart 1979, S. 41-62
- BÖHR, C. / BUSCH, E.: Politischer Protest und parlamentarische Bewältigung. Zu den Beratungen und Ergebnissen der Enquete-Kommission "Jugendprotest im demokratischen Staat". Baden-Baden 1984
- BRAND, K.W. / BÜSSER, D. / RUCHT, D.: Aufbruch in eine andere Gesellschaft: Neue soziale Bewegungen in der BRD. Aktualisierte Neuauflage, Frankfurt/Main 1986
- DONATI, P.R.: Organisation between Movement and Institution. In: Social Science Information. London, Beverly Hills and New Delhi, 23.4/5, 1984, p. 837-859
- EBERT, T.: Gewaltfreier Aufstand: Alternativen zum Bürgerkrieg. Waldkirch 1980
- ECKERT, R.: Terrorismus als Karriere. In: GEISLER, H. (Hrsg.): Der Weg in die Gewalt. München 1978, S. 109-132
- ECKERT, R.: Jugendprotest, Bürgerinitiative und Parteiendemokratie - Konflikt und kein Ende ? In: Deutsche Jugend, Heft 2, 1982, S. 68-76
- ECKERT, R. / WILLEMS, H.: Stellungnahme zu der Anhörung des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages am 12.12.1984 bezüglich Strafrechtsänderungsgesetz § 125 STGB. Trier 1984

ECKERT, R. / WILLEMS, H.: Youth Protest in Western Europe: Four Case Studies. In: Research in Social Movements, Conflicts and Change, vol. 9, p. 127-153. JAI Press 1986 (a)

ECKERT, R. / WILLEMS, H.: Polizei und Demonstration; Konflikterfahrungen und Konfliktverarbeitung junger Polizeibeamter. Forschungsbericht. Trier 1986 (b)

ECKERT, R. / WILLEMS, H. / GOLDBACH, H. / LOOSEN, T.: Konstitution und Zerfall jugendlicher Aktionsgruppen - Engagement und Enttäuschungsverarbeitung in Bezugsgruppen der Friedensbewegung. Trier 1986 (c)

ECKERT, R. / WILLEMS, H.: Jugendproteste im internationalen Vergleich - Jugendliche Subkulturbildung, städtische Gewaltpotentiale und staatliche Reaktion - eine vergleichende Untersuchung von Eskalationsbedingungen. Trier 1987

ERCHINGER, H.: Bezugsgruppensystem und Sprecherratsmodell. In: TATZ, J. (Hrsg.): Gewaltfreier Widerstand gegen Massenvernichtungsmittel; Die Friedensbewegung entscheidet sich. Freiburg 1984, S. 160-165

JUGENDPROTEST IM DEMOKRATISCHEN STAAT. Bericht und Arbeitsmaterialien der Enquetekommission des Deutschen Bundestages; Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn 1983

KARSTEDT-HENKE, S.: "Soziale Bewegungen und Terrorismus". In: BLANKENBURG, E. (Hrsg.): Politik der inneren Sicherheit. Frankfurt/Main 1980, S. 169-237

KRIESI, H.P.: Local Mobilisation for the People's Petition of the Dutch Peace Movement, Paper prepared for "Transformation of Structure into Action, an international workshop on participation in social movements". Amsterdam 1986

LEITHÄUSER, T. / VOLMERG, B.: Anleitung zur empirischen Hermeneutik: psychoanalytische Textinterpretation als sozialwissenschaftliches Verfahren. Frankfurt/Main 1979

- LUHMANN, N.: Legitimation durch Verfahren. Darmstadt, Neuwied 1975
- MANGOLD, W.: Gegenstand und Methode des Gruppendiskussionsverfahrens. Frankfurt/Main 1960
- MANGOLD, W.: Gruppendiskussionen. In: KÖNIG, R. (Hrsg.): Handbuch der empirischen Sozialforschung. Erster Teil. 3., umgearbeitete und erweiterte Auflage. Stuttgart 1973
- MATTHES-NAGEL, U.: Latente Sinnstrukturen und objektive Hermeneutik: zur Begründung einer Theorie der Bildungsprozesse. München 1982
- MELUCCI, A.: An End to Social Movements? Introductory paper to the sessions of "New movements and change in organisational forms". In: Social Science Information, London, Beverly Hills, New Delhi, 23, 4/5.1984, S. 819-835
- NEIDHARDT, F.: Innere Prozesse und Außenweltbedingungen sozialer Gruppen. In: SCHÄFERS, B. (Hrsg.): Einführung in die Gruppensoziologie. Heidelberg 1980, S. 105-126
- NEIDHARDT, F.: Bedingungen politischer Protestgewalt in der jungen Generation. Köln 1984
- NEIDHARDT, F.: Einige Ideen zu einer allgemeinen Theorie sozialer Bewegungen. Unveröffentlichtes Manuskript, Köln 1985
- NIESSEN, M.: Gruppendiskussionen. Interpretative Methodologie - Methodenbegründung - Anwendung. München 1977
- OBERSCHALL, A.: Social Conflict and Social Movements. Englewood Cliffs, N.J. 1973
- POLLOCK, F.: Gruppenexperiment. Ein Studienbericht. Frankfurt 1955
- RASCHKE, J.: Soziale Bewegungen. Ein historisch - systematischer Grundriß. Frankfurt/Main 1985

SMELSER, N.J.: Theorie kollektiven Verhaltens. Köln 1972

WATZLAWICK, P. / BEAVIN, J.H. / JACKSON, B.D.: Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien. Bern, Stuttgart, Wien 1969

Weitere Veröffentlichungen aus dem
DJI Verlag Deutsches Jugendinstitut, München
Alleinauslieferung: Juventa Verlag, Weinheim und München

Deutsches Jugendinstitut (Hrsg.)

Berufseinstieg heute

Problemlagen und Forschungsstand zum Übergang
Jugendlicher in Arbeit und Beruf
1988, ISBN 3-87966-305-X

Sibylle Hübner-Funk

Strategien der Lehrstellensuche

Berufsfindungsprozesse im interregionalen Vergleich
1988, ISBN 3-87966-292-4

Gerhold Strack

Das Jugendhaus im Leben seiner Besucher

Eine Analyse der Lebenswelt von Arbeiterjugendlichen
1987, ISBN 3-87966-286-X

Hans-Georg Tegethoff

Sozialpädagogische Jugendwohngemeinschaften

Öffentliche Erziehungshilfe in der Erfahrung von Beteiligten
und Betroffenen
1987, ISBN 3-87966-287-8

ISBN 3-87966-293-2